Transatlantischer Dialog für Soziale Demokratie — Beiträge der Friedrich-Ebert-Stiftung in den USA.

Autor: Dr. Reinhold Sohns (Stand: 28. 08. 2010)

Inhaltsverzeichnis

1 Transatlantischer Dialog — Rückschau, Orientierungen, Ziele.....6

1.1 Ausgangspunkt: Leistungsbilanz 1986.....6

1.2 Das Büro Washington — Schlüsselfunktion für den Transatlantischen Dialog....8

1.3 Ziele, Orientierungen, Themenfelder.....9

1.4 Amerika — “Leuchtfeuer von Werten".....13

2 Profilierung vor der Zeitwende 1989 — Positionen Sozialer Demokratie.....14

2.1 Susanne Miller - Die Deutschen und ihre Geschichte heute..... 15

2.1.1 Nationale Identität und Geschichte — Sicht auf die DDR.....15

2.1.2 Die Bundesrepublik: Geschichte als Quelle nationaler Identität?.....16

2.2 Susanne Miller: Wegmarken ideologischen Wandels — Sozialdemokratie in Europa.....18

2.2.1 Ende des “Sozialdemokratischen Jahrhunderts"?.....18

2.2.2 Neuorientierung sozialdemokratischer Parteien.....19

2.2.2.1 Zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.....20

2.2.2.2 Zur britischen Labour Party.....22

2.2.2.3 Zur französischen Sozialdemokratie.....24

2.2.3 Sozialdemokratische Verantwortung am Ende des Jahrhunderts.....26

2.3 Hans-Jochen Vogel: Sicherheit und Frieden.....27

2.3.1 Aktueller transatlantischer Handlungsbedarf.....27

2.3.2 Weltwirtschaftliche Ungleichgewichte als sicherheitspolitische Bedrohung.....28

2.3.3 Sozialdemokratische Positionen zur Sicherheits- und Außenpolitik.....31

2.3.4 Für eine europäische Friedensordnung: Welche Schritte können Amerikaner und Deutsche gemeinsam gehen?.....34

2.4 Gerhard Schröder: Deutsch-deutsche Beziehungen — Beitrag zum “Gemeinsamen Europäischen Haus".....35

2.4.1 Deutsch-deutsche Zusammenarbeit: “Kleine Schritte statt großer Worte" (Egon Bahr).....35

2.4.2 Nicht staatliche Einheit, sondern Einheit der Deutschen.....37

2.4.3 Deutsch-deutsche Gemeinsamkeiten im “Europäischen Haus".....39

2.5. Werte, Wissenschaft und Politik — Forschungskooperation mit der University of California/Berkeley.....41

2.5.1 Sozialdemokratische Politik — orientiert an Werten und Wissenschaft.....41

2.5.2 Europa — Thema der Forschungsförderung in den USA.....42

2.5.3 Nachwirkung und Bestätigung der Ostpolitik Willy Brandts.....44

2.5.4 Perspektiven des Wandels im östlichen Europa.....47

3 Wendezeit — Deutschland und Europa wachsen zusammen.....52

3.1 Transatlantische Visionen werden Realität — Willy Brandt erinnert an John F. Kennedy.....52

3.2 Europäische Einheit — Vertiefung oder Erweiterung?.....55

3.3 Orientierung in der Wendezeit — Konvergenz transatlantischer Perspektiven.....59

3.3.1 Wegweisungen durch Willy Brandt — Werte und gesamteuropäische Kooperationsziele.....59

3.3.2 Konvergierende Positionen zur Wende in Deutschland und Europa: die Staatsmänner George H.W. Bush und Willy Brandt.....62

3.3.3 Sorge in den USA — Neutralität Deutschlands als Preis der Einheit?.....66

4 Nach der Wende: zivilgesellschaftlichen transatlantischen Dialog stärken!.....70

4.1. Wende und Parteien — Deutsch-Amerikanische Sichtweisen.....71

4.1.1 Barrieren für politischen Pluralismus im östlichen Europa.....71

4.1.2 “Progressive Politik“ im Wandel — transatlantische Unterschiede.....75

4.2 Fünf Jahre nach dem Mauerfall — Bilanz zur deutschen Einheit.....78

4.2.1 Kontinuität im Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland.....78

4.2.2 Vereintes Deutschland — Geteiltes Empfinden.....79

4.2.3 Vereintes Deutschland — Interessen und außenpolitische Orientierung.....79

4.3. Sozialer Zusammenhalt, Zivilgesellschaft und Demokratie.....81

4.3.1 Gerechtigkeit: ein globales Forschungsprogramm und seine Zwischenbilanz.....82

4.3.2 Nach der Wende: Pluralismus siegt über ideologischen Singularismus.....83

4.3.3 Erneuerte Relevanz des Konzepts der Zivilgesellschaft..... 84

4.3.4 Starker Staat oder starke Zivilgesellschaft?.....85

5 Globalisierung — Herausforderung für die deutsche Sozialdemokratie.....87

5.1 Gerhard Schröder: Modernisierung Deutschlands für globale Wettbewerbsfähigkeit.....88

5.1.1 Deutschland als Wirtschaftsstandort.....89

5.1.2 Produktivitäts- und Beschäftigungswachstum verbinden.....89

5.1.3 Modernisierung des Staates und der öffentlichen Verwaltung.....90

5.1.4 Das Leitbild der "Teilenden Gesellschaft" verwirklichen.....91

5.2 Ulla Schmidt: Konsequenzen der Globalisierung für Frauen.....92

5.2.1 Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral.....93

5.2.2 Soziale Gerechtigkeit und Gendergerechtigkeit gehören zusammen.....96

5.2.3 Soziale Antwort auf Globalisierung: Teilende Gesellschaft und Genderdemokratie.....99

5.3 Gewerkschaften — globale Partner für Soziale Demokratie.....100

5.3.1 Entsolidarisierung durch Globalisierung — Warnung aus den USA.....101

5.3.2 Globalisierung und regionale Integration — Gewerkschaften für Sozialunion.....106

5.3.3 Chancen gewerkschaftlicher high-road-Strategie....110

5.3.4 Gewerkschaftliche Positionen gegen die neoliberale Herausforderung....115

6 Transatlantische Partnerschaft für das 21. Jahrhundert — Lost in Transition?....118

6.1 Amerika und Europa — eine unentbehrliche Partnerschaft für das 21. Jahrhundert (Gerhard Schröder)....118

6.1.1 Dank an Amerika — Bekenntnis zur euro-atlantischen Wertegemeinschaft....119

6.1.2 Interessengemeinschaft, aber nicht Identität der Interessen....120

6.1.3 Interessenkonflikte, aber kein Bruch....121

6.1.4 Frieden und Stabilität in Europa....121

6.1.5 Globale Verantwortung in transatlantischer Partnerschaft....123

6.2 Irakkonflikt und transatlantischer “Bruch"....125

6.3 Zur These der transatlantischen Kluft....127

6.3.1 Demographie und transatlantische Kluft....127

6.3.2 Transatlantische Wertegemeinschaft — mit markanten Unterschieden....128

6.4 Das Gespenst des Antiamerikanismus....131

6.4.1 Antiamerikanismus — Begriff, Wirkung, Abgrenzung.... 132

6.4.2 Antiamerikanismus in Deutschland?....133

6.4.3 “Der Deutsche Weg" — gezieltes Missverständnis?.... 140

6.4.4 Wirkung des Amerika-kritischen Wahlkampfes in den USA....143

7 Transatlantischer Brückenbau über Gegensätze....146

7.1 Politische Dialoge im Spannungsfall....147

7.2 Strategischer außen- und sicherheitspolitischer Dialog....155

7.2.1 Erwartungen an den Strategiedialog.... 155

7.2.2 Strategische Interessen und Ziele....156

7.2.3 Priorität — vitale Interessen und transatlantische Strategiefähigkeit....158

7.3 Die Berliner Republik als transatlantischer Partner.....161

7.3.1 Bundeskanzler Schröder: Berliner Republik — Kultur der Solidarität.....162

7.3.2 Zur Außenpolitik der Berliner Republik.....164

7.4 Strategischer Multilateralismus: Chance für die transatlantische Partnerschaft.....167

7.5 Kurze Bewertung: FES-Projektpolitik in der Deutsch-Amerikanischen Krise.....168

8 Zukunft der transatlantischen Partnerschaft: Rückblicke — Ausblicke.....169

8.1 Partnerschaft für Global Governance — bürgernah, lokal verankert (Kurt Beck)...169

8.2 Zukunftspartner Berliner Republik: Reformdefizite — Normalisierungsanspruch (Peter Glotz).....171

8.2.1 Deutschlandbild: Bonner Republik — eine Erfolgsgeschichte.....171

8.2.2 Neuer digitaler Kapitalismus — historisch ausgeuferter Sozialstaat.....172

8.2.3 Mahnung: Gegen das Vergessen!.....175

8.3 Multilateralismus und Euroatlantische Partnerschaft — Schlüsselkonzepte für die politische Gestaltung der Globalisierung und der Projektstrategie der Friedrich-Ebert-Stiftung.....176

8.4 Umrisse einer neuen transatlantischen Agenda für das 21. Jahrhundert.....180

Anhang

Quellen- und Literaturverzeichnis

Personenregister

Abkürzungen

Über den Autor

Nachwort statt Vorwort

1 Transatlantischer Dialog — Rückschau, Orientierungen, Ziele

1.1 Ausgangspunkt: Leistungsbilanz 1986

Transatlantischer Dialog um die Deutsch-Amerikanischen Beziehungen zu fördern und zu festigen, war seit den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts Teil der FES-Projektarbeit. Bereits in den sechziger Jahren wurden transatlantische Beziehungen systematisch gepflegt und ein schnell wachsendes Partnernetz in den Vereinigten Staaten aufgebaut.
1986 legte Klaus Reiff [1] eine Leistungsbilanz vor, die eindrucksvoll belegt, was die Stiftung bereits für die Deutsch-Amerikanischen Beziehungen leistete.

“Breite Aktionspalette“ — Vortragsveranstaltungen, Fachkonferenzen, Gesprächskreise, wissenschaftliche Zusammenarbeit, Stipendien sowie Austauschprogrammen für junge politische und gewerkschaftliche Führungskräfte aus beiden Ländern. Als Arbeitsschwerpunkte lassen sich hervorheben:

- Differenziertes Amerikabild als Ziel der politischen Erwachsenenbildung zum Themenfeld “Beziehungen USA-Bundesrepublik Deutschland“. Allein zwischen 1983 und 1985 setzten sich 85 Seminare in den Heimvolkshochschulen der Friedrich-Ebert-Stiftung mit stereotypen Wahrnehmungen über die USA auseinander.
- Der Gesprächskreis “Sicherheit und Abrüstung“ und die europäisch-amerikanischen Konferenzen der Stiftung förderten Dialog und Debatte zu oft kontrovers beurteilten Fragen der Sicherheits- und Friedenspolitik.
- Deutsch-Amerikanische Wirtschaftskonferenzen führten Politiker und Vertreter der Wirtschaft, das heißt auch Gewerkschaftler, auf beiden Seiten des Atlantik zusammen, die wirtschaftliche

[1] *Klaus Reiff,* USA — Bundesrepublik Deutschland. Der Beitrag der Friedrich-Ebert-Stiftung zum gesellschaftlichen Dialog über den Atlantik, 2. veränderte Auflage. Hg.: Presse- und Informationsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn, Braunschweig 1986. Vgl. zum Folgenden S. 3 - 8.

Streitfragen, sowie Fragen des bilateralen und internationalen Handels analysierten und diskutierten.

- Austauschprogramme richteten sich vor allem an jüdische Organisationen, Einrichtungen der Gewerkschaften und amerikanische Institutionen für Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland.

“Partner und Freunde“ — Klaus Reiff greift aus der Fülle “nur einige wenige heraus“:
Atlantic Council of the United States, American Jewish Committee, Arms Control Association, Hubert Humphrey Institute of Public Affairs, Jewish Labour Committee, American Council on Germany, Brookings Institution, Labor Desk des US-Youth Council, Rand Corporation und Stanford University.
Nur einige wenige auch seien aus heutiger Sicht als wichtige Kooperationspartner hinzugefügt: Institute of International Studies-University of California at Berkeley, Georgetown University, The German Marshall Fund of the United States, German Studies Association (GSA), National Policy Association, American Institute for Contemporary German Studies (AICGS), School for Advanced International Studies (SAIS) der Johns Hopkins University, The Transatlantic Academy, Progressive Policy Institute, Congressional Study Group on Germany, Center for Strategic and International Studies (CSIS) — mit herzlicher Bitte um Verständnis für unvermeidliche Lücken in der Auswahl.

Klaus Reiff bilanziert 1986 überzeugend, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung einen “allseits anerkannten Beitrag zur Deutsch-Amerikanischen Verständigung und damit auch zur Freundschaft mit dem amerikanischen Volk geleistet“ hat.[1] Zugleich beschreibt er die organisatorischen Konsequenzen “aus der in den sechziger und siebziger Jahren stetig gewachsenen Zahl von Partnerorganisationen und Veranstaltungen“, nämlich, “vor Ort ständig präsent zu sein.“
1978: Vertretung der Stiftung in Washington; 1981: Büro in New York zur Koordinierung der Stiftungsarbeit mit den Vereinten Nationen und anderen supranationalen Organisationen; 1984: Entsendung eines Wissenschaftlers an das Institute of International Studies-University of California at Berkeley.

[1] A.a.O., S.4f., S. 8

1.2 Das Büro Washington — Schlüsselfunktion für den Transatlantischen Dialog

Für die Deutsch-Amerikanische Zusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung bzw. für den in diesem Sinne verengten Begriff des “Transatlantischen Dialogs“ zwischen deutschen und amerikanischen Partnern, wuchs dem Büro Washington der Friedrich-Ebert-Stiftung “eine Schlüsselfunktion“ (Klaus Reiff) zu. Die Nähe des Büros zum politischen Washington — der amerikanischen Regierung, dem Senat, dem Repräsentantenhaus und zu den in Washington ansässigen Zentralen vieler Partnerorganisationen — erleichterten hochrangige politische Kontakte, Veranstaltungen und Besucherprogramme.

Die “Spezialisierung“ der drei FES-“Standorte“ in den Vereinigten Staaten vertiefte sich, als die Leitung der Stiftung, vertreten durch das Geschäftsführende Vorstandsmitglied Dr. Horst Heidermann, die internationale Arbeit in Industrie- und Entwicklungsländern organisatorisch auf zwei Abteilungen verteilte.

Als Leiter der Abteilung Entwicklungsländer/Industrieländer entwickelte fortan Dr. Günther Esters mit den Auslandsmitarbeitern Dr. Dieter Dettke und Dr. Peter W. Schulze die Projektkonzeption für die Arbeit des Büros Washington bzw. University of California at Berkeley.

Für das Büro in New York war die von Dr. Ernst Kerbusch geleitete Abteilung Entwicklungszusammenarbeit zuständig.

Auf die beiden erstgenannten, von der Abteilung Industrieländer betreuten Stiftungs-Standorte beschränkt sich diese Projektgeschichte, in deren Zentrum, eben wegen der projektpolitischen Schlüsselfunktion, die Beiträge des Büros Washington zum Transatlantischen Dialog stehen. Und weil es sich um eine Projekt-“Geschichte“ handelt, geht es in erster Linie Maßnahmen aus den zwei Jahrzehnten nach der Bilanz von 1986, die Klaus Reiff gezogen hatte. Die Projektaktivitäten, die von gegenwärtig verantwortlichen Kolleginnen und Kollegen geleitet werden, sind im Wesentlichen nicht Gegenstand dieser Arbeit.

Ausdrücklich sei hervorgehoben, dass Elemente Transatlantischen Dialogs sehr viele Massnahmen der Friedrich-Ebert-Stiftung bereichern, sei es in Deutschland oder im weltweiten Netz der Auslandsbüros. Dies ist der spezifische Vorteil international vernetzter Kooperation, den sich die Stiftung erarbeitet hat. Nicht annähernd kann der Reichtum solch vielfältiger transatlantischer Impulse im Rahmen dieser Arbeit erfasst werden. Daher der oben erwähnte, auf das Washington Büro der FES eingeschränkte Begriff des Transatlantischen Dialogs.

1.3. Ziele, Orientierungen, Themenfelder

Die zweite Hälfte der 1980er-Dekade, als Ausgangspunkt dieser Projektgeschichte genommen, findet das Büro Washington in den beiden kommenden Jahrzehnten unter der Leitung nur eines FES-Auslandsmitarbeiters: Dr. Dieter Dettke. Er sah vier amerikanische Präsidenten und drei deutsche Bundeskanzler als Führer von Regierungen, mit denen Zusammenarbeit gesucht werden musste.

Diese personalpolitische Entscheidung der Friedrich-Ebert-Stiftung stellt einen ungewöhnlichen Vertrauensbeweis der Stiftungsleitung dar. Darüber hinaus reflektiert sie auch den projektstrategischen Wunsch nach personeller Kontinuität in Washington zu einer Zeit unvorstellbaren Wandels in Deutschland, in Europa, in der internationalen Politik.

Die tiefgreifenden Veränderungen in der politischen Lage und in politischen Positionen der Partner erforderten, ein sehr vielfältiges Ziel- und Themenspektrum für den transatlantischen Dialog abzudecken. Im “Mission Statement“ des Büros Washington wird dies evident:

- Deutschland, Europa, die USA aber auch globale Konfliktfelder, wie der Nahe und Mittlere Osten waren Gegenstand politischer Analyse.
- Außen-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik gerade auch im Rahmen der Erweiterungsprozesse von Nato und Europäischer Union bildeten eine festen Teil der Agenda.
- Gesellschafts- und sozialpolitische Themen umfassten Genderpolitik, Migrations- und Integrationsfragen in Gesellschaften kultureller Vielfalt und die Bildungspolitik.
- Wirtschaftliche Entwicklungen in Deutschland, Europa und den USA wurden auch im Hinblick auf Arbeitsmärkte, Gewerkschaftspolitik und die Probleme wirtschaftlicher und politischer Traansformation im östlichen Europa untersucht und diskutiert.
- Besonderem Interesse amerikanischer Partner entgegenkommend, standen auch historische und kulturelle Themen wie auch die Frage nach den Folgen der deutschen Vereinigung im Programm.

Vorsichtig geschätzt hat das Büro Washington unter der Leitung von Dieter Dettke den Herausforderungen des epochalen Wandels in den gut zwei Jahrzehnten seiner Dienstzeit mit mindestens 1500 anspruchsvollen Veranstaltungen und Informationsprogrammen für gesellschaftspolitische Entscheidungsträger entsprochen. Dazu kommen Hunderte von Vorträgen und Diskussionsbeiträgen, mit denen der Büroleiter persönlich das Netz der Partnerinstitutionen pflegte und weiterentwickelte. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Büro Washington im Vergleich zu Bü-

ros in Entwicklungsländern, die vielfältige Beratungsaufgaben erfüllen, personell eher knapp ausgestattet war, eher den Charakter eines Konferenzsekretariats hatte.
FES-Washington kam als außenpolitisches "Aushängeschild" der Friedrich-Ebert-Stiftung in den westlichen Industrieländern eine Transferfunktion für politische Botschaften der Stiftungsführung zu. Einige Beispiele illustrieren dies:

- Sensibilisierung der Industriegesellschaften für globale Probleme.
  1991 legte Dr. Jürgen Burckhardt, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung, seine Auffassung zu krisenhaften Entwicklungen im Weltmaßstab dar[1]: Elend, Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt; Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen, Bedrohung des Friedens durch zerfallende Gesellschaften und Staaten; gesellschaftliche Instabilitäten durch unkontrollierbare Migration. Der Bedrohung durch dieses interdependente Krisengeflecht stehe die Chance gegenüber, dass dadurch auch in den westlichen Industriegesellschaften "Veränderungspotentiale" freigesetzt würden, die "unter dem Ost-West-Konflikt verschüttet blieben". (In den Abschnitten 6.1, 7, 8.3 werden diese Themen des Büros Washington behandelt.)
- Orientierung am friedenspolitischen, integrativen Denken Willy Brandts.
  Holger Börner, Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung,[2] sah ein geistiges Erbe Willy Brandts in dem Brücken bauenden Gelingen, "gegensätzlich Scheinendes miteinander zu verbinden, etwa Tradition und Fortschritt, Ökonomie und Ökologie, Patriotismus und Internationalismus, Ost und West, jüngere und ältere Generation." (Die Abschnitte 2.3, 3 und 6.3 greifen das Denken Willy Brandts auf, verdeutlichen die Brückenfunktion des Büros Washington zwischen der transatlantischen kulturellen Differenz.)
- Programmatische Leitbegriffe der Friedrich-Ebert-Stiftung.
  Durch "drei große orientierende Leitbegriffe" sieht Dr. Roland Schmidt, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der FES, das Handeln der Stiftung in der politischen Bildung, Forschung und Beratung geprägt. Dies gelte in Deutschland wie in der internationalen Arbeit [3]: "Gerechte Gesellschaft" als zentrale Zielvorstellung sozialer Demokratie; "Innovation und Fort-

---

[1] Vgl.: Leben in der Einen Welt: Dokumentation einer Tagung der FES in Potsdam/Brandenburg, 26. Oktober 1991, Vorwort: *Dr. Jürgen Burckhardt*, S. 6 f. FES-Digitale Bibliothek.

[2] *Holger Börner,* Willy Brandt: Rede anlässlich des 10. Todestages am 8. Oktober 2002, S. 8. FES-Digitale Bibliothek.

[3] *Roland Schmidt,* Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Jahresbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung 2005, Bericht des Geschäftsführers, www.fes.de.

schritt“ sichern Zukunftsfähigkeit und Wohlstand; “Aktive Demokratie“ zielt auf Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft, Förderung der Demokratie und ihrer Regeln für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Genau diese Leitbilder bestimmen die Beiträge zur Frage Zivilgesellschaft und Demokratie, Modernisierung und Gerechtigkeit, die das Büro Washington leistete (Vgl. Abschnitte 4.3 und 5).

- Globale Strategiegemeinschaft.
  Die Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, Anke Fuchs, erachtet stetige, langfristige Beiträge der Stiftung für notwendig, um die “Globalisierung auf europäischer und internationaler Ebene durch effektive regulative Institutionen und Verfahren zu gestalten, sowie einen sozialen Ausgleich zwischen den Globalisierungsgewinnern und -verlierern in Deutschland, Europa und weltweit zu erreichen.“[1] (Die Abschnitt 5, 7, 8.3 und 8.4 beschäftigen sich mit diesen Fragestellungen.)

Diese richtungweisenden Orientierungen durch die Führung der Friedrich-Ebert-Stiftung adressieren die Gefahren sozio-ökonomischer Konflikte, die den internationalen Frieden und die gesellschaftliche Stabilität weltweit gefährden können. Solch drohenden Instabilitäten gegenüber — nicht nur in den Industriegesellschaften, sondern auch in den Entwicklungsländern — wurden in öffentlichen Vorträgen und Konferenzen für das “politische Washington“ multilaterale, präventive Strategien erörtert: Friedens- und Entwicklungspolitik, sozialdemokratische Konzepte von wirtschaftlicher Modernisierung und “teilender Gesellschaft“ (Gerhard Schröder).

Zentrale Themenfelder, die das Büro Washington und seine Partner öffentlichkeitswirksam analysiert, diskutiert und beraten haben, entstanden auch aus Anregungen außenpolitischer Fachleute. Beispiele dafür im Berichtszeitraum sind die folgenden Frage- oder Problemstellungen:[2]

- Diskussion der Frage, ob eine Haltung des “benign neglect“ (wohlwollende Vernachlässigung) gegenüber dem anhaltenden Doppeldefizit in Budget und Zahlungsbilanz der USA vertretbar ist oder ob Handlungsbedarf zum Abbau der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte besteht.

---

[1] *Anke Fuchs,* Jahresbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung 2007, Vorwort der Vorsitzenden, www.fes.de.

[2] Dargelegt in diversen FES-Jahresberichten dieser Zeit oder bei öffentlichen Veranstaltungen erläutert; auch gegenüber dem öffentlichen Zuwendungsgeber spielten solche Überlegungen eine wichtige Rolle.

- Notwendigkeit transatlantischer Diskussion über die internationale Ordnung nach dem Ost-West-Konflikt;
- Analyse der Tragweite amerikanischer Abkehr von einer euro-zentristischen Außenpolitik und des Generationswechsels in der Politik der USA; die Rolle Asiens in der Bewertung der Interessen in Wirtschaft und Politik der USA;
- Möglichkeiten durch verstärkte Austauschprogramme dem Interesse Deutschlands Rechnung zu tragen, die USA sichtbar an der Stabilisierung des östlichen Europa zu beteiligen;
- 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gemeinsame zukunftsorientierte Sichtweisen und Strategieüberlegungen gegenüber globalen Herausforderungen in den Mittelpunkt der Projektarbeit stellen;
- Notwendigkeit, die zunehmenden “Binnensicht“ der Politik auf beiden Seiten des Atlantik seit Mitte der 1990er Jahre durch international komparative Diskussion sozio-ökonomischer Fragen auflockern und so den traditionell hohen Rang gemeinsamer Debatte zurückgewinnen;
- Den teils offenen, teils latenten Unilateralismus, der in den USA verbreitet als Ausweis von Führungsstärke gesehen wird, thematisieren und dem Konzept eines strategischen Multilateralismus gegenüberstellen. Ein solcher Strategiewechsel lasse international verbesserte Akzeptanz westlicher Werte und Politikvorstellungen erwarten.

Die dargestellten Ziele, Orientierungen und Themenfelder leiten die Auswahl von Beispielen aus mehr als zwei Jahrzehnten Projektarbeit für die Friedrich-Ebert-Stiftung in den USA. Jedoch können die vielfältigen Beiträge zum transatlantischen Dialog im Rahmen dieser Projektgeschichte nur in ganz groben Strichen illustriert werden. Viele Stimmen ließen sich nicht bewahren — es bleibt ein Gefühl des Verlustes. Teils reichte das zugängliche Material nicht für eine korrekte Darstellung aus, überwiegend setzte der mögliche Umfang der Projektgeschichte Grenzen.

Vor allem aber erzwang die Wucht der Ereignisse kurz vor und nach der Zeitenwende 1989 thematische Konzentration und Abgrenzungen:

- Die nachlassende Drohung des Kalten Krieges, die friedenspolitische Hoffnungen weckte;
- unerwartet dann die Wende mit der Vereinigung Deutschlands und Europas;
- das schwere Jahrzehnt der Transformation in Ostdeutschland und im östlichen Europa, die Kriege auf dem Balkan;

- das Verbrechen des 11. September 2001, Kriege in Afghanistan und Irak, die transatlantische Krise, die Spaltung Europas und des Westens über unilaterale Entscheidungen der Führungsrungsmacht;
- Neubesinnung auf gemeinsame strategische Ziele gegenüber den neuen Herausforderungen der Globalität (Bundespräsident Roman Herzog)[1]

Auch der dargestellte Ereignisbogen bestimmte die Themenauswahl dieser Projektgeschichte.

1.4 Amerika — "Leuchtfeuer von Werten"

Was können die Vereinigten Staaten von Amerika für Demokraten bedeuten? Diese Einführung in die Projektgeschichte des Büros Washington der Friedrich-Ebert-Stiftung schließt mit wenigen Hinweisen zu dieser Frage.

"Die USA waren das hoffnungsvolle Emigrationsziel vieler 1848er und 1848erinnen" schreibt Gabriella Hauch über den Kampf für Freiheit, Bildung, Gleichberechtigung und Menschenrechte in der gescheiterten Revolution von 1848.[2]

"Zuflucht Amerika" [3] — drückt die Sehnsucht nach Freiheit und Recht, aber auch das in tragischer Dimension vergeblich gebliebene Hoffen auf Rettung vor den Verbrechen der Nationalsozialisten aus.

Bei allen transatlantischen Streitfragen über Fehler oder unilateralen Machtmissbrauch in heutiger Zeit — die Worte des Transatlantikers Professor Karl Kaiser zum Unabhängigkeitstag am 4. Juli 2010 werden Bestand haben und deshalb dieser gelegentlich wechselhaften Projektgeschichte vorangestellt [4]:

---

[1] Bundespräsident Roman Herzog drückt mit dem Begriff "Globalität" aus, dass in der globalisierten Welt jede Art von Politik "auch eine aussenpolitische Dimension" habe. Vgl.: *Roman Herzog,* Ansprache von Bundespräsident Roman Herzog anlässlich der ersten Konferenz "Deutsch-Russisches Kulturforum Potsdamer Begegnungen", 27. April 1999.

[2] *Dieter Dowe, Heinz-Gerhard Haupt, Dieter Langewiesche,* (Hg.) Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998, S. 898

[3] *Sibylle Quack,* Zuflucht Amerika. Zur Sozialgeschichte der Emigration deutsch-jüdischer Frauen in die USA 1933 - 1945.

[4] *Deutschlandfunk,* Interview mit Karl Kaiser, 4. Juli 2010, podcast@dradio.de, www.dradio.de

“Wo wäre Deutschland ohne den Einsatz Amerikas? Wo wäre die Welt, wenn nicht eine große Macht willens ist, gelegentlich auch die eigenen Ressourcen einzusetzen? Amerika bleibt ein Leuchtfeuer von Werten, die für die Welt wichtig bleiben.“

2 Profilierung vor der Zeitwende 1989 — 1990

Gegen Ende der achtziger Jahre hatte die internationale gesellschaftspolitische Arbeit der Stiftung einen festen und respektierten Platz im politischen Leben der Vereinigten Staaten gefunden.

Viele Jahre beharrlicher deutsch-amerikanischer Bildungsarbeit mit ihren Austausch-, Informations- und Stipendienprogrammen hatten Vertrauen und Interesse aufgebaut. Ein dichtes Netz von Partnern in Politik, Gewerkschaften, Frauenorganisationen, Wissenschaft, Wirtschaft, Medien und Verwaltung trug den transatlantischen Dialog für eine sozialdemokratische Perspektive in den USA.

In der zweiten Amtsperiode Ronald Reagans war die brutale Rhetorik des Kalten Krieges in den Hintergrund getreten. Auch in der Sowjetunion zeichnete sich unter der Führung Michail Gorbatschows ein Wandel in der Innen- und Außenpolitik ab. Die Abrüstungsverhandlungen zwischen Reagan und Gorbatschow weckten Hoffnungen auf ein Ende der Ost-West-Konfrontation. Damit rückten das geteilte Deutschland und das geteilte Europa in den Blick.

Das Büro Washington der FES entsprach dieser Entwicklung und diesem Informationsinteresse durch ein ebenso intensives wie inhaltlich anspruchsvolles Arbeitsprogramm. Einige herausragende Beiträge für die Information der amerikanischen Öffentlichkeit sollten hier gewürdigt werden. Dies sind zum einen die Vorträge von Professor Dr. Susanne Miller[1], Dr. jur. Hans-Jochen Vogel[2] und Gerhard Schröder[3], die im US-Wahljahr 1988 stattfanden und dennoch beachtliche öffentliche Resonanz fanden.

Zum anderen sind ausgewählte Beiträge der FES darzustellen, die neben herausragenden Persönlichkeiten ebenfalls das Profil der deutschen Sozialdemokratie prägen: Es handelt sich um

---

[1] Prof. Dr. *Susanne Mille*r, 1915 - 2008, Historikerin, seit 1982 Vorsitzende der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand.

[2] Dr. jur. *Hans-Jochen Voge*l, MdB, Vorsitzender der SPD und Vorsitzender der Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag.

[3] *Gerhard Schröder*, MdL, Vorsitzender der Fraktion der SPD im Niedersächsischen Landtag.

Analysen, die für den traditionellen Anspruch sozialer Demokratie in Deutschland stehen, nämlich Werte, Wissenschaft und Politik zu verknüpfen.

2.1 Susanne Miller — Die Deutschen und ihre Geschichte heute[1]

Im Oktober 1988, ein halbes Jahrhundert nach den Pogromen des 9. November 1938 in Deutschland, fand die Festansprache der deutschen Historikerin Prof. Dr. Susanne Miller auf der Jahrestagung der German Studies Association (GSA) eine ganz außergewöhnliche Zustimmung und Resonanz.
Zwei Gründe erklären dies:
Zum einen faszinierten Persönlichkeit, Lebensweg und demokratische Glaubwürdigkeit einer deutschen Sozialdemokratin. Susanne Miller hat das Nazireich als Erwachsene erlebt. Ihr Leben wurde geprägt durch Widerstand gegen den Nationalsozialismus, durch das Exil von 1938 bis 1946. Nach dem Krieg widmete sich Susanne Miller dem politischen und gesellschaftlichen Wiederaufbau demokratischer Kultur und Zivilisation in Deutschland.
Ebenso fesselten die Themen, die Professor Miller in ihrem Vortrag ansprach, den einflussreichen Kreis an Deutschland interessierter Akademiker.
Im Mittelpunkt ihres Vortrags “Die Deutschen und ihre Geschichte heute“ stand die folgende Frage: Ist nationale Identität der Deutschen, d.h. das Selbstverständnis der Deutschen, ihre Haltung zum Deutsch-Sein, ist ein “Wir-Gefühl“ für Deutsche durch ein gemeinsames Bekenntnis zur jüngeren Geschichte erreichbar?
Warum diese Frage für die Bundesrepublik Deutschland schwierig zu beantworten ist, wird durch Professor Millers Bemerkungen zur Geschichtsschreibung der DDR evident.

2.1.1 Nationale Identität und Geschichte — Sicht auf die DDR

Professor Miller weist auf “Wandlungen in der Geschichtsschreibung“ der DDR hin. Zwar sei das Geschichtsbild dort in den letzten Jahren nicht so tiefgreifend geändert worden wie in der UdSSR, dennoch sei mehr Offenheit, Sachlichkeit und weniger Dogmatismus unverkennbar und begrüßenswert. Historische Persönlichkeiten, wie z. B. Martin Luther oder Bismarck, und Ereig-

[1] Vortrag im Rahmen der Jahrestagung der German Studies Association (GSA) am 7. Oktober 1988 in Philadelphia; maschinenschriftliches Manuskript, 10 Seiten. Aus dem kurzen Manuskript muss ohne Seitenangabe zitiert werden.

nisse, z. B. der Aufstand vom 20. Juli 1944, würden neu bewertet. Durch vertiefte Kontakte zwischen Historikern aus beiden deutschen Staaten sollte diese Entwicklung gefördert werden.
Die Frage nach der Wirkung der jüngeren Geschichte Deutschlands auf das Selbstverständnis der DDR werde durch eine “Zauberformel“ (S. Miller) weggewischt: Die Begriffe Erbe und Tradition dienten diesem Zweck. Jedoch entschieden die Staatsraison und die Staats-Ideologie darüber, welche Traditionen der deutschen Geschichte die DDR legitimieren. So sei Auschwitz Erbe deutscher Geschichte, habe aber nichts mit der Tradition der DDR zu tun und sei daher kein zentrales Thema der DDR-Geschichtsschreibung.
Gibt es ähnlich selektive Tendenzen in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik? Prof. Millers Haltung scheint durch großzügiges Zugestehen bestimmt: nicht ganz abzuweisen (Historikerstreit ...); aber jedenfalls nicht staatlich oktroyiert und vor allem dem Korrektiv der freien öffentlichen Debatte unterworfen.

2.1.2 Die Bundesrepublik: Geschichte als Quelle nationaler Identität?

Prof. Miller fragt, wie die Freiheit historischer Forschung in der Bundesrepublik genutzt wurde, um der geschichtlichen “Wahrheit ins Auge zu sehen“ (Richard von Weizsäcker). Ihre Antwort entwickelt sie, indem sie Stellenwert und Deutungen der jüngeren deutschen Geschichte seit 1949 untersucht.
1) Bis Mitte der sechziger Jahre: geringer Stellenwert der Geschichte.
An den Schulen reichte die Geschichte bis Bismarck, bestenfalls bis zur Weimarer Republik; die Erforschung des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen erschien nachrangig. Auch die in den 1950er Jahren geschaffenen Institute (u.a. Institut für Zeitgeschichte), die sich solchen Aufgaben stellten, hatten weder Einfluss auf die akademische Forschung noch Breitenwirkung. Unverständlich erschien vielen Gegnern des Nationalsozialismus auch die geringe öffentliche Wirkung der Opferberichte, z.B. des Tagebuch der Anne Frank, die Passivität gegenüber der Präsenz ehemaliger hochrangiger Nationalsozialisten in Führungspositionen von Wirtschaft und Verwaltung. Trotz der großen Prozesse gegen Nazi-Verbrecher — die Leiden der Deutschen durch den Krieg und seine Folgen wurden “ungleich stärker thematisiert.“
2) Öffnung durch die “Achtundsechziger“ und die Regierung Willy Brandts.
Als Verdienst der Achtundsechziger bleibt im Urteil Susanne Millers ihr Protest gegen die überkommenen “konservativen und autoritären Strukturen“ in Wissenschaft und Gesellschaft. Auch ihre Forderung, “die Vernebelung der Nazizeit“ zu beenden, wirke nach.

Die Regierung Willy Brandts setzte eine soziale und liberale politische Kultur, einen Generationswechsel in Bildung und Wissenschaft durch und förderte kritisches Denken gegenüber Geschichte, Autoritäten, Konventionen. Ein Wertewandel in der jüngeren Generation, auch bei den Frauen, betonte Freiheit, Selbstbestimmung, neue Rollenverständnisse.
Konservative Kräfte kritisierten den Bruch der jungen Generation mit der vorherrschenden Haltung der Nachkriegszeit und die gesellschaftskritische, zum Teil "revolutionäre" Haltung insbesondere der studentischen Generation dieser Zeit..
Susanne Miller gibt dazu Thesen Professor Hermann Lübbes aus dem Jahre 1983 zusammengefasst wieder: Dass in der Nachkriegszeit Auseinandersetzung und Abrechnung mit dem Nationalsozialismus unterblieben sei, habe sozialpsychologisch und politisch den Aufbau der Demokratie in der Bundesrepublik gefördert. Demgegenüber hätten die Achtundsechziger einen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Nationalsozialismus postuliert, damit die "Legitimität der Bundesrepublik angegriffen und desintegrierend auf die Gesellschaft gewirkt".
Diese Thesen Lübbes lehnt Prof. Miller scharf ab.
3) Der Wahrheit ins Auge sehen (Richard von Weizsäcker).
Susanne Miller zieht dann eine Verbindung zum "Historikerstreit". Dieser habe durch "apologetische Tendenzen" in der Beurteilung des Nationalsozialismus einem Revisionismus das Wort geredet, alte Vorurteile Unbelehrbarer verbreitet und damit dem "Ansehen der Geschichtswissenschaft wie dem Ansehen der Bundesrepublik im Ausland geschadet."
Sie stimmt dem Urteil Professor Hans-Ulrich Wehlers zu: Einer kritischen Öffentlichkeit und einer großen Zahl engagierter Historiker sei zu verdanken, dass der Historikerstreit "mit einem Sieg der kritischen Vernunft und Sachkunde über die Zumutungen dieses neuen Revisionismus geendet" sei. Ein wichtiger Sieg, aber Vorurteile blieben. Auch wenn diese in der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung, wie der Verlauf des Historikerstreits vor Augen führte, "eher marginal sein werden". Doch jenseits kritischer Vernunft und Sachkunde scheinen gegenüber der Nazigeschichte, ihren Ursachen und verheerenden Folgen weiterhin Emotionen und Vorurteile zu wirken. Dies habe sich gezeigt, als Bundespräsident Richard von Weizsäcker aufrief, zum 40. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges "gemeinsam zu sagen: Der 8. Mai 1945 war ein Tag der Befreiung." Der Appell des Bundespräsidenten fand breite öffentliche Zustimmung, aber auch Distanzierungen, sogar in den Reihen der Unionsparteien.
Damit ergibt sich für Susanne Miller die Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis von Geschichte und nationaler Identität in Deutschland:

Es sei schwierig, in der Bundesrepublik eine gemeinsame Haltung gegenüber der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts zu finden.
Ein “umstrittenes Verhältnis zur jüngsten Vergangenheit des eigenen Volkes“ bedeute somit, dass es unwahrscheinlich sei, in der Geschichte eine Quelle der Verbundenheit, der nationalen Identität der Deutschen zu finden.
Professor Millers offene Analyse und Skepsis gegenüber der Annahme, aus der jüngeren Geschichte Deutschlands könnten identitätsbildende Kräfte für die Nation geschöpft werden, löste Zustimmung und Nachdenklichkeit bei den auf Deutschland spezialisierten amerikanischen Forschern aus — und zugleich das Gefühl, wie viel beide Völker doch verbindet. Nicht zuletzt vertrauensvoller wissenschaftlicher Austausch, dem Grundsatz verpflichtet: Der Wahrheit ins Auge sehen!

2.2 Susanne Miller: Wegmarken ideologischen Wandels — Sozialdemokratie in Europa[1]

1863 hatte Ferdinand Lassalle den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gegründet, darin sieht die SPD ihren Ursprung als politische Partei. Die FES-Veranstaltung mit Susanne Miller fand demnach im 125. Gründungsjahr der SPD statt. Und sie überraschte ihr Publikum in Washington zunächst mit der These Ralph Dahrendorfs vom “Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“!

2.2.1 Ende des “Sozialdemokratischen Jahrhunderts“?

Professor Miller Analyse erläutert zunächst Dahrendorfs These: Der liberale Politiker habe respektvoll festgestellt, dass das 20. Jahrhundert in seinen besten Zeiten und Errungenschaften sozialdemokratisch geprägt war. Die Menschen in den westlichen Industrieländern hätten einen nie gekannten Fortschritt an Wohlstand und Lebenschancen erfahren.
Sozialdemokratische Konzeptionen — Konjunktur- und Wachstumspolitik, Politik sozialen Ausgleichs, eine wissenschaftlich basierte, aktive Rolle des Staates und eine internationale Partnerschafts- und Friedenspolitik — seien allerdings politisches Allgemeingut geworden. Konflikte, Defizite und Benachteiligungen, gegen die sozialdemokratische Politik entwickelt wurde, heute

[1] Vortrag vom 14. Oktober 1988 in Washington, ausgerichtet für Frau Professor Dr. Miller von der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Deutschen Historischen Institut.

weitgehend überwunden. Damit habe die Sozialdemokratie ihre Ziele und das sozialdemokratische Zeitalter sein Ende erreicht.
Susanne Miller räumt ein, die meisten Sozialdemokraten könnten Dahrendorf zustimmen: Eine Reihe politischer Grundsätze und Instrumente, deren hoher Rang im sozialdemokratischen Gedankengut lange als selbstverständlich und unantastbar galt, seien inzwischen fragwürdig, wenn nicht obsolet geworden. Tatsächlich hätten deshalb fast alle sozialdemokratischen Parteien ihre ideologischen Positionen revidiert und Diskussionen über politische Neu-Orientierungen eingeleitet.
Bevor Susanne Miller auf Dahrendorfs These zurückkommt, untersucht sie sozialdemokratische Programmreformen am Beispiel der deutschen SPD, der britischen Labour Party und der sozialistischen Partei Frankreichs. Ausdrücklich würdigt sie kurz die politischen Leistungen weiterer europäischer sozialdemokratischer Parteien: Entwicklung eines Wohlfahrtstaates (Skandinavien), Wiederaufbau von Demokratie, Wirtschaft und Sozialstaat nach dem Zweiten Weltkrieg (Holland, Belgien, Österreich), Überwindung von Diktatur und ökonomischer Rückständigkeit (Spanien, Portugal, Griechenland); in Italien habe die Sozialistische Partei die Regierungsmacht gegen die Konkurrenz durch die mächtige Democrazia Cristiana und die größte und am wenigsten dogmatische Kommunistische Partei des Westens erringen können. Der Staatsmann und Kämpfer gegen den Faschismus, Alessandro Pertini, habe als Präsident der Republik (1978 - 1985) durch sein hohes Ansehen in Italien und der Welt das Land stabilisiert.
Susanne Miller hebt eine Schwäche der Dahrendorfschen These hervor: Politischer Erfolg auch einer sozialdemokratischen Partei hänge vor allem ab von dem Ansehen und der Qualität des Führungspersonals sowie dem Urteil der Wähler über ihre Regierungsfähigkeit im Vergleich zu den Wettbewerbern. Es bedürfe also nicht allein der Erfahrung von Not und sozialer Unsicherheit, damit sozialdemokratische Parteien bei Wählern breite Unterstützung finden.

2.2.2 Neuorientierung sozialdemokratischer Parteien

Im Wesentlichen haben aus Sicht Professor Millers solche Prozesse programmatischer Neuorientierung das Ziel gehabt, die Partei auf Regierungsführung vorzubereiten oder diese zu erhalten.

2.2.2.1 Zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Susanne Miller unterscheidet mehrere Perioden, in denen sich die Identität — Politische Praxis, Doktrin, Widersprüche — des demokratischen Sozialismus in Deutschland herausbildete.

- Vom Idealismus zum Marxismus: Ferdinand Lassalle hatte dem "Arbeiterstand" die Überzeugung vermittelt, durch Selbstorganisation als politische Partei und durch "friedliche und gesetzliche Agitation"[1] für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht seine "legitimen Interessen" über seine "Vertretung in den gesetzgebenden Körpern Deutschlands" verwirklichen zu können. Lassalle — so Professor Miller — habe eine "idealistische Anziehungskraft" auf die deutsche Arbeiterbewegung ausgeübt, die über seinen Tod 1864 hinaus auch die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869 beeinflusste. Nach der Vereinigung der rivalisierenden Parteien, des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, im Jahre 1875 gewannen Anhänger von Karl Marx und Friedrich Engels maßgebenden Einfluss. 1891 beschloss die SPD in Erfurt ein marxistisch geprägtes Programm. Spätere Versuche, die Widersprüche zwischen reformistischer politischer Praxis und der radikalen marxistischen Doktrin zu überwinden, hatten wenig Erfolg. Das Heidelberger Programm von 1925 wertet Professor Miller in seinem theoretischen Teil lediglich als modifiziertes Abbild des Erfurter Programms von 1891.
- Kurt Schumacher ermöglicht ideologischen Pluralismus: Die Sozialdemokratie, unter der Nazidiktatur brutal verfolgt, stand nach dem Ende des zweiten Weltkriegs wieder auf. Den grundsatztreuen Sozialdemokraten, die im Untergrund, Exil, in Gefängnissen oder Konzentrationslagern überlebt hatten, schlossen sich viele Menschen mit ganz unterschiedlichen ideologischen Überzeugungen an. Kurt Schumacher, in der Weimarer Republik SPD-Reichstagsabgeordneter,[2] über ein Jahrzehnt Gefangener in Nazi-Konzentrationslagern, förderte diesen Zustrom neuer Mitglieder in die SPD. Schon 1945 betonte er, dass Marxisten neben Anhängern anderer Philosophien oder religiös Geprägten das gleiche Recht hätten, ihre Überzeugungen in der SPD zur Geltung zu bringen. Damit habe er "die Tür zum ideologischen Plura-

---

[1] Vgl. Dokument: *Ferdinand Lassalle*: Offenes Antwortschreiben vom 1. März 1863, in: *Susanne Miller/Heinrich Potthoff*, Kleine Geschichte der SPD, Bonn 1988, S. 305

[2] Kurt Schumacher hatte, wie gelegentlich berichtet wurde, den Mut, den Nationalsozialisten im Reichstag ins Gesicht zu sagen, dass ihre Politik nichts anderes sei als ein "Appell an den inneren Schweinehund des Menschen".

lismus der Partei aufgestoßen.“ Susanne Miller würdigt Kurt Schumacher, der 1952 starb, als die dominierende Persönlichkeit der SPD in der Nachkriegszeit.

- Modernisierung der SPD — Das Godesberger Programm von 1959. Kurt Schumachers Beitrag, die geistigen und programmatischen Grundlagen der SPD breiter zu verankern, drang im politischen Klima der Nachkriegszeit nicht in das allgemeine Bewusstsein. Erst mit dem Godesberger Programm von 1959 sei deutlich geworden, dass sich die 1863 gegründete Sozialdemokratie “modernisiert“ habe. Die Abkehr vom Marxismus ermöglichte, als historische Wurzeln des demokratischen Sozialismus der christlichen Ethik, dem Humanismus und der klassische Philosophie den angemessenen Rang zu geben. Das Godesberger Programm war nach Auffassung Millers nicht als Wahlplattform intendiert, sondern vor allem auf eine Neubestimmung der grundlegenden Werte, Ziele und politischen Instrumente der SPD ausgerichtet. Gleichwohl ebnete es gerade dadurch den Weg der SPD zur Regierungspartei.
- Zum Berliner Grundsatzprogramm von 1989**:** Eine dem Godesberger Programm ähnlich politisch bahnbrechende Funktion erwartete Susanne Miller von “Godesberg II“, dem im Dezember 1989 beschlossenen Berliner Grundsatzprogramm. Die Grundwerte und Ziele des demokratischen Sozialismus in Deutschland hatten sich nicht geändert: Freiheit und Gerechtigkeit, Demokratie und Solidarität, Frieden und internationale Zusammenarbeit**.**[1] Aber die SPD sah sich vor neuen Herausforderungen, denen das Godesberger Programm von 1959 nicht mehr angemessen begegnen konnte. Es bedurfte nach Auffassung der Parteiführung programmatischer Konsequenzen gegenüber den Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums, der unkontrollierbar erscheinenden Entwicklung neuer Technologien, den Gefahren der nuklearen Energie, den ökologischen Schäden für Böden, Wasser und Luft. Diesen neuen Herausforderungen stellte sich die deutsche Sozialdemokratie, indem sie im Berliner Grundsatzprogramm zu einer innovativen Politik, einer Reformpolitik und einem Reformbündnis aus alten und neuen sozialen Bewegungen, aufrief: “Für eine friedliche Welt und eine lebensfähige Natur, für eine menschenwürdige, sozial gerechte Gesellschaft! Wir wollen Bewahrenswertes erhalten, lebensbedrohende Risiken abwenden und Mut machen, Fortschritt zu erstreiten. Wir wollen Frieden.“ Die politische Wirkung dieses Programms sollte von den Herausforderungen der deutschen Einheit überschattet werden.

---

[1] Vgl.: Grundsatzprogramm der SPD, Berlin 1989, mit Änderungen durch den Parteitag in Leipzig, 1998

2.2.2.2 Zur britischen Labour Party

In der Labour Party schien es ganz ausserordentliche Schwierigkeiten zu bereiten, die Programmatik auf die Präferenzen der Wähler statt auf die der Parteitagsdelegierten auszurichten. Zwei wesentliche Faktoren sieht Susanne Miller als Ursache dieses Konflikts.
Erstens, die starke Persönlichkeit Eric Heffer, der einer der herausragenden und einflussreichen Vertreter des linken Flügels der Labour Party war. Er sei überzeugt gewesen, dass nahezu alle Gruppierungen der Partei im öffentlichen Eigentum an grossen Unternehmen der wichtigsten Industriezweige die entscheidende Voraussetzung für eine sozialistische, klassenlose Gesellschaft sähen.
Das zweite Modernisierungshemmnis sei in der erfolgreichen, weitgehenden sozialistischen Transformation der britischen Gesellschaft und Wirtschaft unter Premierminister Attlee von 1945 bis 1951 zu suchen. Die Regierung Atlee verstaatlichte wichtige Industriezweige, Dienstleistungsunternehmen und die Bank of England, schuf den Wohlfahrtsstaat, den steuerfinanzierten Nationalen Gesundheitsdienst, Programme kommunalen sozialen Wohnungsbaus, stärkte die Planungskompetenzen von Regionen und Gemeinden und das staatliche Erziehungswesen. Diese erfolgreichen Strukturreformen wurden zwischen 1950 und 1980 bis auf strittige industrielle Verstaatlichungen weitgehend akzeptiert.
So scheiterte der Parteivorsitzende Hugh Gaitskell in einem “Proteststurm“, als er nach der schweren Wahlniederlage von 1959 versuchte, die offenkundig obsolete Clause IV des Labour-Programms abzuschaffen. Susanne Miller gab dem amerikanischen Publikum diesen seit langem in Ehren gehaltenen “Glaubensartikel“ zur Kenntnis: “Den Arbeitern der Faust und der Stirn die Früchte ihres Fleisses durch deren gleichmässigste Verteilung zu sichern, solle ermöglicht werden auf der Grundlage des Gemeineigentums an den Mitteln der Produktion, der Distribution und des Austauschs sowie des bestmöglichen Systems der Verwaltung und Kontrolle eines jeden Industrie- oder Dienstleistungszweigs durch die Bevölkerung.“
Erst Mitte der neunziger Jahre sollte es dem Parteivorsitzenden Tony Blair gelingen, die Clause IV abzuschaffen, der Labour Party als “New Labour“ ein modernes Profil zu geben und seit 1997 die Regierung zu führen.
Doch das lag 1988 für die Labour Party noch in weiter Ferne, als Susanne Miller über die Ursachen für das hartnäckige Festhalten an der Sozialismus-Clause IV sprach. Die Analyse zur Labour Party führte sie zu folgendem historischen Paradoxon: Während es der SPD, einer früher klassisch marxistischen Partei, gelungen sei, ihre traditionelle Ideologie aufzugeben, hielte die

Labour Party eisern an längst überholtem Gedankengut fest. Und dies, obwohl Labour niemals einer radikalen sozialistischen Ideologie oder Theorie anhing. Statt dessen wurden die Fabians in die Partei aufgenommen — Intellektuelle, die seit Ende des 19. Jahrhunderts sozialdemokratischen Gradualismus statt Revolution propagierten. Christen oder pragmatische Gewerkschaftler neben einigen wenigen Marxisten prägten die Partei. Noch erstaunlicher sei dieser ideologische Rigorismus angesichts des inzwischen bestimmenden Einflusses der Gewerkschaften auf Labours Parteitagen und bei den Wahlen des Parteivorstands, da ja doch Gewerkschaften allgemein für massvollen politischen Kurs bekannt seien.

Susanne Miller hebt die folgenden Ursachen für die Stärke des linken Flügels in der Labour Party hervor:

Zum einen, die tiefe Unzufriedenheit der Parteibasis mit der Leistung ihrer Führung und der parlamentarischen Vertretung sowohl in den Oppositions- als auch in den Regierungsjahren. Die als sozialistisch und erfolgreich wahrgenommenen Reformen der Nachkriegszeit hätten im Urteil der Parteiaktivisten alle späteren Leistungen der Labour Party überschattet.

Zum anderen, die Schwächung der moderaten Kräfte in Labour, als 1981 mit David Owen, Roy Jenkins, Shirley Williams und Will Rodgers führende und hochangesehene Repräsentanten die Partei verließen, eine sozialdemokratische Partei gründeten und mit den britischen Liberalen eine Allianz bildeten.

Hier wird für Susanne Miller eine interessante Differenz zu deutschen Wählerpräferenzen sichtbar: Die neue britische Sozialdemokratische Partei positioniert sich “rechts“ von Labour . Die SPD hingegen verliert vor allem jüngere Mitglieder an die neugegründeten Grünen, die sich “links“ von der SPD profilieren.

Nach dem Schock einer dritten verlorenen Wahl in Folge 1987 schien sich eine Chance für eine Programmreform abzuzeichnen.

Der Labourvorsitzende Neil Kinnock und sein Stellvertreter Roy Hattersley leiteten eine grundlegende Überprüfung der Prinzipien und politischen Positionen der Labour Party ein. Die massgeblichen Kräfte der Partei waren zur Einsicht gelangt, dass linke Rhetorik und Mobilisierung der Opfer des Thatcherismus nicht ausreichten, um einen Machtwechsel herbeizuführen. Die gespaltene Opposition, die Aussichtslosigkeit eines Wahlbündnisses mit den “Sozialdemokraten“ um David Owen, das britische Mehrheitswahlrecht und die auf absehbare Zeit gegebene sozio-politische Geographie beschworen die Gefahr langfristiger konservativer Dominanz. Die organisatorischen Kraftzentren der Partei — Schattenkabinett, Parteivorstand und Gewerkschaften — einigten sich darauf, sieben “Policy Review Groups“ zu bilden. Leitlinien für ihre Ar-

beit bildeten Vorgaben, die Neil Kinnock und Roy Hattersley in einem gemeinsamen Papier unterbreitet hatten: Diagnose wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Trends in hochentwickelten Industriegesellschaften; Aufgabenverteilung zwischen Staat und privaten Initiativen um Freiheit und Gerechtigkeit in optimaler Weise zu verwirklichen; Bekenntnis zu einer "gemischten Wirtschaftsordnung" auf der Grundlage neuer Formen von Gemeineigentum und Wirtschaftsdemokratie.
Susanne Miller fasst das Ziel der Programmreform zusammen: "Labours beste Traditionen mit einem realistischen und innovativen politischen Kurs verbinden!"
Fast ein Jahrzehnt sollte es noch dauern, bis Tony Blair und Gordon Brown 1997 die Regierungsmacht errangen. Erst diese beiden Führungspersönlichkeiten Labours hatten den politischen Rückhalt und Mut besessen, die sozialistische Clause IV aus dem Programm zu streichen.

2.2.2.3 Zur französischen Sozialdemokratie

Ihren Überblick zur französischen Sozialdemokratie beginnt Susanne Miller mit der Feststellung, dass diese im Vergleich zur deutschen und britischen Partei "den spektakulärsten Wandel" durchlaufen habe. In der Gegenwart der 1980er Jahre repräsentiere die Sozialistische Partei eine politische Macht, die sie nie zuvor erreichen konnte. Fehlende Unterstützung durch die Arbeiterklasse und die Konkurrenz durch eine starke kommunistische Partei waren die wesentlichen Ursachen. Zu diesem Erfolg führte ein langer Weg — zunächst des Niedergangs.

- Die SFIO 1905 bis 1969 — gespaltene politische Kultur.
  Seit 1905 stand die Section Française de l´Internationale Ouvrière (SFIO) für soziale Demokratie in Frankreich. Ihre großen Führungspersönlichkeiten Jean Jaurès, ermordet bei Ausbruch des 1. Weltkrieges, und Léon Blum, Regierungschef der "Volksfront" 1936, sah Professor Miller vor allem durch das Erbe der Französischen Revolution und durch den Europäischen Humanismus geformt. Zwar wurde die politische Rhetorik der SFIO von marxistischem Vokabular getragen, aber daraus folgte keine Bindung an eine spezifische politische oder philosophische Theorie. Der französische Sozialismus umfasste eine Vielzahl ideologischer Strömungen, verkörpert in Studiengruppen und Klubs, Zeitschriften und einzelnen Persönlichkeiten.
  Susanne Miller zitiert Michel Rocard, der einige Jahre zuvor die französische Linke durch zwei "historische Kulturen" geprägt sah, die er miteinander in Einklang bringen wolle. Diese beiden

linken Kulturen stellten keine unterschiedlichen Denkschulen dar, sondern differierende politische und psychologische Haltungen: “Die eine jakobinisch, zentralistisch, etatistisch, nationalistisch und protektionistisch. Die andere dezentralistisch, libertär, regionalistisch, Regulierung misstrauend und offen für Autonomie und Experimente“.

Für Susanne Miller besteht kein Zweifel, dass Rocard, der derzeitige Premierminister Frankreichs, die letztere Haltung bevorzuge. Damit wird die Eigenart der Modernisierungsaufgabe für den französischen Sozialismus deutlich. Nicht Dogmen sind abzuschaffen, sondern konträre Einstellungen zu überwinden. Dies aber bedarf politischer Führung, die neue Allianzen bildet. Dafür war im Jahre 1969 die Zeit reif, als der SFIO mit nur noch 72 000 Mitgliedern und einem Präsidentschaftskandidaten, der 5 % der Stimmen erhielt, der politische Niedergang drohte.

- Parti Socialiste — Wandel durch Führung.

  Der “tote Punkt“ ließ sich überwinden, indem eine reformierte Organisation, die Sozialistische Partei, gegründet wurde. Eine junge, ehrgeizige und talentierte Generation bestimmte nun die Politik der Partei. Francois Mitterands Führungsleistung brachte herausragenden Erfolg. Die Sozialisten wurden zur maßgeblichen Kraft der französischen Linken; die Kommunisten fielen weit zurück. 1981 gewannen die Sozialisten nach 23 Jahren die Mehrheit.

  Mitterand, als Präsident der Republik für sieben Jahre gewählt, ernannte einen sozialistischen Premier, die Kommunisten erhielten vier Ministerien in der Koalition, ihre Vertreter traten aber nach zwei Jahren zurück. Das Wahlprogramm wurde mit Verstaatlichungen von Schlüsselindustrien und des Bankensektors umgesetzt, weitere Ziele waren Umverteilung, Selbstverwaltungsprogramme für Industriearbeiter und Bildungsreformen. Nach nur einem Jahr sozialistischer Politik war die Regierungstätigkeit vor allem auf Krisenmanagement von Rezession, persistenter Arbeitslosigkeit, Abwertungen der Währung reduziert. Massenproteste erzwangen die Aufgabe des Kernstücks der Bildungsreform, die privaten, meist katholischen Schulen zu schließen. Den Währungs- und Budgetkrisen folgende finanzielle Austerität traf vor allem die armen Schichten der Bevölkerung. Die Sozialistische Partei erlitt in den Wahlen von 1986 eine Niederlage, obwohl, wie Susanne Miller urteilt, die Bilanz der sozialistischen Regierung keineswegs durchgängig negativ gewesen sei.

  Für den Präsidenten der Republik begann nun eine Phase der “cohabitation“ mit einem konservativen Premierminister. Gerade in dieser Zeit wuchsen Mitterand solche Authorität und solches Ansehen zu, dass er 1988 wiedergewählt wurde. Sofort setzte er Neuwahlen an. Die Sozialisten wurden zwar stärkste Partei, verfehlten aber die parlamentarische Mehrheit. Der

neue Premier, Michel Rocard, musste einige nicht-sozialistische Minister in sein Kabinett aufnehmen. Als pragmatischer Politiker, dem es vor allem um eine Verbesserung der industriellen Effizienz ging, konnte er auf große Zustimmung der Franzosen zählen.

Susanne Millers sagte in ihrem Vortrag 1988 voraus, Rocards Berufung als Premierminister durch den Präsidenten der Republik bedeute, dass der zwanzig Jahre jüngere Rocard damit zum künftigen Vorsitzenden der Sozialistischen Partei auserkoren sei. Diese Vorhersage trat 1993 ein.

2.2.3 Sozialdemokratische Verantwortung am Ende des Jahrhunderts

Abschließend griff Susanne Miller noch einmal Dahrendorfs These vom Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts auf: Sicher sei der Fortschritt an Wohlstand, sozialer Sicherheit und Lebenschancen, der im zwanzigsten Jahrhundert mehr Menschen als je zuvor zugute kam, nicht allein von Sozialdemokraten erreicht worden. Aber die Sozialdemokratie habe einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet. Und sie habe für diese Ziele schon zu einer Zeit gekämpft, als sie noch utopisch erschienen. Heute aber, so warnt Susanne Miller, seien all diese Errungenschaften schwerwiegend gefährdet.
Gerade in so reichen Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland, wie in Großbritannien und Frankreich drohe Massenarbeitslosigkeit vielen Menschen mit materieller Not und sozialer Ausgrenzung. Soziale Leistungen würden gekürzt. Die Chancen von Kindern und Jugendlichen aus ärmeren Familien, höhere Schulen und Universitäten zu besuchen oder eine berufliche Ausbildung abzuschließen, reduzierten sich immer mehr. Die Kluft zwischen arm und reich habe sich vertieft.
Eine der wesentlichen Aufgaben für Sozialdemokraten in Europa sieht Susanne Miller darin, die Zunahme der Arbeitslosigkeit und Armut zu bekämpfen, den Sozialstaat zu verteidigen oder dort, wo er defizitär ist, zu festigen oder auszubauen.
Die ideologischen Veränderungen, die sozialdemokratische Parteien vollzogen oder begonnen haben, hält Susanne Miller für notwendig, um die europäische Sozialdemokratie zu befähigen, wirtschaftlichen Wohlstand gerecht zu verteilen.
In der Verantwortung für soziale Gerechtigkeit sieht Susanne Miller die Beweggründe für die Reformprozesse europäischer Sozialdemokratie, nicht dagegen in der Anpassung an wechselnde Wählerpräferenzen.

Ohne als gerecht empfundenen sozialen Ausgleich sind sozialer Zusammenhalt und sozialer Frieden auch bei wirtschaftlichem Wachstum nicht gesichert. So lautet Susanne Millers europäische und sozialdemokratische Botschaft für das Amerika am Ende der Ära Ronald Reagans!

2.3 Hans-Jochen Vogel: Sicherheit und Frieden[1]

Dr. Vogel setzte sich in seinem Vortrag vor einem großen Kreis hervorragender Vertreter aus Politik, Regierungs, Wirtschaft, Universitäten und Medien das Ziel, politische Positionen gegenüber den Aufgaben darzulegen, die sich im Jahre 1988 stellen um den Frieden sicherer zu machen.

2.3.1 Aktueller transatlantischer Handlungsbedarf

Dringliche Aufgaben stellen sich auf drei Politikfeldern: Weltwirtschaft, Abrüstung, Europäische Friedensordnung. Sie seien in engem Zusammenhang zu sehen. Abrüstungsfragen, betont Dr. Vogel, lassen sich nicht von außen- und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen, diese wiederum nicht von der wirtschaftlichen Lage trennen. Die Interdependenz von Wirtschafts- und Sicherheitspolitik ergebe sich aus dem NATO-Vertrag: “Artikel 2 des Natovertrages verpflichtet die Mitgliedstaaten, Gegensätze in ihrer internationalen Wirtschaftspolitik zu beseitigen.“
Damit stellt der SPD-Vorsitzende die von ihm als prioritär erachteten wirtschafts- und sicherheitspolitischen Aufgaben der Zeit in den Rahmen einer gemeinsamen Verpflichtung der transatlantischen Allianz.
Diese Verantwortungsgemeinschaft des Westens unterstreicht Dr. Vogel, indem er sich auf den Amerikabesuch des Bundeskanzlers Kohl und des Außenministers Genscher wenige Wochen zuvor bezieht: “In der Bundesrepublik konnten wir nach diesem Besuch Übereinstimmung in einer Reihe von Fragen feststellen, die für uns Deutsche, für die Entwicklung des Deutsch-Amerikanischen Verhältnisses, für die Allianz und auch für die weitere Gestaltung des Ost-West-Verhältnisses von Bedeutung sind.“

---

[1] *Dr. Hans-Jochen Vogel*, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag; Vortrag am 23. März 1988, ausgerichtet von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Washington D.C. Die Veranstaltung hatte das Thema “Germany and the Arms Control Process“; der Vortrag Dr. Vogels war jedoch umfassender angelegt, was von den mehr als 350 hochrangigen Teilnehmern dankbar gewürdigt wurde. (Zitate ohne Seitenangabe).

Die grundsätzliche außenpolitische Übereinstimmung mit der deutschen Bundesregierung, auf die der Oppositionsführer hinwies, wurde von dem hochrangigen Publikum als hervorragende staatsmännische Haltung empfunden. Dieser geistige Rang und die Offenheit des partnerschaftlichen Dialogs prägten Dr. Vogels Analyse der drei “jetzt wichtigen“ Aufgabenfelder Weltwirtschaft, Abrüstung und Europäische Friedensordnung.

2.3.2 Weltwirtschaftliche Ungleichgewichte als sicherheitspolitische Bedrohung

Die Analyse der weltwirtschaftlichen Probleme, die der deutsche Oppositionsführer den amerikanischen Experten darlegt, gewinnt in der Rückschau “prophetischen“ Charakter; seine Warnungen sollten 2008 krisenhafte Wirklichkeit werden.
Die Weltwirtschaft sieht Dr. Vogel durch “ein hohes Maß an Instabilität“ bedroht, das er auf die folgenden Ursachen zurückführt:

- Übermäßige Auslandsverschuldung der USA infolge “gigantischer“ Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite. Die Persistenz des amerikanischen “Doppeldefizits“, wie das Problem in der ökonomischen Debatte bezeichnet wird, könne Vogel zufolge deshalb die Stabilität der Weltwirtschaft bedrohen, weil mit diesen Defiziten durch Abwertung oder Kapitalzuflüsse die Gefahr einer Inflation und auch einer “Überfremdung“ der amerikanischen Wirtschaft verbunden sei. Eine wesentliche Ursache für das “Doppeldefizit“ sei in überdimensionierten Rüstungsprogrammen zu suchen.
- Die hohen Leistungsbilanzüberschüsse Japans und der Bundesrepublik beurteilt Dr. Vogel insoweit negativ, weil sie Ausdruck einer “Exportlastigkeit“ dieser Volkswirtschaften zu Lasten “arbeitsfördernder Investitionen im Inland“ seien. Resultierende Forderungsüberschüsse (in US-Dollar) gegenüber dem US-Währungsgebiet werden dort angelegt und finanzieren insoweit das amerikanische Leistungsbilanzdefizit statt deutscher Arbeitsplätze. Im Fall der Bundesrepublik bedeuten die hohen Exportüberschüsse in ihrem wichtigsten Absatzgebiet, der Europäischen Gemeinschaft, Handelsdefizite für die EG-Partner mit potentiell negativen Folgen für deren Beschäftigung — auch hier also “Ungleichgewichte, die gefährlich werden können.“
- Weiterhin werde die Stabilität der Weltwirtschaft gefährdet durch die zunehmende Überschuldung der Entwicklungsländer. Deren wirtschaftliche Entwicklung sei dadurch schwerwiegend beeinträchtigt. Dies habe negative Rückwirkungen auch auf ihre Wirtschaftsbeziehungen mit

den Industrieländern. Diesen Gedanken illustriert Dr. Vogel an den Handelsbeziehungen zwischen den USA und ihrem “natürlichen Absatzmarkt“ Lateinamerika.

- Gegenüber dem hochrangigen amerikanischen Publikum betont Dr. Vogel seine tiefe Besorgnis angesichts “der latenten und inzwischen auch offenen Handelskonflikte zwischen den USA, Japan und dem EG-Raum, aber auch den sogenannten newly industrialized countries.“
- Verschärft würden die Gefahren für die weltwirtschaftliche Entwicklung und Stabilität dadurch, “dass gewaltige Geldströme täglich ohne jede Kontrolle rund um den Globus zirkulieren und jede Verbindung mit der realen Wirtschaft, mit den Investitionen oder mit den Waren- und Dienstleistungsbewegungen verloren haben.“

Deutlicher konnte vor den Gefahren für die Entwicklung und Stabilität der weltwirtschaftlichen Beziehungen nicht gewarnt werden.

In der Rückschau des Jahres 2010, unter dem Eindruck der verheerenden und noch nicht überwundenen Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre wirkt die eindringliche Mahnung des SPD-Vorsitzenden vom März des Jahres 1988 in Washington beklemmend:

“Die Warnzeichen sind deutlich. Ich glaube, dass in der Tat eine Zeitbombe tickt, deren Explosion nicht weniger schlimme Folgen auslösen würde als die Ereignisse des Jahres 1929. Im Unterschied zu damals ist ihre Entschärfung aber möglich. Es besteht ein dringender Handlungsbedarf, der vor allem ein Bedarf an politischer Orientierung und Führung ist.“

Dr. Vogel appelliert an die Führungsmacht des Westens, mitzuwirken, damit die folgenden Maßnahmen vordringlich umgesetzt werden können:

- Kontrolle des internationalen Kapitalverkehrs durch eine transnationale Instanz.
  Notwendig sei eine Regulierung und Kontrolle des oft spekulativen internationalen Kapitalverkehrs, um schädlichen Auswirkungen auf die reale Wirtschaft — Güterhandel, Investitionen und Beschäftigung — rechtzeitig begegnen zu können. Dafür bedürfe es einer “transnationalen Kontrollinstanz“, die seiner Auffassung nach auf keinem Gebiet so dringend erforderlich sei wie bei der Kontrolle der internationalen Kapitalbewegungen.
- Gradueller Abbau der internationalen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte.
  Den USA wird empfohlen, ihre übermässige Binnennachfrage der eigenen produktiven Leistungskraft anpassen. Der Abbau bestehender Handelsungleichgewichte müsse schrittweise erfolgen, damit eine weltwirtschaftliche Rezession vermieden wird.
  In Japan und der Bundesrepublik Deutschland sei im Rahmen dieser Strategie die Inlandsnachfrage, der Konsum und die Investition, zu fördern um der Exportlastigkeit dieser Volkswirtschaften entgegen zu wirken.

Diese schrittweise und abgestimmte Korrektur weltwirtschaftlicher Ungleichgewichte im internationalen Güter- und Kapitalverkehr solle durch intensive “Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und den Zentralbanken der Industrieländer“ flankiert werden.

Im Rückblick des Jahres 2010 zeigt sich das historische Versagen der westlichen Industrieländer gegenüber den weltwirtschaftlichen Herausforderungen und dem unabweisbaren Handlungsbedarf, der von Dr. Vogel im März 1988 benannt und begründet wurde.

Auf die Frage nach den Ursachen der internationalen Finanzkrise gab das Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Frau Professor Weder di Mauro, die folgende Antwort: “Weil die wirtschaftspolitisch Verantwortlichen über viele Jahre mit zwei Illusionen gelebt haben: erstens, die zunehmende Verschuldung sei unbedenklich, und zweitens, die Finanzinnovationen hätten die Systemstabilität erhöht, indem sie die Risiken verteilt hätten.“[1] Vor solchen Illusionen, dass nämlich wirtschaftliche Freiheit ohne Ordnung unbedenklich sei, hatte Dr. Vogel gewarnt.

Der sozialdemokratische Oppositionsführer wendet sich dann der Frage zu, welche Verantwortung die Bundesrepublik übernehmen sollte um eine europäisch abgestimmte Wirtschaftspolitik zur langfristigen Stabilisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen einzuleiten.

Seiner Auffassung nach sollten öffentliche und private Investitionen mit dem Ziel gefördert werden, Infrastruktur und Beschäftigung in der Europäischen Gemeinschaft nachhaltig zu verbessern. Dabei ist unter “nachhaltig“ zu verstehen: im Sinne eines “qualitativen Wirtschaftswachstums“, das mit demographischer Zukunftssicherung und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen vereinbar ist. Solche wachstumspolitischen Initiativen der Bundesrepublik würden den übrigen europäischen Ländern gleichgerichtete Maßnahmen erleichtern. Nationale Investitionsprogramme könnten dann schon wegen des bereits erreichten Grades der europäischen Integration eine sich gegenseitig unterstützende Wirkung entfalten. Damit ließen sich Chancen für einen “europäischen Beschäftigungspakt“ eröffnen. Für solche Vereinbarung auf europäischer Ebene wirbt die SPD im Sinne einer “gemeinsam verabredeten Anstrengung, beschäftigungswirksame Expansionsmaßnahmen zu treffen, wobei es uns vor allem auf die zeitliche Synchronisation und nicht so sehr auf den Inhalt der Maßnahmen in jedem Land ankommt.“

Eine solche europäisch abgestimmte Politik zur Förderung von Beschäftigung und qualitativem Wirtschaftswachstum ließe sich leichter realisieren und in ihrer Wirksamkeit steigern, wenn die europäische Integration vertieft werden könnte.

Daher fordert Dr. Vogel dringend weitere Reformschritte für den Einheitlichen Europäischen

---

[1] Vgl.: Interview, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Februar 2009.

Binnenmarkt und die Europäische Agrarpolitik. Letzteres insbesondere, um Mittel der Gemeinschaft für die europäische Wachstums-, Struktur- und Beschäftigungspolitik freizusetzen. Diese aktiv gestaltende Wirtschaftspolitik müsse durch die Geld- und Währungspolitik der Deutschen Bundesbank abgesichert und begleitet werden. Doch auch hier sei die europäische Dimension für die politische Wirksamkeit entscheidend. Dr. Vogel befürwortet deshalb mit Nachdruck eine europäische Währungsunion — ein Jahrzehnt bevor sie verwirklicht werden konnte: “Die Zeit ist reif für eine europäische Währung und eine europäische Währungsinstitution. Beides gehört zu einer stärkeren Selbstbehauptung Westeuropas innerhalb des atlantischen Bündnisses, für die wir uns seit langem einsetzen. Und diese liegt auch im Interesse der USA, weil sie Amerika entlastet.“

Der deutsche Oppositionsführer unterstrich seine wirtschaftspolitischen Ausführungen abschließend mit der Überzeugung, dass die sozialdemokratische Konzeption einer auf qualitatives Wachstum und “gezielte Expansion“ gerichteten Wirtschaftspolitik zugleich beitrage, die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte und Handelskonflikte zu beheben.

2.3.3 Sozialdemokratische Positionen zur Sicherheits- und Abrüstungspolitik

Auf diesem Feld habe die Sozialdemokratie weitergehende Vorstellungen als die deutsche Bundesregierung: “Diese bringen wir gerade auch aus der Überzeugung heraus in unsere westliche Diskussion ein, dass ihre Berücksichtigung in der weiteren Politik der Allianz dem Frieden und dem Wohlergehen sowohl des amerikanischen Volkes wie der Nationen in Europa dient.“

Für den SPD-Vorsitzenden verbindet sich die Sicherheits- und Abrüstungspolitik seiner Partei einerseits mit ihrer politischen Identität, andererseits mit einer Haltung zu grundsätzlichen Fragen nationaler und internationaler Politik, die ihre konkreten historischen Erfahrungen widerspiegele. Dem amerikanischen Publikum wird in den Worten des Vorsitzenden das politische Profil der deutschen Sozialdemokratie anschaulich.

Identität — das ist das Eintreten der SPD für Freiheit, für soziale Gerechtigkeit, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, für eine international orientierte und engagierte, nicht nur national motivierte Politik.

Politische Haltung — das ist “Standfestigkeit“ für die Grundwerte der Demokratie, Fähigkeit zum Dialog auch mit dem politischen Gegner sowie “Bereitschaft und Wille zu einem fairen Interessenausgleich“.

Berlin — für die Amerikaner politischer Brennpunkt und Freiheitssymbol — habe in der Nachkriegszeit immer wieder bewiesen, wie notwendig Standfestigkeit war um die Freiheit zu wahren, wie eine Politik des Interessenausgleichs zu praktischen Ergebnissen im Ost-West-Dialog führen konnte, die der Entspannung und damit dem Frieden in Europa dienten.
Dr. Vogel sieht die Zeit gekommen, in der die historische Richtigkeit dieser politischen Haltung sich auch in den Verhandlungen zwischen Präsident Ronald Reagan und Generalsekretär Michail Gorbatschow erweise. Deren bahnbrechende Unterzeichnung des INF-Abkommens am 8. Dezember 1987 in Washington habe die SPD im Deutschen Bundestag als “Sieg der Vernunft“ bezeichnet; denn mit dem INF-Vertrag sei die Spirale der Aufrüstung entscheidend durchbrochen und unter Kontrolle gebracht worden.[1] Die Erkenntnis habe sich durchgesetzt, dass Abrüstung den Frieden sicherer macht. Verifizierungsverfahren seien vereinbart worden, die in “ihrer Dichte und Präzision bislang ohne Beispiel sind“.
Der SPD-Vorsitzende würdigt die historische Bedeutung dieses Abkommens auch für beide deutsche Staaten, die als mögliches Zielgebiet für Nuklear-Raketenschläge im Kalten Krieg besonders gefährdet waren: „Ich habe den Männern gedankt, die an der Spitze der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion Verantwortung tragen.“
Die durch das INF-Abkommen von den USA und der UdSSR bewiesene “Fähigkeit zum abrüstungspolitischen Kompromiss (berechtige) zu großer Hoffnung auf weitere Schritte zur Sicherung des Friedens“.
Die friedenspolitischen Vorstellungen der deutschen Sozialdemokratie konkretisiert Dr. Vogel in der Forderung nach einer “dritten Null-Lösung“ bei landgestützten Nuklearwaffen unter 500 km Reichweite sowie einer Reduzierung der Strategischen Atomwaffen im Rahmen von START[2].
In Übereinstimmung mit der deutschen Bundesregierung tritt der Oppositionsführer ferner für eine weltweite Beseitigung chemischer Waffen ein. Als einen ersten Schritt auf dieses Ziel hin bringt Dr. Vogel einen Vorschlag der SPD ein, der mit der Führung der DDR entwickelt wurde: das Konzept einer chemiewaffenfreien Zone in Europa. Würde dieser Vorschlag einer regionalen Lösung unter Wahrung der beiderseitigen Bündnisloyalität verwirklicht, hätte dies den Vorteil, dass die Wirksamkeit von Kontrollverfahren erprobt werden könnten.

---

[1] INF-Abkommen: vereinfachend Abbau aller Kurz- und Mittelstreckenraketen mit Reichweiten von 500 bis 5500 km, sog. “Doppelte Null-Lösung“. INF: Intermediate Range Nuclear Forces, nukleare Mittelstreckensysteme.

[2] Strategic Arms Reduction Talks.

Als entscheidend für das Zusammenleben der europäischen Völker in gemeinschaftlicher Sicherheit sieht Dr. Vogel die Herstellung von “konventioneller Stabilität“**.** Nach dieser Konzeption würden beide Bündnisse ihre Verteidigung bei einem möglichst niedrigen Niveau militärischer Kapazitäten und Rüstungsausgaben planen und umsetzen.
Dies erfordere für beide Bündnissysteme, die Vorgabe “struktureller Nichtangriffsfähigkeit“, also eine militärisch-sicherheitspolitische Ausrichtung, die Überraschungsangriffe und sowohl großräumige Offensiven, als auch militärische Vernichtungsschläge tief im gegnerischen Hinterland ausschließt. Das Ziel, in Europa “strukturelle Nichtangriffsfähigkeit beider Bündnissysteme“ herzustellen, habe die SPD erstmals auf ihrem Parteitag in Nürnberg 1986 entwickelt. Inzwischen beherrsche dieser Begriff zunehmend die Diskussion um “konventionelle Stabilität“. Daraus leite die deutsche Sozialdemokratie sicherheitspolitische Forderungen sowohl an die Sowjetunion und den Warschauer Pakt als auch an die NATO ab. Demnach hätten die Sowjetunion und die Staaten des Warschauer Pakts die Strategie der “Vorwärtsverteidigung“ aufzugeben und sich auf die “Vorneverteidigung“ ihres Territoriums zu beschränken. Die NATO müsste sich im Gegenzug ihrer Fähigkeit begeben, das Offensivpotential des Warschauer Pakts durch militärische Schläge gegen tief in dessen Territorium liegende Ziele zu neutralisieren.
Dr. Vogels Darstellung vermittelte seinen amerikanischen Zuhörern die Einsicht, dass gerade die im Konzept “struktureller Nichtangriffsfähigeit“ beider Bündnissysteme enthaltene Gegenseitigkeit des Verzichts auf Offensiv- bzw. Vergeltungspotentiale abrüstungspolitische Blockaden überwinden könnte.
Daher spricht er die Hoffnung aus, dass das Ziel “konventioneller Stabilität“ erreichbar wird durch die im März 1989 in Wien beginnenden Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE). Deren gesamteuropäischer Ansatz, deren Verknüpfung von Abrüstung mit strukturellem Umbau der Streitkräfte sowie dem Wandel der militärischen Strategie im Sinne konventioneller Stabilität seien geeignet, den Friedens sicherer zu machen.
Seit Ende des Zweiten Weltkrieges, urteilt Dr. Vogel, bestehe “erstmals die politische Chance, dass der Warschauer Pakt durch das neue Denken in der Sowjetunion von Positionen abrückt, die den Aufbau immer größerer Militärpotentiale vor allen Dingen in Zentraleuropa zur Folge hatten.“ Der Westen sei gefordert alles zu tun, um dieses neue Denken in ernsthaften Verhandlungen aufzugreifen und herauszufinden, ob tatsächlich konkrete Verbesserungen der Sicherheit in Europa erreichbar sind. Durch sicherheitspolitische Erfolge solcher Verhandlungen würden sich die Risiken auch für die beteiligten Weltmächte verringern.

2.3.4 Für eine europäische Friedensordnung: Welche Schritte können Amerikaner und Deutsche gemeinsam gehen?

Über die Abrüstungspolitik hinausblickend, widmet sich Dr. Vogel dem größeren außen- und sicherheitspolitischen Kontext um den Weg zu einer gesamteuropäischen Friedensordnung zu markieren.
Zwar könne die Abrüstungspolitik "Schrittmacherdienste" für eine verstärkte Ost-West-Kooperation leisten. Aber der Weg weiterer Fortschritte hin zu einer europäischen Friedensordnung werde durch die Charta von Helsinki mit ihren "drei untereinander und in sich selbst ausbalancierten Körben" gewiesen.[1]
Im Geiste der Helsinki-Charta appelliert Dr. Vogel an die amerikanische Politik, "die kooperativen Elemente in den Beziehungen zur Sowjetunion zu verstärken...Wir brauchen eine verstärkte Zusammenarbeit über die Grenzen der Gesellschaftsordnungen hinweg". Die große "Chance" der heutigen Zeit sieht Dr. Vogel darin, dass zwischen den unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen nur noch ein friedlicher Wettbewerb wirke. Durch intensivierte ökonomische, ökologische und kulturelle Ost-West-Kooperation könne der "Wandel in den östlichen Systemen hin auf mehr Freiheit" unterstützt werden. Das liege im Interesse beider Weltmächte und beider Bündnisse.
Durchlässige Grenzen, Stärkung der Menschenrechte, des Pluralismus und des Friedens - das sind die Ziele des Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokratie für ein Europa, das alle "Kräfte auf die Bewältigung der großen Aufgaben, vor denen die Menschheit steht" konzentriert. "Politisch muss Europa nicht im Status quo verharren", wenn der Ost-West-Dialog auf der Grundlage der Prinzipien von Helsinki weiter entwickelt wird. Dieser Aufgabe habe sich die deutsche Sozialdemokratie verschrieben. Für die Arbeit an einer politischen Vision, mit der Dr. Vogel seine große Rede schließt: "Es wird dann eine europäische Friedensordnung entstehen, in der die

---

[1] Korb 1: Im Sinne der UN-Charta benennt er die Prinzipien, welche die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten um Frieden und Sicherheit zu gewährleisten (10 Grundsätze z.B. Verzicht auf Gewalt, Achtung der Menschenrechte, der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker, Verpflichtung zur Kooperation zwischen den Staaten). Korb 2: Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik, Umweltfragen, für Sicherheit in Europa. Korb 3: Zusammenarbeit zur Lösung humanitärer Fragen, zur Förderung menschlicher Kontakte über die Blockgrenzen hinweg, Kooperation für Bildung, Kultur, für die Achtung der Menschenrechte, für Demokratie und für die Förderung des Informationsaustausches auf diesen Gebieten.

Vereinigten Staaten, aber auch die Sowjetunion weiterhin ihre gestaltende Kraft einbringen werden, in der die europäischen Nationen eine größere und eigenständigere Rolle spielen können, dem friedlichen Zusammenleben und der freiheitlichen Entwicklung verpflichtet.“

2.4 Gerhard Schröder: Deutsch-Deutsche Beziehungen — Beitrag zum “Gemeinsamen Europäischen Haus“[1]

Für den 44-jährigen Gerhard Schröder, Oppositionsführer im Niedersächsischen Landtag, konnte die FES eine Vortragsveranstaltung ausrichten, die über New York hinaus auf hohes Interesse stieß. Gerhard Schröder wurde als eine der herausragenden Führungspersönlichkeiten der Nachkriegsgeneration in der deutschen Sozialdemokratie wahrgenommen. Sein Vortrag konkretisierte für beide deutsche Staaten, Bundesrepublik Deutschland und DDR, Möglichkeiten der Zusammenarbeit.

2.4.1 Deutsch-Deutsche Zusammenarbeit: “Kleine Schritte statt großer Worte“ (Egon Bahr)

Gerhard Schröders Überlegungen lassen sich mit einem zentralen Gedanken Hans-Jochen Vogels zusammenführen, der damit an Willy Brandts Ostpolitik angeknüpft hatte: “Wir müssen vom territorialen Status quo in Europa ausgehen, weil dies eine der politischen Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung des Friedens ist, aber politisch muss Europa nicht im Status quo verharren.“[2]
An dieser Stelle scheint der Hinweis geboten, dass weder in Europa noch in den Vereinigten Staaten maßgebliche Kreise in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft mit den kommenden Ereignissen im kommunistischen Block rechneten. So sprechen z.B. die angesehenen Professoren Daniel Deudney, Johns Hopkins University, und G. John Ikenberry, Princeton University, in ei-

---

[1] *Gerhard Schröder,* MdL, Fraktionsvorsitzender der SPD im Niedersächsischen Landtag; Vortrag “Deutsch-Deutsche Wirtschaftsbeziehungen: Wie weit geht die Zusammenarbeit?“ in New York am 30. Juni 1988, ausgerichtet von der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem American Council on Germany; maschinenschriftliches Manuskript, 14 Seiten (Seiten 9 und 10 fehlen; Zitate ohne Seitenangabe).

[2] Siehe die vorausgehende Darstellung zum Vortrag Dr. Vogels, Abschnitt 3.4.

nem Beitrag 2009[1] vom “unerwarteten Zusammenbruch der Sowjetunion und des internationalen kommunistischen Blocks“ vor zwei Jahrzehnten.

Im Kontext dieser damals herrschenden Wahrnehmung entwickelte Gerhard Schröder seine Überlegungen zur deutschen Ost-West-Zusammenarbeit. Und diese Ideen des Jahres 1988, von führenden Sozialdemokraten wie Hans-Jochen Vogel und Gerhard Schröder in den USA vorgetragen, entsprechen eben jenen Empfehlungen, die Deudney und Ikenberry der freien westliche Welt im Umgang mit nicht-demokratischen Staaten wie z. B. Rußland oder China im Jahre 2009 nahelegen:[2] “Vorschläge, dass die demokratische Welt die ´Zugbrücken hochziehen´ und nicht-demokratische Staaten ausgrenzen sollte — durch Maßnahmen wie den Ausschluss Russlands aus der G-8 (der Gruppe der hochindustrialisierten Staaten) — werden die Beziehungen verschlechtern und die autoritären Staatsführungen festigen. Statt dessen sollten die Vereinigten Staaten und andere freiheitliche Demokratien bestrebt sein, diese Staaten tiefer in die bestehenden internationalen Institutionen zu integrieren, indem sie ihre Teilhabe darin stärken ... Die Vereinigten Staaten und die anderen demokratischen Nationen sollten die Initiative ergreifen, die globalen Probleme der Ressourcenknappheit und der Umweltzerstörung lösen und dafür globale Rahmenbedingungen schaffen, durch die nicht-demokratische Staaten auf diesem Wege einbezogen werden. Die demokratischen Staaten sollten sich an pragmatischen Ansätzen gegenüber realen und gemeinsamen Problemen orientieren statt sich auf ideologische Differenzen zu fokussieren.“

Genau dies hatte nach Hans-Jochen Vogel auch Gerhard Schröder 1988 in seinem Vortrag in New York unternommen. Ihre Politik, gerichtet auf Ausgleich, pragmatische Problemlösung, Stärkung multilateraler internationaler Institutionen, und Dialog über konkrete, schrittweise Verbesserungen im Interesse der Menschen über den ´Eisernen Vorhang´ hinweg steht in der Tradition des politischen Handelns großer Sozialdemokraten wie Carlo Schmid, Fritz Erler, Willy Brandt und Helmut Schmidt. “Wandel durch Annäherung“ - das von Egon Bahr geprägte Wort beschreibt treffend dieses historische “Markenzeichen“ sozialdemokratischer Ost-West- und Deutschlandpolitik.

Unterstellt, der Zusammenbruch des Ostblocks wäre 1988 absehbar gewesen, auch dann wären die von Vogel und Schröder in jenem Jahr in den USA vorgetragenen Politikansätze gegenüber der östlichen Nachbarschaft in Europa als angemessen gewürdigt worden. Denn wer hät-

---

[1] *Daniel Deudney; G. John Ikenberry*, The Myth of the Autocratic Revival, in: Foreign Affairs, Vol. 88, No. 1, S. 80.

[2] a.a.O., S. 93.

te Interesse an Gedankenspielen um Kollaps, Gewalt, Chaos oder gar bürgerkriegsähnlichen Zuständen im “Ostblock“ und in der Atommacht UdSSR gehabt? Erst recht war der behutsame Realismus sozialdemokratischer Ost- und auch Deutschlandpolitik für die Beurteilung von Zusammenarbeit im Rahmen “des komplizierten Geflechts der Beziehungen beider deutscher Staaten zueinander“ (Gerhard Schröder) geboten.

2.4.2 Nicht staatliche Einheit, sondern Einheit der Deutschen

Ohne Umschweife stellt Gerhard Schröder vor seinem hochrangigen Publikum in New York klar: Eine auf “Wiedervereinigung“ beider deutscher Staaten in einem Nationalstaat gerichtete deutsche Politik beurteile er nicht als “visionär“, sondern als “illusionär“. Eine solche Politik laufe sogar “Gefahr, reaktionär zu werden“, wenn sie die folgenden Daten und Gegebenheiten negiere:

- Die Erfahrungen, die Europäer mit den Deutschen im 20. Jahrhundert gemacht haben.
- Die “fundamentalen Unterschiede“ in den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systemen beider deutscher Staaten! Jahrzehntelang im “Kalten Krieg“ durch Konfrontation und Abgrenzung verschärfte Unterschiede zwischen einer Parteidiktatur und der dadurch deformierten Gesellschaft gegenüber der demokratischen Entwicklung in der Bundesrepublik! Diese innerdeutsche Spaltung durch friedliche “Wiedervereinigungs“-Politik überwinden zu können, dürften wenige mit konkreter Hoffnung verbunden haben.
- Die Tatsache, dass eine Politik der Wiedervereinigung “ungeachtet verbaler Pflichtübungen der Verbündeten der Bundesrepublik ... am Mangel an europäischen und außereuropäischen Bündnispartnern“ scheitert;[1]
- Die Tatsache, dass sich das Bewusstsein in der Bundesrepublik gegenüber dem anderen deutschen Staat gewandelt habe. Vor die Frage gestellt, zugunsten eines wiedervereinigten deutschen Staates auf die volle Integration in die westliche Allianz und auf wesentliche Teile der Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik zu verzichten, dazu erhebliche Opfer zu Lasten des erreichten Lebensstandards zu tragen: Unter diesen Voraussetzungen würde sich “die übergroße Mehrheit der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland gegen eine Wiedervereinigung entscheiden.“

[1] Dazu sei an die oft in den Medien zitierte Äußerung Bundeskanzler Helmut Kohls erinnert, als sich die Frage der deutschen Vereinigung konkret stellte: “In Westeuropa war die Reaktion ausgesprochen eisig.“ Vgl. Fernsehsendung Phönix „100 Jahre — der Countdown.“

Es erscheint im Jahre 2010 müßig, über den “Realismus“ dieser Beurteilung Schröders zu debattieren. Es ging Gerhard Schröder gar nicht darum, die „Vorstellung von der Einheit der Nation“ oder die Hoffnung auf “Wiedervereinigung“ zu verwerfen. Er sieht als Folge einer konfrontativen Politik, dass diese Begriffe “zur hohlen Phrase“ verkommen. Deshalb wehrt er sich dagegen, durch einen Rückfall in eine Wiedervereinigungsrhetorik, die von der DDR als aggressiv wahrgenommen würde, das durch Willy Brandts Ost- und Deutschlandpolitik Erreichte zu gefährden.

Gerhard Schröders deutschlandpolitische Position lautet: “Im besten Sinne visionär kann deutsche Politik dort sein, wo sie eine gemeinsame Aufgabe beider deutscher Staaten in Europa jenseits eines nationalstaatlichen Anspruchs entwickelt.“

Eine solche zukunftsorientierte Zusammenarbeit beider deutscher Staaten verknüpft er mit Michail Gorbatschows Bild vom “gemeinsamen europäischen Haus“. In einer Deutschlandpolitik “der risikobereiten Kooperation auf der Basis strikten Respekts vor der staatlichen Trennung“ sieht Gerhard Schröder die Möglichkeit, “ die Einheit der Deutschen Vision und nicht Illusion sein zu lassen.“

Das Beispiel der etwa ein halbes Hundert zählenden Städtepartnerschaften zwischen beiden deutschen Staaten stehe für Anerkennung staatlicher Trennung, die zugleich die Entwicklung von Kooperation und damit von mehr Einheit fördere. Hier gälten für beide Seiten die gleichen Normen wie für Partnerschaften mit Städten anderer Länder. Damit sei “ein Stück Akzeptanz staatlicher Trennung“ verbunden. Da die deutsch-deutschen Städtepartnerschaften zugleich Begegnungen zwischen Menschen erleichtern, die kulturellen und ökonomischen Beziehungen fördern, ermöglichen sie “auch ein Stück mehr Einheit“.

Die territoriale und staatliche Existenz beider deutscher Staaten müsse als “Normalität“ betrachtet werden, ebenso die Staatsangehörigkeit der Bürger der DDR und damit die Souveränität der DDR auf diesem Gebiet. Die DDR wiederum habe anzuerkennen, dass die Bundesrepublik Deutschland DDR-Bürger, die in der Bundesrepublik bleiben wollen, nicht dem Ausländerrecht unterwerfen will.

Würden diese Grundsätze “gegenseitigen Respekts konsequent durchgehalten“, stünden der Vertiefung umfassender Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR keine “statusrechtlichen Probleme“ entgegen.

2.4.3 Deutsch-Deutsche Gemeinsamkeiten im “Europäischen Haus“

Auf so geklärter Grundlage sieht Gerhard Schröder Chancen, dass es den Deutschen gelingt, angesichts ihrer historischen, gegenwärtigen und auch emotionalen Gemeinsamkeiten die Beziehungen im “europäischen Haus über die unterschiedlichen politisch-sozialen Systeme hinweg“ zu entwickeln. Dabei sieht er vor allem vier Themen, mit denen sich die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten “modellhaft“ gestalten lassen: “Beziehungen auf ideologischem, auf kulturellem, auf sicherheitspolitischem und natürlich auch auf ökonomischem Gebiet.“

Der Kulturvertrag fördere die Zusammenarbeit auf diesem Feld offenbar zufriedenstellend. In der Sicherheitspolitik plädiert Schröder für gemeinsame Initiativen beider deutscher Staaten mit dem Ziel, atomwaffenfreie Zonen zu schaffen — “modellhafte Aktivitäten“ gerade auch im Interesse der kleineren europäischen Länder. Eingehender widmet er sich der Zusammenarbeit unter ideologischem und wirtschaftlichem Aspekt.

- Die Beziehungen auf ideologischem Gebiet sollen auf der Basis des gemeinsamen Papiers von SPD und SED gestaltet werden. Dies Papier schöpfe seine Legitimation vor allem aus dem Ziel, Frieden und Kooperation über die bestehenden fundamentalen Unterschiede der politischen und wirtschaftlich-gesellschaftlichen Ordnung zu stellen: “Ohne Frieden (sei) alles nichts“ — in dieser Erkenntnis liegt für Gerhard Schröder die “Logik“, der das SPD-SED-Papier folge. Aus dieser Zusammenarbeit solle eine “Streitkultur“ erwachsen, die den Vorrang der “allgemeinen Lebensinteressen“ der Deutschen in beiden Staaten anerkennen und die demgegenüber nachrangigen ideologischen Differenzen rational austragen helfe.
- In verstärkter ökonomischer und ökologischer Zusammenarbeit und einem partnerschaftlichen Verhältnis zur DDR gerade auf diesen Handlungsfeldern sieht Gerhard Schröder als Oppositionsführer im Niedersächsischen Landtag eine wesentliche Zukunftsaufgabe und die dringende Notwendigkeit für einen Politikwechsel in Niedersachsen. Der CDU-geführten Landesregierung wirft er vor, durch Untätigkeit auf diesen Gebieten eine Zukunftschance des Landes zu verspielen, da sie nicht fähig sei, im Verhältnis zur DDR “über ihren ideologischen Schatten zu springen“. Diese ideologische Kooperationsblockade der CDU-Landesregierung müsse dazu führen, dass Niedersachsens wirtschaftliche “Randlage“ sich verschärfe, insbesondere wenn in wenigen Jahren, 1992, die Zollgrenzen in der Europäischen Gemeinschaft fallen.
  Gerade die von Schröder geforderte intensivere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der DDR und der östlichen Nachbarschaft sei aber geeignet, Niedersachsen aus der ökonomischen Pe-

ripherie stärker in die Mitte der wirtschaftlichen Kraftfelder Europas zu führen.
Konkreten Kooperationsbedarf sieht Gerhard Schröder in Umweltproblemen im Verlauf der Elbe, in der Erneuerung der Eisenbahnverbindungen von und nach Berlin, in erweiterten Reisemöglichkeiten der DDR-Bürger und vor allem in einer Modernisierung der Energieerzeugung in der DDR. Deren Kraftwerke setzten 30% mehr Braunkohle ein als vergleichbare Anlagen in der Bundesrepublik, was mit schwerwiegender Umweltbelastung verbunden sei.
Für solche Kooperationsmaßnahmen entwickelte Schröder auch neue Finanzierungsvorschläge: Eigenbeiträge der DDR aus den Kooperationsgewinnen, z.B. verbesserten Eisenbahnverbindungen mit größerem Reiseaufkommen; zweckgebundene Kreditrahmen für Umweltschutz; statt des “Begrüssungsgeldes“ (100 DM je DDR-Besucher /Jahr), das lediglich den Konsum des reisenden Teils der DDR-Bürger begünstige und den Bundeshaushalt mit mehr als 500 Mio. DM pro Jahr belaste, sollten in dieser Höhe Modernisierungs- und Umweltmaßnahmen in der DDR gefördert werden, die den Deutschen in Ost und West zugute kämen.
Dabei sei mit der DDR so zu verhandeln, dass die Höhe der einzusetzenden Mittel an die Zahl der Reisen von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik gebunden werde, damit diese nicht durch DDR-Behörden eingeschränkt würden.

Gerhard Schröders Vortrag wie seine politischen Gespräche prägten in den USA den Eindruck einer hervorragend auf die Regierungsübernahme in Niedersachsen vorbereiteten Führungspersönlichkeit der deutschen Sozialdemokratie. Bundes- und landespolitische Urteilskraft bewies er mit präzisen Ideen für Politikinnovationen und dem realistischen Blick für deren Finanzierung. Wichtige Vertreter der deutsch-amerikanischen Wirtschaft, des Weißen Hauses, des Kongresses und der Medien standen ihm für politische Gespräche zur Verfügung — vor allem zu wirtschaftlichen, ökologischen und agrarpolitischen Fragen.
Besonders erwähnt werden sollte, dass Gerhard Schröder mit dem einflussreichen republikanischen Senator Richard Lugar eine intensive Unterredung über außen- und wirtschaftspolitische Fragen hatte. Dieser Gedankenaustausch trug wesentlich zu dem politischen Erfolg des Informations- und Vortragsprogramms für Gerhard Schröder bei, das die Friedrich-Ebert-Stiftung 1988 mit dem American Council on Germany als Partner ausrichtete.

2.5 Werte, Wissenschaft und Politik — Kooperation mit der University of California/Berkeley

Internationale Zusammenarbeit, die Wissenschaft und Politik verbindet, erscheint heute als Selbstverständlichkeit. Dies war nicht immer so.

2.5.1 Sozialdemokratische Politik — orientiert an Werten und Wissenschaft

Daher soll hier auf die historische und traditionell offene Wechselbeziehung zwischen freier wissenschaftlicher Forschung und Politik hingewiesen werden, die seit dem 19. Jahrhundert ein Merkmal der deutschen freiheitlichen Sozialdemokratie war. Sie unterschied sich damit

- vom deterministischen, zur Diktatur des Proletariats führenden “wissenschaftlichen Sozialismus“ doktrinärer Marxisten und Kommunisten,
- von konservativer Politik, die sich nicht selten auf das “Bewahren“ von gesellschaftlichen Privilegien und Vorrechten beschränkte,
- von “liberaler“ Politik, die als Freiheit der Stärkeren mit dem Politikverzicht des “Nachtwächterstaates“ nur einverstanden war
- und von der Beliebigkeit des Populismus, der demagogisch die Demokratie nutzte um Macht zu erringen — im Falle der Nationalsozialisten mit katastrophalem Resultat.

Die freiheitlich orientierte Sozialdemokratie dagegen strebte Politik auf der Grundlage von Werten und wissenschaftlicher Erkenntnis an.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte des freiheitlichen, demokratischen Sozialismus. Als Vorgabe und Maßstab für politische Ziele, Programme und politisches Handeln gelten sie universell, nicht nur für Politik im eigenen Lande, sondern auch für internationale Politik in der Völkergemeinschaft.

Aus dieser Werteorientierung folgt die grundsätzliche, traditionell sozialdemokratische Haltung, Wissenschaft und Politik zu verbinden. Werte, Vernunft, wissenschaftliche Erkenntnis leiten freiheitlich-demokratische Sozialisten. Sie wollen offen, ohne ideologische Vorurteile die Herausforderungen und Probleme der Zeit zu analysieren und im Dienste der Menschen in Konzepte und Programme für politisches Handeln umsetzen.

Diese Haltung ist Gründungserbe der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Auch in der internationalen Zusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung wird deshalb angestrebt, die Wertorientierung sozialer Demokratie mit wissenschaftlicher politischer Analyse zu verbinden.
Dies soll am Beispiel eines Projekts transatlantischer wissenschaftlicher Zusammenarbeit der FES illustriert werden.

2.5.2 Europa — Thema der Forschungsförderung in den USA

Ziel dieser Zusammenarbeit war, im noch immer stark von der Mentalität des Kalten Krieges geprägten Amerika über die differenzierten deutschland- und europapolitischen Entwicklungen in der Folge der Politik Willy Brandts zu forschen und zu informieren.
Der “Kalte Krieg“ und der “Eiserne Vorhang“ hatten Deutschland und Europa auf Jahrzehnte geteilt. Die Vereinigten Staaten führten das westliche, die Sowjetunion herrschte über das östliche Europa.
Willy Brandt und Helmut Schmidt hatten mit ihrer Deutschland- und Ostpolitik den notwendigen Ausgleich und die Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn der Bundesrepublik weit vorangebracht.
Die Brutalität von Mauer, Konfrontation und Abgrenzung konnte für viele Menschen gemildert werden. Der Frieden wurde sicherer, und im östlichen Europa wuchs das Bewusstsein für europäische Zusammengehörigkeit und die universellen Menschenrechte.
Die von Willy Brandt eingeleitete Politik der Aussöhnung und Verständigung ermöglichte die stetig wachsende Ost-West-Zusammenarbeit in Europa. Die Sowjetunion sah nicht mehr ihr vitales Interesse in der Kontrolle eines “cordon sanitaire“.
Abrüstungsverhandlungen zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbatschow sicherten den Frieden — diese Entwicklung führte dem Ende des Kalten Krieges entgegen.
Wo lagen die Ursachen für diese Entwicklung? Welche Veränderungen in Europa konnten erhofft und erwartet werden?
Diese Fragestellungen sollten im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen der Friedrich-Ebert-Stiftung und der University of California/Berkeley besonders intensiv untersucht, in der wissenschaftlichen und politischen Debatte der Vereinigten Staaten verbreitet werden.

Die FES hatte 1984 den auf außen- und europapolitischen Themenfeldern ausgewiesenen Politikwissenschaftler Dr. Peter W. Schulze an das Institute for International Studies (IIS) der University of California/Berkeley entsandt.
Vielbeachtete Informationsveranstaltungen und Analysen resultierten aus dieser Kooperation, die in den USA das Verständnis politischer Entwicklungen in Deutschland und Europa stärkte. Die Ergebnisse dieser Forschungsarbeit ergänzten die wissenschaftlichen und politischen Informations- und Dialogprogramme des FES-Büros Washington in wissenschaftlichen Kreisen der Vereinigten Staaten um europapolitische Aspekte.
Ende der achtziger Jahre sollte sich erweisen, wie fruchtbar diese befristete Maßnahme der Forschungsförderung war.
In der Zeitenwende der Jahre 1989 und 1990 konnte das "Berkeley-Projekt" der FES mit der Publikation "The New Europe asserts itself"[1] ein Ergebnis vorlegen, das wertvolle Orientierung und Anregungen für die Analyse der sich überstürzenden Ereignisse in Europa bot.
Für die meisten verantwortlichen Akteure des Westens war der plötzliche Zerfall des "Sozialismus" in Mittel- und Osteuropa unerwartet eingetreten. Die Europäische Gemeinschaft steckte tief in der Vorbereitung für den Gemeinsamen Binnenmarkt "1992". In den USA hatten Ende 1988 Präsidentschaftswahlen stattgefunden und George H. W. Bush, Vizepräsident unter Ronald Reagan, war seit Anfang 1989 Präsident der Vereinigten Staaten. Es darf vermutet werden, dass die politisch Verantwortlichen auf beiden Seiten des Atlantik kein ausgearbeitetes Konzept, kein politisches "Drehbuch" für ihr Handeln angesichts dieser rasenden Folge weltpolitischer Ereignisse besaßen.
Sie handelten "auf Sicht". Für die politische Kommentierung, Bildung und wissenschaftliche Begleitung des politischen Geschehens in den Jahren der Zeitenwende bot die von FES geförderte Publikation, die Crawford/Schulze 1990 vorlegten, einen vielfach gewürdigten Referenzrahmen. Insbesondere wurde damit dringender Informationsbedarf in den Vereinigten Staaten gedeckt; darüber hinaus stieß die Arbeit wegen ihrer angesehenen Autoren auf starkes Interesse in der transatlantischen Gemeinschaft der Europapolitiker.
Die amerikanischen Bevölkerung, die vielfältige Wurzeln gerade auch in den zentral- und osteuropäischen Ländern hat, die ja auch traditionell mit der geteilten Stadt Berlin und dem geteilten Deutschland verbunden war, zeigte starkes Interesse an dem revolutionären Geschehen im öst-

---

[1] *Beverly Crawford; Peter W. Schulze*, (Hg.), im folgenden zitiert als: *Crawford/Schulze* (1990)); The New Europe asserts itself; International and Area Studies, University of California at Berkeley; Research Series/Number 77, 1990.

lichen Europa. Der politischen Führung der Vereinigten Staaten wuchs nun eine entscheidende Rolle in der Gestaltung des neuen Europa zu. Deshalb stießen die zeitnahen, sowohl auf den wissenschaftlichen Sektor, der Beratungsleistungen für die Politik erbringt, wie die auf politische Öffentlichkeit zielenden Analysen auf große Resonanz.
Damit flankierten sie die europa- und außenpolitischen Informations- und Diskussionsprogramme, die vom Büro der FES-Washington gestaltet wurden. In dieser Zeit der europäischen Umwälzungen kam es so zu einer qualitativen Bündelung von europapolitischen Analysen und Politikempfehlungen, die erheblichen Einfluss auf die Urteilsbildung des politischen Washington und vieler Europaexperten an Zentren der USA hatten. Mit einem breiten amerikanischen Interessentenkreis in Politik, Beratung und Wissenschaft, Wirtschaft und Medien wurde diese fachlich qualifizierte Information über die Vorgänge in Deutschland und den östlichen Nachbarländern im transatlantischen Dialog mit Außen- und Sicherheitspolitikern aus Deutschland und seinen Nachbarländern vertieft.
Im Kontext der dargestellten Beiträge von Susanne Miller, Hans-Jochen Vogel und Gerhard Schröder bietet sich an, zwei europapolitische Aspekte kurz zu beleuchten, die in der Crawford/ Schulze-Publikation behandelt werden: erstens, den “Kalten Krieg“ und seine “Ordnung“ sowie die Faktoren, die zur Überwindung dieser Nachkriegsordnung führten; zweitens, die Perspektiven der Zukunft des östlichen Europa, wie sie sich den Autoren 1989 darstellten.

2.5.3 Nachwirkung und Bestätigung der Ostpolitik Willy Brandts

Die amerikanische Außenpolitik zur Zeit des Kalten Krieges verfolgte, vereinfachend zusammengefasst, drei strategische Ziele:[1]
Erstens, der Systemkonkurrenz durch die Sowjetunion in globalem Maßstab entgegen zu wirken. Zweitens, kommunistische Einflussnahme, Intervention, Bündnisse und Unterwanderung weltweit einzudämmen. Drittens, galt es, die militärische Überlegenheit des westlichen NATO-Bündnisses zu sichern.
Die westliche Allianz und der Warschauer Pakt standen sich unter Führung der “Supermächte“, USA bzw. UdSSR, gegenüber. Diese “bipolare Ordnung“ sicherte für Jahrzehnte einen stabilen, wenn auch spannungsreichen Frieden.[2] 1989 löste sich diese bipolare Ordnung auf, obwohl in

---

[1] Vgl.: *Schulze, Peter W.*; Richtungen, Ziele und Interessen der amerikanischen Außenpolitik, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Bd. 33, 1986, S. 52 ff.

[2] Vgl. Crawford, B. in: Crawford/Schulze (1990), S. 401.

diesem Jahr nur wenige die kommenden Entwicklungen in Europa hätten voraussagen können. Insbesondere nicht, wie schnell die Regime Ostmitteleuropas fallen und mit welcher Leichtigkeit sich die Länder dieser Region der Demokratie zuwenden würden.[1]

Die Auflösung dieser "Ordnung" des Kalten Krieges wird vor allem der von Willy Brandt entwickelten Entspannungspolitik zugeschrieben. Die konzeptionelle Leistung und das Verhandlungsgeschick Egon Bahrs angesichts der innen- und außenpolitischen Widerstände gegen diese Deutschland- und Ostpolitik ist von bedeutenden Historikern hervorgehoben worden.

Unter der Kanzlerschaft Helmut Schmidts wurde diese Politik entschieden weitergeführt und gegen sowjetische Bestrebungen verteidigt, im Bereich nuklearer Mittelstreckensysteme (SS 20) aufzurüsten. Damit wären die durch die amerikanisch-sowjetischen Vereinbarungen zur Begrenzung strategischer militärischer Kapazitäten (SALT) von 1979 erreichten Schritte zur Festigung des Friedens gefährdet worden.

Daher hatte Helmut Schmidt als notwendige Gegenmaßnahme den "Nato-Doppelbeschluss" gefordert um das "Gleichgewicht" beider Machtblöcke zu stabilisieren. Die von Helmut Schmidt gegen innerparteilichen Widerstand entwickelte sicherheitspolitische Strategie, die den "Nato-Doppelbeschluss" einbezog, gab den Anstoß zu einer Reihe von Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, die zum Ende der Ost-West-Konfrontation führte.

Crawford kommt zu dem Ergebnis, dass die von beiden sozialdemokratischen Bundeskanzlern geführte "Ostpolitik entscheidend war für den Zusammenbruch der alten Ordnung"[2] des Kalten Krieges.

Die sozialdemokratische Politik des Ausgleichs und der Zusammenarbeit hatte, weil sie mit "Standfestigkeit" (Hans-Jochen Vogel)[3] gepaart war, den "Eisernen Vorhang" durchlässig gemacht und beigetragen, die wechselseitige nukleare Bedrohung ad absurdum zu führen. Dies hatte Schritt für Schritt die Eigenständigkeit der Mitglieder der westlichen Allianz gegenüber den USA gestärkt. Aber auch die Dominanz der Sowjetunion gegenüber den Mitgliedern des Warschauer Paktes hatte sich abgeschwächt, da wirtschaftliche Interessen gegenüber militärischen an Dringlichkeit gewannen.

Willy Brandt stellte sich als erster führender Außenpolitiker und Staatsmann Deutschlands gegen die Konfrontationspolitik des Kalten Krieges. Seine Deutschland- und Ostpolitik hatte die

---

[1] Vgl. Crawford, B., a.a.O., S. 3.

[2] Vgl.: Crawford, B. in: Crawford/Schulze (1990), S. 428

[3] Vgl. oben, Abschnitt 3.3.

Chancen einer Entspannungspolitik genutzt, mit der auch die Sowjetunion und die Länder des Warschauer Pakts wesentliche Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen verbanden.
Willy Brandts und Helmut Schmidts Neue Ostpolitik bildete daher den Ursprung des KSZE-Prozesses, der zur Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki 1975 und den dort getroffenen Abkommen führte[1]. Seinerzeit hatte Teile der Unionsparteien noch gegen die Teilnahme von Bundeskanzler Helmut Schmidt an der Helsinki-Konferenz polemisiert.
In Helsinki wurde 1975 ein Forum für den Aufbau einer gesamteuropäischen Sicherheitsordnung geschaffen. Der Begriff der Sicherheit war umfassend definiert und reichte sehr weit über den militärischen Aspekt hinaus. Beverly Crawford[2] würdigt den KSZE-Prozess als “dynamische Kraft in der laufenden Restrukturierung der Staatlichkeit im östlichen Europa und der Sowjetunion, indem er politische Liberalisierung fördert und als System des Managements und der Lösung von Konflikten fungiert“. Zugleich habe dieser Prozess gegen Ende der 80er Jahre eine “dramatische Verbesserung in den Ost-West-Beziehungen“ bewirkt.
Dieses positive Gesamturteil über die institutionelle Bedeutung der KSZE macht Crawford im Wesentlichen an zwei Einschätzungen fest:
Erstens, während der 70er Jahre sei von der KSZE ein moderierender und konfliktdämpfender Einfluss ausgegangen, insbesondere als sich die Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR verschlechterten. Crawford deutet an, eine politische Atmosphäre habe sich durchgesetzt, die 1981 eine Invasion Polens durch die Sowjetunion verhindert habe.
Zweitens, seien durch KSZE Rahmenbedingungen geschaffen worden, die Abrüstungsverhandlungen begünstigten — insbesondere jene zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbatschow. Ihre bahnbrechenden Ergebnisse wurden bereits bei der Würdigung dieser großen friedenspolitischen Leistung behandelt, die der SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel 1988 in Washington aussprach, als er seine transatlantische Rede hielt, die von der FES ausgerichtet wurde.
Die “Konferenz für Abrüstung in Europa“ (Stockholm-Abkommen 1986) und die “Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa“, die 1989 in Wien aufgenommen wurden, ermöglichten die weitere Reduzierung von Rüstungspotenzialen und von wahrgenommenen militärischen Ungleichgewichten in Europa. Instrumente der Verifizierung durch den Austausch militärischer Beobachter und Verfahren wechselseitiger militärischer Information sollten auf beiden Seiten die Sorge vor Überraschungsangriffen beseitigen. Damit sei es gelungen, das “Konzept ge-

---

[1] Vgl. Halfmann, Jost in: Crawford/Schulze (1990), S. 299.

[2] Crawford, B. in: Crawford/Schulze (1990), S. 11

meinsamer Sicherheit“, das 1982 die von Olof Palme geleitete Kommission empfohlen hatte, zu verwirklichen.
Durch Sicherheit und Zusammenarbeit für Freiheit und Menschenrechte ermögliche der KSZE-Prozess das Entstehen eines “Neuen Europa“. Mit dem “Neuen Europa“ ist gemeint: weder das westliche, “atlantische“, dominiert von den Vereinigten Staaten, noch das östliche, der von der Sowjetunion kontrollierte “cordon sanitaire“, verkörpert im Warschauer Pakt[1]. Gemeint ist ein Europa der Eigenständigkeit.

2.5.4 Perspektiven des Wandels im östlichen Europa

Aus der Zeitenwende 1989 sollte — dies war die Hoffnung an dieser Epochenschwelle — ein eigenständiges Europa entstehen, das zur Einheit drängt wie die beiden deutschen Staaten: “Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“. In diese Worten hatte Willy Brandt seine Gewissheit gefasst, dass die Vision, die seine einst hart umkämpfte Deutschland- und Ostpolitik trug, schrittweise Realität würde.
Aus dieser Sicht Willy Brandts auf die Wirkung seiner Entspannungs- und Ostpolitik kann Crawford zugestimmt werden, wenn sie über die umwälzenden Ereignisse von 1989 und ihre Vorgeschichte urteilt: “Es ist klar, dass sich fundamentaler wirtschaftlicher, politischer und sozialer Wandel bereits vollzogen hatte, bevor diese revolutionären Ereignisse eintraten — ein Wandel, der die Europäer in Ost und West auf eine gemeinsame Zukunft hoffen ließ, auf eine gemeinsame Zukunft jenseits der Einflussnahme und der Interventionen durch die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion“[2].
Crawford stellt ferner fest, dieser Wandel sei Folge der von den deutschen Sozialdemokraten entwickelten “Pionierleistung der Ostpolitik, die entscheidend für den Zusammenbruch der alten Ordnung war“[3] .

Bevor auf die Überlegungen zu den Ländern des östlichen Europa eingegangen wird, ist es notwendig, einen kritischen Blick auf die Beurteilung Crawfords zur sozialdemokratischen Deutschlandpolitik zu werfen.

---

[1] Vgl. Crawford/Schulze (1990), S.11.

[2] Crawford, Beverly, in: Crawford/Schulze (1990), S. 29.

[3] Crawford, Beverly, a.a.O., S. 428.

Ihr Urteil dazu erscheint nicht vertretbar: “Da die Deutschlandpolitik der Sozialdemokraten stets auf der Normalisierung der Beziehungen zu der von ihnen als legitim angesehenen ostdeutschen Regierung beruhte und nicht auf dem Ziel der Wiedervereinigung, hat der Fall der Mauer ihre Glaubwürdigkeit reduziert.“[1]

Dieses Verdikt Crawfords widerspricht den Fakten!

Es verkennt den Kerngedanken der Deutschland- und Ostpolitik Willy Brandts, den in der politischen Praxis auch seine Nachfolger im Kanzleramt übernahmen: Nicht Konfrontation führt zu Frieden in Europa und zur Einheit der Deutschen, sondern eine Politik stetiger, kleiner Schritte zur Verbesserung der Lage für die durch die Mauer getrennten Deutschen. “Wandel durch Annäherung“ — wie es 1963 Egon Bahr formuliert hatte!

Dabei bildete das Ziel der Wiedervereinigung ganz eindeutig die Grundlage der Deutschland- wie der Ostpolitik Willy Brandts. Dies ergibt sich schon aus dem “Brief zur deutschen Einheit“, der den Vertragspartnern sowohl beim Moskauer Vertrag 1970 als auch beim Grundlagenvertrag mit der DDR 1973 zur Kenntnis gegeben wurde. In dem Brief zur deutschen Einheit wird festgeschrieben, dass die Vertragspolitik der Bundesregierung “nicht im Widerspruch zu dem Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.“[2]

Das Bundesverfassungsgericht hatte bereits 1973 eine Klage der Bayerischen Landesregierung abgewiesen, die den Grundlagenvertrag mit der DDR als nicht vereinbar mit dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes beanstandete. Dabei stellte das Bundesverfassungsgericht fest, das Wiedervereinigungsgebot binde alle Verfassungsorgane; der Weg zur Wiedervereinigung bleibe aber dem politischen Handeln überlassen. Also war die sozialdemokratische Deutschlandpolitik gerade auch wegen ihrer im Brief zur deutschen Einheit ausdrücklich festgeschriebenen Bindung an das Ziel der Wiedervereinigung sowohl verfassungskonform als auch glaubwürdig!

Es erscheint ohnehin absurd, den deutschen Sozialdemokraten, die eine auf Ausgleich, Entspannung und menschliche Erleichterungen gerichtete Politik führten, um den Spaltungscharakter der Mauer im Interesse aller Deutschen zu entschärfen, ausgerechnet dann Verlust an Glaubwürdigkeit zu attestieren, wenn die durch diese Politik und den dadurch ausgelösten KSZE/Helsinki-Prozess ermutigten Menschen schließlich die trennende Mauer beseitigen.

---

[1] Crawford, Beverly, a.a.O., S. 428.

[2] http://www.documentArchiv.de/brd/1970/brief-zur-deutschen-einheit.html

Wie in der DDR, so hatte auch in den Ländern des östlichen und südöstlichen Europa der Freiheitswille der Menschen über die staatssozialistischen Parteidiktaturen gesiegt. Für welche Zukunft würden diese Menschen kämpfen, welchen politischen und gesellschaftlichen Weg wählen? Der Brief zur deutschen Einheit der Regierung Brandt hatte schon 1970 den Weg gewiesen: Frieden in freier Selbstbestimmung für Europa!

In dieser Zeit der Ungewissheit über die künftigen Entwicklungen in Europa gerade in den USA , wo viele Bürger einerseits mit lebhaftem Interesse, andererseits mit geringem Stand der Information über die Hintergründe die sich überstürzenden Ereignisse beobachteten, konnte die Publikation von Crawford/Schulze schon 1990 erste Orientierungen bieten. Dies ist ein besonderes Verdienst dieser an amerikanische Leser gerichteten Publikation und insoweit ein in der Wendezeit bedeutender Beitrag zum transatlantischen Dialog.

Beverly Crawford beschreibt die Kräfte, die Hoffnung wecken auf ein einiges Europa, auf ein wachsendes Bewusstsein europäischer Identität. Eine europäische Identität in der Frage, wie Sicherheit für den europäischen Kontinent zu organisieren, wie die wirtschaftlichen Beziehungen, die Politik und die Staatlichkeit zu gestalten sind. Diese “Kräfte des Wandels“[1] in Europa, die auf Eigenständigkeit gegenüber den Supermächten USA und UdSSR drängten und schon in den siebziger Jahren wirkten, erwachsen aus zwei Entwicklungen: erstens, zunehmender europäischer Kritik an der Drohung nuklearer Abschreckung durch die Supermächte und, zweitens, wachsender ökonomischer Attraktionskraft des westeuropäischen industriellen Gravitationszentrums gegenüber relativ abnehmendem wirtschaftlichen Gewicht der USA in Europa sowie erheblichen Strukturschwächen der Wirtschaft im Ostblock.

- Fragwürdigkeit des “Nuklearschildes“ der Supermächte.
  Der Stabilitätsgewinn für Europa, den die nukleare Abschreckung der USA und der UdSSR in der Nachkriegszeit zunächst brachte, wurde vor allem im westlichen Europa zunehmend bezweifelt. Die Wirksamkeit der Abschreckungsdoktrin in kritischen Situationen erschien fragwürdig, weil mit irrealen Alternativen verbunden, z. B. Sicherheit für Berlin oder Nuklearkrieg. Auch wuchs die Sorge um die Beherrschbarkeit von Eskalationsrisiken bei Konflikten. Ähnliche Bedenken wuchsen im östlichen Europa, dessen allmählich aufwachsende Zivilgesellschaften sich vom Westen weniger bedroht fühlten als vom sowjetischen Militärpotential.
- Die Europäische Gemeinschaft als wirtschaftliches Gravitationszentrum.
  Mit zunehmender wirtschaftlicher Verflechtung des Westens verband sich “Globalisierung von

[1] Vgl. Crawford, Beverly, “forces of change“, in: Crawford/Schulze (1990), S. 394.

Produktion und Handel“[2]. Der Sowjetblock blieb davon lange weitgehend ausgegrenzt oder schottete sich selbst ab. Die Schwäche des wirtschaftlichen Wachstums im östlichen Europa weckte dort Versuche, die Zusammenarbeit mit dem Westen zu verstärken. Diese fanden jedoch in dem Dilemma ihre Grenzen, dass Westkontakte Systemkritik induzierten und die oppositionellen Kräfte der Zivilgesellschaft stärkten. Schließlich erkannte Michail Gorbatschow, dass die wachsende Opposition in den osteuropäischen Ländern und die Teilung des europäischen Kontinents seinem Bestreben entgegenstand, die Wirtschaft der Sowjetunion in die internationale und vor allem westeuropäische Wirtschaft zu integrieren. Das “osteuropäische Empire war zu ökonomischer Belastung und politischer Bedrohung“[3] für die UdSSR geworden. Daher leitete Gorbatschow den Rückzug der Sowjetunion aus dem östlichen Europa und das Ende der Teilung Europas ein.

Crawford formuliert nun in der Wendezeit 1989 - 1990 Fragen von fundamentaler Bedeutung für die Zukunft Europas: Könnte es zu einer Konfrontation zwischen dem geeinten Westeuropa und dem befreiten, aber zersplitterten Osteuropa kommen? Oder: Könnte Europa sich zu einem geeinten “neuen Block in einer multipolaren Welt“ entwickeln?

Crawford skizziert als wahrscheinliche Entwicklung das optimistischere Szenario.

Die “Imperative der von wissensbasierten Industrien getriebenen globalen Wirtschaft“[3] hatten die Sowjetunion gezwungen, ihr Empire aufzugeben und ihre Wirtschaft dem internationalen Wettbewerb zu öffnen. Denselben Kräfte des globalen Wettbewerbs sahen sich auch die Staaten Ostmitteleuropas ausgesetzt. Auch auf ihre Staatsführungen wuchs der Druck, ihre Wirtschaft zu modernisieren, durch Wettbewerb die Produktivität zu steigern, internationales Kapital für Direktinvestitionen zu gewinnen und durch Exporterfolge auf westlichen Märkten die für die Einfuhr notwendigen Devisen zu erwirtschaften.

Dies war ein sehr harter Weg für die Länder des östlichen Europa. Außergewöhnliche Anpassungsleistungen wurden den Menschen abverlangt. Eine Transitionskrise mit hohen sozialen Kosten — Arbeitslosigkeit, Preissteigerungen, Armut, Verschuldung, Zusammenbruch der herkömmlichen Systeme sozialer Sicherung — war durchzustehen. Und dies in Staaten ohne stabile demokratische Tradition!

---

[1] Crawford, Beverly, a.a.O. S. 396.

[2] a.a.O. S. 400.

[3] a.a.O. S. 416.

Crawford kleidete das Risiko für die europäische Entwicklung in die Frage: Würden sich die Länder Ostmitteleuropas zum Westen hin orientieren oder durch die Wucht der Übergangskrise in ein staatswirtschaftliches, protektionistisches System zurückfallen?
Jedes einzelne Land musste seinen Weg zwischen Beibehaltung der Staatswirtschaft oder marktwirtschaftlichen Reformen durch “Schocktherapie“ oder graduellem Systemumbau selbst wählen. Eine Zusammenarbeit zwischen den Ländern in der östlichen Nachbarschaft gab es nicht.
Im Westen und in der Europäischen Gemeinschaft wuchs angesichts drohender Massenimmigration die Einsicht, dass die Transformationsprozesse in den östlichen Nachbarländern durch “einen neuen Marshallplan“ zu unterstützen waren.[1]
Weitblickende Kräfte in Wirtschaft und Politik erkannten die Notwendigkeit, das östliche Europa in die Europäische Gemeinschaft zu integrieren und den schwierigen und langwierigen Weg der Osterweiterung der EG einzuleiten. In den östlichen Nachbarländern richteten sich die politischen und unternehmerischen Planungen zunehmend auf die westeuropäischen Märkte aus. Die Menschen dort hofften auf baldige Integrationszusage der EG.

Abschließend erscheint angemessen, das besondere Verdienst dieser im Rahmen der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der University of California/Berkeley und der Friedrich-Ebert-Stiftung vorgelegten Buchpublikation kurz zu würdigen.
Für die Öffentlichkeit und die Politikberatung der USA standen in der entscheidenden Wendezeit des Jahres 1990 eine Reihe fundierter, zukunftsweisender Analysen zur Bewertung der Chancen und Hindernisse europäischer Transformationsprozesse und Integrationsfragen zur Verfügung.
Transatlantische wissenschaftliche Zusammenarbeit hat wesentlich beigetragen, in einem sich überstürzenden Prozess des Wandels in Europa konkrete, faktenbasierte strategische Ziele zu entwickeln und europapolitische Handlungsempfehlungen vorzulegen. Dadurch konnte mitgewirkt werden — ebenso wie durch die äusserst intensive Informations- und Dialogarbeit des Büros Washington der FES — die transatlantischen Beziehungen und die deutsch-amerikanische Partnerschaft zu stärken.

---

[1] Crawford, Beverly, a.a.O., S.419.

Für diese Beiträge in der Zeit der transatlantischen Bewährungsprobe im Prozess der deutschen und europäischen Vereinigung ist die FES ihren Partnern in Wissenschaft, Gesellschaft und Politik zu großem Dank verpflichtet.[1]

3 Wendezeit — Deutschland und Europa wachsen zusammen

Immer wieder hatte der Staatsmann Willy Brandt den Menschen in der Zeitenwende 1989 -1990 dieses Bild ins Bewusstsein gerufen — als Ermutigung und als Aufgabe über deutsche Sichtweisen hinaus.
"...Was jetzt nicht allein in Deutschland geschieht, sondern in ganz Osteuropa ... dieser Prozess handelt von dem freiheitlichen Erwachen der Völker in diesem Teil Europas, und er handelt davon, dass die Teile Europas zusammenwachsen." [2]
In diese Worte fasste Willy Brandt am 6. Dezember 1989 in der Rostocker Marienkirche das kommende Ende der deutschen und europäischen Teilung. Für dieses Ziel hatte er als Außenminister und dann als Bundeskanzler seine Deutschland- und Ostpolitik durchgekämpft. Nun zeichnete sich ab, dass die frühen Hoffnungen, die sich an diese Politik knüpften, ihre Erfüllung finden würden.

3.1 Transatlantische Visionen werden Wirklichkeit — Willy Brandt erinnert an John F. Kennedy

In der amerikanischen Öffentlichkeit — so berichtete 1989 das Büro Washington der Friedrich-Ebert-Stiftung — "sind die Ereignisse in der DDR, insbesondere die Öffnung der Mauer am 9. November, mit ungeheuer viel Sympathie aufgenommen worden ... selten hat es so positive Schlagzeilen und noch nie so bewegende Bilder aus Deutschland im amerikanischen Fernsehen gegeben"[3].

---

[1] Ein weiterer Band mit herausragenden europapolitischen Beiträgen wurde 1993 vorgelegt. Darauf wird im folgenden Kapitel eingegangen. Vgl. *Beverly Crawford, Peter W. Schulze*, Hg., European Dilemmas after Maastricht; Research Series, University of California, Berkeley, International and Area Studies, No. 89, 1993.

[2] *Willy Brandt*, »...was zusammengehört«, Reden zu Deutschland, Bonn, 1990, S. 55.

[3] *Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office* (1989), Jahresbericht 1989, S 15ff.

In diesen bewegenden Wochen mit ihrer Abfolge ikonischer Bilder von Menschen in der DDR, die Freiheit einforderten, fungierte das Büro Washington der FES als geradezu "seismographisch" aktuelle Informationsquelle[1] sowohl über die Entwicklungen in Deutschland für Partner in den USA als auch über maßgebliche Einschätzungen in der amerikanischen Politik und in der Regierung.

So berichtete Dieter Dettke[2], wie sich in maßgeblichen politischen Kreisen der USA die Auffassung "relativ schnell" durchgesetzt habe, dass ".. jetzt die Frage der Wiedervereinigung eigentlich nur eine Frage der Zeit, in der Sache aber unvermeidlich sei, ... zumal auch die amerikanische Regierung in ihren ersten Stellungnahmen betont hat, dass die Wiedervereinigung allein Sache der Deutschen sei."

Allerdings sei es nicht bei dieser Haltung geblieben: "Je stärker das Thema Wiedervereinigung jedoch in den Vordergrund rückte, desto deutlicher wurden amerikanische Einschränkungen und politische Bedingungen ... Außenminister Baker soll übrigens bemerkt haben, dass die deutsche Frage zu wichtig ist, um sie allein den Deutschen zu überlassen ... Je näher die Frage der Wiedervereinigung rückt, desto deutlicher wird auf amerikanischer Seite das Doppelgesicht des amerikanischen Engagements in Europa, nämlich sowohl die Sowjetunion als auch Deutschland ´einzudämmen´". Bei dieser Einschätzung verwies Dettke auf das Konzept des "double containment" von Professor Wolfram F. Hanrieder.

---

[1] Der Kraftakt, mit dem das Büro Washington der FES sich den Anforderungen der Wende stellte, sei durch folgende Hinweise gewürdigt. Allein in der Zeit von September 1989 bis Mitte Dezember 1989 sind (abgerundet) folgende Maßnahmen dokumentiert worden:

- 20 Vortrags- oder Seminarveranstaltungen mit amerikanischen Partnern;
- 20 Informationsprogramme für hochrangige oder fachlich besonders qualifizierte Besucher in Deutschland oder in den USA;
- 50 Gesprächskreise mit Fachleuten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien;
- 25 Vorträge oder Interviews für amerikanische Medien durch den Büroleiter Dr. Dettke.

In dreieinhalb Monaten wurden also weit über 100 Maßnahmen, buchstäblich in täglicher Abfolge, durchgeführt. Stellvertretend für die Ortskräfte sei hier die administrative und organisatorische Leistung von Frau Katharina Shaw hervorgehoben. Der Verfasser war zugegen, als ein Mitglied des Vorstands der FES berichtete, dass sich auch Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in besonders anerkennender Weise über Herrn Dr. Dettke und die Leistungsfähigkeit des Büros Washington der FES geäußert hätte.

[2] Vgl. zum Folgenden: *Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office*, Jahresbericht 1989, S. 15ff. Die zitierten Ausführungen fassen den Inhalt vorausgehender ad hoc-Berichte und Einschätzungen zusammen, die von Dr. Dettke der FES-Zentrale und ihren deutschen Partnern laufend übermittelt wurden.

Willy Brandt fand am 16. November 1989 im Deutschen Bundestag[1] klare Worte zur Frage der staatlichen Einheit und zur Stellung der Deutschen gegenüber den Alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkrieges. Er forderte die staatliche Einheit, wenn "...die Menschen in der DDR dies in Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts so wollen ... Und ich füge hinzu, bei allem Respekt vor den Statusmächten, auch nach Jahrzehnten, die vergangen sind: Das ist ja wohl nicht denkbar, dass wir noch einmal wie Ende der fünfziger Jahre eine Situation bekommen, wo die Vier etwas verhandeln und irgendwelche Deutschen an Katzentischen Platz nehmen; das ja wohl nicht." Das große internationale Ansehen des Staatsmannes Willy Brandt hat sicher beigetragen, dass im kommenden Einigungsprozess die in vier Jahrzehnten erworbenen Würde der deutschen Demokratie und der Menschen in Deutschland von den vier Alliierten des Zweiten Weltkrieges respektiert wurden.

Der Herbst 1989 wurde zu einer Zeit intensiven deutsch-amerikanischen Dialogs, der Klärung und Verständigung über Positionen gegenüber der rasanten Entwicklung in der DDR. Führende deutsche Sozialdemokraten brachten ihr Urteil ein.

Willy Brandt und Egon Bahr, die schon zu Beginn des Jahres 1989 in Amerika politische Gespräche geführt hatten, gaben mit Vermittlung durch FES-Washington für McNeil - Lehrer Newshour, Public Broadcasting Service, Fernseh-Interviews.

Die USA-Besuche von Ministerpräsident Johannes Rau, von Annemarie Renger, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, sowie der Bundestagsabgeordneten Horst Ehmke, Dietrich Stobbe, Jürgen Schmude und Freimut Duve vermittelten den amerikanischen Gesprächspartnern ihre auf langjährigen und vielfältigen persönlichen Kontakten beruhenden Einschätzungen über die Lage in der DDR. Vor allem konnte dadurch der Sorge vor einer Wiedervereinigung "durch Chaos" auf amerikanischer Seite frühzeitig entgegengewirkt werden.

Sachkundige Berichte über zunehmende deutsch-deutsche Begegnung und Zusammenarbeit gerade auch durch sozialdemokratische Politiker und Fachleute, durch Gewerkschafter, Vertreter der Kirchen und Bürgerinitiativen bestätigten für amerikanischen Beobachter den Eindruck eines geordneten, solidarischen deutschen Miteinanders.

"Die Einheit wächst von den Menschen her" — diese Worte fand Willy Brandt für das zivilgesellschaftliche Zusammenwachsen in Deutschland.

Ein Höhepunkt in der Arbeit des Büros Washington 1989 war die Möglichkeit, an einem Informationsbesuch von Senator Edward Kennedy in Berlin und einem Treffen mit Willy Brandt mitzu-

---

[1] Zu den folgenden Zitaten *Willy Brandt* » ... was zusammengehört«, a.a.O. S. 49.

wirken. Willy Brandt erinnert an den 28. November 1989, den Tag, als Bundeskanzler Kohl den deutsch-deutschen Stufenplan “dem Bundestag unterbreitete; die Sozialdemokraten stimmten zu diesem Gegenstand mit den die Regierung tragenden Parteien im wesentlichen überein. Ich war an jenem Tag wiederum in Berlin, um Senator Kennedy mit den neuen Gegebenheiten vertraut zu machen. Ihm konnte ich sagen, wie sehr die Vision seines Bruders, des Präsidenten, dabei sei, ihre Erfüllung zu finden“.[1]
Am 26. Juni 1963 hatte der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, John F. Kennedy, vor dem Rathaus Schöneberg die Berliner in seine politische Vision einbezogen: “Freiheit ist unteilbar, und wenn auch nur ein Mensch versklavt ist, dann sind alle nicht frei. Wenn alle Menschen frei sind, dann ist der Tag gekommen, an dem diese Stadt, dieses Land und dieser große Kontinent Europa vereint sein werden in einer Welt des Friedens und der Hoffnung.“[2]

3.2 Europäische Einheit — Vertiefung oder Erweiterung?

Mit der Mauer endete auch die europäische Ordnung des Kalten Krieges. Doch die Hoffnungen auf ein baldiges Ende der europäischen Teilung schienen zunächst an der Gegensätzlichkeit struktureller Entwicklungen und politischer Sachzwänge in West- und Osteuropa zu scheitern. Werner Weidenfeld [3] hat für die Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen ihrer Zusammenarbeit mit der University of California, Berkeley, diese Widersprüchlichkeiten analysiert und europapolitische Entscheidungsalternativen aufgezeigt**.** Damit konnte er amerikanischen Fachleuten und Entscheidungsträgern ein realistische Einschätzung über die Komplexität der Situation Europas in einer “Zwischenzeit“ vermitteln “...mit unklaren Konturen und Konstellationen, mit neuen Risiken und Konflikten, mit bisher unbewältigten Anforderungen an das politische und intellektuelle Bewusstsein für Ziel und Richtung der Europäer.“
Damit dürfte — soweit dieser Rat reichte — Einsicht in die Notwendigkeit transatlantischer Abstimmung und Partnerschaft bei der Bewältigung europäischen Zusammenwachsens vertieft

---

[1] *Willy Brandt*, Erinnerungen, Berlin, Frankfurt a.M., Zürich 1989, S. 510.

[2] *John F. Kennedy*, Speech - Ich bin ein Berliner; Zitat übersetzt vom Verfasser; http://www.historyplace.com/speeches.berliner.html, S. 4.

[3] *Werner Weidenfeld*, Recasting the Political Landscape of Europe, in: *Beverly Crawford; Peter W.Schulze* ,Hg., European Dilemmas after Maastricht; Research Series, University of California, Berkeley, International and Area Studies, No. 89, 1993, S. 21 ff. Übersetzung durch Verfasser.

worden sein. Denn Europa im Übergang war zu komplex für unilaterale Interventionen durch die Führungsmacht des Westens.

Weidenfelds analytischer Ausgangspunkt sind die Prozesse der Modernisierung und Globalisierung im Westen: Sie “pluralisieren“ und internationalisieren die Lebensverhältnisse, vertiefen Arbeitsteilung und Spezialisierung durch beschleunigten technischen Fortschritt und Innovation, verschärfen den Wettbewerb auf Märkten; aber auch gesellschaftliche und öffentliche Institutionen geraten unter internationalen Wettbewerbs- und Anpassungsdruck.

Diese Modernisierungsschübe vollziehen sich in Europa gleichzeitig, treffen aber in der Wendezeit 1989 - 1990 in West- und Osteuropa auf extrem unterschiedliche Bedingungen.

Politische und wirtschaftliche Dynamik in Westeuropa dränge auf ökonomische Integration, auf Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes, sei darauf gerichtet, supranationale politische Entscheidungsstrukturen zu entwickeln.

Dagegen habe das Ende des Warschauer Paktes zu Desintegration und zu nationaler Fragmentierung der Staaten im östlichen Europa geführt — mit für europäische Verhältnisse beispiellosen Belastungen für die überwiegende Mehrzahl der Menschen in diesen Ländern. Geprägt von negativen “Integrationserfahrungen“ unter den Dominanzverhältnissen des Warschauer Pakts, werde nun von vielen Osteuropäern nach endlich gewonnener nationaler Unabhängigkeit die primär wirtschaftlich notwendige Perspektive einer Annäherung an die EG wiederum auch mit verbreiteter Sorge beurteilt.

Weidenfeld fasst die Probleme, Herausforderungen und Entscheidungsalternativen zusammen. In Westeuropa treibt die Modernisierung das Projekt der Vollendung des Gemeinsamen Binnenmarktes. Die Konsequenzen, die sich aus dem kommenden Binnenmarkt ergeben werden, stehen bereits im Mittelpunkt der politischen Aufgaben:

- Verteilungsprobleme , die aus unterschiedlicher regionaler Begünstigung von Wirtschaftszweigen und ihrer Standortqualität im Zuge der Marktöffnung resultieren. Dabei seien erhebliche Probleme für bisher geschützte oder öffentlich kontrollierte Sektoren absehbar - Energie, Transport und Telekommunikation.
- Notwendig sei die Entwicklung einer Strategie zur Förderung der gemeinsamen europäischen Wettbewerbsfähigkeit, der Innovation und Forschungsförderung in technologieintensiven Zukunftsmärkten. Dazu komme die Reform der gemeinschaftlichen Agrarpolitik und die Europäisierung der militärischen Beschaffungsmärkte.
- Im Gemeinsamen Markt geraten auch öffentliche Dienstleistungen unter den Vergleichsmaßstab des Wettbewerbs. Damit wird zunehmend die Frage nach der Effizienz öffentlicher

Dienstleistungen aufgeworfen und nach der angemessenen Ebene des öffentlichen Leistungsangebots — EG-Ebene, staatliche, regionale oder lokale Ebene.

Dem Integrationsprojekt in Westeuropa stehen die Folgen des Systemzusammenbruchs und der Fragmentierung im östlichen Europa gegenüber.

- Vollständig neue Organisationsformen in Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Rechtsprechung sind simultan zu entwickeln: Von der Herrschaft der Einheitspartei zur pluralistischen Demokratie; von der Zentralverwaltungswirtschaft zur Marktwirtschaft; von der Blockkontrolle zur nationalen Unabhängigkeit.
- Die Abkehr von einem gescheiterten System bürdet den meisten betroffenen Menschen schwerste Entbehrungen auf. Die entscheidenden "Referenzpunkte materieller Existenz"[1] —- Beschäftigung, Löhne, Renten, Sozialabgaben und Preise — werden im Osten schlagartig neuen Bestimmungsgründen und Sachzwängen unterworfen. Der gewohnte gesellschaftliche Zusammenhalt zerfällt, neue soziale Gruppierungen bilden sich. Es ist absehbar, dass die sozialen Kosten der wirtschaftlichen Transformationsprozesse zu Pressionen gegenüber den Führungen der jungen demokratischen Staaten führen und diese an den Rand der Regierungsunfähigkeit bringen werden.

Damit zeichnen sich nach der Auflösung der Ordnung des Kalten Krieges ausserordentliche Herausforderungen für die Europäische Gemeinschaft ab:

- Die Stabilität der jungen Demokratien in Ostmitteleuropa und Südosteuropa ist infolge der wirtschaftlichen und sozialen Transformationskrisen gefährdet; die Gefahr wächst, dass autoritäre, populistische oder nationalistische Kräfte daraus politisches Kapital schlagen.
- Krieg und ethno-territoriale Konflikte im ehemaligen Jugoslawien drohen zu eskalieren und Massenemigration sowie Staatszerfall auszulösen.
- Jenseits der Grenzen Ostmitteleuropas entwickeln sich durch den Zerfall der Sowjetunion wirtschaftliche und gesellschaftliche Krisen in noch weit schlimmerer Dimension. Gefährliches Konfliktpotential bergen weitere Teile des sowjetischen Erbes: Grosse russische Minderheiten leben außerhalb der Grenzen der Russländischen Föderation; sowjetische Überrüstung in Händen einer Militärmacht, die ihren Platz und ihre Rolle in einem Staat auf dem Weg zur Demokratie noch finden muss; über die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) verteilte

---

[1] *Werner Weidenfeld*, Recasting the Political Landscape, in: *Beverly Crawford; Peter W. Schulze*, Hg., (1993), European Dilemmas after Maastricht; Research Series, University of California, Berkeley, International and Area Studies, No. 89, 1993, S. 24.

Arsenale mit Nuklearwaffen, Trägerraketen und sonstigen Massenvernichtungswaffen, deren Sicherheitsstatus unklar ist.

- Konflikte in der europäischen Nachbarregion “Südliches Mittelmeer“ zwingen die europäische Gemeinschaft sich zu positionieren. Krisen und Kriege in den zurückliegenden Jahren lassen wachsende Befürchtung aufkommen, dass mit abnehmender Intensität des Ost-West-Konflikts dort gewaltsame Auseinandersetzungen zunehmen. In den Mittelmeeranrainern führen wirtschaftliche Missstände und soziale Spannungen zur Stärkung islamisch-fundamentalistischer Bewegungen. Rapides Wachstum einer demographisch jungen Bevölkerung, die unter hoher Arbeitslosigkeit leidet, und sich immer stärker in Städten konzentriert, verschärft ethnische und territoriale Auseinandersetzungen.

  Weidenfeld konstatiert, dass kaum ein Staat in unumstrittenen Grenzen existiert, kaum eine Regierung der Region sich auf eine ethnisch homogene Gesellschaft stützt. Ungleiche Verteilung der Rohstoffvorkommen und der Wasserressourcen nähren permanente Streitigkeiten. Das alles in einem Umfeld militärisch hochgerüsteter arabischer Staaten! Der islamisch orientierte Raum spannt sich nach dem Zerfall der Sowjetunion nunmehr von Mauretanien im Westen bis nach Kasachstan im Osten. Gegenüber den Sicherheitsproblemen dieses “Krisenbogens“[1] könne die Europäische Gemeinschaft nicht “inaktiv bleiben. Zentrale Handelsrouten und Transportwege für die Lieferung von Rohstoffen führen durch den Mittelmeerraum. Konflikte werden mit den Gütern und den Menschen importiert. Es liegt in Europas vitalem Interesse, eine Eskalation der ... regionalen Spannungen zu einem Nord-Süd-Streitfall oder sogar einen Konflikt der europäischen und der islamischen Welt zu verhindern.“[2]

Zu Beginn der 90er Jahre, der Zeit der Transitionskrisen in den ex-kommunistischen Ländern, steht die Europäische Gemeinschaft also im vitalen Eigeninteresse vor konkurrierenden Kooperationszwängen in ihren östlichen, südöstlichen und mediterranen Nachbarschaftsräumen. In der EG findet gleichzeitig das kontroverse Ratifizierungsverfahren des Maastricht-Vertrags für die Transition zum „Staatenverbund Europäische Union“ statt. Kann in dieser Zeit vielfältiger Interessenkonflikte der Gedanke, die europäische Einheit als Ziel vorzugeben, verloren gehen? Weidenfelds Beitrag bietet in dieser Zeit transatlantischer Unklarheiten gerade auch für den amerikanischen Leser anschauliche Orientierung. Zuerst stellt er wesentliche Fragen zum

---

[1] In der Presse findet sich nicht selten die Bezeichnung “Krisenbogen“ für die Region von Mauretanien bis Kasachstan.

[2] *Werner Weidenfeld*, a.a.O., S. 27. Übersetzung durch Verfasser.

Selbstbild, zur Identität der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Bürger; es bedürfe der Entscheidung zwischen folgenden Alternativen:

- Streben die EG-Europäer friedliche Koexistenz der Menschen des Kontinents Europa an oder sind sie gegenüber den ethnischen Spannungen und territorialen Konflikten im östlichen und südöstlichen Europa indifferent?
- Wird die Wirtschaftskraft der EG massiv für die Entwicklung der europäischen Transformationsländer eingesetzt oder grenzt sich Westeuropa von den östlichen Armutsregionen des Kontinents ab?
- Stellt sich die EG den Herausforderungen in ihren östlichen (Gemeinschaft unabhängiger Staaten, GUS) und südlichen (Mittelmeerregion) Nachbarschaftsräumen mit kreativen Kooperationsangeboten oder zieht sie die Abschottung vor?
- Sieht die EG ihre Verantwortung, in transatlantischer Partnerschaft zur Lösung globaler Probleme (Handelskonflikte, Probleme der Entwicklungsländer, Pandemien, Klima- und Umweltzerstörung etc.) beizutragen oder zieht sie es vor, sich auf “eurozentrische Kosten-Nutzen Kalküle“ (Weidenfeld) zu reduzieren?

Die dargestellten europäischen, regional-kontinentalen und globalen Herausforderungen erfordern — so Weidenfeld in seiner Analyse zu Beginn der 90er Jahre — von der Europäischen Gemeinschaft und ihren Bürgern eine fundamentale Entscheidung, die ihre Identität gegenüber der Welt und den Grad der angestrebten Kohäsion als künftige Europäische Union bestimmt. “Wenn die Europäer das konstruktive Potential ihrer Lebensordnung entfalten wollen, wird dies nur möglich sein als Ergebnis einer umfassenden Auseinandersetzung über ihre politische Kultur.“[1]

Wie kann eine solche politisch-kulturelle Einheit in der Vielfalt des neuen Europa gestaltet werden?

3.3 Orientierung in der Wendezeit — Konvergenz transatlantischer Perspektiven.

3.3.1 Wegweisungen durch Willy Brandt — Werte und gesamteuropäische Kooperationsziele.

Die Umbrüche des Jahres 1989 im Osten Deutschlands und Europas schufen Sehnsucht nach orientierender Perspektive und politischem Konsens. Dieser Wunsch gerade der Menschen, die

[1] *Werner Weidenfeld*, a.a.O., S. 55.

mit radikal gewandelten Lebensbedingungen fertig werden mussten, wurde im politischen Wettbewerb der sich wandelnden Parteienlandschaft weitgehend ignoriert. Willy Brandt mahnte am 3. März 1990 in Erfurt: “Wer der Einheit dienen will, darf nicht neue Zwietracht säen.“[1]
Dieser Satz sollte nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Gestaltung der Einheit des neuen Europa Gültigkeit gewinnen. Und schon am 16. November 1989 hatte Willy Brandt im Deutschen Bundestag zu politischem Konsens und Zusammenarbeit gegen parteitaktisch motivierten Alleingang aufgerufen: “Dass aber jetzt in einem so ungeheuer wichtigen, vielleicht entscheidenden Abschnitt deutscher Geschichte das organisierte Zusammenwirken aller Kräfte nicht nötig sein sollte, das würden viele Menschen in unserer Bundesrepublik nicht verstehen ... Ich bin gegen künstliche Gemeinsamkeit. Ich sage dies als einer, der sich, als die Gemeinsamkeit leider nicht möglich war, bei den Ostverträgen, in Sachen Helsinki, beim Nichtverbreitungsvertrag, mit einer sehr knappen Mehrheit hat helfen müssen... Für .. überzogenen Parteipatriotismus bleibt jetzt objektiv nicht soviel Raum, sondern die Interessen unseres Volkes gebieten ein hohes Maß an nationaler Gesamtverantwortung und Solidarität.“[2]
Diese Haltung Willy Brandts “Erst das Land, dann die Partei“[3] stabilisierte in einer Umbruchzeit Vertrauen in die demokratische Stabilität und die Kapazität der deutschen Demokratie, den noch ungerichteten Prozess des Wandels vor Chaos zu bewahren. Es war eine Haltung, die er gegen “die Bonner Regierung und solche Kräfte, die sich sehr bewusst im Sinne parteipolitischer Konfrontation ins Zeug legten“[4] aufrecht hielt.
Zugleich gab er den Menschen in der friedlichen Revolution Orientierung. Im Deutschen Bundestag als Abgeordneter, als Ehrenvorsitzender der SPD und — im Februar 1990 in Leipzig gewählt — als Ehrenvorsitzender der DDR-Sozialdemokraten, als Präsident der Sozialistischen Internationale seit 1976 verkörperte der Friedensnobelpreisträger die Werte und Grundsätze, die allein Menschen in derart turbulentem, stets von Risiken und Rückschlägen bedrohten Wandel orientieren können. Innerhalb eines guten halben Jahres, von September 1989 bis März 1990, und um nur Bonn, Moskau, Berlin, Rostock, Gotha, Eisenach, Tutzing, Leipzig, Erfurt als Stationen zu nennen, sind mindestens 14 große “Reden zu Deutschland“ von Willy Brandt schriftlich überliefert.

---

[1] *Willy Brandt*, » ... was zusammengehört« Reden zu Deutschland, Bonn 1990, S. 131.

[2] *Willy Brandt,* » ... was zusammengehört« Reden zu Deutschland, Bonn 1990, S. 50ff.

[3] *Willy Brandt*, Die Spiegelgespräche, herausgegeben von Erich Böhme und Klaus Wirtgen, Vorwort von Rudolf Augstein, Stuttgart 1993, S. 520.

[4] *Willy Brandt*, » ... was zusammengehört« Reden zu Deutschland, Bonn 1990, S. 9.

Sein Eintreten für die Werte wie Selbstbestimmung, Freiheit, Demokratie, für Respekt gegenüber den Lebenserfahrungen der von Veränderungen betroffenen Menschen vor allem im Osten Deutschlands und Europas war von der Glaubwürdigkeit seines politischen Lebensweges geprägt.

Wenn er zu vertiefter europäischer Zusammenarbeit auf den Feldern Sicherheit, Wirtschaft, Kultur, Technik und Ökologie aufrief, wollte er damit die "inhaltlichen Zielbestimmungen der Friedensordnung, guter Nachbarschaft und produktiver Zusammenarbeit"[1] in Europa als vordringlich ins Bewusstsein rücken.

Werben für diese Werte und diese gesamteuropäischen Kooperationsziele — das war, was Willy Brandt den Menschen in den revolutionären Jahren 1989 und 1990 zu vermitteln wusste.

Nichts konnte ihm in der unbestimmten Wendezeit ferner liegen als Spekulation über institutionelle Systemvorgaben mit Patentrezepten wie Schocktherapie oder Gradualismus, mit denen vor allem Experten aus den Vereinigten Staaten Schlagzeilen produzierten.

So gelang Willy Brandt etwas nahezu Unerklärliches: Den Menschen Orientierung, ein Gefühl für Richtung zu vermitteln in einem tiefgreifenden Prozess des Wandels, der kaum kalkulierbar und ergebnisoffen erschien.

Und er bestand ausdrücklich darauf, diese Unbestimmtheit und Offenheit des Wandels anzunehmen. Sein tiefes Verständnis für historische Wendepunkte ließ ihn feststellen: "Ich würde keine Option ausschließen, keine Option abweisen."[2] Im Oktober 1989 wurde Willy Brandt gefragt: "Könnten Sie Ihr Zukunftsbild der beiden deutschen Staaten in Umrissen beschreiben?" Nein, so verstand Willy Brandt Orientierung nicht! Seine Antwort: "Vielleicht könnte ich, aber ich will nicht. Es gibt Zeiten, in denen man sich bewusst darauf beziehen darf, dass der Phantasie der Geschichte nicht über Gebühr vorzugreifen ist."[3]

Gerade dieser Respekt gegenüber dem historischen Prozess der Wende und gegenüber den davon betroffenen Deutschen und Osteuropäern zeigt sich in der Eindeutigkeit und Klarheit mit der Willy Brandt die deutsche und die europäische Frage verbindet: Es wäre "eine gedankliche Fehlorientierung, wenn wir nicht wüssten, dass das, was aus dem Verhältnis zwischen den bei-

---

[1] *Willy Brandt*, » ... was zusammengehört« Reden zu Deutschland, Bonn 1990, S. 29.

[2] *Willy Brandt*, a.a.O. S. 49.

[3] *Willy Brandt*, Die Spiegelgespräche, herausgegeben von Erich Böhme und Klaus Wirtgen, Vorwort von Rudolf Augstein, Stuttgart 1993, S. 492.

den deutschen Staaten und ihren Menschen wird, in hohem Maße von dem — wie auch immer vonstatten gehenden widersprüchlichen — Zusammenwachsen der Teile Europas abhängt.“[4]

Diese historische Wegweisung Willy Brandts hat insbesondere die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung seit Beginn der Wende geprägt: Die Arbeit in der DDR vollzog sich im Gleichschritt mit der Projektarbeit in Ost- und Südosteuropa sowie der Sowjetunion. Und dafür gab es ein gutes Fundament: Denn die Ostpolitik Willy Brandts war von der Friedrich-Ebert-Stiftung intensiv zum Ausbau der gesellschaftlichen Zusammenarbeit mit den Ländern in Ost- und Südosteuropa genutzt worden — in den für Fortschritt und Gerechtigkeit besonders aufgeschlossenen Bereichen Wissenschaft, Journalismus, Kommunalpolitik, Gewerkschaften. Durch Stipendien, Seminare und Informationsprogramme in beiden Richtungen war ein von Vertrauen getragenes Partnernetz geknüpft worden. Der dadurch geschaffene historische Erfahrungsschatz wurde nach der Wende auch in die transatlantische Informations- und Dialogarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung über die Neugestaltung Deutschlands und Europas eingebracht.
Das Büro Washington der Friedrich-Ebert-Stiftung hat mit äusserster Sorgfalt die deutschland- und europapolitischen Stellungnahmen Willy Brandts in Politik und Medien der Vereinigten Staaten verbreitet. Damit konnten auch ausserhalb der Regierungsbeziehungen wichtige Beiträge geleistet werden, um die transatlantischen Sichtweisen über die Revolution in Deutschland und Europa zu harmonisieren.

3.3.2. Konvergierende Positionen zur Wende in Deutschland und Europa — die Staatsmänner George Bush und Willy Brandt.

Zu Beginn der Wende in der DDR ließ die Regierung der Vereinigten Staaten verlauten, dass die Wiedervereinigung allein Sache der Deutschen sei. Diese Auffassung änderte sich bald.[2] Für die Einschätzung der offiziellen amerikanischen Position war nach Auffassung des Leiters der FES in Washington eine Erklärung von zentraler Bedeutung, die Präsident George Bush am 4. Dezember 1989 in Brüssel gegeben hatte.[3]

---

[1] *Willy Brandt*, Die Spiegelgespräche, herausgegeben von Erich Böhme und Klaus Wirtgen, Vorwort von Rudolf Augstein, Stuttgart 1993, S. 491.

[2] Vgl. obigen Abschnitt 3.1.

[3] Vgl. *Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office*, Jahresbericht 1989, S. 16 f.

Der Präsident der Vereinigten Staaten fand Worte, die an die Vision John F. Kennedys erinnerten, über die Willy Brandt wenige Tage zuvor mit Senator Edward Kennedy in Berlin gesprochen hatte. Präsident Bush beschwor die "...Fähigkeit der Transatlantischen Partnerschaft, die Architektur eines neuen Europa zu schaffen ... wo Selbstbestimmung und individuelle Freiheit an die Stelle von Zwang und Tyrannei treten ... und wo dauerhafter Frieden durch allgemeine Achtung der Menschenrechte gefestigt wird."[1]

Im Einzelnen behandelte der Präsident dann die Aufgaben von NATO, KSZE, EG und die Positionen der US-Regierung zu Deutschland und der Sowjetunion:

- NATO: Sie solle die "friedliche Revolution im östlichen Europa durch Förderung von Menschenrechten und demokratischen Reformen unterstützen, ohne ihre "traditionelle Sicherheitsmission" aufzugeben.
- KSZE: Die ganz wesentlich durch Willy Brandts Ostpolitik ermöglichte "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (begonnen in Helsinki 1975) wird vom US-Präsidenten aufgerufen, "eine größere Rolle in Europa (zu) spielen. Die 35 Nationen, die der KSZE angehören, bilden eine Brücke über das geteilte Europa und den Atlantischen Ozean." Nunmehr könne die Vision von Helsinki 1975 verwirklicht werden: "Freiheit der Menschen, ihr Schicksal selbst in Rechtsstaatlichkeit und mit demokratisch verantwortlichen Regierungen zu bestimmen."
- EG: Ihr falle eine "vitale Rolle im neuen Europa" zu — durch vertiefte Integration die politische Handlungsfähigkeit der EG stärken und als orientierender "Magnet" für die Demokraten in Osteuropa die Reformprozesse in diesen Ländern unterstützen.
- Deutschland: In vier Punkte fasste der Präsident die Position der Vereinigten Staaten.
  Erstens, das Selbstbestimmungsrecht müsse gelten ohne damit ein bestimmtes Ergebnis zu präjudizieren oder eine bestimmte Vision neuer Staatlichkeit zu unterstützen.
  Zweitens, die Einheit solle unter folgenden Rahmenbedingungen gestaltet werden: fortbestehende deutsche Verpflichtungen gegenüber der NATO; eingebunden in eine zunehmend integrierte Europäische Gemeinschaft; unter angemessener Berücksichtigung der rechtlichen Rolle und Verantwortung der Alliierten Mächte.
  Drittens, im Interesse gesamteuropäischer Stabilität sollte die Einheit friedlich, graduell und

[1] Vgl. zum folgenden: *George Bush*, The President´s News Conference in Brussels, December 4, 1989; in: *John T. Woolley and Gerhard Peters*, The American Presidency Project (online), Santa Barbara, C.A. verfügbar unter: http: // www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=17907, S. 1ff.

stufenweise vollzogen werden.

Viertens, zu Grenzfragen gelten die Grundsätze der Schlussakte von Helsinki[1]. George Bush zeigte sich überzeugt, dass diese vier Punkte auch der Haltung des Bundeskanzlers Kohl entsprechen.

- Sowjetunion: Der Präsident stellte klar, dass für die USA und den Westens gegenüber der Sowjetunion unter der Führung des Generalsekretärs Michail Gorbatschow absolut zwingend neues Denken geboten sei - “it deserves new thinking .. it absolutely mandates new thinking.“[2] Die Neubewertung des Verhaltens der Sowjetunion sei folgenden Tatsachen geschuldet: Der Art, wie Gorbatschow sich zum Umbruch in Osteuropa verhalten habe; seiner Unterstützung eines Abkommens über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE), das der Sowjetunion auferlege, ihre Streitkräfte überproportional zu reduzieren; seinem Eintreten für friedlichen Wandel und für das Recht der Staaten des Warschauer Pakts, selbst über ihren Weg zu entscheiden. Aus einer einigen, klug bedachten Position heraus solle daher der Westen die Sowjetunion ökonomisch unterstützen.

Aus dieser Brüsseler Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten vom 4. Dezember 1989 und Willy Brandts “Reden zu Deutschland“ in der Wendezeit lassen sich Übereinstimmungen in zentralen Fragen herauslesen.

Willy Brandt bekannte sich vor den Bürgern der DDR in eindringlichen Worten zur transatlantischen Partnerschaft, zur NATO, zu der Dankesschuld gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika und zu der Aufgabe der Europäischen Gemeinschaft, die osteuropäischen Länder auf ihrem Weg zu Demokratie, Vielfalt und Pluralismus zu unterstützen.[3]

Sicher konnte Willy Brandt in seiner Rolle in Nuancen offener für eine künftig stärker europäische Prägung der NATO sprechen als der amerikanische Präsident, der in Verhandlungen mit der sowjetischen Führung unter Gorbatschow stand.

---

[1] Z.B. Grundsatz der Unverletzlichkeit der Grenzen.

[2] Vgl.: Bush George, The President´s News Conference in Brussels, December 4, 1989; in: Woolley, John T. and Peters, Gerhard, The American Presidency Project (online), Santa Barbara, C.A. verfügbar unter: http: // www.presidency. ucsb.edu/ws/?pid=17907, S. 3.

[3] Vgl. Rede in Rostock, Universitätsplatz, 17. März 1990; in: Brandt, Willy, (1990), » ... was zusammengehört« Reden zu Deutschland, Bonn 1990, S. 146 - 147.

Wie Präsident Bush[1] sah Willy Brandt keine Notwendigkeit, in der deutschen Frage der Entwicklung vorzugreifen; auch er hielt graduelles Vorgehen in Etappen für zweckmässig.[2] Für Brandt war die nationale Einheit zwar " in erster Linie Sache der Deutschen, aber ... nicht deren Sache allein."[3] Schon im Vorfeld von Verhandlungen befürwortete Brandt die Einbeziehung der EG ("1 in 12"; Fragen der Wirtschafts- und Währungseinheit), der Alliierten ("2 plus 4"; sicherheitspolitische Fragen, Problem des Ausbleibens eines Friedensvertrages) und der unmittelbaren europäischen Nachbarn ("2 plus 9"; Sicherung des Gesamtwerks der neuen Friedensordnung).[4]
Ein besonders bemerkenswertes Maß an transatlantischer Nähe der Sichtweisen zeigt sich in der großen Rolle, die Präsident Bush den Werten und der Organisationsstruktur der KSZE für die Gestaltung der "künftigen Architektur Europas"[5] beimass. In diesem Rat des amerikanischen Präsidenten findet die Pionierleistung der Ostpolitik Willy Brandts, ohne die der in Helsinki 1975 begonnene KSZE-Prozess nicht gedacht werden kann, erneut historische Bestätigung.
Und mehr noch: Das "Neue Denken", das George Bush gegenüber der sowjetischen Führung unter Michail Gorbatschow am 4. Dezember 1989 in Brüssel anmahnt, entspricht wörtlich dem Titel und Leitmotiv der Rede, die Willy Brandt am 16. Oktober 1989 in der Moskauer Lomonossow-Universität hielt: "Neues Denken — Chancen für Europa und die Welt".[6]
Dieser in großen Zügen gezeichnete Vergleich zeigt transatlantische Nähe in demokratischen Werten und im Urteil gegenüber dem historischen Wandel in Europa. In dem für Deutschland und Osteuropa entscheidenden historischen Wendepunkt bewährte sich amerikanisch-deutsche Übereinstimmung bei den Regierungen wie auch den maßgeblichen Kräften der Opposition. Ein

---

[1] "I think it´s better to let things move on their own"; *George Bush*, The President´s News Conference in Brussels, December 4, 1989; a.a.O., S. 2.

[2] Vgl. Rede in Erfurt, Domplatz, 3. März 1990; in: *Willy Brandt*, » ... was zusammengehört« Reden zu Deutschland, Bonn 1990, S. 129 ff.

[3] Brandt, Willy, a.a.O., S. 137.

[4] Der von Dr. Dettke aufgezeigte amerikanische Positionswechsel zur deutschen Einheit von "allein Sache der Deutschen" zur euroatlantischen Einbindung stellt offenbar für Willy Brandt kein Problem dar. Denn Willy Brandt strebte eine gesamteuropäische Friedensordnung an, die durch solche Eingliederung der deutschen Frage nur an Stabilität gewinnen konnte. Vgl. *Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office*, Jahresbericht 1989, S. 16f.

[5] George Bush , The President´s News Conference in Brussels, December 4, 1989; a.a.O., S. 1. Die Zitate sind teils der Erklärung, teils der Antwort auf Fragen entnommen.

[6] Willy Brandt, a.a.O., S. 25.

historischer Glücksfall! Zu diesem transatlantischen Konsens in der Beurteilung des Wandels in Deutschland und im östlichen Europa hat die intensive Dialogarbeit, die das Büro Washington der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Information des politischen Washington leistete, erheblich beitragen können.

3.3.3. Sorge in den USA: Neutralität Deutschlands als Preis der Einheit?

Die Behutsamkeit, mit der sich Willy Brandt zu den Perspektiven des Wandels äußerte, war nicht allen Sozialdemokraten eigen.
Oskar Lafontaine, als Vorausdenker profiliert, wurden Äußerungen zugeschrieben, die in den Vereinigten Staaten erhebliche Bedenken auslösten, galt er doch als aussichtsreicher Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl im Dezember 1990.
Eine weiterbestehende Mitgliedschaft des vereinten Deutschland in der NATO sei ein “Anachronismus“. Deutschland solle sich aus den militärischen Strukturen der NATO zurückziehen und “die Mitgliedschaft nur im politischen Teil der Allianz aufrechterhalten.“[1] Diese Aussagen Lafontaines hätten, so die Washington Post, den Eindruck aufkommen lassen, Lafontaine und die SPD seien bereit, für Deutschland einen “neutralen Status als Preis für die Vereinigung zwischen Ost- und Westdeutschland zu akzeptieren.“
In den USA konnte dies Misstrauen gegenüber der deutschen Sozialdemokratie aufbauen. Solchen politischen Risiken im Vorfeld der deutschen Einheit war unverzüglich zu begegnen.
Am 7. und 8. März 1990 organisierte die FES in Washington ein Informations- und Beratungsprogramm für eine hochrangige sozialdemokratische Delegation vordergründig zum Thema “Wahlen in der DDR — Perspektiven für Deutschland“. Mitglieder der Delegation waren:

- Prof. Dr. Horst Ehmke, MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion;
- Dietrich Stobbe, MdB, ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags;
- Markus Meckel, Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokraten in der DDR;
- Dr. Hans Mittelwitz, außenpolitischer Berater der Sozialdemokraten in der DDR;

---

[1] *John M. Goshko,* Social Democrats Offer Reassurance on Role for NATO, in: Washington Post, March 9, 1990, A 30.

- Dr. Gerd Wagner, außenpolitischer Referent der SPD-Bundestagsfraktion.[1]

Eine Reihe der deutschland- und sicherheitspolitischen Erklärungen von Mitgliedern dieser Delegation in jener offenen Transformationsperiode der Jahre 1989/1990 sind sicher dem Fragen und Suchen nach Perspektiven des Wandels geschuldet. Dennoch gelangen den Außenpolitikern Horst Ehmke und Dietrich Stobbe grundsätzliche, bindende Klarstellungen, denen auch Markus Meckel weitgehend zustimmte:[2]

- "Während für das Gebiet der heutigen DDR zunächst eine Sonderlösung gefunden werden muss, werden die für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland bestehenden Bündnisbindungen erhalten bleiben. Wir wollen weder aus der NATO austreten, noch schlagen wir ihre Auflösung vor."
- "Das Westliche Bündnis muss vielmehr im Übergang zu einem europäischen Sicherheitssystem der KSZE-Staaten, das der neuen Situation und ihren möglichen Gefahren gerecht wird, eine wichtige Rolle spielen. Dieses europäische Sicherheitssystem muss dem Fortbestehen der Sowjetunion als militärischer Großmacht ebenso Rechnung tragen wie der politischen Entwicklung in Europa von der Konfrontation zur Kooperation."

Der Delegation stellten sich in Washington hochrangige Politiker zum klärenden Gespräch: Lawrence S. Eagleburger, Stellvertretender Außenminister der Vereinigten Staaten; General Brent Scowcroft, Berater des Präsidenten für Angelegenheiten der nationalen Sicherheit; Senatoren Biden, Cohen, Mitchell, Robb und Sarbanes.[3]

Darüber hinaus wurden in Veranstaltungen der FES wichtige Multiplikatoren aus Politik, Wirtschaft und Medien über die Sichtweisen der deutschen Sozialdemokratie zum atlantischen Bündnis und zu den Gestaltungsaufgaben in Deutschland und Europa informiert[4] : Zwar bedeute der Wandel in Europa auch eine sich wandelnde Rolle der Bündnissysteme, doch habe die Nato nach wie vor eine wichtige Rolle für das zukünftige europäische Sicherheitssystem zu spielen. Der Endzustand des sich abzeichnenden Transformationsprozesses sei offen. Schon jetzt sei erkennbar, dass die KSZE in Zukunft eine wichtige Rolle spielen werde. "Man wolle nicht aufgeben, was sich bewährt habe" (Horst Ehmke).

---

[1] Vgl. *Dieter Dettke,* Bericht über die Ergebnisse des Beratungsprogramms "Wahlen in der DDR — Perspektiven für Deutschland" am 7. und 8. März 1990 in Washington, D.C. vom 20. April 1990, S. 2.

[2] Ebd., S. 8.

[3] Ebd., S. 3

[4] Ebd., S. 6f. Die Darstellung folgt dem Bericht, den Dieter Dettke erstattete.

Dietrich Stobbe warb bei den amerikanischen Partnern für die Einsicht, den Prozess der deutschen Vereinigung nicht als Entstehung eines “Vierten Reiches“ zu begreifen. Damit trat er der Sorge vor einem deutschen Sonderweg eindeutig entgegen. Es bleibe bei der festen Verankerung Deutschlands im Westen und bei der Fortsetzung der West-Integration, insbesondere in der Europäischen Gemeinschaft. In Osteuropa übe die EG große Anziehungskraft aus; dort werde man sich auf die Europäische Gemeinschaft einstellen und entsprechende Beziehungen aufbauen. Der Westen müsse sich auch der Aufgabe stellen, die Sowjetunion nicht der Isolierung auszusetzen, sondern sie einzubeziehen; auch die Sowjetunion sei Teil einer gesamteuropäischen Struktur.

Die Erklärungen der gemischten deutsch-deutschen Delegation ließen “eine große Übereinstimmung in der Frage der Zugehörigkeit eines Vereinten Deutschlands zum Atlantischen Bündnis erkennen“, wobei nuancierend die Position der ostdeutschen Sozialdemokraten darauf abzielt, “die Strukturen der militärischen Allianzen zu verändern um den Übergang von den bestehenden Konfrontationsstrukturen zu mehr Zusammenarbeit in Europa sicherzustellen.“[1]

Im Wesentlichen wurden diese außen- und sicherheitspolitischen Positionen Anfang Mai 1990 von Karsten Voigt, MdB, bekräftigt. Unmittelbar vor Beginn der “Zwei-plus-Vier“-Gespräche in Bonn entwickelte er u. a. folgende Aussagen zum Thema der “Security Arrangements for a United Germany in Europe“ [2]:

- “Nicht nur Westeuropa, sondern auch die östlichen Nachbarn Deutschlands und die Sowjetunion sind daran interessiert, dass die USA durch ihre sicherheitspolitische Präsenz zur Stabilität in Europa beitragen. Mit dem KSZE-Prozess und im Rahmen der Wiener Verhandlungen hat die Sowjetunion diese Präsenz akzeptiert“.
- “Die bisherige Bundeswehr bleibt weiterhin gleichberechtigt in die multilateralen Strukturen der NATO integriert. Die multilaterale Einbettung der militärischen Potentiale der Deutschen ist ein historischer Fortschritt, der nicht durch das Streben nach sicherheitspolitischer Souveränität gefährdet werden darf.“

---

[1] Ebd., S. 7f.

[2] *Dieter Dettke,* Bericht über die Gesprächskreisveranstaltung mit Karsten Voigt, MdB, über “Security Arrangements for a United Germany in Europe" am 2. Mai 1990 in Washington, D.C. S. 1f. Hier wird nur Bezug genommen auf die Aussagen zur euro-atlantischen Integration soweit sie für die Kontroverse um eine Neutralität Deutschlands als Preis der Einheit relevant sind.

- “Die Nato verringert schrittweise ihre abwehrende Funktion gegenüber der Sowjetunion. Sie übernimmt neue kooperative Funktionen bei Abrüstungs- und Verifikationsvereinbarungen und damit bei der Organisierung einer blockübergreifenden Sicherheit in Europa. Die bisherigen Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages erhalten auf Wunsch einen Beobachterstatus bei der Nordatlantischen Versammlung.“
- “Die Nato gibt ihre bisherige Strategie der flexible response auf. Alle Nuklearwaffen werden vom Boden Deutschlands abgezogen. Zugleich wird der Einstieg in ein Europäisches Sicherheitssystem eingeleitet. Die KSZE-Teilnehmerstaaten bilden dafür einen gemeinsamen Rat der Außen- und Verteidigungsminister.“

Zum Thema der europäischen Integration formulierte Karsten Voigt als Ziel der deutschen Sozialdemokratie: Die Europäische Gemeinschaft solle auch den osteuropäischen Demokratien den Beitritt ermöglichen und zu den Vereinigten Staaten von Europa weiterentwickelt werden.
Abschließend lassen sich die von der FES/Washington organisierten Informationsprogramme zur sicherheitspolitischen Position der deutschen Sozialdemokratie bewerten:
Es gelang in dieser entscheidenden Zeit, Spekulationen in den USA über eine angeblich von der SPD angestrebte Neutralität Deutschlands als Preis der deutschen Einheit ad absurdum zu führen. Nicht nur wurde durch Horst Ehmke, Dietrich Stobbe und Markus Meckel die euroatlantische Einbindung eines vereinigten Deutschlands bekräftigt. Sondern darüber hinaus wurden Westbindung und europäische Integration durch Karsten Voigt zum Zukunftsprojekt einer künftigen atlantisch-gesamteuropäischen Friedensordnung erweitert.
Die deutsche Sozialdemokratie profilierte sich gerade in der Wendezeit als angesehener Partner der transatlantischen Diskussionsgemeinschaft über die künftige internationale Friedensordnung.

4 Nach der Wende: zivilgesellschaftlichen transatlantischen Dialog stärken!

Durch die Wende in Europa und die deutsche Vereinigung entfielen nicht nur Bedrohungselemente des Kalten Krieges und die Notwendigkeit des dadurch bedingten Umfangs amerikanischer Truppenpräsenz, sondern auch die ursprünglichen Rechte der USA in Deutschland. Das Gewicht Europas und damit auch Deutschlands im Rahmen des Interessenkalküls der Vereinigten Staaten wurde indes nicht allein dadurch vermindert.

Hinzu kam in der ersten Hälfte der neunziger Jahre die berechtigte amerikanische Enttäuschung über das Versagen der Europäischen Gemeinschaft gegenüber dem Zerfall Jugoslawiens. Dabei ereigneten sich in Europa unter den Augen der Europäer solch katastrophale Kriegsverbrechen, dass Amerika sich unter Präsident Bill Clinton zur humanitären Intervention gezwungen sah. Diese Faktoren allein konnten schon die Abkehr vom "Eurozentrismus" der bisherigen amerikanischen Außenpolitik erklären.

Nun aber hatten sich im vergangenen Jahrzehnt allmählich die weltwirtschaftlichen Produktions- und Handelsstrukturen aus der Sicht der USA so stark zugunsten Asiens verschoben, dass der asiatisch-pazifische Raum gegenüber Europa zunehmend an Gewicht gewann. Präsident Clinton signalisierte neue außen- und handelspolitische Prioritäten bereits durch seine Teilnahme am Gemeinsamen Forum der Pazifik-Anrainer (Asia-Pacific Economic Cooperation; APEC) im November 1993 in Seattle. Erodierte die transatlantische Partnerschaft?

Werner Weidenfeld[1] bejahte diese Frage: "Nur eine naive Betrachtung ließ erwarten, die deutsch-amerikanische Freundschaft und die europäisch-amerikanische Partnerschaft blieben vom Ende des Ost-West-Konfliktes unberührt ... Wachsendes Desinteresse, Auflösung der personellen Netzwerke, Wechsel der Generationen, Fokussierung auf die Innenpolitik ... kurzum: Im Verhältnis zwischen Deutschland, Europa und Amerika ist das Ende der fast fünfzig Jahre geltenden Selbstverständlichkeiten angebrochen."

Auf die Frage "Wann haben sich Amerika und Europa voneinander entfremdet?" antwortete Timothy Garton Ash: "Im Grunde genommen schon seit dem 9. November 1989, als die Berliner Mauer fiel ... Das hat die Krise ausgelöst. Damals ist der gemeinsame Feind weggefallen: die Rote Armee. Ein Feind, der ... wie Klebstoff für unsere beiden Kontinente gewirkt hat. Seit es ihn nicht mehr gibt, ist Europa für die amerikanische Weltpolitik kein zentrales Thema mehr und für viele Amerikaner einfach marginal geworden."[2]

So sehr diese Ursachen die transatlantische Partnerschaft vor allem auf den offiziellen Ebenen geschwächt haben mögen, die Friedrich-Ebert-Stiftung mobilisierte das Interesse des "politischen Washington" durch Information und Debatte über den Wandel in Deutschland und Europa

---

[1] *Werner Weidenfeld,* Kulturbruch mit Amerika? Das Ende transatlantischer Selbstverständlichkeit. Gütersloh 1996, S. 9.

[2] *Timothy Garton Ash,* "Es liegen vier harte Jahre vor uns", Interview in: Cicero Magazin für politische Kultur, Februar 2005; http://www.cicero.de/839.php?ausgabe=02/2005

sowie über neue wirtschaftliche und soziale Herausforderungen in der Transformationsdekade der 1990er Jahre:

- Parteien und ihre politischen Plattformen im vereinten Deutschland und in Osteuropa.
- Bilanz zur Entwicklung der deutschen Einheit.
- Sozialer Zusammenhalt und Zivilgesellschaft.
- Innovation und Gerechtigkeit — die Suche nach einer neuen Balance in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.
- Globale Herausforderungen — Soziale Fragen für die transatlantische Partnerschaft.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung setzte sich das Ziel, durch die Bearbeitung solcher Themen die gemeinsamen demokratischen Werte der amerikanischen und der deutschen Gesellschaft stärker im öffentlichen Bewusstsein zu verankern und damit die atlantische politische Diskussionskultur zu stärken.

4.1 Wende und Parteien — Deutsch-Amerikanische Sichtweisen.

Welchen Einfluss hatte die Wende in Deutschland und im östlichen Europa auf die deutsche Sozialdemokratie und die Entwicklung von Parteienpluralismus bei den östlichen Nachbarn? Veranstaltungen der FES-Washington gaben den amerikanischen Partnern Gelegenheit, diese Frage mit europäischen Experten zu erörtern. 1990, also noch an der Schwelle der kommenden epochalen Umwälzungen, waren nur vorläufige Einschätzungen zu erwarten. Aber gerade diese von Beginn an schrittweise analytische Begleitung der Transformationsprozesse in Ostmitteleuropa zeigte, wie nachhaltig der Bedarf an qualifizierter Information in den Vereinigten Staaten war.

4.1.1 Barrieren für politischen Pluralismus im östlichen Europa

Eine Konferenz der FES Ende Juni 1990 in Washington führte die amerikanischen Partner zu der Erkenntnis, dass politischer Wettbewerb in Osteuropa sich nicht von selbst entfalten würde, sondern von den demokratischen Kräften des Westens solidarisch zu fördern war. Diese Einsicht beruhte vor allem auf ersten Beratungserfahrungen von Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung

in diesen Ländern. Über diese FES-Büros konnten Sachkundige gewonnen werden, die aus eigenem politischen Engagement über die Demokratisierung ihres Landes berichten konnten.[1]

Tschechoslowakei.

Die Sprecherin des Vorstands der Allianz "Bürgerforum", Jana Ryslinkova, Abgeordnete des Tschechoslowakischen Parlaments, beklagte die nachhaltige Diskreditierung des Begriffs "Partei" als schwerwiegendes Hindernis für demokratisch gesinnte Kräfte, einen politischen Pluralismus und Wettbewerb von Parteien zu entwickeln. Diese Wahrnehmung bestätigte Professor Madeleine Albright. Die künftige Außenministerin der Regierung Clinton, die in Prag geboren wurde und tschechisch spricht, begrüßte jedoch auf der Basis ihrer eigenen Beobachtungen und Gespräche in Prag, dass sich der Dissidentenkreis Bürgerforum als politische Partei zur Wahl gestellt habe.

Im Gespräch zwischen Ryslinkova und Albright bestand Einigkeit, das politische Klima in der Tschechoslowakei als durchaus ermutigend zu werten: Trotz schwieriger wirtschaftlicher Lage und der Erblast der Kommunisten habe es eine hohe Wahlbeteiligung gegeben, eine freie Presse entwickele sich, die breite Regierungskoalition und Vaclav Havel als politischer Führer verbreiteten Vertrauen und die Hoffnung auf Stabilität.

Nunmehr gelte es wichtige Aufgaben anzupacken: Den politischen Wettbewerb durch eine unbelastete, legitimierte Oppositionspartei zu stärken, politische Bildung und Programmarbeit zu leisten und einen föderalen Staat aufzubauen. Eine neue Verfassung könne dazu beitragen.

Polen.

Auch in Polen dominierte eine breite "Schirm"-Organisation, die Solidarnocz-Solidarität, das politische Leben; sie stelle eine Koalition von antitotalitären und antikommunistischen Kräften dar, so Jaruslaw Anders, polnischer Mitarbeiter der Voice of America. Er sah die Solidarnocz von so unterschiedlichen Interessen und ideologischen Strömungen bestimmt, dass mit einer Spaltung zu rechnen sei. Dennoch werde sie als Schirm-Organisation große politische Bedeutung behalten, da die kommunistischen Parteien weitgehend abgelehnt würden.

---

[1] Vgl. *Dieter Dettke,* Bericht über das Seminar "After the Wall: The New Politics of Democracy and Party Pluralism in Eastern Europe" der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit Democrats 2000 vom 26. bis 28. Juni in Washington, D.C. vom 2. Juli 1990. Die folgenden Ausführungen stützen sich auf diesen Bericht.

Für Professor Jerzy Holzer, Berater des Auswärtigen Ausschusses im polnischen Parlament, war die Stabilität einer demokratischen Entwicklung in Polen vor allem vom Erfolg der wirtschaftlichen Reformen abhängig. Dieser schiene gegenwärtig wahrscheinlich. Sollte sich allerdings die wirtschaftliche Lage krisenhaft entwickeln, sei mit dem Rückfall in autoritäre Strukturen zu rechnen. Polen befinde sich auf dem Weg zum demokratischen und souveränen Staat zwischen stärkeren Nachbarn, dem vereinten Deutschland und Russland. Dies sei wegen der historischen Erfahrungen mit unterschwelligen, gleichwohl starken Befürchtungen und Empfindlichkeiten verbunden. Deshalb strebe Polen eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung an, die neben der Sowjetunion auch eine aktive Beteiligung der Vereinigten Staaten einschließe.

Ungarn.

Die Analysen von Balint Magyar, Mitglied des Ungarischen Parlaments für den Bund der Freien Demokraten SZDSZ, und Professor Rudolf Tökés, Politikwissenschaftler, University of Connecticut, kennzeichneten das ungarische Parteienspektrum durch zwei Lager. Die Begriffe links und rechts sahen sie dadurch belastet, dass diese im öffentlichen Gebrauch fast ausschließlich Nähe bzw. Ferne von der ex-kommunistischen Partei (MSZP) ausdrücken sollten. Derzeit würden aber die Kommunisten von keiner anderen Partei als koalitionsfähig betrachtet. Das Ungarische Demokratische Forum, MDF, und die Christlich-Demokratische Volkspartei, KDNP, seien der rechten Seite, der Bund der Freien Demokraten, SZDSZ, und die sehr schwach unterstützten Sozialdemokraten, MSZDP, der linken Seite des politischen Spektrums zugeordnet. Zwischen beiden Lagern stünde als potentieller Mehrheitsbeschaffer die Unabhängige Kleinlandwirtepartei (FKGP). Die spätere Regierungspartei FIDESZ, Bund der Jungen Demokraten, war in dieser Zeit noch eine Splittergruppe. Prof. Tökés ist in dieser Diskussion die zutreffend vorausschauende Kalkulation zu verdanken, dass die mächtigen Gewerkschaftsverbände sich noch nicht parteipolitisch definiert hätten. Diese “schlafenden Riesen“ (Tökés) könnten die ungarische Innenpolitik erheblich verändern.
Tökés konstatiert einen breiten Konsens der politischen Kräfte Ungarns für eine westlich orientierte Außenpolitik und insbesondere für enge Beziehungen zu Deutschland.

Dr. Heinz Timmermann, international hochangesehener Osteuropaforscher des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien (BIOST), kennzeichnete das Ziel der Sowjetunion gegenüber den Veränderungen in Osteuropa mit dem Begriff der “Finnlandisierung“.

Damit benannte er das Kernproblem der jungen Demokratien in Ostmitteleuropa und der Haltung des Westens zu ihnen. Seinem Sachverstand verdankten die amerikanischen Partner ferner den Hinweis, die neuen Parteien in Osteuropa benötigten keine Belehrungen über die westliche Form von Demokratie, sondern vor allem Beratung und technische Hilfe. Dabei sollten die folgenden Probleme aufgegriffen werden: Wie werden Parteien im Hinblick auf ihre politischen Aufgaben organisiert, wie gewinnen und schulen sie Mitglieder, wie organisieren sie parlamentarische Arbeit? Langfristig sei mit einer Angleichung der Parteistrukturen in Ost- und Westeuropa zu rechnen.

Sowjetunion.

Da u.a. wegen des bevorstehenden Parteitags der KPdSU keine sowjetischen Repräsentanten verfügbar waren, analysierten Russlandexperten aus den USA und der Bundesrepublik die politische Lage des Landes.

Dr. Dimitri Simes, Carnegie Endowment for International Peace, traf für die Zeit Mitte 1990 geradezu “apodiktisch klingende Feststellungen“[1]:

- Die Sowjetunion werde nie wieder zum totalitären Bolschewismus Stalins zurückkehren. In Zukunft gehe es um Revolutionen “von unten“.
- Die Rolle der Sowjetunion als globale Supermacht sei beendet. Sie werde sich aus Osteuropa zurückziehen, und dieser Rückzug sei unter den Machthabern nicht einmal umstritten.
- Der kommunistische Staat sowjetischer Prägung habe ich als nicht überlebensfähig erwiesen. Die entscheidende Frage für das künftige Regierungssystem sei, ob sich die Demokratie gegenüber den bestehenden autokratischen Strukturen durchsetzen könne.
- Bürgerkriege könnten als Ergebnis einer Vielzahl von Konflikten ethnischer und religiöser Art im Gefolge wirtschaftlicher und sozialer Probleme nicht ausgeschlossen werden.

Professor Richard Krickus, Mary Washington College, und Dr. Stephan Kux, Institute for East-West Security Studies, erläuterten den Teilnehmern ethnische Konflikte in der Sowjetunion und die Ziele von “grass-roots“-Bewegungen, die sich derzeit in der UdSSR entwickeln.

Mit einem Gesamtüberblick rundete Professor Hannes Adomeit, Fletcher School of Law and Diplomacy, und Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), das Bild der UdSSR ab, das den amerikanischen Konferenzteilnehmern durch die FES-Konferenz vermittelt wurde.

---

[1] *Dieter Dettke, a.a.O. S. 9*

- Ohne Glasnost und Perestroika, Transparenz und Umgestaltung, der von Michail Gorbatschow eingeleiteten Reformpolitik, hätten weder in der Sowjetunion noch in Osteuropa die Veränderungen das gegenwärtig zu beobachtende Ausmaß erreicht.
- Gorbatschow verfolge das Ziel eines “demokratischen Sozialismus“. Damit sei die KPdSU, in der sich drei politische Richtungen entwickelten, kaum zusammenzuhalten. Diese Richtungen seien durch traditionelle Marxisten-Leninisten, Sozialdemokraten und den bürokratischen “mainstream“ repräsentiert. Kompliziert werde das Bild dadurch, dass sich diese Gruppierungen innerhalb der Unionsrepubliken unterschiedlich entwickeln. Aussagen, ob oder wie sich ein parteipolitischer Pluralismus ausformen könne, seien unter diesen Bedingungen verfrüht.
- Die Armee scheide als Träger von Reformen aus.
- Gorbatschows politische Zukunft sei durch den Erfolg der wirtschaftlichen Reformen bestimmt. Insofern könne von westlicher Wirtschafts- und Finanzhilfe wesentlicher Einfluss auf die politische Entwicklung in der UdSSR ausgehen.

Die Beiträge dieser Fachkonferenz zum östlichen Europa stießen auf starkes Interesse der politischen Öffentlichkeit in Washington; die Konferenz wurde über C-Span (Kabelsender) im Fernsehen übertragen.

4.1.2 “Progressive Politik“ im Wandel — transatlantische Unterschiede.

Im Dezember 1989 wehten die “winds of change“ durch die DDR und das östliche Europa. Freiheit, Selbstbestimmung, Demokratie und “das Streben nach individuellem Glück und Wohlstand kündeten von einer neuen Ära für Europa und Deutschland und auch für die Sozialdemokratie“[1]. Wenige Tage vor Weihnachten beschloss der SPD Parteitag in Berlin ein neues Grundsatzprogramm. Griff es die Verheißungen der Wendezeit auf?

Am 1. November 1990, die deutsche Einheit war seit dem 3. Oktober Wirklichkeit, sprach Peter Glotz, MdB, für FES-Washington über das Berliner Programm der SPD.[2] Der Veranstaltungsbericht erhellt die wesentlichen Aussagen von Peter Glotz und die Thesen amerikanischer Partner

---

[1] *Heinrich Potthoff; Susanne Miller,* The Social Democratic Party of Germany 1848 - 2005, Bonn 2006, S. 17.

[2] Vgl.: *Dieter Dettke,* Bericht über das Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem National Democratic Institute for International Affairs und mit *Peter Glotz*, MdB, am 1. November in Washington, D.C. Die Beiträge müssen auf der Grundlage des Veranstaltungsberichts rekonstruiert werden, können als nicht dem wörtlich Vorgetragenen entsprechen.

zur Demokratischen Partei zu einem Bild markanter transatlantischer Unterschiede in der politischen Kultur der “progressiven Parteien“.

Peter Glotz begann mit der Vermutung, dass durch den Zusammenbruch des Staatssozialismus das marktradikale Leitbild Thatchers und Reagans, das im Staat das Problem und nicht die Lösung sieht, scheinbar neuen Schwung bekommen habe. Jedoch sei zu fragen, ob im Rahmen dieser “kulturellen Hegemonie“ (Peter Glotz) die angemessenen Lösungen für die sozialen und ökologischen Probleme der ex-kommunistischen Länder Ostmitteleuropas zu erwarten seien. Gleichwohl werde es sehr schwierig sein, einen politischen Paradigmenwechsel durchzusetzen. Am ehesten sei das noch in Großbritannien von der Labour Party zu erwarten, da der ideologische Radikalismus Margaret Thatchers Werte wie gesellschaftliche Zusammenhalt zu sehr verletzt habe.

Das Berliner Programm der SPD stelle sich der Herausforderung der Modernisierung durch folgende fünf Ziele:

- Gemeinsame Sicherheit in Europa — Neuordnung der zwischenstaatlichen Beziehungen.
- Europäisierung der Wirtschaft — Antwort auf die Internationalisierung von Produktion, Handel und Kapitalverkehr.
- Ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft — Antwort auf Umweltzerstörung und Ausplünderung der natürlichen Ressourcen.
- Gleichstellung der Frau in der Gesellschaft — Antwort auf das größte Defizit im Rahmen des Ziels der Gerechtigkeit.
- Senkung der täglichen Arbeitszeit — mehr Chancen für selbstbestimmtes Leben.

Diese Ziele des sozialdemokratischen Programms seien im zusammenwachsenden Deutschland und für die Integration des östlichen Europa relevant und sie bereicherten insgesamt die programmatische Diskussion in Europa, betonte Peter Glotz.

In der Debatte sozialdemokratischer Plattformen würden traditionelle Elemente des Marxismus gerade im Feld der politischen Ökonomie immer schwächer.

Als Schlüsselkonzept der europäischen Linken für die Zukunft sah er den Kommunitarismus, dessen Entwicklung er Arbeiten von Norberto Bobbio, Ronald Dworkin, Jürgen Habermas, Charles Taylor und Michael Walzer zuschrieb. Der zentrale Gedanke sei, dass individuelle Freiheit und die Entfaltung der Persönlichkeit ohne ein Mindestmaß an politischer Gemeinschaft nicht gelingen könne. In der wirtschaftlichen Sphäre bilde die Marktordnung die Grundlage, dieser Grundsatz dürfe aber nicht zu Marktimperialismus in allen Lebensbereichen ausufern. So finde das Marktprinzip Grenzen in der Eigenständigkeit lokaler und regionaler Organisation des

gesellschaftlichen Lebens; ebenso sei es dem verantwortlichen Umgang mit der Umwelt von der lokalen bis zur globalen Ebene unterzuordnen. “Dies alles ist weit weg von Karl Marx“ (Peter Glotz).

Abschließend merkte Peter Glotz kritisch an, dass die Linke die “Wiedergeburt“ des Nationalismus in Zentral- und Osteuropa bisher nicht ausreichend in der politischen Programmatik aufgreife. Diesem Thema dürfe nicht länger ausgewichen werden.

Die USA haben sich sehr stark im Transformationsprozess Ostmitteleuropas engagiert, nicht nur auf staatlicher Ebene, sondern auch durch private Initiativen.

Dieses Engagement der USA war allerdings im Vergleich zum deutschen Kooperationsansatz durch eine eher kurzfristige Sichtweise bestimmt.

Professor Madeleine Albright erklärte dies in ihrem Kommentar zum Beitrag von Peter Glotz durch eine grundlegende Differenz zwischen amerikanischer und europäischer politischer Kultur: Politik in den USA habe Prozess-, nicht Programmcharakter. Selbst wenn politische Ziele gedacht und erörtert würden, beschränke sich dies in den USA auf im Vergleich zu Europa sehr kurze Zeiträume. “Wir arbeiten uns gleichsam schrittweise von Plattform zu Plattform vor und die Lebensdauer einer politischen Plattform ist manchmal sehr, sehr kurz“[1].

Dennoch sei der Demokratischen Partei vollständig bewusst, dass politische Entscheidungen heute auch strategische Sichtweisen erforderten: Gesundheit, Erziehung und Umwelt bilden langfristige Problemfelder, auf denen politisch gehandelt werden müsse.

Zwar halte sie es für unwahrscheinlich, dass die europäische Tradition längerfristiger Parteiprogramme je in Amerika übernommen werde könne, um so wichtiger sei daher, die politische Diskussion langfristiger Probleme in den USA sorgfältig zu führen, gerade auch mit politischen Parteien in Europa, die der Demokratischen Partei nahe stehen.

Prof. Stephen Kramer unterstrich Madeleine Albrights Argumente, indem er die amerikanische Politik als gefangen in der kurzfristigen Binnen-Perspektive des amerikanischen Doppeldefizits von Budget und Leistungsbilanz kennzeichnete. Gerade diese Problematik sei aber nur durch langfristig orientierte politische Konzepte zu bewältigen. Angemessene außenpolitische Zusammenarbeit und Partnerschaft setzt die Überwindung dieser “Defizitfalle“ voraus.

Ebenso wie die ökonomische Transformation in Ostmitteleuropa müsse auch die wirtschaftliche Entwicklung in den westlichen Industrieländern an einen Ordnungsrahmen gebunden werden, der wirtschaftliche und soziale Stabilität sichere — ein zentrales Aufgabenfeld im politischen Dialog der “progressiven“ Parteien.

---

[1] Vgl. *Dieter Dettke, a.a.O., S. 4.*

4.2 Fünf Jahre nach dem Mauerfall — Bilanz zur deutschen Einheit

Im Januar 1995, gut ein halbes Jahrzehnt nach dem Fall der Mauer, versuchte FES-Washington eine vorläufige Bilanz zur Situation des vereinten Deutschland.[1] Der Historiker Jürgen Kocka, FU Berlin, Stanford University, wurde gewonnen um zur Information der amerikanischen Partner politische, wirtschaftliche, sozio-kulturelle und außenpolitische Folgen der deutschen Vereinigung zu analysieren.

4.2.1 Kontinuität im Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Gesamtschau konstatiert wesentliche Kontinuitäten im vorherrschenden Selbstverständnis, der Identität, zwischen alter und neuer Bundesrepublik Deutschland:

- zurückhaltend im internationalen Auftreten aus der Einsicht in die historische Hypothek der Nazi-Diktatur;
- auf wirtschaftliche Leistung gerichtet;
- international solidarisch, gerade gegenüber den Problemen der Entwicklungsländer;
- vorsichtig in der Ausübung wachsenden Einflusses in Europa und darüber hinaus;
- konsequente Selbstbindung und Einordnung in die militärische, politische, wirtschaftliche und kulturelle Wertegemeinschaft des “Westens“.

Von diesem Grundkonsens abweichende Sichtweisen — Kritik und Distanz gegenüber dem Westen etwa bei ostdeutschen Intellektuellen, Aufrufe zu machtbewussterem Auftritt auf internationaler Bühne durch einzelne westdeutsche Intellektuelle — sieht Kocka mehr in den Feuilletons von Qualitätszeitungen als im Kalkül verantwortungsbewusster politischer Entscheidungsträger beheimatet.[2]

---

[1] *Jürgen Kocka,* Consequences Of Unification: German Society And Politics In A Changing International Framework with comments by *Robert Gerald Livingstone* and *Roger Chickering*; edited by *Dieter Dettke* and *Heidi Whitesell*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Washington, D.C. 1995. Die folgenden Ausführungen stützen sich auf diese Publikation, die aus der Konferenz gleichen Titels vom 17. Januar 1995 in Washington, D.C. hervorging.

[2] *Jürgen Kocka,* a.a.O., S. 12

4.2.2 Vereintes Deutschland — Geteiltes Empfinden

Fünf Jahre nach dem Mauerfall konstatiert Professor Kocka tiefe soziale und kulturelle Differenzen zwischen West und Ost: [1]
Zwar hätten die Ostdeutschen die DDR selbst preisgegeben und "konnten nicht schnell genug dem westlichen System beitreten", das sie willkommen hieß. Jedoch bedeutete der "abrupte Transfer des hoch wettbewerbsfähigen westdeutschen Wirtschaftssystems auf den Osten, der darauf schlecht vorbereitet war", für die Bevölkerung in den neuen Bundesländern die bittere Erfahrung eines demographischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenbruchs.
Die "Revolution von oben und von außen" ließ viele Menschen in der ehemaligen DDR spüren, dass dies nicht "ihre Einheit" war. Abhängig, zurückgesetzt, oft in ihrem Selbstwertgefühl verletzt, hätten sie zusehen müssen, wie "der Westen" mit seinen Ressourcen nicht nur Normen und Vorschriften, sondern auch das Personal für Führungspositionen übertrug.
Die Zahl derer, die westdeutschen "Kolonialismus" mit Groll empfinden und kritisieren, habe zugenommen; der Aufwuchs der SED-Nachfolgepartei PDS bei Wahlen in den neuen Bundesländern zeige dies. Die Folgekosten der Einheit, die "ungeheuren finanziellen Transfers von Westen in den Osten" werden ost- wie westdeutsche Bürger und auch die deutsche Wirtschaft auf viele Jahre stark belasten. Es sei deshalb im vitalen Interesse Deutschlands notwendig, die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auch in ihrer Ausrichtung auf das nunmehr nach Osten geöffnete internationale Umfeld zu stärken.

4.2.3 Vereintes Deutschland — Interessen und außenpolitische Orientierung

Im Hinblick auf die nationalen Interessen Deutschlands stellt Kocka "allgemeinen Konsens in Deutschland"[2] fest: Zur Sicherung seines vitalen nationalen Interesses, also seiner Wirtschafts- und Exportkraft, benötige Deutschland ein internationales Umfeld, das seiner Ordnung als freiheitlicher Demokratie, Zivilgesellschaft und Marktwirtschaft entspricht, das seine Sicherheit und den Frieden gewährleistet und das seinen freien Zugang zu Märkten garantiert, insbesondere im Euro-Atlantischen Raum, der rd. 80 v.H. des deutschen Exports aufnimmt.
Diese Interessenlage führt Kocka zu folgenden grundsätzlichen Empfehlungen für die Außenpolitik des mit den Problemen der Vereinigung ringenden Landes.

---

[1] Vgl. *Jürgen Kocka, a.a.O., S. 6 - 10.*

[2] a.a.O., S. 12.

Erstens: Westbindung.
Historische Erfahrung, Wertorientierung und Untrennbarkeit von Außen- und Innenpolitik positionieren Deutschlands Interessen in der Gemeinschaft stabiler Demokratien des "Westens". Jedes Spiel mit einer "östlichen Option", einem "neuen Sonderweg" sei zu vermeiden. Zu solcher Orientierung passe kein Pazifismus, der zu einem Machtvakuum in Europa führe. Beteiligung Deutschlands an UN-mandatierten oder Nato-geführten militärischen Interventionen auch "out of area" sei nicht grundsätzlich auszuschließen.
Es sei zu hoffen, dass sich die politischen Parteien der Aufgabe gewachsen zeigten, die deutsche Öffentlichkeit auf solche Anforderungen vorzubereiten, zugleich die Grenzen internationalen Engagements zu erkennen, damit die Beziehungen zu den Nachbarn und der innere Zusammenhalt Deutschlands nicht zu sehr belastet werden.
Eine Führungsrolle in Europa anzustreben, verbiete sich ebenso wie die Rede von "gleichrangiger Partnerschaft in der Führung" [1] in Bezug auf eine gemeinsame internationale Verantwortung mit den USA. Weder entspreche dies der Realität, noch sei es erstrebenswertes Ziel.
Zweitens: Europäische Einheit.
Deutschlands Interesse liege sowohl in der Vertiefung der Europäischen Union als auch darin, das östliche Europa zu entwickeln, zu stabilisieren und langfristig in die EU zu integrieren. Eine EU-Osterweiterung dürfe jedoch weder die enge Deutsch-Französische Partnerschaft noch das Ziel der vertieften Kohäsion zwischen den ursprünglichen Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft beschädigen. Deutschland sollte sich dafür einsetzen, die EU "simultan *etwas* zu vertiefen und *etwas* zu erweitern"[2]. Der zunehmenden Heterogenität der EU durch Erweiterung könne durch flexible Integrationsgrade um einen westeuropäischen Unionskern begegnet werden (Konzept der "variablen Geometrie").
Drittens: USA und NATO in Europa halten.
"Die Geschichte des Zwanzigsten Jahrhunderts zeigt, dass es schwierig ist, Europa ohne die Hilfe der Vereinigten Staaten zu stabilisieren".[3] Gerade für Deutschland sollte es zentrales außenpolitisches Ziel bleiben, die transatlantischen Beziehungen und die Präsenz der USA in Europa sicher zu stellen — im Interesse des Gleichgewichts der europäischen Mächte wie im Hin-

---

[1] "Partnership in Leadership": das "Angebot" des US-Präsidenten George H.W. Bush an Bundeskanzler Kohl.

[2] *Jürgen Kocka*, a.a.O., S. 14

[3] a.a.O., S. 14.

blick auf die geografische Lage Deutschlands. Die NATO oder eine ähnliche Organisation ist für Deutschlands Sicherheit notwendig.
Viertens: Außenpolitik — berechenbar und handlungsfähig gestalten.
Die von Kocka empfohlenen drei außenpolitischen Richtungsentscheidungen — Westbindung, Europäische Einheit, USA-Präsenz in Europa — sollten klar und transparent als grundlegende Ziele festgeschrieben werden. Ohne feste allgemeine Ziele wäre die Außenpolitik eines Landes unberechenbar und gefährlichen Missverständnissen ausgesetzt.
Aber unterhalb der Ebene solch genereller Ziele könne es im Rahmen der "Kunst der Außenpolitik"[1] geboten sein, "die Optionen offen zu halten und klare Entscheidungen zu vermeiden", gerade in Zeiten schnellen Wandels und unvorhersehbarer Situationen wie der gegenwärtigen.
Diesen Gedanken hält Kocka Außenpolitikforschern wie Timothy Garton Ash entgegen, die für klare außenpolitische Entscheidungen plädieren.
Kocka sieht sich in Gegenposition zu Garton Ash, wenn er zu "Entweder-Oder Entscheidungen" feststellt: "Es ist in Deutschlands nationalem Interesse, so lange wie möglich Entscheidungen zu vermeiden wie die zwischen Erweiterung und Vertiefung Europas oder zwischen einer europäischen oder einer atlantischen Option"[2]

Im Sinne dieser vier Punkte hält es Kocka für wünschenswert und möglich, an der außenpolitischen Tradition der Bonner Republik festzuhalten — ein Signal der Berechenbarkeit Deutschlands für den amerikanischen Partner!

4.3 Sozialer Zusammenhalt, Zivilgesellschaft und Demokratie

Mit diesem Thema griff die FES eine Frage auf, die Peter Glotz im Zentrum der Debatte um die Erneuerung der europäischen Linken verortet hatte.
Schon dies durchaus breit gesteckte Themenfeld bildet nur einen Ausschnitt aus der Publikation "Toward A Global Civil Society"[3], mit der die FES-Washington die Reihe Internationale Politische Strömungen eröffnete. Bedeutende internationale politische, wirtschaftliche, soziale und kultu-

---

[1] *Jürgen Kocka*, a.a.O., S. 15.

[2] a.a.O., S. 15.

[3] *Michael Walzer,* Ed., Toward A Global Civil Society; Vol.1, International Political Currents, A Friedrich-Ebert-Stiftung Series, General Editor: *Dieter Dettke*; Providence, USA, Oxford, UK, 1995.

relle Themen der Zeit sollen hier aufgegriffen werden. Dem Thema der Zivilgesellschaft und ihrer globalen Dimension gab diese Publikation Raum für eine ungewöhnliche Fülle von Beiträgen europäischer und amerikanischer Autoren — ganz im Sinne des oft zitierten Konzepts des "Global Atlanticism", der global denkenden atlantischen Gemeinschaft.

4.3.1 Gerechtigkeit: ein globales Forschungsprogramm und seine Zwischenbilanz

Nur durch eine Herausgeberschaft vom Range Professor Michael Walzers konnte Einheit in einer thematischen Vielfalt von Beiträgen gelingen, deren Spektrum die folgenden Fragestellungen umfasste:

- Moderne gesellschaftliche Fragmentierung und die kommunitaristische Antwort auf Individualstreben, das nur Eigeninteresse aber keine gesellschaftlichen Institutionen akzeptiert.
- Die Verbindung von Wirtschaftspolitik und sozialem Ausgleich als Bedingung für Gemeinschaft und sozialen Zusammenhalt.
- Die Internationalisierung von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und neuen sozialen Bewegungen gegenüber den Herausforderungen durch Nationalismus, Einwanderung, Minderheitenkonflikte.
- Möglichkeiten des Zusammenwirkens von europäischer Sozialdemokratie und amerikanischem "linken Liberalismus" für eine erneuerte Verbindung von sozialer Gerechtigkeit und Demokratie.

Dieses thematische Projekt ist "Work in Progress" und von Michael Walzers Credo geleitet: "Es gibt keine Gemeinschaft und kein Gemeinwohl ohne soziale Gerechtigkeit. Politische Gesellschaften können nicht überleben durch Beschwörung staatsbürgerlicher Tugenden, Verantwortung und Mitmenschlichkeit. Es muss in der Praxis eine Verpflichtung gegenüber den Schwächeren geben. Dies ist eine Verpflichtung, die nur durch den Staat in einer universellen Weise ausgeübt werden kann."[1]

Auf die Untersuchung der Frage, wie Staat und Zivilgesellschaft zusammenwirken können, um soziale Gerechtigkeit anzustreben, muss sich der folgende Blick in das von Michael Walzer herausgegebene Werk beschränken.

---

[1] *Michael Walzer,* Ed., Toward A Global Civil Society; Vol.1, International Political Currents, A Friedrich-Ebert-Stiftung Series, General Editor: *Dieter Dettke*; Providence, USA, Oxford, UK, 1995, Introduction, S. 3.

4.3.2 Nach der Wende: Pluralismus siegt über ideologischen Singularismus

Walzer sieht in der Frage, welches gesellschaftliche Umfeld und welche Institutionen das Streben “nach gutem Leben“ am besten unterstützen, den wesentlichen Prüfstein für die Bewertung ideologischer Alternativen. Dieses dem amerikanischen “Streben nach Glück — pursuit of happiness“ entsprechende Kriterium des “guten Lebens“ soll hier nur als für die amerikanische Betrachtungsweise kennzeichnend erwähnt werden. Dem Analyseziel Walzers — Gemeinschaft und Gerechtigkeit — folgend, erscheint der Begriff des “Sozialen Zusammenhalts“ geeigneter, die gesellschaftliche und politische Bereitschaft auszudrücken, solidarisch zum Schutz der Schwächeren zu handeln. Das heißt, keine von der Teilhabe am “guten Leben“, an Chancen für Bildung, Arbeit, Wohlstand und Kultur ausgeschlossene Gruppe von Menschen als „Unterschicht“ oder “Prekariat“ aufzugeben. Sondern, im Gegenteil, in solchen gefährdeten Gruppen den prioritären Adressaten solidarischer Sozialpolitik zu sehen.
Vier verschiedene ideologische Ansätze, die sich jeweils auf ein zentrales, dem jeweiligen Ansatz inhärentes gemeinschaftsbildendes Instrument fokussieren, also “singularistischen“ Anspruch erheben, werden untersucht. Dabei zeigt Walzer ihr Versagen auf, den Menschen unter freiheitlichen Bedingungen auf sozialen Zusammenhalt hin zu orientieren. Der Kern seiner Argumentation lässt sich wie folgt zusammenfassen:

- Der demokratische Staat als Agent politischer Gemeinschaft kann allein freiwilligen sozialen Zusammenhalt wegen mangelnder Partizipationsmöglichkeiten nicht schaffen. Der Bürger kommt über die Rolle des “wählenden Zuschauers“ kaum hinaus.
- Eine kooperative, von den Arbeitnehmern mitbestimmte Wirtschaft hat sich als Illusion für die Hoffnung auf gerechte Gesellschaft erwiesen. Konflikte innerhalb der “Arbeiterklasse“ werden erst negiert, dann unterdrückt. Damit wächst Zentralisierung, dann übernimmt der Staat die Kontrolle; im Ostblock ist das Scheitern dieser Vision zu besichtigen.
- Auch der Markt als Ort der freien Wahl von Lebensoptionen unterliegt der Gefahr, sich durch ruinöse Konkurrenz und Vermachtungstendenzen selbst zu zerstören. Ohne staatlichen Ordnungsrahmen würde “Marktimperialismus“ Anreize setzen für “Amoralität und Illoyalität“ des Einzelnen gegenüber dem Gemeinwesen.
- Die Nation als bindende Kraft für gemeinschaftlichen Zusammenhalt ist nicht selten mit Ausgrenzung und Aggressivität gegen Außenstehende verbunden. In bedrückender Weise zeigt

dies nicht nur die Geschichte der ersten Hälfte, sondern gerade auch die Zeit der neunziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts.

Walzer geht es nicht darum, diesen vier ideologischen Strömungen jegliche positive Bindungswirkung zu bestreiten. Aber alle diese weltanschaulichen Konzeptionen, gleich ob als links, rechts, liberal, konservativ oder progressiv etikettiert, hätten durch ideologische Überhöhung, durch ihr singularistisches Denkmuster die "Komplexität"[1] und damit den "notwendigen Pluralismus einer jeden Gesellschaft von freien Bürgern" verkannt. Nur pluralistisches Denken könne der modernen Wirklichkeit gerecht werden. Diesem Denken entspreche das Konzept der Zivilgesellschaft. Dies stellt Walzer den in Bezug auf das Ziel sozialen Zusammenhalts gescheiterten Ideologien als "Korrektiv" entgegen.

4.3.3. Erneuerte Relevanz des Konzepts der Zivilgesellschaft.

Der Begriff Zivilgesellschaft, wie ihn Walzer verwendet, umfasst die vielfältigen Gruppen, Organisationen, Initiativen, Vereine, Verbände oder Beziehungsnetzwerke, in denen sich Bürger freiwillig zusammenfinden, um nicht nur Anliegen wie Familie, Glauben, Interessen oder Weltanschauungen zu verfolgen, sondern auch aus dem reinen Selbstzweck der Geselligkeit. Denn, so betont Walzer gerade den letzten Punkt, der Mensch sei "von Natur ein soziales Wesen, bevor er politisches oder wirtschaftliches"[2] Subjekt ist.

Die folgenden Bestimmungsgründe haben dem Konzept der Zivilgesellschaft wieder politische Relevanz gegeben:

- Der Kampf gegen den Totalitarismus im östlichen Europa: Für die oppositionelle Praxis war die — von der Diktatur eng begrenzte — Zivilgesellschaft der Kampfplatz, in der Theorie jedoch war die befreite Zivilgesellschaft das Ziel der Dissidenten[3].
- Die erneute Bedeutung nationaler, ethnischer, rassischer und religiöser Identitäten.
- Die "Neuen Sozialen Bewegungen" mit häufig feministischen oder ökologischen Zielen, aber auch einer Vielzahl von Initiativen, vor allem in den Vereinigten Staaten, die Themen wie Abtreibung, Waffenbesitz, Schulgebet, Todesstrafe mit konträren Positionen vertreten.

---

[1] Vgl. *Michael Walzer,* a.a.O., S. 8 und S.16.

[2] *Michael Walzer*, a.a.O., S.16.

[3] a.a.O., S. 2. Walzer mahnt die Dissidenten des östlichen Europa, über der Zivilgesellschaft nicht den Aufbau des demokratischen Staates zu vernachlässigen.

Trotz dieser neuen, soziale Klassen überschreitenden Anliegen, betont Walzer die, wenn auch in den USA geschwächte, Bedeutung von Gewerkschaften, Berufsverbänden und politischen Parteien für das Ziel sozialer Gerechtigkeit und Kohäsion. Der Klassenstatus “bleibt wesentlicher Bestimmungsgrund sozialer Organisation und Aktivität.“

4.3.4 Starker Staat oder starke Zivilgesellschaft?

Die Zivilgesellschaft sieht Walzer als den Bereich der Fragmentierung individueller Interessen und der sozialen Konflikte. Aber sie bildet zugleich auch den Raum “konkreter und echter Solidarität“. Die Qualität des sozialen Zusammenhalts, so lässt sich folgern, ist dann wie die Qualität des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in einem Staat verknüpft mit der “Stärke und Vitalität“ bürgerschaftlicher Organisationen.
Walzers Beitrag ist daher als Appell an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu verstehen, diese Solidarität und sozialen Zusammenhalt schaffenden Qualitäten zu stärken. Dieser Appell ist deshalb so notwendig, weil kooperatives bürgerschaftliches Engagement geschwächt sei — nicht nur in Ländern mit ausgeprägt kapitalistischer Ordnung, sondern auch in langjährig sozialdemokratisch regierten.
Die Ursachen dafür liegen für Walzer in zwei Fehlentwicklungen gesellschaftspolitischen Denkens:

- Solidarität und Vertrauen als Ressourcen gesellschaftlichen Zusammenhalts haben zu geringes Gewicht.
- Überbetont werden dagegen soziale Einrichtungen oder Ansprüche auf Sozialleistungen, die an die Stelle gesellschaftlicher Initiativen oder in Wettbewerb zu diesen treten.

In der Folge würden Netzwerke vernachlässigt, die auf “Zivilität“, eine soziale Kultur des Vertrauens, der Solidarität und des bürgerschaftlichen Engagements für soziale Gerechtigkeit gerichtet sind.[1]
Das zivilgesellschaftliche “Korrektiv“ im Sinne Walzers ist um so notwendiger:

- je aggressiver einerseits marktradikale Protagonisten gegenüber dem Staat wirtschafts- und sozialpolitisches “laissez-faire“ durchsetzen, je stärker soziale Ungleichheit und Ausgrenzung zunehmen und damit der soziale Zusammenhalt des Landes zerfällt. Angesichts solcher Risiken muss zivilgesellschaftliche Organisation und Aktion den Staat zu politischem Handeln für sozialen Ausgleich zwingen.

---

[1] a.a.O. S. 8.

- je umfassender andererseits der Staat die Freiräume für alternative, außer-staatliche gesellschaftliche Selbstorganisation besetzt und damit zivilgesellschaftliche Initiative verdrängt. Dies ist “sehr riskant für eine demokratische Regierung“[1], da dann Dissens und Protestpotential auf bürokatische “Abgehobenheit“ stößt. Politikverdrossenheit bis hin zu Gewaltbereitschaft kann sich ausbreiten.

Die sozialen Gruppen und Netzwerke der Zivilgesellschaft sind notwendig um die verschiedenartigen partikularen Vorstellungen und Ziele zu entwickeln, zu testen, zu propagieren — “stets partiell, unvollständig, letztlich unbefriedigend“[2], da widersprüchlich und mit Friktionen und Konflikten verbunden. Es gibt eben viele Interessen und Wünsche, aber nur eine Realität, und die wird durch den “kalten Stern der Knappheit“ (Erich Schneider)[3] bestimmt. Deshalb braucht die Zivilgesellschaft auch den Staat: “Es gibt kein Entkommen vor Macht und Zwang, keine Möglichkeit, sich ausschließlich für die Zivilgesellschaft zu entscheiden, wie die alten Anarchisten glaubten“[4].

Der demokratische Staat muss den Ordnungsrahmen für die Zivilgesellschaft setzen. Er muss das Gemeinwohl ins Bewusstsein rücken und zur Geltung bringen. Dem Gemeinwohl förderliche Aktivitäten sind zu unterstützen und nachteilige müssen sanktioniert werden.

Die politische Instanz des demokratischen Staates ist für die Zivilgesellschaft auch unverzichtbar, um einen an Erfordernissen des Gemeinwohls orientierten Ordnungs- und Regulierungsrahmen auch international durchzusetzen. Sicherheit, Umwelt, Seuchen, Entwicklungshilfe sind Themen für das komplementäre Wirken von demokratischem Staat und Zivilgesellschaft auch unter globalem Aspekt. Die internationale Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen gewinnt immer mehr an Gewicht; Helsinki Watch, Amnesty International, politische Stiftungen seien zur Illustration erwähnt.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich mit Walzers Anliegen identifiziert; denn die Aufgaben und Ziele der Stiftung beschreiben Walzers Vision für das Zusammenwirken von Zivilgesellschaft und Staat: sozialer Zusammenhalt, demokratische Kultur, Innovation, Teilhabe und solidarische Globalisierung.

---

[1] a.a.O. S. 1.

[2] a.a.O. S.16

[3] Diese Formulierung wird dem berühmten Kieler Ökonomen Professor Dr. Erich Schneider (1900 - 1970) zugeschrieben.

[4] *Michael Walzer, a.a.O., S. 21.*

Michael Walzer bündelt sein Denken zum Themenkreis “Sozialer Zusammenhalt, Zivilgesellschaft, Demokratie“ in dem Satz: “Nur ein demokratischer Staat kann eine demokratische Zivilgesellschaft hervorbringen; nur eine demokratische Zivilgesellschaft kann einen demokratischen Staat erhalten.“[1]
Gerade dieses Ergebnis des weit umfassenderen transatlantischen Publikations-Beitrags der FES-Washington “Toward a Global Civil Society“ sollte hier herausgearbeitet werden. Denn dieser Kernsatz Michael Walzers ist ein fernes, mahnendes Echo des Wortes, mit dem Friedrich Ebert auf das schicksalhafte Defizit der Weimarer Republik wies: “Demokratie braucht Demokraten“. [2]

5 Globalisierung — Herausforderung für die deutsche Sozialdemokratie

Die unerwartete, gleichwohl seit Gründung der Bundesrepublik erhoffte deutsche Vereinigung hatte seit 1990 alle Kräfte des Landes absorbiert. Neue wirtschaftliche Entwicklungen auf den Weltmärkten gerieten in den Jahren dieser äußersten nationalen Anspannung aus dem Zentrum des politischen Blickfeldes.[3] Jedoch nur temporär, das feed-back der globalen Märkte blieb nicht lange aus. Nicht nur deutsche Unternehmen, auch die Institutionen der deutschen Wirtschafts- und Sozialordnung gerieten zunehmend unter harten Wettbewerbsdruck. Unternehmen aus Schwellen- oder radikal reformierten Transformationsländern stützten sich auf Kostenvorteile infolge niedriger Löhne, sozialer und umweltpolitischer Standards bis hin zu “nationalistischen Praktiken“ (Gerhard Schröder)[4] der öffentlichen Verwaltungen solcher Staaten.
Die 1998 erschienene FES-Publikation “The Challenge of Globalization for Germany´s Social Democracy“ vereint wirtschafts- und sozialpolitische, europa- und außenpolitische sowie umwelt- und technologiepolitische Beiträge, in denen sich führende Sozialdemokraten und unab-

---

[1] a.a.O., S. 24.

[2] Vgl. *Friedrich-Ebert-Stiftung:* Archiv der Sozialen Demokratie. Das Historische Stichwort. Vor 90 Jahren ... 11.02.1919 Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten gewählt.

[3] Vgl. *Dieter Dettke*, Foreword, in: *Dettke, Dieter,* Editor*,* The Challenge of Globalization for Germany´s Social Democracy, A Policy Agenda for the 21st Century, International Political Currents — Volume 4, A Friedrich-Ebert-Stiftung Series, New York, Oxford, 1998.

[4] *Gerhard Schröder,* German Economic Policy from a European and Global Perspective, in: *Dieter Dettke,* Editor, The Challenge ... , S. 11.

hängige, ausgewiesene Wissenschaftler zwischen Ende 1997 und Anfang 1998 mit dem Thema auseinander gesetzt hatten. Ein Dienst für den transatlantischen Dialog, den das politische Amerika im Hinblick auf die Bundestagswahl des Jahres 1998 mit größtem Interesse zur Kenntnis nahm.

Dieser Blick zurück konzentriert sich auf die noch heute politisch relevanten Überlegungen zum dringend notwendigen Wandel in Deutschland, die der Ministerpräsident und Kandidat der SPD für das Amt des Bundeskanzlers, Gerhard Schröder, für die Information Amerikas leistete. Gerhard Schröder hat nicht nur zu umfassendem Wandel aufgerufen, sondern auch die politischen Grundsätze benannt, die ein umfassendes Modernisierungsprojekt unter seiner Führung leiten würden.

5.1 Gerhard Schröder: Modernisierung Deutschlands für globale Wettbewerbsfähigkeit.

Gerhard Schröder betont die “neue Qualität“ des globalen Wettbewerbs, der für die Wirtschaft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt des vereinigten Deutschland eine ernste Herausforderung darstelle. Gegen diesen Wettbewerb zu bestehen, die Lasten der Vereinigung zu bewältigen und den Wohlstand der hart arbeitenden deutschen Frauen und Männer zu sichern, bleibe nur ein Weg: Nicht neue Illusionen, sondern “umfassende wirtschaftliche und gesellschaftliche Modernisierung“[1].

Aus einer schonungslos realistischen Analyse der Stärken und Schwächen des Wirtschaftsstandorts Deutschland leitet Schröder dringend notwendige Reformaufgaben ab:

- Produktivitäts- und Beschäftigungswachstum verknüpfen durch innovationsfördernde Technologiepolitik und Entwicklung einer Dienstleistungskultur auch im Sektor der Privathaushalte;
- Prinzipien moderner unternehmerischer Organisationskultur auf die staatliche Verwaltung übertragen, um den Rückstand an staatlich-bürokratischer Effektivität und Servicementalität, der sich zur Innovationsbremse ausgewachsen habe, zu überwinden;
- Entwicklung einer Kultur der Teilhabe, eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses für den Gedanken einer “teilenden Gesellschaft“, um den sozialen Zusammenhalt zu sichern angesichts vielfach traumatischer Lasten der deutschen Vereinigung.

---

[1] *Gerhard Schröder,* a.a.O., S. 11.

5.1.1 Deutschland als Wirtschaftsstandort

Zunächst stellt Gerhard Schröder klar, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland kein Problemfall sei, dessen Stärken auch nicht beschworen werden müssen, sondern durch Fakten offenkundig seien: Die Standortqualität zeige sich schon darin, dass seit der Vereinigung jährliche Nettotransfers von West- nach Ostdeutschland in Höhe von 150 Milliarden D-Mark verkraftet werden. Trotz dieser außergewöhnlichen Belastung erwirtschafte Deutschland einen jährlichen Exportüberschuss von rd. 100 Milliarden D-Mark und dies bei starker Position der D-Mark auf den Devisenmärkten. Schließlich biete Deutschland internationalen Investoren eine Qualität der beruflichen Bildung, des technisch-wissenschaftlichen Sachverstandes und der Facharbeiterschaft auf Weltniveau.
Standortschwächen sieht Schröder in drei Bereichen:

- Zu langsamer Innovationszyklus, d.h. zu großer Zeitbedarf zwischen technologischer Erfindung bzw. Entwicklung und der realisierten Produkt- oder Prozessinnovation;
- suboptimale Auslastung des im Produktionsprozess investierten Sachkapitals — Maschinenlaufzeiten und Arbeitszeiten müssten von den Tarifparteien besser koordiniert und dem Bedarf bestimmter Firmen oder Regionen angepasst werden;
- die Dienstleistungskultur in Deutschland sei im internationalen Vergleich unterentwickelt, der Service-Gedanke herabsetzend bewertet; dies müsse sich grundlegend ändern um die Arbeitslosigkeit zu verringern.

Gerhard Schröder skizziert drei einzuschlagende Modernisierungswege.

5.1.2 Produktivitäts- und Beschäftigungswachstum verbinden.

In Deutschland, kritisiert Schröder, verbreite sich eine Haltung, hohe Löhne zu fordern und gleichzeitig Produktivitätssteigerungen zu verurteilen, weil diese Arbeitskräfte freisetze. In Wahrheit benötigten Hoch-Lohn-Länder hohe und wachsende Produktivität um wettbewerbsfähig zu bleiben.
Gelänge es, den Innovationszyklus zu beschleunigen, ließe sich ein Produktivitätswachstum erreichen, das hohes Lohnniveau und Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit ermögliche. Intensivere technologische Förderung und Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sei daher notwendig. Ferner sei die in Deutschland tradierte Sozialpartnerschaft gefordert, durch Zu-

sammenarbeit Produktivitätsreserven zu erschließen, wie etwa durch verbesserte Auslastung des Produktivkapitals durch längere Maschinenlaufzeiten bei flexibleren Arbeitszeiten.
Einem Anstieg struktureller Arbeitslosigkeit, der durch zunehmende Produktivität verursacht wird, könne mit zwei Strategien entgegen gewirkt werden. Einerseits durch die Förderung einer Dienstleistungskultur und eines Dienstleistungssektors, der sich sowohl an industriellen Bedarf wie auch an den privater Haushalte richte. Zum andern, indem Produktionszweige mit hoher Wertschöpfung bei geringem Lohnkostenanteil gestärkt und weiterentwickelt werden.

5.1.3 Modernisierung des Staates und der öffentlichen Verwaltung

Mangelnde Dienstleistungsmentalität konstatiert Schröder vor allem in der staatlichen Bürokratie, auch wenn es in vielen Verwaltungen zu Verbesserungen gekommen sei, gerade in der Budgetsteuerung und im Controlling.
Seit vielen Jahren hätten sich die Organisationsformen in Unternehmen und im Staat immer mehr auseinander entwickelt. Erfolgreiche Unternehmen seien längst nicht mehr hierarchisch, sondern “lateral in Teams organisiert“[1]. In der öffentlichen Verwaltung habe eine vergleichbare Entwicklung erst in Ansätzen stattgefunden. Dies habe zwei schwerwiegende Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.
Erstens, erschwere die divergierende Organisation — lateral in der Wirtschaft, hierarchisch im Staat — die für effektive Zusammenarbeit erforderliche Kommunikation mit entsprechenden Friktionen, Zeitverlusten und Kosten.
Zweitens, sei die Produktivität in der öffentlichen Verwaltung verglichen mit der in der Wirtschaft in einem Ausmaß zurückgefallen, “das wir uns einfach nicht mehr länger leisten können.“[2]
Schröder kündigt einen konsequenten Reformkurs für eine Regierung unter seiner Führung an: Die “Produktivitätslücke“ müsse beseitigt werden. Wo staatliche Leistungen nicht produktiver, d.h. mit geringerem personellen Aufwand, erbracht werden, wird solche Haltung “auf unerbittliche budgetäre Hindernisse stoßen“[3].
Staatliche Regulierung, z.B. das Ziel Umweltschutz betreffend, dürfe nicht weiter bürokratisch ausufern durch strafbewehrte Gesetze und Verordnungen, die mit wachsendem Verwaltungs-

---

[1] A.a.O., S. 14.

[2] A.a.O., S. 14.

[3] A.a.O., S. 15

aufwand kontrolliert würden. Effektiver und wirtschaftlicher sei es, auf Vorgaben und Anreize zu setzen, marktorientiertes Verhalten zu nutzen und damit bürokratischen Aufwand zu reduzieren. Ferner werden Hierarchien abgebaut, Teamstrukturen und -denken eingeführt, sowie Entscheidungskompetenzen dezentralisiert werden. Diese Übertragung unternehmerischer Organisationsgrundsätze werde die Leistungsfähigkeit des Staates verbessern.
Für sogar noch wichtiger als organisatorische Reformen der öffentlichen Verwaltung hält Gerhard Schröder einen fundamentalen Wandel im Denken und im Selbstverständnis des öffentlichen Dienstes. Zu lange hätten sich der Staat und seine Verwaltung angewöhnt, die in Wirtschaft und Gewerbe arbeitenden Menschen als “Untertanen“ zu betrachten. Der staatlicher Hoheit unterworfene Bürger sei das klassische Konzept des in der juristischen Ausbildung gelehrten öffentlichen Rechts. Diese Wahrnehmung sei zu beenden. Die in der Regierung und im öffentlichen Dienst Beschäftigten müssten begreifen, dass sie die im privaten Sektor arbeitenden Menschen vor allem als ihre Kunden zu betrachten hätten: “Wir sind Anbieter von Dienstleistungen und daher Diener, nicht Herren.“ Ein begrüßenswertes Beispiel stellten die Gewerkschaften in der gewerblichen Wirtschaft dar, die in diesem Sektor “ein respektables Maß an Flexibilität“ ermöglicht hätten.
Damit hat Gerhard Schröder das zentrale Ziel seiner Kanzlerschaft und Regierung umrissen: Eine neue Haltung des Dienens soll seine Regierung und Verwaltung prägen. Diese neue Haltung in den staatlichen Institutionen durchzusetzen werde “Festigkeit“ erfordern. Aber werde diese Kraft von seiner Regierung nicht aufgebracht, müsse sie scheitern. Denn das um die Bewältigung des Vereinigungsprozesses und um die internationale Wettbewerbsfähigkeit ringende Deutschland könne weitere Reibungsverluste in der notwendigen Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Staat nicht verkraften. Die Modernisierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik müsse durchgesetzt werden. Andernfalls würden Chancen für wirtschaftliches Wachstum und Produktivität vergeben. Dann könnten Deutschlands Probleme nicht gelöst werden.

5.1.4 Das Leitbild der “Teilenden Gesellschaft“ verwirklichen

Südostasiatische Länder treiben den Konkurrenzdruck für die deutsche Wirtschaft auf den Weltmärkten. Ihr wirtschaftlicher Erfolg verbinde sich, so urteilt Gerhard Schröder, mit einer Innenpolitik, die den breiten Schichten der arbeitenden Menschen Wohlstandsverzicht abverlange, den Menschenrechten und einer ausgeglichenen Einkommensverteilung einen geringen Stellenwert zumesse.

Dieses Wirtschaftsmodell entspreche nicht der westeuropäischen und deutschen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg. Hier sei der wirtschaftliche Erfolg mit einem fairen Anteil der Arbeitnehmer am erwirtschafteten Wohlstand, mit Teilhabe und Mitbestimmung sowie Institutionen der sozialen Sicherung eng verknüpft worden. Eine “teilende Gesellschaft“ habe sich entwickelt. Gerhard Schröder sieht im Konzept der “Teilenden Gesellschaft“ ein dem südostasiatischen Modell überlegenes Organisationsprinzip für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, gerade auch mit Blick auf die Zukunft im neuen Jahrtausend. Er begründet diese Aussage aus der einzelwirtschaftlichen Betrachtung des Unternehmens. Für Gerhard Schröder beruht unternehmerischer Erfolg letztlich auf der Fähigkeit, die Menschen für die Prosperität des Unternehmens, für das sie arbeiten, zu motivieren: “Menschen, die sich mit dem Leben ihrer Firma verbunden fühlen, sind die wichtigste Ressource, über die wir verfügen“.[1]
Diese Bindung und Identifizierung der Menschen mit ihren Unternehmen könne in einer Gesellschaft scheitern, die eine zu große Diskrepanz zwischen Leistungserwartung und Teilhabe zulasse. Deshalb sei die Verankerung des Konzepts der “Teilenden Gesellschaft“ in einem stabilen gesellschaftlichen Konsens für die Verbindung von wirtschaftlichem Erfolg und sozialem Zusammenhalt notwendig.
Für Gerhard Schröder verpflichtet der Gedanke der “Teilenden Gesellschaft“ die Politik, die Interessen der großen Mehrheit der arbeitenden Menschen in das Zentrum politischen Handelns zu rücken. Denn ihrer Arbeit sind die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Werte zu verdanken sind, die das Land voranbringen. Die politische Priorität für die arbeitenden Menschen bedeute, deren Recht auf Sicherheit, Dialog, Teilhabe und Mitbestimmung zu garantieren.
Diese politische Priorität zugunsten der arbeitenden Mehrheit müssen, so fordert Schröder, alle Menschen respektieren, die soziale Ansprüche gegenüber der Gesellschaft und dem Staat geltend machen. Gerhard Schröder plädiert dafür, den Wert des Teilens in den Mittelpunkt der politischen Debatte zu rücken und sozialen Konsens anzustreben, wann immer dies möglich sei. Mit solcher Haltung werde Deutschland “den Test des globalen Wettbewerbs bestehen“.[2]

5.2 Ulla Schmidt: Konsequenzen der Globalisierung für Frauen

Ulla Schmidt hält der “Mitte-Rechts-Regierung in Deutschland“ vor, die Debatte über die Globalisierung auf Deregulierung und Kostensenkungsprogramme zu verengen, auf Reduzierung der

[1] A.a.O., S. 16.

[2] A.a.O., S. 17.

Lohnkosten und der Leistungen des Sozialstaats — in ihrem Urteil eine perspektivlose Anpassung nach unten!
"Deutschland kann sich dem epochalen Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung nicht entziehen"[1] Deutschland müsse seine Chancen nutzen, aber auch anerkennen und dabei helfen, dass Schwellen- und Entwicklungsländer den Zugang zu den Weltmärkten suchen.
Den wirtschaftspolitischen Vorgaben Gerhard Schröders folgend, bekennt sie sich zu einer aktiven Wirtschaftspolitik, die Innovation, Forschung und Entwicklung, schnelle Umsetzung von Ideen in neue, marktfähige Produkte ermutigt und finanziell unterstützt.
Durch Investitionen in Bildung, berufliche Qualifizierung, gute Wohnungen, Gesundheitsvorsorge und Arbeitsbedingungen soll die Produktivität der arbeitenden Menschen gefördert werden. Ein solches Programm für Innovation und Gerechtigkeit befähigt Unternehmer und Arbeitnehmerschaft, die Chancen der globalen Märkte zu nutzen.

5.2.1 Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral

Mit dieser Feststellung leitet Ulla Schmidt ihre konzeptionelle Pionierarbeit in der Sozialpolitik unter den Bedingungen der Globalisierung ein. Denn die globale Entwicklung ist kein "geschlechtsneutrales Phänomen"[2] ! Frauen und Männer werden in ihren Möglichkeiten durch drei strukturverändernde Trends der Globalisierung ganz unterschiedlich betroffen:

- Trend zu einer Dienstleistungsgesellschaft, insbesondere in den Sparten Handel, Transport, Kommunikation, Banken und Versicherungen, persönliche Serviceleistungen.
- Trend zur Informations- und Wissensgesellschaft basierend auf moderner Informations- und Kommunikationstechnologie.
- Trend zu einer Gesellschaft mit hoch qualifiziertem Leistungsprofil auf den Feldern Organisation, Management, Forschung und Entwicklung, Beratung sowie Aus- und Weiterbildung.

Um die Globalisierung und den mit ihr einher gehenden strukturellen Wandel sozial und für alle Länder chancengerecht zu gestalten, ist eine regulierende Ordnung für "Handel, Finanzen, für Umweltschutz und für die Gleichheit von Frauen und Männern notwendig."[3]

---

[1] *Ulla Schmidt,* Konsequenzen der Globalisierung für Frauen, in: *Dieter Dettke*, Ed., The Challenge of Globalization ..., a.a.O., S. 73.

[2] A.a.O., S. 73.

[3] A.a.O., S. 73.

Frauen und ihre Qualifikationen sind zu oft latente, “ungenutzte Ressourcen“ [4]. Eine “geschlechtergerechte“ Regulierung müsse ihre produktive Mobilisierung unterstützen.
Gerade Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit ließe sich stärken durch volle Nutzung frauenspezifischer Stärken wie Teamfähigkeit, analytische Kapazität zur Lösung fachlicher Probleme, qualifizierte Mitarbeit bei der Implementierung technologischer Entwicklungen.
Andererseits — so Ulla Schmidts Analyse — haben die beginnende Globalisierung und der Wandel in der internationalen Arbeitsteilung schon seit den siebziger Jahren in Deutschland und anderen Industriestaaten zu einer starken Vernichtung von Arbeitsplätzen geführt, die traditionell überwiegend von Frauen ausgefüllt waren. Folge einer massiven, globalen Verlagerung von Arbeitsplätzen vor allem in arbeitsintensiven, auf Massenproduktion gerichteten Teilen der Textil-, Bekleidungs-, Leder- und Schmuckindustrie nach Südeuropa, Nordafrika, Fernost und Lateinamerika! Dort werden den Frauen oft sehr niedrige Löhne und Sozialleistungen geboten. Wenn in diesen Ländern nicht angemessene Einkommensniveaus und Beschäftigungsverhältnisse für Frauen und Männer gleichermassen erreichbar sind, könnten dort explosive gesellschaftliche Spannungen drohen, befürchtet Ulla Schmidt.
Dies macht die Debatte über internationale Sozialklauseln als Schlüsselthema im Rahmen der Welthandels-Konferenzen notwendig.
Das Instrument der Sozialklauseln oder Sozialstandards richtet sich gegen sozialen Missbrauch: z.B. Kinderarbeit, Zwangsarbeit oder Unterdrückung gewerkschaftlicher Interessenvertretung. Mindeststandards sollen elementare Rechte z.B. auf Schutz vor sittenwidrigen Löhnen oder vor Kündigung, Ansprüche auf Gesundheitsleistungen oder Altersrenten gewährleisten.
Frauen vor allem in Schwellen- und Entwicklungsländern sind an ihren Arbeitsplätzen häufig schwerwiegenden gesundheitlichen Risiken und Umweltgefahren ausgesetzt. Deshalb fordern ihre Organisationen Mindeststandards für soziale Sicherung bei Krankheit, Unfall, Alter und Tod.
Ulla Schmidt verweist auf immer wieder bestätigte Missstände, die gesetzlichen Schutz oder Rechtsgarantien am Arbeitsplatz notwendig machen bei Schwangerschaft, sexueller Belästigung und Willkür bei Kündigung.
Ulla Schmidt zeichnet ein differenziertes Bild über die Auswirkungen des globalen wirtschaftlichen Wandels auf Frauen: Weibliche Beschäftigte können durchaus zu den Gewinnern der Globalisierung zählen, vor allem, wenn sie in der Export- oder Servicewirtschaft gute Arbeit finden. Aber sie können auch zu den Verlierern gehören, soweit sie ihre Arbeit verlieren oder, nicht

---

[1] A.a.O., S. 75.

selten als Folge von Deregulierung der Arbeitsmärkte, in verschlechterte Arbeitsbedingungen oder Entlohnung gedrängt werden.

Negativ für Frauen ist die Globalisierung häufig auch in OECD-Ländern zu bilanzieren. Hier ist die Arbeitslosenquote der Frauen fast doppelt so hoch wie die der Männer. Ulla Schmidt stellt fest, dass auch der Sozialstaat Deutschland gravierende Gender-Ungerechtigkeiten zugelassen habe: “Obwohl Deutschland gegenwärtig die best-qualifizierte Generation von Frauen in seiner Geschichte hat, werden Frauen aus dem Arbeitsmarkt verdrängt, ihre Arbeitslosigkeit ist höher als die der Männer.“[1]

Als ernste Mahnung nicht nur an die Politik, sondern auch an die Sozialpartner, Arbeitgeber und Gewerkschaften, sind von Ulla Schmidt aufgegriffene Konzepte und Ergebnisse der Arbeitsmarktforschung zu werten. “Seit Jahren ist der Arbeitsmarkt in Gruppen von Insidern und Outsidern gespalten, und die Frauen gehören im Allgemeinen zu den Außenseitern.“[2] Diese These belegt sie mit dem starken Anstieg nicht nur schlecht bezahlter Teilzeitarbeit ohne Sozialversicherung, sondern auch mit dem wachsenden Ausmaß der nicht-deklarierten Arbeit. Beide Bereiche seien überwiegend “Domäne der Frauen“. So bleibt vielen Frauen trotz harter Arbeit die bedrückende Perspektive eines prekären Lebensunterhalts, der sie auf Sozialhilfe verweist, wenn sie arbeitslos werden oder das Rentenalter erreichen.

Eine schwerwiegende Benachteiligung der Frauen gehe ausgerechnet von der sozialer Sicherheit dienenden Gesetzgebung zum Schutz vor Kündigung aus. Einerseits sei der Kündigungsschutz für Kleinbetriebe aufgehoben worden, wo hauptsächlich Frauen beschäftigt sind. Bei größeren Unternehmen wirkten die im Kündigungsfall angewandten drei “Sozialkriterien“ diskriminierend: Beschäftigungsdauer, Alter und familiäre Verpflichtungen. Diese Schutzkriterien kommen in erster Linie den älteren, langjährig und ununterbrochen beschäftigten Familienvätern zugute, mit deren familiärer Verantwortung auch höhere Bezahlung verbunden ist. Traditionelles Rollenverständnis, für 75 v.H. der Familien gilt der Mann als Hauptverdiener, und deutliche Entlohnungsnachteile, Frauen verdienen im Durchschnitt 25 v.H. weniger, bewirken doppelte Benachteiligung der Frauen im Berufsleben — weniger Kündigungsschutz und geringere Bezahlung!

Ulla Schmidt zieht aus ihrer Analyse frauenspezifischer Effekte der Globalisierung die folgenden Schlussfolgerungen:

---

[1] A.a.O., S. 74.

[2] A.a.O.

- Die Frauen treffende Diskriminierung in den Chancen auf Bildung, berufliche Qualifizierung und am Arbeitsmarkt ist mit dem Gebot sozialer Gerechtigkeit nicht vereinbar.
- Der Wandel in der globalen Arbeitsteilung bedeutet für Deutschland Verluste von Arbeitsplätzen mit vergleichsweise geringen Anforderungen an fachliche Qualifikation. Die zukunftsfesten Marktchancen der deutschen Wirtschaft liegen in innovativen "high-tech"-Sektoren, die raschem technologischen Wandel unterworfen sind. Von den Arbeitnehmern, die sichere Arbeitsplätze wünschen, muss Bereitschaft zu Umschulungen, Weiterbildung, lebenslangem Lernen erwartet werden. Diese hohen Anforderungen zwingen, die bei den Frauen vorhandenen Reserven an Sachverstand, technisch-wirtschaftlicher Qualifikation und an kreativem Potential zu entwickeln und zu nutzen. Sonst könne Deutschland einen industriellen Spitzenplatz nicht behaupten.
- Die Globalisierung erfordere somit, die Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik mit Blick auf die Lage und das Entwicklungspotential der Frauen zu gestalten.

Auf der Grundlage dieser Ergebnisse entwickelt Ulla Schmidt politische Reformvorschläge, denen die deutsche Sozialdemokratie ein auch im internationalen Vergleich herausragendes frauenpolitisches Profil verdankt.

5.2.2 Soziale Gerechtigkeit und Gendergerechtigkeit gehören zusammen

Die Benachteiligung der Frauen sei schon seit Jahren von der Europäischen Gemeinschaft bekämpft, die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt durch spezifische Frauenförderung ("affirmative action") angestrebt worden. Vor allem durch drei Aktionsprogramme: erstens, gegen Frauenarbeitslosigkeit, zweitens, zur Unterstützung für Frauen in Führungspositionen und, drittens, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ein viertes Programm (1996 — 2000) ziele nun auf Chancengleichheit durch "Mainstreaming". Mit diesem Konzept beginnt Ulla Schmidt die Darstellung ihrer frauenpolitischen Vorhaben.

- Chancengleichheit für Frauen durch "Mainstreaming".
  Ausgangspunkt ist die Erfahrung, dass "Chancengleichheit nicht durch separate Politik für Frauen erreicht werden kann."[1] Der Ansatz des Mainstreaming fordert daher, dass sämtliche politischen Handlungsfelder, Programme, Maßnahmen oder Kampagnen geschlechts-, bzw. genderspezifisch, d.h. in ihren Wirkungen auf Frauen oder Männer analysiert und bewertet werden. Der Erfolgsmaßstab, den Ulla Schmidt einfordert, lautet: " ´Mainstreaming´ führt nur

[1] A.a.O., S. 77.

dann zu Gendergerechtigkeit, wenn sämtliche politischen Maßnahmen und Konzepte positive Wirkungen für Frauen haben.“[1]

- Gleichheit am Arbeitsmarkt.
  Seit langem, kritisiert Ulla Schmidt, forderten die Sozialdemokraten die Bundesregierung vergeblich auf, die Privatwirtschaft gesetzlich zur Förderung von Frauen zu verpflichten. Durch Gesetz müsse sichergestellt werden, dass Frauen mit gleicher Qualifikation wie Männer bevorzugt eingestellt werden, wenn sie unterrepräsentiert sind. Außerdem habe der Staat die Wirtschaftsförderung und Strukturpolitik mit gezielter Frauenförderung durch Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen zu verbinden.
- Chancengleichheit in der beruflichen Bildung.
  In Deutschland gibt es mehr als 380 Lehrberufe; aber 50 v.H. der jungen Frauen werden in nur sieben ausgebildet[2]. Die meisten dieser weiblichen Auszubildenden lernen für den Beruf der Verkäuferin, der Büroangestellten, der Friseurin, der Zahnarzthelferin. Allen diesen Berufen ist gemeinsam: niedrige Bezahlung während und nach der Ausbildung und nur geringe Möglichkeiten für beruflichen Aufstieg. Berufe mit breiteren Chancen für Entfaltung, z.B. solchen in den Sektoren Information und Kommunikation, Tourismus, Metall- oder Elektroindustrie, stehen jungen Frauen — so Ulla Schmidts Kritik — nur in der Theorie, nicht in der Praxis offen.
- Notwendigkeit von Frauenförderung in Lehre und Forschung.
  An den Universitäten und Hochschulen sieht Ulla Schmidt besonders dringenden Handlungsbedarf für eine Personal- und Berufungspolitik, die sich an Gleichstellung orientiert. In den letzten 25 Jahren sei der Frauenanteil an der Zahl der für die Professorenlaufbahn Qualifizierter von 5,2 v.H. auf 13.8 v.H. gestiegen. Dennoch sei ein Absinken der ohnehin marginalen Quote weiblicher Professoren zu beobachten. Eine gesetzliche Grundlage sei zu schaffen, die systematische Förderung von Frauen ermögliche. Dies müsse durch Sanktionsmöglichkeiten und eine Politik der Forschungsförderung ergänzt werden, die Gleichstellungsmaßnahmen im akademischen Sektor stärke.

---

[1] A.a.O., S. 77. Als Erfolgsmodell nennt Ulla Schmidt das staatlich geförderte Berliner Geschäftszentrum “WeiberWirtschaft“ als größte Kooperative Europas für Unternehmen im Eigentum von Frauen. Sein Kernziel: Frauen schaffen Arbeitsplätze für Frauen. Der Kreis der Frauen, die Mitglieder dieser Kooperative sind, sei international und offen.

[2] A.a.O., S. 78.

- Firmengründungen durch Frauen fördern.
  Ulla Schmidt nennt die Zahl von 880 Tausend Frauen, die Eigentümer von Betrieben sind. Jedes vierte Unternehmen werde von einer Frau geführt, jedes dritte von einer Frau gegründet.[1] Selbständigkeit sei eine Chance, die Frauen von jeher ergriffen hätten. Im kommenden Jahrzehnt sei eine "Welle von Geschäftsgründungen"[2] zu erwarten; daran sollten Frauen gleichermaßen wie Männer teilhaben. Internationale Erfahrungen zusammenfassend, konstatiert Ulla Schmidt, dass Frauen beim Zugang zu Kredit für die Gründung eines Unternehmens von Banken benachteiligt werden. Sowohl in Europa wie in Nordamerika teilten Frauen diese Diskriminierung. Es reiche nicht aus, dass in Deutschland zahlreiche staatliche Programme günstige Kreditkonditionen böten. Es bedürfe gezielter Programme für Frauen, die ein Unternehmen gründen wollten, durch Hilfen für Gründungs-, Beteiligungs- und Wagniskapital.
- Faire Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit.
  Gleichstellung bei der Arbeitszeit ist in Deutschland schwer zu erreichen, da die Streuung zwischen langen und kurzen Arbeitszeiten in Deutschland sehr hoch sei. Männer haben in der Regel keine Zeit für Hausarbeit und Kindererziehung, da sie im "normalen", vollzeitigen Beschäftigungsverhältnis stehen, während Frauen tendenziell an den "Rändern" des Arbeitsmarktes beschäftigt sind. Angesichts dieses empirischen Befundes schlägt Ulla Schmidt flexible Optionen für die Arbeitszeit im Rahmen wöchentlicher, monatlicher, jährlicher oder auf die Lebensarbeitszeit bezogener Arbeitszeitkonten vor. Dies erleichtert "familienfreundliche" Arbeitszeiten, "aktive Vaterschaft" und eine Umverteilung von Beschäftigung zwischen Männern, den typischen "Insidern", und Frauen, den "Outsidern" des Arbeitsmarktes, die zusätzlich oft in der Familie unbezahlte Arbeit leisten. Als Pionierunternehmen, die "Familienfreundlichkeit" als Vorgabe in das Personalmanagement eingeführt haben, nennt Ulla Schmidt BMW und Hertie. Deutschland, regt sie an, solle dem Vorbild der USA folgen, wo als Maßstab und Vorgabe für private und öffentliche Arbeitgeber ein "Index für Familienfreundlichkeit" geschaffen worden sei.[3]
- Professionalisierung haushaltsnaher Dienstleistungen.
  Hier engagiert sich Ulla Schmidt für die, wie sie mit feiner Ironie anmerkt, so hoch geschätzten "Juwelen", die in privaten Haushalten arbeiten, auch Kinder oder ältere Menschen betreuen.

---

[1] A.a.O., S. 79.

[2] A.a.O., S. 80.

[3] A.a.O., S. 81.

Komme es jedoch zu Arbeitslosigkeit, werden sie krank oder alt, dann stünden diese “Juwelen“ meist mit leeren Händen da. Gegenüber solcher Ungerechtigkeit im Sozialstaat Deutschland entwickelt Ulla Schmidt einen innovativen Lösungsvorschlag: Erstens, sollen Private diese Leistungen in ihren Haushalten von Service-Agenturen erwerben, die den von ihnen professionell ausgebildeten “Haushalts-Assistentinnen“ dafür angemessene Entlohnung und soziale Sicherung bieten. Zweitens, da diese soziale Absicherung zu einem Stundensatz von mindestens 25 DM führe, den die Service-Agenturen von ihren Kunden erheben müssten, sollte der Staat den so kalkulierten Stundensatz durch Subvention um 10 DM ermäßigen. Damit ließen sich diese Leistungen auch für Haushalte mit durchschnittlichem Einkommen bezahlbar halten. Würden bisher arbeitslose Frauen in diesem Programm eingesetzt, wäre dem Subventionsaufwand die eingesparte Unterstützung bei Arbeitslosigkeit gegenüber zu stellen; das Programm könnte dann für den Staat sogar zu Entlastung führen.

Mit diesen Reformvorschlägen ist es Ulla Schmidt gelungen, das soziale Profil ihrer Partei zu modernisieren und ein auch in der politischen Linken verbreitetes Männer-zentriertes “stereotypisches, traditionelles Denken“[1] zu überwinden.

Sie fordert alle staatlichen Stellen und Organisationen der Zivilgesellschaft auf, den “ungeschriebenen sozialen Kontrakt zu beenden, der auf gesellschaftlicher Ungleichbehandlung von Frauen und Männern beruht. Wir brauchen einen sozialen Kontrakt, der die Solidarität zwischen Frauen und Männern stärkt.“[2]

5.2.3 Soziale Antwort auf Globalisierung: Teilende Gesellschaft und Genderdemokratie

Ulla Schmidt hat Gerhard Schröders sozialpolitisches Konzept der “Teilenden Gesellschaft“ um eine zukunftsweisende und universell gültige Einsicht bereichert: Soziale Gerechtigkeit und Gendergerechtigkeit gehören zusammen.

Ihre auf Gleichstellung der Frauen zielenden Reformvorschläge sind als herausragendes sozialdemokratisches Modernisierungsprojekt zu werten. Denn ihr gelingt es, sozialpolitische Innovation in Zeiten harten globalen Leistungswettbewerbs auf Gütermärkten und gegenüber staatlichen wie zivilgesellschaftlichen Institutionen mit den Aspekten der Gerechtigkeit und der Wirtschaftlichkeit zu verknüpfen.

---

[1] A.a.O., S. 82.

[2] A.a.O. S. 82

In einem dreifachen Sinne ist Ulla Schmidts Projekt universell: Gendergerechtigkeit hat den Menschen und seine Würde insgesamt im Blick, Frauen und Männer sollen nicht nur im Grundgesetz, sondern in der Realität umfassend gleichgestellt werden; das Gleichstellungs-Projekt zielt nicht nur auf die Industrieländer, sondern muss auch in der Kooperation mit Entwicklungsländern zur Geltung kommen; durch Mainstreaming verpflichtet die Gleichstellungsidee als Querschnittsaufgabe sämtliche staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen.
Mit diesen von Ulla Schmidt zusammengeführten Konzepten hat sich die deutsche Sozialdemokratie eine international führende Rolle in der Frauen-, Gender- und Sozialpolitik erarbeitet.
Der Debatte um Gerechtigkeit und Sozialstaat ist eine neue Richtung gewiesen: “Männer und Frauen werden der Solidarität einen neuen Sinn geben; denn sie werden die Gender-Demokratie gemeinsam verwirklichen müssen“.[1]
Die globale Herausforderung, Innovation und Gerechtigkeit zu verbinden, hat im vereinigten Deutschland eine neue Antwort mit sozialdemokratischem Profil bekommen.

5.3 Gewerkschaften — globale Partner für Soziale Demokratie

Gewerkschaftlichen Partnern verdankt das Büro Washington der Friedrich-Ebert-Stiftung besonders nachhaltige Impulse für den transatlantischen Dialog über soziale Fragen der Globalisierung. Die Rahmenbedingungen für die Diskussion gewerkschafts- und sozialpolitischer Fragen hatten sich nach dem Wahlsieg des Demokraten Bill Clinton erbeblich verbessert.
Bill Clintons Präsidentschaft hatte nach der Reagan-Bush-Ära ein Klima der Offenheit für die Debatte gesellschaftlicher Themen geschaffen, obwohl die Budgetsituation und die politischen Gewichte im Kongress kaum Möglichkeit für soziale Reformvorhaben ließen.
Diese Präsidentschaft prägte überdies ein Bild des Staates, der Verantwortung gegenüber den gesellschaftlichen Problemen nicht nur im eigenen Land, sondern weltweit zu übernehmen hatte. Zwischen dem privatistischen Marktradikalismus und dem bürokratisierten Wohlfahrtsstaat, den gewerkschaftliche und Gruppen der politischen Linken propagierten, sollte ein “Dritter Weg“ wirtschaftliche Leistungskraft mit sozialer Verantwortlichkeit gegenüber den Benachteiligten der Gesellschaft verbinden. Sozialpolitik gegenüber Arbeitslosigkeit und Armut war aber nicht als unkonditionierte Hilfe zu konzipieren, sondern aktivierend als Hilfe zur Selbsthilfe durch Betonung von Bildung und Anreizen, im Arbeitsmarkt Chancen zu suchen und diese auch zu ergreifen, wenn sie geboten werden.

---

[1] A.a.O., S. 82.

Gerade aus dieser Zeit bieten sich Projektbeispiele[1] für die transatlantische Diskussion gewerkschaftspolitischer Themen an. Für solche Anliegen engagierten sich nicht nur gewerkschaftliche Funktionsträger, sondern auch Wissenschaftler, politisch einflussreiche Fachleute und Menschen, die gegen gesellschaftliche Missstände protestierten.
Diese Offenheit für soziale Themen und für den Kreis der Diskussionspartner zeigt die Gewerkschaften als zivilgesellschaftliches Bündnis für soziale Gerechtigkeit. Diese Offenheit prägt ein Bild der Gewerkschaften, das nicht stereotypen Wahrnehmungen von Interessenverbänden entspricht, die sich auf organisationspolitische Ziele und Verlautbarungen beschränken.

5.3.1 Entsolidarisierung durch Globalisierung — Warnung aus den USA

Vor allem in industriell hochentwickelten Ländern wie den Vereinigten Staaten oder Deutschland haben technologischer Wandel und globaler Wettbewerb Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften Chancen eröffnet, sie aber zugleich Risiken ausgesetzt.[2]

- Die traditionelle, groß dimensionierte Massenproduktion der Nachkriegszeit ist tendenziell industriellen Prozessen mit flexibler Fertigung gewichen, die durch Service- und Kundennähe schnell wechselnden Vorgaben unterworfen ist. Großbetriebe werden in kleinere Einheiten (“Downsizing“) gegliedert — oft mit ausgelagerter (“Outsourcing“) Bestellung von Komponen-

---

[1] Vier internationale Konferenzen bilden die Grundlage für die folgende Darstellung:
- FES/National Policy Association, Wachsende Ungleichheit der Einkommen, Washington, D.C.,10. April 1997.
- FES/Canadian Labour Congress, Den Freihandel in Amerika herausfordern: Gemeinsame Antworten finden, Ottawa, 6. - 7. März 1996.
- FES/ Hans-Böckler-Stiftung/Economic Policy Institute/The German Marshall Fund of the United States, Wettbewerbsfähigkeit schaffen: Neubewertung der Rolle von Arbeitsmarktinstitutionen der USA und Deutschlands in der Neuen Wirtschaft, Washington, D.C., 23. - 25. Oktober 1998.
- FES, Transatlantischer Gewerkschaftsdialog: Wirtschaftsmodelle Deutschlands und der USA — ein Vergleich, Washington, D.C., 23. - 24. Februar 1998.

[2] Vgl.: *Robert B. Reich,* The Inequality Paradox, National Policy Association, Washington, D.C., April 10, 1997, S. 3 ff. sowie *Gerhard Bosch*, in: *Economic Policy Institute,* Creating Competitive Capacity: Reassessing the Role of U.S. and German Labor Market Institutions in the New Economy, Washington, D.C., October 23 - 25, 1998, (Mitschrift der Konferenz mit der FES), 4ff.

ten oder Dienstleistungen. Diese Entwicklung kann den gewerkschaftlichen Einfluss in Unternehmen beeinträchtigen.

- Außenhandelsorientierte Unternehmen stellen sich multinational oder als Teil internationaler Netzwerke auf. Sie reorganisieren die Arbeitsplätze nach Projekt- oder Profitzentren, die auf Weltmärkte ausgerichtet sind. Verbunden mit der Drohung abzuwandern, kann auch dies den Einfluss von Gewerkschaften schwächen.
- Die zunehmende wettbewerbliche Öffnung von Hochlohn-Ländern ist mit wachsenden Importen arbeitsintensiv produzierter Güter verbunden. In der Folge sinken die Beschäftigungschancen für Menschen mit geringer beruflicher Qualifikation. Diese Entwicklung werde durch Zuwanderung unzureichend Qualifizierter noch verschärft, argumentiert Gerhard Bosch. Wachsender Export biete für diese Gruppen kaum Kompensation, da hier hochproduktive, kapitalintensive Produktion mit hohen Anforderungen an Qualifikation vorherrsche.

Technischer Fortschritt, weltweite Handels- und Investitionsverbindungen bewirken an den Arbeitsmärkten “Knappheiten richtig Qualifizierter und Überangebote von Menschen, die zu geringe oder die falschen Fertigkeiten besitzen.“[1] Die Arbeitnehmer werden gespalten in “Gewinner“ und “Verlierer“. Viele erfahren Unsicherheit des Arbeitsplatzes, sind konfrontiert mit Ungleichheit der Einkommen und Arbeitsbedingungen. Wachsende Unsicherheit und Ungleichheit verbinden sich zum Empfinden sozialer Ungerechtigkeit.

Robert Reich analysiert den Zusammenhang zwischen Globalisierung und Entsolidarisierung in den USA, dem politisch und wirtschaftlich mächtigsten Land der Erde. Er zeichnet ein bedrückendes Bild von Armut in einem reichen Land, von einer wachsenden Zahl von Verlierern der Modernisierung. Ein Bild, wo wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand einhergehen mit Arbeitslosigkeit und Lohnverfall. Die Verhandlungsmacht von Gewerkschaften erodiere, was vor allem Männer im Niedrig-Lohn-Sektor treffe. Der reale gesetzliche Mindestlohn sinke, was vor allem den Frauen in einfacher Beschäftigung schade.

Diese soziale Polarisierung erklärt Robert Reich mit dem Zerfall des traditionellen amerikanischen Sozialkontrakts. Seine Analyse zusammenbrechender Solidarität und sozialen Zusammenhalts im Industrieland Amerika muss Europa und vor allem das vereinigte, noch zusammenwachsende Deutschland aufrütteln.

Den Sozialkontrakt einer Gesellschaft definiert Robert Reich als die gegenseitigen Verpflichtungen, mit denen die Mitglieder dieser Gesellschaft füreinander einstehen. Der amerikanische Sozialkontrakt verzichte weitgehend auf Umverteilungspolitik. Er beruhe aber auf der geschichtlich

---

[1] *Robert Reich,* a.a.O., S. 1.

bewährten Erwartung, dass die Wohlhabenden den weniger Begünstigten Teilhabe sichern. Dass also auch heute die Gewinner der Globalisierungsprozesse die Verlierer kompensieren-werden.

Drei Säulen stützten traditionell diese Erwartung gesellschaftlichen Zusammenhalts und sozialer Solidarität, und diese Säulen bröckeln:

- Erstens, private Unternehmer sorgten dafür, dass ihre Belegschaften am unternehmerischen Erfolg durch steigende Löhne, sichere Arbeitsplätze und betriebliche Sozialleistungen, z.B. private Krankenversicherung, partizipierten. Starke Gewerkschaften, die Mitte der 1950-er Jahre noch etwa 35 v.H. der im Privatsektor Beschäftigten organisierten, waren Garanten dieser Teilhabe. Doch vor allem gebot dies eine Haltung des “Wir gehören zusammen“. Für ein Unternehmen “gehörte es sich nicht“, bei wachsender Prosperität die Beschäftigten zu übergehen. Seit einer Reihe von Jahren greife jedoch eine “down-sizing“- Mentalität Platz mit Entlassungen, Kürzungen von Löhnen und Sozialleistungen. Demgegenüber sichere sich Führungspersonal gegen Entlassung den “goldenen Fallschirm“.
- Die zweite Säule des Sozialkontrakts bildete der Risikopool der Sozialversicherung, der vor Absturz in Armut schützte: Soziale Sicherung gegen Arbeitslosigkeit, im Falle von Alter, Invalidität oder Tod, Sozialhilfe für Familien mit abhängigen Kindern, Krankenversicherung für Bedürftige und alte Menschen (Medicaid, Medicare). Kürzungen zum Ausgleich des Bundeshaushalts träfen nun unverhältnismäßig stark die Sozialhilfeleistungen für Menschen nahe an oder unterhalb der Armutsgrenze. Die Mehrheitsverhältnisse im Kongress machten Korrekturbemühungen der Regierung des Präsidenten Clinton nahezu aussichtslos. Der Schutz vor Arbeitslosigkeit verfalle seit zwei Jahrzehnten durch einen Wettlauf der Bundesstaaten bei Prämienkürzungen für ansiedlungswillige Unternehmen. Inzwischen könnten nur noch 35 v.H. der Arbeitslosen mit Leistungen rechnen. Den Wohlhabenderen und Gesunderen würden “opt-out-Vorschläge“ unterbreitet. So könnten sie sich der Solidarität mit denen entziehen, die von höherem Risiko, krank oder arm zu werden, bedroht sind. Die Idee des gemeinsamen Risikopools der Solidarität werde zerstört.
- Der gleiche Verfall sozialer Solidarität beschädige die dritte Säule des amerikanischen Sozialkontrakts: den Zugang zu guter Bildung. Junge Menschen aus Familien mit Einkommen im Bereich der oberen 25 v. H. hätten die dreifach höhere Chance, weiterführende Schulen zu besuchen als Jugendliche aus Familien des Einkommenssegments der unteren 25 v.H..[1]

[1] Vgl.: *Robert Reich*, a.a.O., S. 4.

Wie ist es möglich, fragt Robert Reich, dass die Privilegierten der amerikanischen Gesellschaft den Zerfall des traditionellen Sozialkontrakts zulassen? Welche Ursachen schwächen die Bindungskräfte der Solidarität gerade dann, wenn sie am nötigsten sind?
Zwei Ursachenkomplexe hält Reich für wesentlich:

- Mobilität des Kapitals, der Unternehmer, der Manager, der Hochqualifizierten, ferner die neuen Informations- und Kommunikationstechniken — dies alles begünstige wachsende Separation der Privilegierten in Wohlstandsenklaven. Hier verfestige sich eine Welt von Erwartungen, die mit der Realität der arbeitenden Mehrheit wenig verbinde. Den Oberschichten komme das Empfinden abhanden, “auch mir kann etwas zustoßen“. Dies sei aber die wichtigste Grundlage von Solidarität und Zusammenhalt in den Vereinigten Staaten gewesen.
  Solidarität werde nun verweigert, indem Steuerzahlung vermieden wird durch Flucht in autonome Enklaven. Der Besteuerung zur Finanzierung der Sozialhilfe in den Gebieten urbaner Armut können Wohlhabende so entkommen. Diese Kosten lasten dann zunehmend auf den weniger räumlich mobilen Durchschnittsverdienern, die in diesen städtischen Zentren wohnen. Menschen, deren Einkommen stagnieren, die sich um ihre Arbeit sorgen. Unter solchen Bedingungen zerfalle sozialer Zusammenhalt und Solidarität mit den arbeitslosen Armen.
- Ein weiterer Bestimmungsgrund dieser Entsolidarisierung sei, dass die kollektive Erinnerung an prägende gemeinschaftsbildende Erfahrungen verblasse: Weltwirtschaftskrise der 1930-er Jahre, Zweiter Weltkrieg, Kalter Krieg. Mit dem Empfinden, gemeinsam als Nation bedroht zu sein, schwinde auch das Gefühl, aufeinander angewiesen zu sein, füreinander solidarische Verantwortung zu tragen.

Die Diagnose, dass der Sozialkontrakt der Vereinigten Staaten zerfalle, nimmt Robert Reich zum Anlass, die amerikanische Politik, Wirtschaft und Gesellschaft eindringlich zu warnen.
Er sieht nicht nur “die Stabilität und die moralische Autorität dieser Nation bedroht, auch weiteres wirtschaftliches Wachstum ist gefährdet“[1].
Die Verlierer der Globalisierung, warnt Reich, werden nicht hinnehmen, dass ihnen zwar das Risiko globalisierten Wirtschaftens auferlegt, die gerechte Teilhabe am erarbeiteten Wohlstand aber verweigert wird. Dies könne die politische Akzeptanz für die notwendigen Rahmenbedingungen der neuen globalen Dynamik gefährden: Freiheit des Handels mit Waren und Dienstleistungen, Freiheit des Kapitalverkehrs, liberale Zuwanderungspolitik, Abbau von Regulierungsvorschriften, die einer international offenen Wirtschaft entgegenstehen.

---

[1] *Robert Reich,* a.a.O., S. 6.

Solch politischer Widerstand werde bereits parteiübergreifend wirksam. Demokraten wie Republikaner unterstützten Initiativen, um die “fast track“-Gesetzgebung abzulehnen, die dem Präsidenten der Vereinigten Staaten ermöglicht, Handelsverträge abzuschließen und beschleunigt durch den Kongress zu bringen. Seit einem Jahrzehnt verzeichneten Meinungsumfragen, dass Freihandel und Zuwanderung deutlich an Zustimmung verlieren. Widerstände gegen marktwirtschaftliche Freiheiten würden von ganz diversen Gruppen organisiert: Gegner von Immigration, Teile der “kommunitaristischen“ Bewegung und “Sozialkonservative“ bringen zunehmend erfolgreich ihre Anliegen gegen Zuwanderung, Freiheit von Kapitalverkehr und Investitionen im legislativen Prozess zur Geltung.
Auch in Europa organisiere sich Protest gegen wachsende soziale Ungleichheit — in Frankreich und Italien würde dies von Politikern mit fremdenfeindlichen, nationalistischen Parolen geschürt. Ehemalige Kommunisten im östlichen Europa und in Russland hätten wieder politischen Aufwind mit nationalistischen Kampagnen und einer Agenda staatlicher Interventionen gegen offene Marktwirtschaft und Privatisierung. In Deutschland stünde die Bundesregierung in härtesten Auseinandersetzungen mit Gewerkschaften wegen Kürzungen in der sozialen Sicherung vor allem bei den Rentenansprüchen.
Eine Situation wachsender gesellschaftlicher Ungleichheit und Unsicherheit, verbunden mit einer Politik, die Instrumente sozialen Ausgleichs gerade dann schwächt, wenn diese am dringendsten gebraucht werden, hält Reich für “paradox“ und unhaltbar. Sie berge die Gefahr, dass sich aggressive Forderungen nach staatlichen Eingriffen durchsetzen, die Stabilität und soziale Sicherheit zu Lasten wirtschaftlichen Fortschritts erzwingen.

Aus Robert Reichs Analyse der Bestimmungsgründe sozialer Polarisierung, Zerfall sozialen Zusammenhalts und der Schwächung sozialer Sicherungsmechanismen in Amerika lässt sich eine zentrale transatlantische Botschaft gewinnen.
Insbesondere für deutsche Gewerkschaften und alle Partner für Soziale Demokratie in dem staatlich vereinigten, aber gesellschaftlich noch gespaltenen Land: Organisiert geistigen und politischen Widerstand gegen marktradikale Ideologien und die Tendenz, die Kosten angemessenen sozialen Ausgleichs als Hindernisse für wirtschaftliche Entwicklung darzustellen!
Die Antwort auf wachsende Unsicherheit für Lohn und Arbeit, wachsende Kluft zwischen Arm und Reich muss lauten:

- Erneuerung und Festigung eines Sozialkontrakts, einer in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik verankerten Übereinkunft, dass Verlierern der neuen wirtschaftlichen Globalität solidarische Teilhabe zugesagt und gesichert wird;
- Anerkennung und Förderung der Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen, insbesondere der Gewerkschaften, die als Garanten eines solchen Sozialkontrakts wirken;
- Ständige Überprüfung der Politik und der Ordnung sozialer Marktwirtschaft, ob sie wirtschaftliche Entwicklung mit sozialem Ausgleich verbinden.

Nur in einer Gesellschaft, in der diese Grundsätze in stabilem Konsens verankert sind, kann der soziale Zusammenhalt und damit auch die marktwirtschaftliche Ordnung nachhaltig gesichert werden.

5.3.2 Globalisierung und regionale Integration — Gewerkschaften für Sozialunion

Die globale wirtschaftliche Dynamik drängt auf eine “entgrenzte“ Welt des Freihandels. Regionale Integration, wie im Rahmen der Europäischen Union oder des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA[1] soll die Fähigkeit ihrer Mitglieder stärken, sich im weltwirtschaftlichen Wettbewerb zu behaupten.

Wie positionieren sich Gewerkschaften gegenüber dem freien Handel und Kapitalverkehr, den regionale Abkommen für den Integrationsraum anstreben? Zu dieser Frage offenbarte transatlantischer gewerkschaftlicher Dialog bemerkenswerte Kontraste, aber er leitete auch Nachdenklichkeit und eine Bereitschaft ein, protektionistische Positionen zu überdenken, die der Entwicklung des internationalen Handels schaden.

Zu der vom Canadian Labour Congress und vom FES-Büro Washington organisierten Konferenz in Ottawa (6. - 7. März 1996) trafen sich Gewerkschaftler aus Kanada, den USA, Mexiko, Brasilien, Venezuela, Chile, Panama, Kuba und Deutschland. Auch kirchliche Gruppen, Organi-

---

[1] “Das ***North American Free Trade Agreement*** (NAFTA) ... trat zum 1.1.1994 in Kraft. Bei dieser zwischen den USA, Mexiko und Kanada geschlossenen Vereinbarung handelt es sich nicht — wie z.B. bei der EU — um eine Zollunion, sondern um ... eine Freihandelszone ... Die NAFTA geht insofern über ein reines Freihandelsabkommen hinaus, als dass auch vertragliche Vereinbarungen zu grenzüberschreitenden Dienstleistungen, ... und ... noch zwei Zusatzabkommen bezüglich Umwelt und Arbeitsstandards in das Abkommen mit aufgenommen wurden.“ Vgl.: *Georg Scheerer,* Zehn Jahre NAFTA Bilanz und Perspektiven, Diskussionspapier, Forschungsgruppe Amerika, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, Oktober 2004; S. 3f. Verfügbar unter: http://www.swp-berlin.org/common...

sationen für Menschenrechte und ökologische Anliegen konnten ihre überwiegend kritischen Ansichten zu Globalisierung und Freihandel einbringen.[2]

Die gemeinsamen Erfahrungen, aus denen die Sichtweisen der nordamerikanischen Gewerkschaften entwickelt wurden, umfassten sieben Jahre Freihandelsabkommen FTA (Free Trade Agreement) zwischen den USA und Kanada, sowie zwei Jahre NAFTA (Mexiko, Kanada, USA). Der Vertreter der Internationalen Abteilung des DGB, Walter Überbach, referierte mit außerordentlicher Resonanz europapolitische Positionen seiner Organisation.

- Gewerkschaftliche Bewertung der NAFTA — Anpassung nach unten: “low-road“-Strategie.

  Die Regierungen Kanadas, Mexikos und der Vereinigten Staaten beurteilten die handelspolitische Integration durch NAFTA überwiegend positiv. Dagegen waren die Konferenzteilnehmer “in ihrer Ablehnung der Freihandelsabkommen und der von ihnen negativ bewerteten Auswirkungen einig.“[2]

  Zwar wurde eingeräumt, dass es auch ohne NAFTA, schon durch den globalen Wettbewerbsdruck, durch technischen Wandel und die Rationalisierungen der Unternehmen zu negativen sozialen Effekten gekommen wäre. Aber diese seien verschärft worden durch eine neue “neoliberal“ ausgerichtete Wirtschafts- und Sozialpolitik, deren Anwendung auf dem gesamten amerikanischen Kontinent propagiert werde. Insbesondere wurden dieser neoliberalen Politik gerade in Kanada und den USA einseitige Förderung der Arbeitgeberinteressen, gesetzlich betriebener Sozialabbau, Schwächung der betrieblichen Arbeitnehmervertretungen und der Gewerkschaften zugeschrieben. Routinemäßig drohten die Unternehmen mit Abwanderung nach Mexiko, falls es nicht zu Konzessionen bei Löhnen, Arbeitsbedingungen und auch bei Standards für den Schutz der Umwelt käme.

  Mexikanische Gewerkschaftler und ihre Partner beurteilten die Nutzenbilanz ihres Landes trotz stark erweiterter Exportchancen ebenfalls insgesamt kritisch. Der Exportsektor konzentriere sich zu rd. 43 v.H. auf den “Maquiladora-Gürtel“ an der Grenze zu den Vereinigten Staaten. Hier herrschten in sozialer wie ökologischer Sicht Verhältnisse, die nicht hingenommen werden könnten.

---

[1] Vgl.: *Botschaft der Bundesrepublik Deutschland,* Ottawa, Bericht zur Konferenz zum Thema “Challenging Free Trade in the Americas: Building Common Responses", organisiert vom Canadian Labour Congress in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung (Büro Washington) am 6. und 7. März 1996 in Ottawa, AZ.: Wi 323.31 Ber.Nr.: 237/96 Verfasser: Rechtsreferendarin A. Villinger/BR von Polenz, Ottawa, 20.3.1996.

[2] A.a.O., S. 2.

Die etwa dreihundert multinationalen Firmen, die 70 v.H. der mexikanischen Ausfuhr generierten, leisteten damit nur einen Beitrag von gut einem Fünftel zum Volkseinkommen des Landes. Ausländische Direktinvestitionen, die nachweisbar Arbeitsplätze in Mexiko schafften, würden im Verhältnis zum finanziellen Anlagekapital immer mehr reduziert: Ihr Anteil am gesamten Kapitalzufluss sei von 90 v.H. im Jahre 1989 auf 27 v.H. (1994) gesunken. “Ein Großteil des jetzt nach Mexiko einfließenden Kapitals sei Spekulationskapital, das ... ebenso leicht wieder abgezogen werden könne, wie die Peso-Krise bewiesen habe.“[3]

Insgesamt mündete die Kritik an NAFTA in dem Vorwurf, das Abkommen begünstige “low-road“-Prozesse: “die nationalen Standards (würden) durch die zunehmende Integration aufgeweicht und entsprechend dem schwächsten Glied in der Kette nach unten hin harmonisiert.“[4]

- Der integrationspolitische Beitrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

  Wirtschaftliche Entwicklung fördern, sozialen und regionalen Zusammenhalt durch Kohäsionspolitik in der Europäischen Union sichern — so lässt sich die Botschaft des DGB gegenüber der Kritik nordamerikanischer Gewerkschafter am Freihandel und gegenüber ihren protektionistischen Forderungen zusammenfassen.

  Angesichts der durchweg negativen Bewertung des NAFTA-Abkommens durch die nordamerikanischen Gewerkschaften und ihre Partner während der Konferenz kann der Beitrag des DGB-Vertreters Walter Überbach nicht hoch genug bewertet werden. Denn er bot seinen amerikanischen Gesprächspartnern eine weiterführende integrationspolitische Perspektive und umfassendere Problemsicht. Er löste Nachdenklichkeit im Auditorium und bei einflussreichen Gewerkschaftlern strategisches Nachdenken im kleineren Kreis aus. Dies gelang ihm, indem er das gemeinsame Ziel europäischer Gewerkschaften darlegte, die Europäische Union über die Zollunion und den gemeinsamen Binnenmarkt hinaus in eine Sozialunion zu entwickeln. Auf diesem integrationspolitischen Weg hätten die Gewerkschaften bereits zwei strategische Ziele für die Arbeitnehmer der Union erreicht.

  Erstens, die Charta der Europäischen Gemeinschaft über die Basisrechte der Arbeitnehmer vom Dezember 1989. An diesem Punkt wurde auch die Bedeutung gewerkschaftspolitischer Strategiedebatte im europäischen Integrationsraum deutlich, um z.B. der “opt-out“-Politik der britischen Regierung entgegenzuwirken.

  Zweitens, sei es durch die politische Arbeit der Gewerkschaften und ihrer Partner für Soziale

---

[1] A.a.O., S. 5.

[2] A.a.O.

Demokratie gelungen, im Maastricht-Vertrag von 1993 den Abschnitt über die Sozialpolitik in der Europäischen Union zu verankern.

Die europäischen Gewerkschaften hätten durch strategische politische Arbeit und Kooperation mit politischen Parteien und Verbündeten erreicht, in der Europäischen Union immerhin Mindestrechte für die Arbeitnehmer und für ihre soziale Sicherung durchzusetzen. Nach dem in der Europäischen Union geltenden "Günstigkeitsprinzip" könnten durch Mindestrechte jedoch weitergehende Rechte in Mitgliedsländern nicht "herunter harmonisiert" werden.

Diese Basisrechte seien zum Schutz und zur sozialen Sicherheit von Arbeitnehmern in ökonomisch weniger starken Ländern gegen den Widerstand einzelner Regierungen und vieler Arbeitgeberverbände in zähen politischen Verhandlungen errungen worden. Viele Gegner aus dem Arbeitgeber-Lager hätten nur den Freihandel und den gemeinsamen Binnenmarkt im Blick gehabt.

Den Konferenzteilnehmern des amerikanischen Kontinents erschlossen sich europäische gewerkschaftliche Einsichten, die wie folgt umrissen werden können: Die Europäische Union könne nur dann um neue Länder Europas erweitert und in ihrer Integration vertieft werden, wenn sie fest auf Akzeptanz ihrer Bürgerinnen und Bürger gründe. Dies gelinge nicht, wenn die Europäische Union als bloßes ökonomisches Projekt, als Freihandelsunion ohne die Perspektive gemeinsamer wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit wahrgenommen werde.

Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt in der Europäischen Union gebieten[3], Instrumente zu entwickeln, durch die wirtschaftliche Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern bzw. den Regionen der EU reduziert werden. Diesem Ziel dient die seit den 1980er Jahren entwickelte Kohäsionspolitik als "sichtbarster Ausdruck der Solidarität innerhalb der EU ... Kohäsionspolitik strebt an, die Bedingungen für nachhaltiges Wachstum, sichere Arbeitsplätze, Wohlstand und Qualität der Umwelt in den Regionen der EU zu verbessern. Und damit allen Bürgern der EU, wo immer sie leben, die Möglichkeit zu geben, am gemeinsamen Projekt eines starken europäischen Raumes der Entwicklung, des Zusammenhalts und der Solidarität zu partizipieren."[4]

Diese solidarische Strategie ausgewogener Entwicklung in Europas Regionen begleiten die Gewerkschaften und fordern darüber hinaus weitere konkrete Schritte um die Europäische

---

[1] Artikel 158 EG-Vertrag; vgl. dazu: *Dirk Ahner,* What do you really know about European Cohesion Policy, verfügbar unter: http://www.notre-europe.eu/. S. 1ff.

[2] A.a.O., S. 1.

Union regional und sozial ausgewogen zu entwickeln. Da Deutschlands Ausfuhr zu rund 60 v.H. Märkte in der EU beliefere, liege es im Interesse Deutschlands und seiner Gewerkschaften, dass die Europäische Union vertieft, erweitert und als Sozialunion gestaltet werde.

- Abschließende Bewertung.

  Den Konferenzbeiträgen des Vertreters der Internationalen Abteilung des DGB, Walter Überbach, kommt das Verdienst zu, bei wichtigen amerikanischen Gewerkschaftern einen Anstoß bewirkt zu haben, das NAFTA-Projekt aus einem integrationspolitischen Blickwinkel unter Einschluss europäischer Erfahrungen zu überdenken.

  Dadurch mögen diese Gewerkschaftler ermutigt worden sein, sich den nahezu einhelligen Forderungen der Konferenzteilnehmer zu widersetzen, NAFTA generell abzuschaffen. Der europapolitische Impuls des DGB-Vertreters Überbach mag entscheidend geholfen haben, im Rahmen der Konferenzbeschlüsse einen Kompromissvorschlag zu formulieren und zur Akzeptanz zu bringen, der die Idee der europäischen Sozialunion aufgriff. Als erster Ansatz für gewerkschaftliche Zustimmung zum NAFTA-Abkommen wurde vom Konferenzplenum eine Sozial-Charta gefordert.

5.3.3 Chancen gewerkschaftlicher high-road-Strategie

Der transatlantische Gewerkschaftsdialog über NAFTA und EU hatte nordamerikanische Bedenken und Protest gegen den Freihandel und Wettbewerb im NAFTA-Raum offen gelegt. Die Drohung von Unternehmen mit Abwanderung und eine neo-liberale laissez-faire Haltung der Politik erzwingen — so wurde argumentiert — gegenüber dem Wettbewerb aus Niedrig-Lohn-Länder eine “low-road-strategie“ der Anpassung “nach unten“ mit sinkenden Reallöhnen und Sozialleistungen.[1]

Die amerikanischen Gewerkschaften haben sich dieser Entwicklung widersetzt. Durch Streiks sei z.B. bei General Motors ein “outsourcing“ und damit Verlust von Arbeitsplätzen verhindert worden. In anderen Großunternehmen (US-West, UPS) hätten die Gewerkschaften Arbeitsplät-

[1] Die internationale Konferenz “Wettbewerbsfähigkeit schaffen“ diskutierte diese Problematik vom 23.-25.Oktober 1998 in Washington. Vgl.: *Economic Policy Institute,* Creating Competitive Capacity: Reassessing the Role of U.S. and German Labor Market Institutions in the New Economy, Washington, D.C., October 23 - 25, 1998, (Mitschrift der Konferenz mit der FES).
Diese Mitschrift liegt den folgenden Überlegungen zugrunde.

ze auch für Teilzeitkräfte gesichert und Weiterbildung für Belegschaften durchgesetzt.[2] Solche Erfolge zeigten, dass die Gewerkschaften in den USA wieder erstarkt seien. Ein “Organization Institute“ entwickle neue Techniken der “grassroots“-Arbeit und die Mitgliederzahlen stiegen an. Trotz wirtschaftlichen Wachstums und verbesserter Beschäftigung bleibe allerdings eine positive Reallohnentwicklung aus, die low-road-Situation herrsche weiterhin vor.

Deshalb — so empfiehlt Professor Turner — sei es für die nordamerikanischen Gewerkschaften sinnvoll, den Dialog mit den deutschen Gewerkschaften zu suchen. Die deutschen Kollegen könnten ihrerseits von den Organisationstechniken und Mobilisierungsinstrumenten der amerikanischen Gewerkschaften lernen. Doch sollten die amerikanischen Kollegen ihre Zukunft am deutschen Modell der Sozialpartnerschaft orientieren.

Denn in Deutschland sei es den Gewerkschaften gelungen, eine “high-road-Strategie“ mit hohen Reallöhnen und Sozialleistungen zu verankern — und dies in einem Land mit schwierigsten Strukturproblemen nach der Vereinigung von 1990. Der Schlüssel für diesen gewerkschaftspolitischen Erfolg liege in den folgenden Elementen.

- Gewerkschaftspolitik für internationale Wettbewerbsfähigkeit.
  Die Gewerkschaften in Deutschland haben als Tarifpartner und durch Mitbestimmung eine starke Stellung: Sie sind auf unternehmerischer, sektoraler, gesamtwirtschaftlicher und europäischer Ebene einflussreich und vernetzt. Stabile Verbindungen zu den wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern haben sich entwickelt. Industriepolitische Förderung von Forschung und Entwicklung, Ausbildung und beruflicher Qualifikation resultiert in langfristig erfolgreicher industrieller Produktion mit hoher Produktivität und hohen Löhnen. Technischer Fortschritt wird nicht ungestüm, sondern nachhaltig und sozialverträglich im Konsens umgesetzt. Somit ist den deutschen Gewerkschaften eine Schlüsselrolle zugewachsen um internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu entwickeln und zu sichern.
- Sozialer Frieden durch Sozialpartnerschaft.
  In Deutschland ist der Aufbau einer Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern gelungen. Dieser kooperativen Errungenschaft sind auch die maßgeblichen politischen Kräfte Deutschlands verpflichtet. Zwischen den großen Volksparteien, Sozialdemokratie und Unionsparteien, herrscht Konsens, die Institutionen der Sozialpartnerschaft (z.B. Betriebsverfassungsgesetz, Mitbestimmungsgesetz, Tarifautonomie) nicht anzutasten. Diese wurden insbesondere in den 1970er Jahren von der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung weiter entwickelt. Hohes Lohnniveau und hoher Lebensstandard breiter Arbeitnehmerschichten

[1] Vgl.: Lowell Turner, Cornell University, a.a.O., S. 10 ff.

sind dem sozialen Frieden zu danken, den auch die Arbeitgeber als hohes Gut werten. Wichtige Grundlage der Sozialpartnerschaft ist der Respekt der Arbeitgeber vor der Konfliktfähigkeit der Gewerkschaften. In Deutschland ist der globale Wettbewerb als Herausforderung für die Sozialpartnerschaft spürbar. Privatisierungen, die Eingliederung von Frauen und jungen Menschen in Beschäftigung, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Unternehmen in den Neuen Bundesländern stellen die Gewerkschaften vor große Probleme.

Hartmut Seifert[2] sieht derzeit für die deutschen Gewerkschaften das Paradigma der Arbeitsplatzsicherung im Vordergrund. Die Gewerkschaften ermöglichten den Betrieben im Rahmen flächendeckender Absprachen Konzessionen bei Lohn- und Arbeitszeitregelungen durch "Öffnungsklauseln". Es sei vielfach gelungen, die vergleichsweise hohen Stundenlohnsätze zu sichern und trotzdem durch "Arbeitszeitflexibilität statt Beschäftigungsflexibilität" (H. Seifert) die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Im Gegenzug verpflichten sich die Arbeitgeber, ausgebildete Jugendliche fest anzustellen und betriebsbedingte Kündigungen über ausgehandelte Zeiträume zu vermeiden.

Diese Gewerkschaftsstrategie "organisierter Dezentralisierung" (H. Seifert) habe dazu geführt, dass sich in den Betrieben Fragen der Arbeitsplatzsicherung und der Wettbewerbsfähigkeit bündelten. Um diese Probleme in den Betrieben zu bewältigen, haben die Gewerkschaften Beratungsleistungen für die verantwortlichen Betriebsräte entwickelt.

Sozialpartnerschaftliche Arbeitsplatzsicherung durch die Tarifparteien konnte zu einer beträchtlichen Entlastung der staatlichen Arbeitsmarktpolitik beitragen. Dies habe ein politisches Einvernehmen begründet, dass arbeitsmarktpolitische Kompensationsmaßnahmen entwickelt werden, falls wirtschaftliche Sachzwänge zu einseitigen Belastungen der Arbeitnehmer führen sollten.

- Berufsausbildung im dualen System.

  Einen weiterer Bestimmungsgrund für das "high-road"-Gelingen in Deutschland analysierte Hermann Schmidt[2]**:** das deutsche Modell der Berufsausbildung im dualen System. Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern, werde über die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung ein intensiver Dialog zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Politik geführt. Gerade auf der Grundlage der Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen haben Gewerkschaften und Betriebsräte maßgeblich die innerbetriebliche Ausbildung gestaltet. Zwischen 1970 und 1995 seien gerade zwei neue Berufe entstanden, im Umweltbereich und in

---

[1] Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB; Vgl.: a.a.O., S. 10ff. u. S.17ff.

[2] Bundesinstitut für berufliche Bildung; Vgl.: a.a.O., S. 4ff., 7ff.

der Kunststoffproduktion. Von 1995 bis 1998 dagegen bei intensivem Engagement der Gewerkschaften 23 neue Berufe dazugekommen, Beleg für eine effiziente Sozialpartnerschaft! Die Berufsausbildung der Zukunft müsse Wissen selektieren und vor allem die Fähigkeit vermitteln, Fachkenntnisse selbständig zu erarbeiten. Auch auf Vermittlung sozialer Kompetenz und Kommunikationsfähigkeit habe sich Ausbildung einzustellen. Das duale System sollte daher so reorganisiert werden, dass Schulzeit und praktische Ausbildung in geschlossenen zeitlichen Blöcken durchführbar seien. Schmidt plädiert für zwei Jahre Berufsschule als Grundlage guter Beschäftigungsfähigkeit, ein Jahr für die betriebliche Ausbildung. Um der Realität europäischer und globaler Güter- und Arbeitsmärkte Rechnung zu tragen, sollten Auslandsaufenthalte ermöglicht werden.

Weiterem Reformbedarf sollte Priorität zugemessen werden[3]. Von starren Berufsbildern sei abzurücken. Die Hochschulausbildung sollte mit der beruflichen Ausbildung verknüpft werden. Betriebliche Ausbildung werde zu sehr als Kostenfaktor, zu wenig als Investition wahrgenommen. Das Ausbildungssystem sollte weniger “dual“ als “integral“ betrachtet werden. Weniger als ein pädagogisches System, sondern als eine wirtschaftliche, soziale und politische Führungsfunktion.

Bildung und Ausbildung ist deshalb als politische Aufgabe so hochrangig, weil sie künftig nicht mehr Garantie, sondern Voraussetzung für Arbeitsplätze ist. Die kontinuierlich wachsenden Probleme mit Jugendlichen ohne Schulabschluss und berufliche Ausbildung bestätigen diese Schlussfolgerung.

Die deutsche “high-road“- Strategie gegenüber dem globalen Wettbewerbsdruck wurde von Professor Lowell Turner[2] als nachhaltig erfolgreich beurteilt. Deutsche Gewerkschaften hätten die Theorie widerlegt, dass hohe Löhne zu Arbeitslosigkeit führen müssten.

Die deutsche Wirtschafts- und Sozialordnung forme einen stabilen Kontext hoher wirtschaftlicher Produktivität. In der Verbindung von Arbeitsmarkt und sozialer Sicherung mit lohnabhängiger Beitragsfinanzierung, staatlichen Garantien, durch Selbstverwaltung der Tarifparteien konnte eine Sozialpartnerschaft wachsen und sich festigen, die[3] auf Stabilität und Langfristigkeit ausgerichtet sei.

---

[1] *Martin Baethge*, Soziologisches Forschungsinstitut, Universität Göttingen, erörterte dies eingehend. Vgl.: a.a.O., S.1f., S. 8.

[2] A.a.O., S.10 f.

[3] Darauf wies Professor *Georg Vobruba,* Universität Leipzig, hin. A.a.O., S.10 f., S. 20.

Tendenziell, so argumentiert Vobruba, untergrabe jedoch die Globalisierung den Wohlfahrtsstaat gerade dann, wenn er funktionieren müsse. Er nennt dies “Globalisierungsdilemma“. Vor diesem Dilemma stehe auch Deutschland.
Aber die wirtschaftliche Globalisierung sei als langfristiger Trend zu analysieren, nicht als unerwartet neues Phänomen. Der Beginn dieses Trends liege in der Mitte des 19. Jahrhunderts, er kulminierte vor dem Ersten Weltkrieg und setzte sich erneut nach 1945 fort. Die Globalisierung integriere nicht unterschiedslos die ganze Welt, sondern verflechte am intensivsten die EU, Nordamerika und Asien. Das unternehmerische Kapital wandere nicht an den Ort minimaler Lohnkosten, sondern suche das optimale Verhältnis von Arbeitskosten je Produkteinheit und Produktivität. “Afrika ist noch immer der teuerste Investitionsstandort der Welt, weil die Produktivität gering ist, nicht weil die Löhne hoch sind“, zitiert Vobruba einen Kollegen.

Den “Marktfundamentalisten“, die eine “low-road“- Anpassung nach unten propagieren, hält Vobruba entgegen: Wer die Marktwirtschaft schützen will, der muss sie sozial gestalten. Den Verlierern der Globalisierung müssen neue Arbeitsplätze oder Sozialleistungen angeboten werden. Sonst zerfalle die Akzeptanz des weltwirtschaftlichen Systems und Protektionismus gefährde den hart erarbeiteten Wohlstand der Industrieländer. Sein Appell: “Wir müssen die Marktwirtschaft vor ihren falschen Freunden, den Marktfundamentalisten, bewahren!“[1]
Die deutsche Wirtschafts- und Sozialordnung mit ihrer Ausrichtung auf langfristige, stabile Sozialpartnerschaft und industrielle Beziehungen benötigt dafür zwei Akteure — nicht allein eine erfolgreiche Gewerkschaftsorganisation. Vobruba[2] betont, gegenwärtig müsse die Aufmerksamkeit auf die Arbeitgeberseite gelenkt werden. Die sei derzeit der schwächste Teil des Systems. Starken Arbeitgebern stünden vor allem in Ostdeutschland viele ökonomisch schwache oder kleine Arbeitgeber gegenüber, die sich kaum organisieren lassen. Dadurch könne die Sozialpartnerschaft geschwächt werden.
Robert Reich hatte vor einem Zerfall des Sozialkontrakts und des sozialen Zusammenhalts in den Vereinigten Staaten gewarnt. Deutschland solle daher — so lautet die gewerkschaftliche Forderung — seine Verpflichtung auf eine ordnungspolitische Verbindung von leistungsfähiger Wirtschaft mit leistungsfähigem Sozialstaat bekräftigen.
Dies hat — wie hier dargestellt wurde — Gerhard Schröder mit seinem Modernisierungsprogramm und seinem Werben für eine “Teilende Gesellschaft“ geleistet.

---

[1] A.a.O., S. 12.

[2] A.a.O., S. 20.

5.3.4. Gewerkschaftliche Positionen gegen die neoliberale Herausforderung

Einen Höhepunkt transatlantischen gewerkschaftlichen Dialogs gestaltete die Friedrich-Ebert-Stiftung in Washington vom 23. bis 24. Februar 1998 mit ihrer internationalen Konferenz zum Vergleich der Wirtschaftsordnungen in Deutschland und in den USA.
Angesehene amerikanische und deutsche Wirtschaftsexperten, Vertreter amerikanischer Gewerkschaften[1] und der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall, Klaus Zwickel, setzten sich in vielbeachteten Beiträgen insbesondere mit der Frage auseinander, ob der neoliberale Ansatz die mit der Globalisierung verbundenen Beschäftigungsprobleme am besten lösen könne. Die in dieser kontroversen Debatte mit hohem fachlichen Niveau, Statistiken und Modellrechnungen belegten Positionen lassen sich zusammenfassend wie folgt strukturieren:

- These: Konsequent liberale Marktreformen schaffen “Beschäftigungswunder“.
  Der Vertreter des American Enterprise Institute, Jim Glassman, diagnostizierte für die USA ein “Beschäftigungswunder“ durch wirtschaftliches Wachstum und hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft. Marktwirtschaftliche Reformen wie Flexibilisierung und Deregulierung von Faktor- und Gütermärkten, Privatisierung, Senkungen der Einkommensteuer, niedrige Stückkosten für Arbeit infolge geringer Sozialabgaben bildeten flankierende Triebkräfte der wirtschaftlichen Dynamik.
  Zwar hätte dieser Wachstumsprozess zu einer ungleichen Verteilung der Einkommen geführt. Dem wirkten jedoch die für die Vereinigten Staaten typische hohe räumliche und soziale Mobilität sowie verbesserte Bildungschancen effektiver entgegen als Umverteilungspolitik.
  Deutschland dagegen leide im Vergleich zu den USA unter hoher Arbeitslosigkeit. Diese resultiere aus marktfeindlicher Regulierung und zu hohem Lohn- und Sozialaufwand, gestützt auf kartellartige Flächentarifverträge. Glassmans Empfehlung für Deutschland laute deshalb: Einkommensteuern senken, Arbeitskosten flexibilisieren, mehr Einwanderung zulassen, die Rentenversicherung auf private Vorsorge umstellen und insbesondere Ostdeutschland auf Jahre hinaus als “Labor freier Marktwirtschaft“ zu gestalten.
- Kritik an Glassmans These: Fehldiagnose und verfehltes Rezept!
  Die Ökonomen des Economic Policy Institute, Jeff Faux und Lawrence Mishel, wiesen Glassmans Diagnose, Analyse und Empfehlungen zurück. Das Wirtschaftswachstum in den

[1] Hervorzuheben sind Vertreter des AFL-CIO, dem DGB-Äquivalent in den USA, und der IAM, einer wichtigen Metallarbeitergewerkschaft.

USA habe ganz andere Ursachen als von Glassman beschrieben. Nämlich: sinkende Sparneigung der Privathaushalte, wachsende private statt staatlicher Verschuldung, Zunahme der Erwerbspersonen, Verlängerung der Jahresarbeitszeit, steigende Zahl der Erwerbstätigen in den Familien.

Die marktradikalen Deregulierungen und Privatisierungen hätten lediglich Billigimporte begünstigt, die Gewerkschaften geschwächt und den Arbeitnehmern durch sinkende Einstiegs- und abnehmende Reallöhne geschadet. Die Produktivität sei seit vielen Jahren kaum gestiegen, und die Löhne blieben noch dahinter zurück, entsprechend hätten die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zugenommen.

Jeff Faux fasst die Lage der Arbeitnehmer zusammen: 1992 waren es 25 v.H., 1996 bereits 46 v.H., die Angst um ihren Arbeitsplatz hatten.[2]

Daher könne Deutschland nur abgeraten werden, den Empfehlungen Glassmans zu folgen.

- Analyse und Schlussfolgerungen der Industriegewerkschaft Metall.

  Die deutschen Ökonomen Heiner Flassbeck und Hartmut Seifert unterzogen die Beschäftigungs- und Arbeitslosenquoten in den USA und Deutschland einem statistischen Vergleich. Ihr Ergebnis: Weder für das produzierende Gewerbe noch für den Dienstleistungssektor lassen sich zwischen der Bundesrepublik und den USA gravierende Unterschiede in der Beschäftigungsstruktur nachweisen. Auch die Arbeitslosenquote liege in Deutschland nicht — wie vielfach behauptet — um vier Prozentpunkte über der amerikanischen, sondern höchstens um zwei Prozentpunkte.

  Besonders irreführend sei die Behauptung, Deutschland kranke im Vergleich zu den USA an sehr hoher Langzeitarbeitslosigkeit. Ein solcher Vergleich verbiete sich schon deshalb, weil es in den USA zu diesem Problem keine geeignete Statistik gebe. Nach sechs Monaten endet dort der Bezug von Arbeitslosengeld und damit die Statistik. Langzeitarbeitslosigkeit liege aber erst ab einer Dauer von einem Jahr vor. In den USA berichten die Gewerkschaften jedoch von sehr vielen Betroffenen, bei denen kurzfristige Beschäftigung mit Arbeitslosigkeit alterniere. Es gäbe ein Massenphänomen derart “perforierter“ Arbeitsverhältnisse.[2]

---

[1] Vgl.: *Industriegewerkschaft Metall* Wirtschaft-Technologie-Umwelt, Herausgeber, Redaktionsteam: Dr. Rudolf Welzmüller (Text), Inge Fenchel (Layout), Vergleich USA—Bundesrepublik Deutschland - Zusammenfassende Auswertung - Tagung vom 23./24. Februar 1998 in Washington, D.C., S. 10.

[2] A.a.O., S. 11.

In den Vereinigten Staaten sind durchaus Beschäftigungserfolge erzielt worden, aber bei niedrigen Löhnen, geringen Sozialleistungen und geringer Produktivität.
Diesen Weg lehnt die IG Metall für Deutschland ab: Keine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes über sinkende Einkommen und steigende soziale Risiken!
Statt dessen strebe die deutsche Industrie internationale Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und hohe Produktivität an, die auch hohe Löhne und Sozialleistungen erlaube. Die deutschen Gewerkschaften setzen sich für Produktivität und Effizienz in den Betrieben ein, sie fördern eine Orientierung der Belegschaften auf hohe Qualifikation und Bildung.
Im Gegensatz zu amerikanischen gewerkschaftlichen Positionen, die zum Schutz von Arbeitsplätzen einer protektionistischen Handelspolitik mit Barrieren gegen Importe zuneigen, tritt die Industriegewerkschaft Metall für eine offene, aber sozial und ökologisch gestaltete Weltwirtschaftsordnung ein: “Während die IG Metall auf einen durch Innovation und hohe Produktivität geprägten Handel setzt — der sehr wohl mit Sozial- und Ökoklauseln flankiert werden muss — setzen die US-Gewerkschaften stärker auf Handelsbeschränkungen.“ Die IG Metall konstatiert daher: “Hier ist einer der Unterschiede in der gewerkschaftlichen Sicht von internationalem Handel deutlich geworden.“[3]
Diese unterschiedliche Sichtweise in handelspolitischen Fragen tritt jedoch in den Hintergrund gegenüber einer fundamentalen Gemeinsamkeit zwischen der IG-Metall und ihren amerikanischen Partnern: Nämlich der Erkenntnis, “welch große Bedeutung das Wiedererstarken der US-Gewerkschaften in einer globalisierten Welt habe. Denn so lange im wirtschaftlich größten und führenden Land nur eine unzureichend wirksame gewerkschaftliche Gegenmacht existiere, wird es dem Kapital leicht fallen, sein Modell des Produzierens und Verteilens durchzusetzen. Da die US-Unternehmen international agieren und US-erprobte Modelle letztlich — mit entsprechenden Abwandlungen — auch zum Bezugsrahmen des europäischen Kapitals werden, ist die stärkere gewerkschaftliche Einflussnahme und Gestaltung in den USA auch im ureigenen Interesse der Internationalen Gewerkschaftsarbeit.“[4]

Der gesamte hier verwendete Bericht der IG Metall ist von Sachkenntnis und Nüchternheit in der Analyse und Bewertung des Wirtschafts- und des Gewerkschaftssystems in Deutschland wie in den USA geprägt.
Dem Thema dieses internationalen Dialogs kam für die deutsche innenpolitische Debatte hohe aktuelle Relevanz zu. Denn das Wirtschaftsmodell der USA wurde in Deutschland seinerzeit

---

[1] A.a.O. S. 10.

[2] A.a.O. S. 7.

immer wieder herangezogen um Machtveränderungen in konservativ-neoliberaler Richtung zu fördern.
Deshalb stellte der Vorsitzende der IG Metall, Klaus Zwickel, zum Transatlantischen Gewerkschaftsdialog fest, “Informationen aus erster Hand und direkte Kontakte zwischen den Gewerkschaften seien gerade in einer solchen Situation das beste um Mythos und Realität zu unterscheiden und um die Grundlagen gemeinsamen Handelns zu erneuern.“[3]

6 Transatlantische Partnerschaft für das 21. Jahrhundert — Lost in transition?

Nach dem Ende des Kalten Krieges brachen transatlantische Spannungen häufiger aus als in den Zeiten der Blockkonfrontation.
Die Globalität der neuen internationalen Probleme und Konfliktlagen, die sich nunmehr abzeichneten, bedurften jedoch gemeinsamer Beurteilung und Sichtweisen zwischen Amerika und Europa. Diese Erkenntnis leitete Gerhard Schröder, als er sich gegen Ende der Transformationsdekade der neunziger Jahre zur transatlantischen globalen Verantwortungsgemeinschaft bekannte.

6.1 Amerika und Europa — eine unentbehrliche Partnerschaft für das 21. Jahrhundert (Gerhard Schröder)

Gerhard Schröder, Ministerpräsident von Niedersachsen und Kandidat der SPD für das Amt des Bundeskanzlers in der Bundestagswahl 1998, sprach zu diesem Thema in der Georgetown University im Rahmen eines von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisatorisch unterstützten Informationsbesuchs in den USA.[2]

---

[1] A.a.O., S. 5.

[2] Ministerpräsident Schröder führte Gespräche mit Präsident Clinton, Vizepräsident Gore, Außenministerin Albright, Finanzminister Rubin, Federal Reserve Chairman Alan Greenspan sowie hochrangigen Vertretern der Clinton-Administration — ein dem politischen Status des Kanzlerkandidaten, der die Bundestagswahl am 27. September 1998 gewinnen sollte, klug vorausschauend zugemessenes Programm.

Dieser politische Besuch und die Rede vom 5. August 1998[3] können als Höhepunkt des transatlantischen Engagements der deutschen Sozialdemokratie und der Friedrich-Ebert-Stiftung in den neunziger Jahren gewertet werden. Gerade ausgewiesene “Atlantiker“ wie Timothy Garton Ash oder Werner Weidenfeld hatten in der Zeit nach dem Ende des Kalten Kriegs zunehmende Erosion der transatlantischen Beziehungen konstatiert. Vor diesem Hintergrund entwickelte Schröder eine herausragend begründete und glaubwürdige Position zur amerikanisch-europäischen Partnerschaft.

Die transatlantische Ausrichtung der deutschen Sozialdemokratie durch diese Grundsatzrede sollte — so ist zu hoffen — die weitgehend zeitbedingten atlantischen Kontroversen überstrahlen und als orientierender Maßstab erinnert bleiben.

6.1.1 Dank an Amerika — Bekenntnis zur euro-atlantischen Wertegemeinschaft

Gerhard Schröder würdigte die “historischen Leistungen“ der Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg, die eine Dankesschuld Deutschlands begründeten:[2]

- Amerikas Beitrag zum Wiederaufbau Europas und Deutschlands habe nicht nur den wirtschaftlichen Neubeginn, sondern auch “die Entwicklung einer stabilen Demokratie in Deutschland“ ermöglicht;
- das Friedensprojekt der Einigung und Integration Westeuropas habe sich auf “ständige Hilfe der USA“ stützen können;
- der “klugen amerikanischen Politik“ sei geschuldet, dass der Kalte Krieg friedlich beendet und der Sowjetunion geholfen werden konnte, einen Reformprozess einzuleiten;
- der Prozess der deutschen Vereinigung habe durch “rückhaltlose amerikanische Unterstützung“ schneller verwirklicht werden können, “als viele — auch ich — gedacht hatten“.

Die Zukunft der transatlantischen Partnerschaft wird aus der Sicht Schröders durch die Bindekraft zweier fundamentaler Gemeinsamkeiten bestimmt: Werte und Interessen.

Die Wertegemeinschaft steht für Gerhard Schröder ausdrücklich an erster Stelle: “Auch in der internationalen Politik brauchen wir Bezugspunkte, die jenseits sogenannter Realpolitik und reiner Interessenpolitik liegen. Die transatlantische Partnerschaft ist für mich in erster Linie Ausdruck gemeinsamen Eintretens für die Werte, die unser Zivilisationsmodell begründen: Die

---

[1] Vgl. öffentlich verteiltes Redemanuskript, 11 Seiten. Zitate (“Gerhard Schröder, Rede, Amerika und Europa ...“) sind im folgendem dem deutschen autorisierten Text entnommen.

[2] Vgl. *Gerhard Schröder,* Rede, Amerika und Europa ... S. 2.

Würde des Menschen und seine unveräußerlichen Rechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, Marktwirtschaft und Solidarität“.[3]
Das Fundament deutsch-amerikanischer Partnerschaft — historische Dankesschuld und gemeinsame Orientierung an den Werten des westlichen “Zivilisationsmodells“ — ist ein so wertvolles Gut, so können die Ausführungen Schröders gedeutet werden, dass es vor Missbrauch zu schützen ist. Schröder warnt deshalb, die gemeinsame Wertorientierung mit “ideologischen Scheuklappen“ zu verwechseln und sie gegen eine pragmatische Politik für die jeweiligen Interessen beider Länder ins Feld zu führen. Wichtig sei jedoch, dass die “Art und Weise“, in der die Interessen verfolgt werden, partnerschaftlich geprägt sei.

6.1.2. Interessengemeinschaft, aber nicht Identität der Interessen

Unter einer SPD-geführten Bundesregierung werde es “keinen Wechsel in der grundsätzlichen Orientierung der deutschen Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik geben“[2]. Ein solcher Regierungswechsel ändere nichts an den “internationalen Kerninteressen“ und Zielen Deutschlands: Integration und Kooperation in Europa, transatlantische Partnerschaft, Mitarbeit an einer Ordnungspolitik für die globale Wirtschaft, Förderung von Menschenrechten und nachhaltiger Entwicklung, Stärkung multilateraler Politik und internationaler Organisationen.
Gerade den Beziehungen zu den USA misst Schröder “als nicht veränderbarer Konstante unserer Außenpolitik“ besonderen Rang zu; denn “diese Partnerschaft ist zugleich wesentliche Voraussetzung für das Erreichen unserer anderen Ziele.“
Allerdings könne Deutschland als europäische Mittelmacht seine Interessen am besten in einer handlungsfähigen Europäischen Union und “einem dichten Netz starker multilateraler Institutionen “ verfolgen. Den Vereinigten Staaten von Amerika hingegen käme als globaler Führungsmacht eine andere Position und Rolle zu. “Aber auch sie brauchen Partner“[3].
Mit dieser Feststellung deutet Schröder auf Konfliktpotential: eine unilateral handlungsfähige Weltmacht USA gegenüber dem außen- und sicherheitspolitisch nicht geeinten Staatenverbund Europäische Union — nicht nur militärisch, auch politisch entspricht dem eine offensichtliche Machtdifferenz. Gerade deshalb wird von Gerhard Schröder, wenn nicht Gleichberechtigung, so

---

[1] *Gerhard Schröder,* Rede, Amerika und Europa ..., S. 2.

[2] A.a.O. S. 1.

[3] A.a.O., S. 2.

doch die partnerschaftliche “Art und Weise“ (Gerhard Schröder) eingefordert, wenn die atlantische Allianz in der internationalen Politik in Anspruch genommen werden sollte.

6.1.3 Interessenkonflikte, aber kein Bruch

Wegfall sowjetischer Bedrohung, verschärfter Wettbewerb auf globalisierenden Märkten, Ausscheiden der politischen Generation, die der Kalte Krieg als “Atlantiker“ prägte — diese Entwicklungen drängten auf eine offenere transatlantische Streitkultur.
Als Beispiele nennt Schröder die Sanktions-, Klima- und Iranpolitik. Dies verkrafte eine auf gemeinsame Werte und Vernunft gegründete, für “beide Seiten unentbehrliche“[1] Partnerschaft. Denn richtig verstandene Interessengemeinschaft sei — so zitiert Schröder den US-Präsidenten Bill Clinton — “Interdependenz zu beiderseitigem Vorteil“. Gerade auf wirtschaftlichem Gebiet unterliegt eine Vorteilsbilanz harter und oft kontrovers beurteilter Prüfung von Verteilungseffekten auf die wechselseitigen Interessen.
Dies fast ein Jahrzehnt nach dem Ende des Kalten Krieges als transatlantische Normalität herauszuarbeiten, leistet Schröders Rede in partnerschaftlicher, aber konsequenter Form: “Was uns ökonomisch und politisch stark macht, sind Wettbewerb und Pluralismus, und beides geht mit Konflikten einher. Das gilt innerhalb von Staaten genauso wie zwischen Staaten. Ich teile deshalb auch nicht manche Aufgeregtheiten über einen drohenden Bruch in den transatlantischen Beziehungen.“[2] Jedenfalls lässt Schröder keinen Zweifel daran, dass eine zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union koordinierte internationale Politik den globalen Interessen beider Seiten am besten dient. Herausforderungen für gemeinsames Handeln sieht Gerhard Schröder vor allem auf zwei Themenfeldern: Frieden und Stabilität in Europa sowie die globalen sicherheitspolitischen Bedrohungen.

6.1.4 Frieden und Stabilität in Europa

Dieses Thema knüpft an die grossen Beiträge zum deutsch-amerikanischen Dialog an, die FES-Washington für Willy Brandt, Helmut Schmidt, Hans-Jochen Vogel, Egon Bahr ausrichtete.

---

[1] A.a.O., S. 3.

[2] A.a.O., S. 3.

In den neunziger Jahren wuchs die Chance, “die Zone stabilen Friedens in Europa“ auszudehnen. Um diese aus Schröders Sicht[3] gemeinsame transatlantische Aufgabe zu bewältigen, bieten sich mehrere Strategien an:

- Integration, das heißt NATO- bzw. Osterweiterung der Europäischen Union;
- Kooperation, d.h. Zusammenarbeit von NATO oder EU mit jenen Ländern, die nicht oder noch nicht integriert werden können;
- Demokratieförderung und Konfliktregelung im Rahmen von Europarat, OSZE oder regionalen Kooperationsforen.

Für diese europäische Friedens- und Stabilisierungspolitik von NATO und EU formuliert Gerhard Schröder die folgenden Grundsätze[2]:

- Erstens, “die schrittweise Integration einiger muss eingebettet sein in eine Politik intensiver Kooperation mit allen“, dies erfordert,
- zweitens, “konzertiertes“ Vorgehen von Amerika und Europa, schließlich ist,
- drittens, der sicherheitspolitische Rahmen für die Integrations- und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa gesamteuropäisch auszurichten, damit Russland die Osterweiterung von Nato und EU nicht als gegen sich gerichtet, sondern als “Gewinn für die eigene Stabilität und Sicherheit“ betrachtet;
- viertens, steht Gerhard Schröder zum Bosnien-Einsatz der Bundeswehr, zur Tatsache, “dass es Situationen gibt, in denen ohne militärische Mittel Frieden nicht hergestellt oder gesichert werden kann“. Gerhard Schröder legt seine Position fest: “Deutschland wird nie allein handeln. Und Deutschland wird der internationalen Gemeinschaft seine Solidarität nicht verweigern.“

Drei strategische Kooperationsfelder hebt Gerhard Schröder für die transatlantische Partnerschaft hervor, um Frieden und Stabilität auf dem europäischen Kontinent zu sichern:

- “Strategische Herausforderung allerersten Ranges“[3] ist die Stabilität der Transformationsländer in Europa. Dieser Herausforderung hat sich die EU gestellt. Ihre Mitglieder, insbesondere Deutschland, bringen 80 v.H. der finanziellen Transfers auf, die in diese Länder fließen. Die deutsche Sozialdemokratie habe sich auch das Ziel gesetzt, dort die zivilgesellschaftliche

---

[1] Vgl. a.a.O., S. 4 - 6.

[2] Vgl. a.a.O. S. 3, 4, 6, 11.

[3] A.a.O.,S. 4.

Entwicklung zu fördern. Gerhard Schröder zeigt sich erfreut, dass er dazu in den USA große politische Übereinstimmung feststelle.

- NATO und EU haben “ein vitales Interesse am Erfolg des russischen Transformationsprozesses“; denn “ohne ein Russland, das den Weg der Reformen entschlossen fortsetzt, gibt es keine gesamteuropäische Stabilität“; für dieses Ziel ist Zusammenarbeit mit Russland unverzichtbar. Auch wenn es an Russland selbst liegt, die Voraussetzungen wirksamer Hilfe zur Selbsthilfe zu schaffen, der russische Reformweg sollte angemessen unterstützt werden.
- Die Türkei ist im Rahmen der strategischen Europapolitik und EU-Erweiterungsziele einer künftigen SPD-geführten Bundesregierung “ein wichtiger europäischer Partner ... Für mich ist die Türkei ein Beitrittskandidat zur EU wie jeder andere. Die EU ist keine religiöse Vereinigung, die Andersgläubige ausschließt.“[1] Gerhard Schröder lässt indes keinen Zweifel, dass die EU-Integrationsbedingungen eine Fülle von Aufgaben für die Türkei bedeuten.
  Zwischen den amerikanischen Einschätzungen und denen Gerhard Schröders zur strategischen Bedeutung des Partners Türkei in der Großregion des Mittleren Ostens, des Balkans, des südlichen Kaukasus und Zentralasiens ließ sich weitgehende Übereinstimmung annehmen.

Deutschland werde also — sichert Gerhard Schröder den amerikanischen Partnern zu — auf der Grundlage der dargelegten außenpolitischen Strategien, Prinzipien und Prioritäten auch unter einer SPD-geführten Bundesregierung im Rahmen multilateraler Selbstbindung solidarisch für Stabilität und “kooperative Sicherheit in und für Europa“ einstehen.
Diese Verantwortung umfasse “ für Europa“ auch die gemeinsamen globalen Herausforderungen.

6.1.5 Globale Verantwortung in transatlantischer Partnerschaft

Gerhard Schröder hebt die Notwendigkeit hervor, die Menschen in Deutschland darüber zu informieren und sie dafür zu gewinnen, “dass unsere Mitwirkung an der Bewältigung der globalen Probleme in Zukunft über die natürliche Vertretung der Interessen einer starken Exportnation hinausgehen muss.“[2]

---

[1] A.a.O., S. 5.

[2] A.a.O., S. 6.

Die folgenden globalen Probleme werden als gemeinsame Herausforderungen für die transatlantische Partnerschaft benannt:[3]

- Die Proliferation von Massenvernichtungswaffen stellt das größte Sicherheitsrisiko der Zukunft dar — trotz des Nicht-Verbreitungs-Vertrags (NPT) sowie der Teststopp- und Chemiewaffen-Abkommen. Schröder belegt seine Einschätzung mit den Nukleartests in Pakistan und Indien. Ferner verweist er auf den Irak-Konflikt: “Dank der Entschlossenheit der USA eskalierte die Irak-Krise nicht, aber die Gefahr ist nicht vorüber. Wir können dem Regime in Bagdad nicht trauen. Die Bestimmungen des NV-Regimes müssen streng überwacht und durchgesetzt werden.“
- Eine solidarische gemeinsame Strategie ist gegenüber der international organisierten Kriminalität (Drogen-, Menschen-, illegaler Waffenhandel) und insbesondere dem von Staaten geförderten Terrorismus zu entwickeln und umzusetzen.
- Ohne missionarische Attitüde muss angestrebt werden, “dass der universell gültige Grundbestand an Menschenrechten überall geachtet wird. Und wir müssen demokratische Entwicklungen, wo immer möglich, unterstützen.“ Wo dies gelinge, würden Konflikte eher gewaltfrei ausgetragen. In der Politik gegenüber China hält Schröder den Ansatz Präsident Clintons für wegweisend, der politischen Dialog mit intensiver wirtschaftlicher Zusammenarbeit verbinde.
- Der von ökologischen, sozialen und ökonomischen Krisen in Entwicklungsländern ausgelöste Migrationsdruck auf die wohlhabenden Demokratien bedarf einer Bekämpfung der Ursachen in den Ländern des Südens durch eine Strategie nachhaltiger Entwicklung.

Schröder sieht für die transatlantische Partnerschaft unabweisbaren Handlungsbedarf, das Instrumentarium zur Behandlung der globalen Bedrohungen zu verbessern. Die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen, die Zielgenauigkeit und Effizienz der internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen sei zu stärken, mehr direkte Zusammenarbeit zwischen den größten Industriestaaten im Rahmen von G7/G8 dringend geboten.

Amerika und Europa sollten “ein gemeinsames Management der Globalisierung“ anstreben und dadurch zum “kooperativen Kern der Weltordnung des nächsten Jahrhunderts werden.“

Für dieses Ziel schließt Gerhard Schröder seine Rede mit dem Appell an den amerikanischen Partner: “Deshalb ist die amerikanisch-europäische Partnerschaft unverzichtbar. Sie richtet sich nicht gegen andere, sondern ist ein Angebot an andere, mit uns für eine Welt zu sorgen, die von Frieden, Freiheit und wachsendem Wohlstand geprägt wird. Dazu wünsche ich mir die USA und

---

[1] Vgl. a.a.O., S. 6f.

Europa eng verbunden. Ich wünsche mir ein stärkeres, handlungsfähiges Europa und ein Amerika, das in Europa präsent bleibt.“

Abschließend und zugleich vorausschauend erscheint eine kurze Würdigung dieser großen Rede Gerhard Schröders angemessen.

Bedeutende Sozialdemokraten haben sich glaubwürdig zur transatlantischen Partnerschaft bekannt. Über solches Bekenntnis hinaus stellte die Rede des niedersächsischen Ministerpräsidenten einen konkret gefassten, zukunftsorientierten Beitrag für eine globale transatlantische Verantwortungsgemeinschaft dar.

Berechenbarkeit des deutschen Partners, Vertrauen in seine Loyalität, offene Positionierung der deutschen Interessen im Rahmen des multilateralen Gefüges internationaler Institutionen — dies wird der vorherrschende Eindruck bei den amerikanischen Gesprächspartnern und dem hochrangigen Auditorium gewesen sein. Diese starke Botschaft Gerhard Schröders muss die kommenden Spannungsfälle überragen. Diese Botschaft sollte bei dem Urteil über kommende Streit- und Formfragen erinnert werden. Damit wechselseitige Fragwürdigkeiten in angepasster Proportion in der Geschichte Deutsch-Amerikanischer Partnerschaft eingeordnet werden.

6.2 Irakkonflikt und transatlantischer „Bruch“

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 schien Europa geeint in “uneingeschränkter Solidarität“ (Bundeskanzler Gerhard Schröder) mit den Vereinigten Staaten. Die militärische Intervention in Afghanistan war noch von breitem internationalen Konsens getragen. Doch dann löste die Debatte um einen militärisch durchzusetzenden Regimewechsel im Irak heftigste Kontroversen aus.

Der Streit um die Irakpolitik spaltete die Allianz. Umfragen zeigten einen “transatlantischen Bruch“ (transatlantic rift) in der Bewertung (Zustimmung bzw. Ablehnung) der internationalen Politik der Regierung Bush zwischen den USA und Europa, insbesondere Deutschland.[1] Von 2002 auf 2003 weisen diese Umfragen zur Akzeptanz der Außenpolitik des Präsidenten George W. Bush die folgenden Änderungen aus:

USA: Zustimmung von 53 v.H. auf 60 v.H. — Ablehnung von 44 v.H. auf 34 v.H.

Europa: Zustimmung von 38 v.H. auf 30 v.H. — Ablehnung von 56 v.H. auf 64 v.H.

---

[1] Vgl. Transatlantic Trends 2003, S. 4; http://www.transatlantictrends.org, The German Marshall Fund of the United States.

Deutschl.: Zustimmung von 36 v.H. auf 16 v.H. — Ablehnung von 62 v.H. auf 81 v.H.

Deutschland war neben Frankreich das Land mit der höchsten Ablehnungsquote und zugleich neben Italien das Land mit dem stärksten Anstieg der ablehnenden Haltung gegenüber der Außenpolitik der Regierung Bush im Kriegsjahr 2003.
Bei den Umfragen zeigte sich ferner eine europaweit deutlich kritischere Haltung gegenüber dem Präsidenten Bush als gegenüber den USA im Allgemeinen [1]. Aber die Ablehnung schien doch weit über die Bewertung der Politik des Präsidenten George W. Bush hinauszugehen. Außenpolitische Sorge wuchs, dass sich die transatlantische Kluft verfestigen und die Handlungsfähigkeit der Allianz zerstören könnte. Und dies angesichts einer gemeinsam zu konfrontierenden ernsten internationalen Bedrohungslage.
Der Vergleich von Umfrageresultaten zwischen 2002 und 2008 belegen, wie realistische diese Besorgnisse waren: Wünschten in Deutschland 2002 noch 68 v.H. der Befragten eine globale Führungsrolle der USA, sank diese Zustimmung rapide und anhaltend; 2008 lag sie bei nur 39 v.H. [2] Ähnliche Ergebnisse ergaben sich bei europaweiten Umfragen. Dieser Vertrauensverlust schien überdies gegenseitig. 83 v.H. der Befragten in den USA und 79 v.H. in Europa teilten die These vom transatlantischen Bruch und führten ihn auf „unterschiedliche soziale und kulturelle Werte“ zurück [3] .
Aus der Erinnerung gemeinsamer Nachkriegsgeschichte der Allianz, werden auch emotionale Seiten der anscheinend tiefen kulturellen Divergenz zwischen Europa und Amerika verständlich. Fassungslos mussten überzeugte Transatlantiker mit ansehen, “wie schnell eine Partnerschaft sich auflösen konnte, die über Jahrzehnte aufgebaut worden und so stark gewesen war.“[4] Das Büro Washington der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES-WO) konstatierte einen dramatischen Vertrauensverlust in amerikanische Politik, ja, schlimmer noch: “ Ängste vor einem neuen Irak-

---

[1] Die positive Einstellung zu den USA war danach um 15 bis 20 Prozentpunkte höher als gegenüber Präsident Bush.

[2] Vgl. Transatlantic Trends 2008, S. 7,

[3] Vgl. Transatlantic Trends 2003, S. 3

[4] *Ronald D. Asmus*, Is a Comeback Possible? Why We Can and Must Reinvent the Transatlantic Relationship for the 21st Century.
Speech at the Atlantik-Brücke-Day, July 2, 2007, Atlantik-Brücke E.V., Berlin, S. 2

Krieg schürten Ressentiments, Antipathie und Hass gegen die Vereinigten Staaten, überall, nicht nur in der arabischen und muslimischen Welt.“ [5]

Wie konnte es dazu gerade in Deutschland kommen, dem scheinbar verlässlichsten Partner einer transatlantischen Kulturgemeinschaft, die sich seit den Jahrzehnten des Kalten Kriegs bewährt zu haben schien?

Diese Frage analysierte die Friedrich-Ebert-Stiftung Ende 2002; auf die beiden daraus hervorgegangenen Publikationen stützt sich die folgende Darstellung.[2]

6.3 Zur These der transatlantischen Kluft

Aufschlüsse über einen „kulturellen Bruch“ zwischen den USA und Europa werden zunächst in demographischen Faktoren, dann in unterschiedlichen Werten und damit verbundenen Einstellungen gesucht.

Schließlich wird auf die Frage eines “Anti-Amerikanismus“ in Europa, insbesondere in Deutschland, eingegangen.

6.3.1 Demographie und transatlantische Kluft

John Parker [3], seinerzeit Leiter des Büros Washington des Economist, sieht in demographischen Faktoren eine Ursache für eine langfristig wachsende kulturelle Divergenz zwischen Amerika und Europa:

- Die amerikanische Bevölkerung wächst dauerhaft schneller infolge einer höheren und steigenden Fertilitätsrate, d.h. der durchschnittlichen Zahl der Kinder einer Frau während ihrer Lebenszeit, während Bevölkerung und Kinderzahl in Europa eher abnehmen.
- Amerika hat eine stärkere Zuwanderung — Lateinamerikaner und Asiaten — als Europa. Die Einwanderer siedeln sich vorwiegend in den wirtschaftlich dynamischen Regionen des Süd-

---

[1] *Dieter Dettke*; *Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office,* Cultural Cleavages, Political Conflicts, and Diverging Demographic Futures: Is the Transatlantic Rift Inevitable? Washington, D.C., 2003 S. 2

[2] *Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office,* Cultural Cleavages, Political Conflicts, and Diverging Demographic Futures: Is the Transatlantic Rift Inevitable? Washington, D.C., 2003.

Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office, Anti-Americanism in Germany and Europe: Perception, Projection, Reality. Washington, D.C., 2003.

[3] *Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office,* Cultural Cleavages ..., S. 5 ff.

westens der USA an. Da sie überwiegend jung sind, steigern sie die demographische und wirtschaftliche Dynamik der USA zusätzlich.

Auf längere Sicht verjüngen sich also die USA gegenüber Europa, werden ethnisch vielfältiger und gerade in den wirtschaftlich starken Regionen durch die dort konzentrierte Immigration Europa immer unähnlicher. In Europa würde — so referiert Parker — der bestehende demographische Trend bis zum Jahre 2050 zu einem Durchschnittsalter (Median, dh. 50% älter, 50% jünger) von rd. 53 Jahren führen, bei 36 Jahren in den USA!

Parker leitet aus der divergierenden demographischen Entwicklung zwischen den USA und Europa ein pessimistisches Urteil über Europas Zukunft als internationaler sicherheitspolitischer Akteur und Partner der USA ab. Wenn sich Europa schon im Jahre 2002 unwillig gebe, seine militärischen Kapazitäten zu steigern, welche Bereitschaft, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen, wäre dann wohl im Jahre 2050 bei verdoppeltem Anteil der über 65-Jährigen zu erwarten? Eine zu weit geführte These im Rahmen einer der temperamentvollen Konferenz-Debatten in Washington?

Man täusche sich nicht. Das transatlantische Kontrastbild Parkers scheint auch zur Jahreswende 2008-2009 keineswegs überholt, sondern findet Widerhall bei vielen Befürwortern enger europäisch-amerikanischer Partnerschaft gegenüber den Herausforderungen internationaler Politik. Der USA-Spezialist Professor Stephan Bierling äussert sich mit Sorge und Skepsis über Europas Relevanz als Partner der Vereinigten Staaten: “ Weil Europa zu schwach ist. Wir verlieren ökonomisch, demographisch und militärisch relativ zu anderen Staaten an Bedeutung.“[1]

FES-Washington hat also mit dem demographischen Faktor frühzeitig ein wesentliches transatlantisches Problemfeld in die öffentliche Debatte gebracht. Gleichzeitig untersuchte sie das vielbeschworene Bild der transatlantischen Wertegemeinschaft und das Phänomen eines vermeintlich europäischen, insbesondere deutschen Anti-Amerikanismus genauer. Die Beiträge dazu werden nun aufgegriffen.

6.3.2 Transatlantische Wertegemeinschaft — mit markanten Unterschieden.

Zu diesem Thema leistete Prof. Ronald Inglehardt einen vielbeachteten Beitrag für die FES-Fachkonferenz Ende 2002. Inglehardt ist heute Präsident des “World Values Survey (WVS)“,

---

[1] *Stephan Bierling*, Interview Wirtschaftswoche, 8. November 2008, verfügbar unter: http: // www.wiwo.de/politik/die-uhr-läuft-gegen-uns-377224/ , S. 6.

eines weltweiten Netzwerks von Sozialwissenschaftlern , die den Wertewandel und seine Wirkung auf das soziale und politische Leben erforschen. Durch akkumulierte Forschungserfahrung seit Beginn der 80er Jahre gelang es dem WVS bis 2007 die Werthaltungen in 97 Gesellschaften zu erforschen, die nahezu 90 v. H. der Weltbevölkerung umfassen.
Der Begriff “Wertewandel“ lässt sich sowohl für ein Land im Zeitablauf als auch für ein gegebenes Untersuchungsjahr in verschiedenen Ländern (Querschnitt) untersuchen und vergleichen. Wertewandel wird von WVS untersucht in Bezug auf Religion, Geschlechterrollen, Motivationen im Arbeitsleben, Demokratie, gute Regierungsführung, Sozialkapital, politische Teilhabe, Toleranz gegenüber anderen Gruppen, Umweltschutz und persönliche Wohlfahrt.
Damit geht der Ansatz Ingleharts tiefer als die Wertegemeinschaft zwischen den USA und Europa. Eine westliche Wertegemeinschaft für Menschenwürde, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie soll mit dieser Frage nicht relativiert werden. Im Gegenteil, sie muss als das gemeinsame politische Fundament gesehen werden. Damit kann die Bindekraft gemeinsamer Werte die atlantische Partnerschaft bei Belastungen zusammenhalten — wie es im Fall der dargestellten extremen Kontoversen um die Irakpolitik erwartet werden konnte.
Aber die Gemeinschaft von Werten und Prinzipien besteht neben kulturellen transatlantischen Differenzen, die Inglehart an zwei polare Begriffspaare knüpft:

- Existenzsicherungswerte gegenüber Selbstentfaltungswerten.
  Hier stehen sich Konformität in der Gemeinschaft, damit die Grundbedürfnisse des Überlebens gesichert werden, und die mit weitgehend gesichertem Wohlstand wachsenden Bedürfnisse nach freier Entfaltung der eigenen Persönlichkeit gegenüber.
  Die USA und Europa, beide im Übergang von der Industriegesellschaft zur wissensbasierten Ökonomie, ähneln sich in der Betonung der individuellen Freiheit und Selbstentfaltung. Dies trifft zumindest für ihre prosperierenden und wirtschaftlich gesicherten ländlichen und städtischen Gebiete zu. Eine solche Kultur der freien Entwicklung der persönlichen Lebensziele setzt voraus und fördert zugleich — so Inglehardt — Toleranz gegenüber anderen, Gleichberechtigung und Ebenbürtigkeit der Geschlechter, das Bestreben, die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern, die Teilhabe und Mitverantwortung in Unternehmen, bürgerschaftlicher Selbstorganisation und Politik. Ein solches kulturelles Umfeld fördere zugleich politische Mo-

deration, Augenmaß und Stabilität der Demokratie — ein Feld weitgehender transatlantischer Gemeinsamkeit wird hier von Inglehardt festgestellt[1] .

- Traditionelle Werte gegenüber säkular-rationalen Werten.
  Nach Inglehardt bestimmt dieses Begriffspaar die Unterschiedlichkeit zwischen stark religiös geprägten Gesellschaften und solchen, in denen nur geringe religiöse Bindung besteht. Im deutlichen Kontrast vor allem zu den wohlhabenden Regionen des nördlichen Mitteleuropa sieht Inglehardt die USA stark traditionell und religiös geprägt: “Die Vereinigten Staaten ... sind — neben Irland — die einzige reiche Gesellschaft, die noch immer sehr religiös ist.“
  Traditionelle Familienwerte; Anerkennung der Autorität angesehener Personen und Institutionen; Patriotismus, Verehrung nationaler Symbole wie der Fahne und der Nationalhymne — all dies habe in Amerika einen so hohen Stellenwert, dass Inglehardt folgert : “ Amerikaner sind patriotischer, nationalistischer und religiöser als die Menschen in anderen reichen Gesellschaften von Europa über Japan bis Kanada.“
  In der religiös-patriotischen Prägung, die in den USA vorherrscht, sieht Inglehardt mögliche Erklärungen für zwei wesentliche transatlantische Divergenzen: erstens, eine dynamischer wachsende Bevölkerung mit höheren Fertilitätsraten in den Vereinigten Staaten, was die demographischen Thesen John Parkers um den kulturellen Aspekt erweitert; zweitens, eine im Vergleich zu den Amerikanern starke Zurückhaltung der Europäer gegenüber der Anwendung militärischer Gewalt bei internationalen Konflikten, auch hier wirken unterschiedliche Werte und Demographie.

Aber verursachen diese Bestimmungsgründe europäisch-amerikanischer Divergenz auch eine wachsende transatlantische Kluft? Dazu wurden unterschiedliche Positionen vertreten:

- “Ärger aber keine Scheidung“.
  Dieses Fazit kennzeichnet die Perspektive der transatlantischen Beziehungen nach Professor Robert Lieber[2]. Die Allianz werde vor allem aus zwei Gründen zusammengehalten: Von der gemeinsamen demokratischen politischen Kultur gehe stark wirkende Bindung aus. Die Partnerschaft stütze sich auf fundamentale gemeinsame Werte und Prinzipien im Zeitalter der

---

[1] Vgl.: *Ronald Inglehardt*; in: *Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office,* Cultural Cleavages, Political Conflicts, and Diverging Demographic Futures: Is the Transatlantic Rift Inevitable? Washington, D.C., 2003, S. 16 - 18.

[2] Vgl.: *Robert Lieber*; in: *Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office,* Cultural Cleavages, Political Conflicts, and Diverging Demographic Futures: Is the Transatlantic Rift Inevitable? Washington, D.C., 2003., S. 33, 35.

Moderne mit marktwirtschaftlicher Ordnung und offenen, pluralistischen Gesellschaften. Dazu komme das Eigeninteresse der Europäer, die weit von einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik entfernt seien und deshalb ihre Sicherheit auf absehbare Zeit nur in Partnerschaft mit der globalen Supermacht USA gewährleisten könnten. Die These vom amerikanischen Niedergang oder der Gegenmacht Europa habe sich ohnehin als voreilig erwiesen.

- "Alternative Pfade zur Modernität".
  Sie bilden nach Professor Helmut Dubiel Gegenstand eines transatlantischen Disputs, der durchaus zu einer "Scheidung" führen könne.[1] Jüngere deutsche Intellektuellen sähen die USA als eigensüchtige Kriegstreiber ("warmonger") im Gewand hochherziger Ideale von Menschlichkeit und Universalität. Demgegenüber schrieben die Amerikaner den Europäern "ethische Verantwortungslosigkeit" zu, weil sie nicht für ihre eigenen politischen Ideale gegenüber den Bedrohungen der Realität einstünden. Europa sei aus dieser Sicht "politisch unreif". Enttäuschung bei amerikanischen Politikern richte sich vor allem an Deutschland: "Wir haben den Deutschen, gerade den Deutschen, geholfen zu werden, was sie heute sind — eine friedfertige, demokratische Nation. Warum wenden sie sich nun von uns ab?" Bürgerpflichten, Militär, nationale Identität haben offenbar für viele Amerikaner höheren Stellenwert als für Deutsche, die überwiegend eine „post-heroische oder post-nationale Kultur" leben.

Die unterschiedlichen Werte und Haltungen in Europa und den USA mögen sich in unterschiedlichen "ways of life" und kulturellen Ausdrucksformen niederschlagen. Entscheidend ist die Frage, ob die transatlantische Partnerschaft fähig bleibt, die gemeinsamen Herausforderungen der Zukunft zu bestehen. Wie stark wird die Allianz belastet durch die "Tatsache, dass derzeit in Deutschland und dem Rest Europas ein anti-amerikanischer Diskurs existiert"?

6.4 Das Gespenst des Anti-Amerikanismus

Die FES in Washington hatte frühzeitig erkannt, wie ernst die Frage eines europäischen oder gar deutschen Antiamerikanismus im Kontext des Irakkonflikts zu nehmen war.[2]

---

[1] Vgl.: *Helmut Dubiel*, a.a.O., S. 37ff.

[2] Vgl.: *Dieter Dettke*; in*: Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office,* Anti-Americanism in Germany and Europe: Perception, Projection, Reality. Washington, D.C., 2003., S.1 und *Richard Kiessler*, a.a.O., S. 24

6.4.1 Antiamerikanismus — Begriff, Wirkung, Abgrenzung

"Antiamerikanismus" sei hier definiert als eine aggressive Stimmungsmache gegen Amerika, seine Kultur, seine Rolle in der Welt und gegen seine Institutionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Der Journalist Richard Kiessler sah die Gefahr einer "Korrelation" zwischen Antiamerikanismus in Europa und einer Anti-Europahaltung in den USA. Sollte solcher Prozess eskalieren, müsste dies die atlantische Partnerschaft schwächen. Und das in Zeiten schwerwiegender gemeinsamer Herausforderungen: Terrorismus, Elend in Entwicklungsländern, Bedrohung durch Seuchen, durch Klimaveränderungen und Kriege in Konfliktregionen der Welt.
Deshalb hatte sich die FES das Ziel gesetzt, im transatlantischen Dialog zu untersuchen, was am "Antiamerikanismus" durch Fakten überprüfbare Realität und was durch Selbstbild/Fremdbild-Projektion geprägte Wahrnehmung ist. Vor allem angesehene Journalisten — deutsche mit profunder USA-Erfahrung und amerikanische Kollegen — trugen diesen Dialog. Deren Beiträge wurden ergänzt durch Resultate aus Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen.
Die Fachkonferenz " Anti-Americanism in Germany and Europe: Perception, Projection, Reality" fand Ende 2002 nach den Wahlen zum Deutschen Bundestag und noch vor dem Beginn des Irakkrieges statt. Diese Terminlage erleichterte sicher eine empirisch-fachliche Diskussion des Themas.
Ausgangspunkt der Konferenz war die Tatsache, dass" Antiamerikanismus eine Tradition in Europa und Deutschland hat, die fast so alt ist wie die Vereinigten Staaten selbst"[1]. In der jüngeren Vergangenheit — Vietnamkriegszeit oder der Raketendebatte der 80er Jahre — war es zu antiamerikanischen Massenprotesten gekommen.
Allerdings war "Antiamerikanismus" damals wie auch in den Jahren 2002-2003 nicht vereinfacht als extrem konfrontativer Ausdruck eines Konflikts Gesamt-Europa vs. Gesamt-USA zu sehen. Anschuldigungen vergleichbar denen eines "Antiamerikanismus" (z.B. "unamerikanisch") wurden nicht selten auch von Anhängern einer auf Amerika, seine Werte und Interessen, ja zuweilen auf Gott sich berufenden US-Regierungsführung gegenüber Opponenten in den Vereinigten Staaten selbst erhoben. Aus diesem Blickwinkel lässt sich Antiamerikanismus dann auch in den USA konstatieren.
Ausserdem: In wichtigen transatlantischen Streitfragen — Irakkonflikt, Klimaschutz, internationaler Strafgerichtshof, Balkanpolitik, Raketenabwehr — waren die Auffassungen in europäischen Gesellschaften wie in der amerikanischen Gesellschaft in vergleichbaren Mustern des

[1] *Dieter Dettke*, a.a.O., S. 1

Pro und Contra differenziert. Die Probleme selbst entzünden die Konflikte. Politische Konfliktpositionen und der pluralistische politische Wettbewerb werden bei fortschreitender kommunikativer Integration des “Westens“ durch den Atlantik ebenso wenig getrennt wie der wirtschaftliche Austausch.

Legitime politische Differenzen sind daher sorgfältig von Antiamerikanismus oder gar einem mit Antisemitismus verknüpften Antiamerikanismus zu unterscheiden.

Bei der FES-Konferenz wurde diese letztgenannte Aggression oder Stimmungsmache offensiv und vorausschauend berücksichtigt. Denn dieses Problem war nicht nur mit der historischen Katastrophe Deutschlands im 20. Jahrhundert verbunden, ihm wird auch aktuelle Relevanz zugeschrieben. Ein deutlicher Beleg dafür findet sich zwei Jahre nach der hier behandelten FES-Konferenz bei dem Journalisten Philipp Gessler: “Es gibt Überschneidungen zwischen Antisemitismis, Antiamerikanismus und mancher Globalisierungskritik. “Amerikaner“ und “Juden“ werden als Protagonisten einer modernen Welt verteufelt, die ihre Gegner als oberflächlich, heimatlos, rein profitorientiert etc. ablehnen.“[1]

Im folgenden soll nachgezeichnet werden, wie die Frage eines Antiamerikanismus v.a. in Deutschland in den Jahren 2002 - 2003 geprüft, analysiert und bewertet wird.

6.4.2 Antiamerikanismus in Deutschland?

Im Zuge der 2002 wachsenden Drohungen der US-Regierung mit einer Intervention im Irak, die offenbar aus einem Zielwechsel von der Kontrolle zum Sturz des Saddam-Regimes resultierten, kumulierte transatlantisches Konfliktpotenzial. Vor der Bundestagswahl durchgeführte Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen zeigten, dass von deutschen Wählern eine Beteiligung an einer militärischen Intervention im Irak selbst mit einem Mandat der Vereinten Nationen scharf abgelehnt wurde.[2]

- 53 v.H. überwiegend weibliche und ältere Wähler lehnten deutsche Beteiligung an einer Irakintervention in jeglicher Form ab; PDS-Wähler zu 75 v.H., Wähler von SPD und Grünen zu rd. 65 v.H., Christdemokraten und Liberale zu etwa 40 v.H.
- 30 v.H. billigten ausschließlich materielle Hilfe oder Waffenlieferungen.

---

[1] *Philipp Gessler*, in: taz, 2.10.2004, zu finden in : http://www.taz.de

[2] Vgl.*Dieter Roth,* in: *Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office,* Anti-Americanism in Germany and Europe: Perception, Projection, Reality. Washington, D.C., 2003. , S. 12

- Nur 13 v.H. stimmten dem Einsatz deutscher Soldaten zu; PDS: 4 v.H.; SPD, Grüne rd. 7 - 8v.H.; Christdemokraten, Liberale 18 - 19 v.H..

Über die Frage eines Einsatzes deutscher Soldaten im Irak hätte der Deutsche Bundestag zu entscheiden. Dieses Thema aus der politischen Debatte des Wahlkampfes herauszuhalten, war deshalb politisch nicht zu erwarten.

Dazu stellte Bundeskanzler Schröder fest:"Unser Volk (hat) Anspruch darauf zu erfahren, was die politischen Kräfte in diesem Land wollen und wozu sie bereit sind und was sie nicht wollen. Deshalb gehören diese Fragen auf die Tagesordnung ... Und mit Bezug auf die Diskussion über eine militärische Intervention etwa im Irak sage ich: Ich warne davor, ... über Krieg und militärische Aktionen zu spekulieren ... wer das will, der muss nicht nur wissen, wie er rein kommt, sondern er braucht eine politische Konzeption dafür, wie es dann weitergeht."[1]

Die sicherheitspolitische Angemessenheit einer solch klaren und frühzeitigen Warnung vor einem Irakkrieg war v.a. aus zwei Gründen nicht strittig:

- Erstens, Bundeskanzler Schröder hatte bereits den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan am 16.11.2001 mit der Vertrauensfrage verknüpft und damit für die transatlantische Solidarität nach dem 11. September 2001 das politische Überleben seiner Regierung in die Waagschale geworfen. Dies für einen Einsatz, dessen Belastungen und Ende keineswegs abzusehen waren.
- Zweitens, traf seine Warnung auf ein auch in den USA gespaltenes Meinungsbild: Der Journalist Craig Gilbert verweist auf erhebliche Widerstände in der Bevölkerung wie in Medien und auch auf Zustimmung zur Position des Bundeskanzlers.[2] Konträre Stellungnahmen zur Irakpolitik gaben zu jener Zeit auch einflussreichste Staatsmänner: Die ehemaligen Aussenminister James Baker und Lawrence Eagleburger hatten sich gegen, Henry Kissinger und George Shultz für eine Irakinvasion zum Sturze Saddams ausgesprochen.[3]

Nicht die ablehnende Position war daher problematisch. Die Kontroversen entzündeten sich an dem Stil und an einzelnen Formulierungen, mit denen eine Ablehnung nicht nur der Irakpolitik, sondern auch der amerikanischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durch den Bundes-

---

[1] Rede von Bundeskanzler *Gerhard Schröder* zum Wahlkampfauftakt, 5. 8. 2002, Hannover, S. 7 f.

[2] Vgl.: *Craig Gilbert*, in:*Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office,* Anti-Americanism in Germany and Europe: Perception, Projection, Reality. Washington, D.C., 2003., S. 45

[3] Vgl.: *Dieter Dettke*, a.a.O., S. 2

kanzler im Wahlkampf kommuniziert wurde. Dabei ging es im Wesentlichen um folgende Kernsätze des Bundeskanzlers, die sich im Wahlkampf 2002 auf die Vereinigten Staaten bezogen:[4]

- "Aber wir wollen keine amerikanischen Verhältnisse";
- "Die Zeiten, in denen uns, was die Wirtschaft angeht, Amerika und andere als Vorbild dienen sollten, die sind nun wirklich vorbei. Das Ausplündern kleiner Leute in den Vereinigten Staaten, während ein paar Spitzenmanager nach Firmenpleiten Millionen und Milliarden nach Hause tragen, das ist nicht der deutsche Weg";
- "Für Abenteuer stehen wir nicht zur Verfügung"
- "Spielereien mit Krieg und militärischer Intervention ... Das ist mit uns nicht zu machen";

In der erwähnten FES-Konferenz wurden weitere Äußerungen führender Sozialdemokraten über den amerikanischen Präsidenten und die USA zitiert, z. B.[2]:

- "Bush is a trigger-happy cowboy" (Heide Simonis, September 2001);
- "It`s the out-of-proportion influence of Jewish lobbies in the United States that serves as the prime motivating factor for Bush´s Irak policy" (Rudolf Scharping, August 2002);
- "Bush`s methods are somewhat comparable to Hitler`s " (Hertha Däubler-Gmelin, September 2002).

Zumindest auf der Regierungsebene wurde als Folge solcher Rhetorik eine Deutsch-Amerikanische "Eiszeit"[3] konstatiert: Die Sicherheitsberaterin des Präsidenten der USA, Condoleezza Rice, habe im September 2002 von einer "vergifteten" Atmosphäre gesprochen.
Dies führte auch in der SPD zu Konflikt. Hans-Ulrich Klose[4], international hoch angesehener "Transatlantiker" des Deutschen Bundestages übte scharfe öffentliche Kritik.
Im Rückblick[5] fasste er seine Einwände zusammen: "Mein Punkt war, dass Schröder ohne Kon-

---

[1] Vgl. *Gerhard Schröder*, Rede Wahlkampfauftakt, 5. 8. 2002, S. 6-8; sowie *Robert von Rimscha*, *Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office,* Anti-Americanism in Germany and Europe: Perception, Projection, Reality. Washington, D.C., 2003, S. 28

[2] *Robert von Rimscha*, a.a.O.; es mag genügen, den englischen Konferenztext zu zitieren.

[3] Frankfurter Allgemeine FAZ.NET, Stationen der "Eiszeit", 24. September 2003

[4] 1998 - Oktober 2002 Vorsitzender de Auswärtigen Ausschusses, danach Stellvertretender Vorsitzender; seit Januar 2003 Vorsitzender der Parlamentariergruppe USA des Deutschen Bundestages.

[5] *Hans-Ulrich Klose,* Interview "Ich will die SPD nicht im Stich lassen" in: DIE WELT, 3. Januar 2009; http://www.welt.de

sultationen mit den Bündnispartnern agierte, dass er mit seinem Verhalten einen UN-Beschluß verhinderte. Das geht in einer Allianz nicht. Und dann machte er noch einen antiamerikanischen Wahlkampf. Das konnte ich nicht akzeptieren."

Der damalige Generalsekretär der SPD, Olaf Scholz, hatte die Positionen Kloses als "aus der Sicht der SPD nicht richtig"[1] beurteilt. Olaf Scholz machte humanitäre Bedenken gegen einen Krieg geltend, "der vielleicht Hunderttausenden unschuldigen Menschen das Leben kostet". Ferner begründete er die frühzeitige Festlegung, Deutschland nicht am Irakkrieg zu beteiligen, auch sicherheitspolitisch:

- Mit der Sorge, "dass ein Krieg gegen den Irak die internationale Koalition gegen den Terrorismus gefährdet. Niemand darf vergessen, unsere Soldaten sind immer noch in Afghanistan im Einsatz. Der Kampf gegen AL Kaida und die Taliban ist noch nicht zu Ende."
- "Die Kriegsdrohung könnte zudem von allen Diktatoren als Signal verstanden werden, sich jetzt schnell ganz gefährliche Waffen anzuschaffen, weil man ihnen dann nichts mehr tut. Siehe Nordkorea."

Schliesslich stellte SPD-Generalsekretär Scholz die Beziehung der deutschen Sozialdemokratie zu den Vereinigten Staaten klar: "Die Amerikaner sind unsere Freunde. Deutschland wird gegenwärtig von einer Politikergeneration regiert, die hinsichtlich Lebensstil und Demokratieverständnis so amerikanisch geprägt ist wie keine Generation vorher. Deshalb ist es abwegig anzunehmen, unsere Politik sei gegen Amerika gerichtet."

Warum wurde im Wahlkampf 2002 von führenden Sozialdemokraten nicht eine ähnlich argumentative Form und Ausdrucksweise gewählt? Warum brachte man nicht die von Olaf Scholz dargelegten Bedenken gegen den drohenden Irakkrieg und seine Argumente für Ablehnung des Krieges vor? Und die Klarstellung, dass die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie zum Irakkrieg nichts mit Antiamerikanismus zu tun habe?

Antworten auf diese Frage wurden auf der FES-Konferenz über Antiamerikanismus erörtert. Insbesondere setzte sich der Journalist Robert von Rimscha differenziert mit den zitierten Wahlkampfäusserungen auseinander.[2]

Er sah in den gelegentlich improvisierten, hingeworfenen Bemerkungen keinen planvollen Antiamerikanismus im Sinne eines „strategischen Ziels für die deutsche Aussenpolitik" und

---

[1] Vgl.: *Olaf Scholz*, Interview "Darum hält die SPD Kloses Position für falsch", in: Hamburger Abendblatt, 15. Februar 2003; http://www.abendblatt.de

[2] Vgl.: *Robert von Rimscha*, in: *Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office,* Anti-Americanism in Germany and Europe: Perception, Projection, Reality. Washington, D.C., 2003., S. 28 ff.

schliesst, es wäre “unfair“, dies der Regierung Schröder vorzuwerfen. Allerdings wäre es gerechtfertigt, der Bundesregierung anzulasten, wiederholt während des Wahlkampfes 2002 durch die Wortwahl, durch von jedem wohlverstandene Andeutungen “gewisse Elemente eines Unbehagens ausgelöst zu haben, das viele Deutsche gegenüber Amerika und der Bush-Administration empfinden.“

Diese “Elemente des Unbehagens“ sieht er ausdrücklich nicht als aggressive, sondern als eine unterschwellige, verborgene Spielart von Antiamerikanismus, genauer: als ein Gefühl der Beleidigung durch die Wahrnehmung eines Amerika, das nach einem Jahrzehnt der „Europäisierung“ unter Clinton-Gore nun unter Bush zurückfalle in “unzivilisierte Vulgarität“ und “Kraftmeierei“ texanischer Ölhändler und ihrer Interessen.[1] Und von Rimscha spitzt diese Interpretation bestimmter Einstellungen in Deutschland gegenüber Amerika noch zu: “Es gibt ... ein Element von Neid und Eifersucht. Und es gibt ein Element, sich beleidigt zu fühlen. Die Deutschen sind sehr beleidigt, dass Amerika es wagte, ihrer geliebten Clinton-Gore-Regierung ein Ende zu setzen“ — zugunsten von George W. Bush!

In diesem latenten, unterschwelligen Antiamerikanismus, den von Rimscha feststellt, manifestiere sich jedoch ein Prozess der Herausbildung europäischer Identität. Sich abgrenzen, sich differenzieren gegenüber den Vereinigten Staaten — dies ist der kleinste gemeinsame Nenner vor allem für Schweden, Deutsche, Italiener und Franzosen; für sie der einfachste Weg, die keimende europäische Identität zu fördern.

In dieser politischen Arena Europas sei eine republikanische Regierung “kulturell unleserlich“. Nicht nur für Eliten, für breite Schichten der europäischen Gesellschaften sei kaum verständlich, warum Republikaner in Amerika Zustimmung finden — in dieser von v. Rimscha beschriebenen Wahrnehmung erscheint wieder die schon analysierte transatlantische Kluft in der Haltung zu traditionellen Werten. Hier sieht von Rimscha “ den Punkt, wo Antiamerikanismus und Anti-Bush-Haltung eins werden“.

Den letztgenannten Antagonismus betont der Journalist Richard Kiessler[2]: “Es gibt keinen neuen Anti-Amerikanismus in Deutschland, aber es gibt Anti-Bushismus“. Von Rimscha führte “unterschwelligen Antiamerikanismus“ eher auf Wertdifferenzen oder emotionale Faktoren — Abneigung, Neid gegenüber der Supermacht, Identität durch Abgrenzung — zurück.

Kiessler dagegen benennt explizit gegensätzliche, unvereinbar widerstreitende Prinzipien der

---

[1] Vgl.: *Robert von Rimscha*, a.a.O. S. 30f.

[2] *Richard Kiessler*, in: *Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office,* Anti-Americanism in Germany and Europe: Perception, Projection, Reality. Washington, D.C., 2003, S. 24f.

internationalen Politik, die gerade der Irakkonflikt in den Brennpunkt rückte: Bush habe eine stärker militaristisch, unilateral und hegemonial ausgerichtete Aussenpolitik eingeleitet. Demgegenüber wünschten Europäer und vor allem Deutsche eine vorrangig zivile Instrumente einsetzende, multilateral orientierte und an das internationale Recht gebundene Aussenpolitik.
Die scheinbare Verschiebung des Akzents von Antiamerikanismus auf eine Anti-Bush-Haltung dürfte allerdings kaum geeignet sein, die Krise der transatlantischen Beziehungen zu entschärfen.
Peter van Walsum, Vorsitzender des Irak-Sanktionskomittees der UN von 1999-2000, bemerkt zu diesem häufigen Beschwichtigungsversuch: “Wenn Europa den Eindruck vermittelt, dass seine Freundschaft mit Amerika davon abhängt, wer die Wahlen zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewinnt, wird es wahrscheinlich die transatlantischen Beziehungen über Jahre hinaus einfrieren.“[1]
Dieser Hinweis van Walsums scheint für erfahrene Transatlantiker eine Selbstverständlichkeit. So drückt z.B. Hans-Ulrich Klose sein Verhältnis zu Amerika mit dem kurzen Satz aus „Es ist ein faszinierendes Land, wer immer da regiert.“[2]
Wenn nun die zitierten Annahmen über ein subtiles Ressentiment deutscher Wähler gegenüber der amerikanischen Regierung und ihrer Gesellschafts- und Aussenpolitik zutreffen — an wen richtete sich dann Schröders wahltaktisches Kalkül?
Von Rimscha benannte drei unterschiedliche, dafür empfängliche Gruppen:[3]

- Linke Sozialdemokraten, pazifistische Grüne, potenzielle PDS-Wähler;
- Ostdeutsche mit einer “kulturellen Tradition“, die Projektion von Macht durch militärische Mittel grundsätzlich ablehnt;
- Ältere — auch bisherige Anhänger der Unionsparteien — die Bundeskanzler Schröder gerade wegen seiner Irakpolitik zustimmten.

Der Blick wäre sicher verengt, würde dies Kalkül als allein wahlentscheidend gesehen.
Hinzu kamen sicher das überzeugende Auftreten und die Führungsleistung des Kanzlers während des katastrophalen Hochwassers an Elbe und Donau. In dieser Situation gesamtdeutsche Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt mit Vorrang zu betonen und eine drohende erneute Beteiligung an militärischem Einsatz und dessen Finanzierung zurückzuweisen — diesem

---

[1] *Peter van Walsum*, America and Europe divided over Saddam, http://www.project-syndicate.org/print_commentary/vanwalsum1/

[2] *Hans-Ulrich Klose, Interview in: DIE WELT, a.a.O.*

[3] *Robert von Rimscha*, a.a.O., S. 30

Wunsch einer Wählermehrheit entsprach Bundeskanzler Schröder offenbar überzeugender als sein politischer Gegner.

So gesehen, kann aus Gerhard Schröders überdies recht knappen Wahlerfolg kaum ein nennenswerter Antiamerikanismus in Deutschland herausgelesen werden. Dies bestätigen Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen, die Professor Dieter Roth in der FES-Konferenz vorgestellte und bewertete.[1]

Gemessen wurden u.a. im März 1993 und im Dezember 2002 nach der Wahl zum Deutschen Bundestag Reaktionen zu der Feststellung "Ich mag Amerikaner". Vereinfachend dargestellt, ergaben die Befragungen im zeitlichen Vergleich für Dezember 2002 folgende Resultate:

- Vergleich von Altersgruppen: Keine Veränderung der Zustimmung bei der Jugend (unter 24-Jährige); leichte Abnahme der "Zuneigung" bei den übrigen Altersgruppen, am geringsten noch bei den über 60-jährigen.
- Vergleich nach Bildungsstand und Region: Bei Abiturienten sinkt die Zustimmung etwas mehr als bei bei den Absolventen von Grund- und Realschulen. Bei Ostdeutschen ist die Sympathie für Amerikaner etwas geringer als bei Westdeutschen und auch stärker zurückgegangen. Nichts Überraschendes für Umfrageexperten: höherer formaler Bildungsstand — mehr Kritiklust; Ostdeutschland — mehr Skepsis gegen Länder und Institutionen des "Westens".

Professor Roth folgert, dass im zeitlichen Vergleich in der positiven deutschen Einstellung gegenüber Amerikanern "kein signifikanter Unterschied" festzustellen sei. Zum leichten Sinken der Sympathiewerte bis Ende 2002 habe die Irakdebatte beigetragen — jedoch auf einem Niveau der Sympathiewerte für Amerikaner bei 60-80 v.H. der verschiedenen Gruppen von Befragten. Also "gibt es keinen Grund von wachsendem Antiamerikanismus" in Deutschland zu sprechen.

Die große Mehrheit der Deutschen hat nach diesen Langfrist-Befragungen also ein unverändert positives Bild von den Amerikanern und ihrem Land.

Auch ein für "Transatlantiker" so ermutigendes Ergebnis ändert allerdings nichts an dem Befund, dass Antiamerikanismus zunehmend thematisiert wird — sei es als Einstellung in oder als Vorwurf an Deutschland. Zwar blieben solche Deutsch-Amerikanischen Spannungen auf eine „Elite-Diskussion" (D. Roth) bestimmter Meinungsführer in Politik, Gesellschaft und Medien auf beiden Seiten des Atlantik beschränkt. Durch deren Einfluss komme dieser Debatte jedoch

---

[1] Vgl. *Dieter Roth*, in: *Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office,* Anti-Americanism in Germany and Europe: Perception, Projection, Reality. Washington, D.C., 2003, S.10 ff.

aussenpolitische Relevanz zu und erfordere daher die besondere Aufmerksamkeit derer, die am Erhalt der transatlantischen Partnerschaft interessiert sind.
Solcher Achtsamkeit bedarf es um so mehr, als Belastungen dieser Partnerschaft, soweit sie der deutschen Bundesregierung zugerechnet werden konnten, nicht nur den als abfällig gegenüber Amerika und seiner Regierung empfundenen Äusserungen sozialdemokratischen Spitzenpersonals entsprangen.
Die Besorgnis wuchs, dass hinter den Formverletzungen mehr stecken könnte, nämlich eine Abkehr von der transatlantischen Partnerschaft, der Beginn eines aussenpolitischen "deutschen Sonderwegs". Und auch für diesen Verdacht wurden Äusserungen des Bundeskanzlers im Wahlkampf 2002 herangezogen: die wiederholten Zusicherungen, nicht den amerikanischen, sondern „unseren deutschen Weg" einzuschlagen.[1]
Diese Kontroverse soll im Folgenden untersucht werden.

6.4.3 "Der Deutsche Weg" — gezieltes Missverständnis?

Der "deutsche Weg", so Robert von Rimscha in seinem Konferenzbeitrag, sei ein Begriff, der "in der letzten Phase des Wahlkampfes geprägt, explizit ebenso mit dem außenpolitischen wie mit dem innenpolitischen Aspekt (z.B. kein amerikanisches "hire and fire") verbunden wurde".[2]
Für diese Behauptung bleibt von Rimscha nicht nur den Beleg schuldig. Darüber hinaus bezichtigt er die Regierung Schröder und jeden Einzelnen der Minister, die bemüht waren, diese außenpolitische Deutung der Formel zurückzuweisen, einer Politik konzertierter "offensichtlicher Lüge" [3].
Robert von Rimscha muss zugestanden werden, dass seiner Beschuldigung, die immerhin in Washington in öffentlicher Konferenz erhoben und anschließend dort publiziert wurde, nicht mit gleicher Münze entgegnet werden kann. Denn es trifft zu, dass die von ihm unterstellte außenpolitische Interpretation der Formel vom "deutschen Weg" sehr wohl in den Medien Deutsch-

---

[1] Rede von Bundeskanzler *Gerhard Schröder* zum Wahlkampfauftakt, 5. August 2002, in Hannover, S. 2; verfügbar bei http://www.spd-tawern.de/news/schroeder_rede_wahlkampfauftakt_hannover.pdf

[2] *Robert von Rimscha,* in: *Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office,* Anti-Americanism in Germany and Europe: Perception, Projection, Reality. Washington, D.C., 2003, S. 29.

[3] *Robert von Rimscha*, a.a.O., S. 29.

lands zirkulierte. So berichtete etwa Der Spiegel über den Wahlkampfauftakt des Bundeskanzlers am 5. August 2002 in Hannover: “Mehrfach sprach der Kanzler vom eigenständigen “deutschen Weg“ in der Innen-, Sozial- wie in der Europa- und Außenpolitik, für den die Sozialdemokraten stünden.“[4]

Es bleibe dahingestellt, was der Bundeskanzler auf dem Opernplatz in Hannover tatsächlich gesagt hat, als er sich entschied, den Begriff des “deutschen Weges“ in die politische Auseinandersetzung einzuführen. Die verfügbare schriftliche Fassung seiner Rede zum Wahlkampfauftakt jedenfalls stützt die Interpretationen der Journalisten von Rimscha und Deggerich definitiv nicht!

Würden diese Deutungen zutreffen, wäre durch den Bundeskanzler die seit der Vereinigung 1990 eindeutig deklarierte feste Verankerung deutscher Außenpolitik im atlantischen Bündnis und im gemeinschaftlichen Prozess der europäischen Einigung einem Zweifel ausgesetzt worden. Dies erscheint kaum vorstellbar. Die Glaubwürdigkeit deutscher internationaler Politik wäre nicht nur in Europa, sondern weltweit beschädigt worden. Daher waren die Vertreter der Rot-Grünen Bundesregierung zu Recht besorgt und nicht lügnerisch bestrebt, wie von Rimscha unterstellte, die Behauptung vom deutschen Sonderweg zurückzuweisen.

Bundeskanzler Schröder hat in seiner Rede vom 5. August 2002 keineswegs angedeutet, nach einem Wahlsieg 2002 einen außenpolitischen “deutschen Weg“ einzuschlagen, der dann auch gleich von Medien zu einem “Sonderweg“ umgeschrieben wurde. Was sagt der verfügbare Text der Kanzlerrede zum Wahlauftakt vom 5. August 2002 in Hannover?

Viermal wird ausdrücklich “auf unseren deutschen Weg“ Bezug genommen.[2] Dieser “deutsche Weg“ wird gleichgesetzt mit dem “deutschen Modell“ und vom Bundeskanzler definiert als seine politische “Leitlinie“, die wirtschaftliche “Erneuerung mit Gerechtigkeit“ verbindet.[3] Ein außenpolitischer Aspekt der verwendeten Formel vom “deutschen Weg“ ist also dem schriftlichen Redetext nicht zu entnehmen.

In dieser im Wahljahr 2002 zentralen Rede wird der “deutsche Weg“ bzw. das “deutsche Modell“ außerdem nicht allein durch Abgrenzung gegenüber den “amerikanischen Verhältnissen“ definiert. An die Adresse der in Deutschland Verantwortlichen dafür, “dass in einigen Spitzenpositionen Millionen und zig millionenfache Abfindungen kassiert werden, während die anvertrauten

---

[1]Vgl.: *Markus Deggerich*, Wähler hört die Signale, Spiegel online, 5. 8. 2002, verfügbar bei : http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ S. 5

[2] Vgl. *Schröder*/Wahlkampfauftakt a.a.O. S. 2, 6, 8.

[3] aaO., S. 2.

Menschen auf die Straße gesetzt werden...“ richtet Gerhard Schröder die Botschaft: “Das muss ein Ende haben ... und denen, die über Zumutbarkeit reden, stimme ich zu, wenn sie sagen, niemand soll sich drücken dürfen. Aber wenn das klar ist, dann müssen die mit gutem Beispiel vorangehen, die in den Spitzenpositionen unserer Wirtschaft sind“[4].

Dieser Satz liefert den Schlüssel zur Interpretation des “deutschen Weges“. Der Bundeskanzler wußte, dass im Falle seiner Wiederwahl dringend tiefgreifende Reformen mit unabweisbaren Leistungseinschnitten anstanden, um den deutschen Sozialstaat, die Systeme sozialer Sicherung, zukunfts- und demographiefest zu gestalten.

Der Bericht der “Hartz-Kommission“ wurde dem Bundeskanzler am 16. August 2002 übergeben. Die Reformvorschläge waren mit einem Appell um Unterstützung an die “ökonomischen, politischen und kulturellen Eliten unseres Landes“ verbunden worden.

Nach über vier Jahrzehnten Teilung hatten die Deutschen in Ost und West schon mehr als zehn Jahre lang harte Belastungen im Prozess des “Zusammenwachsens“ getragen. Das Wissen um die gefährdeten Perspektiven des Sozialstaats war verbreitet und entsprechend verunsichert viele Menschen und Familien. Kanzler Schröders Satz “Niemand soll sich drücken dürfen“ war nichts weniger als die Ankündigung des Prinzips “Fördern und Fordern“, das die Reformagenda 2010 prägen sollte. Und mit dem Ausruf “Wir wollen keine amerikanischen Verhältnisse“ hat er die Zukunftsängste vieler Menschen vor allem in Ostdeutschland erkannt, artikuliert und in dem Versprechen aufgefangen, das der Satz enthält.

Um dieses Versprechen zu halten, hat er auch frühzeitig die Beteiligung am Irakkrieg abgelehnt. Es war transatlantische Solidarität und mit hohem politischen Risiko verbunden, deutsche Soldaten nach Afghanistan zu entsenden — absehbar ein Einsatz von ungewisser Dauer neben den Verpflichtungen u. a. zur Stabilisierung des Westbalkan. Eine Überforderung Deutschlands durch Beteiligung an einem weiteren Krieg, der überdies vielfach als Fehler bewertet wurde, erschien dem Kanzler auch innenpolitisch unvertretbar.

Daher lässt der Deutsch-Amerikanische Dissenz in der Politik gegenüber dem Irak nicht den Schluss zu, ein deutscher außenpolitischer “Sonderweg“ stünde bevor.

Die Rezeption der amerikakritischen Bemerkungen in den USA ist abschliessend zu beleuchten.

---

[1] *Gerhard Schröder*, a.a.O., S. 6

6.4.4 Wirkung des amerikakritischen Wahlkampfs in den USA

Indem die Friedrich-Ebert-Stiftung das Thema des Antiamerikanismus in Europa und Deutschland offensiv aufgriff und analysierte bis hin zum empirischen Befund, hat sie der amerikanischen Öffentlichkeit noch im Jahr 2002 ein Signal übermittelt, dessen Bedeutung nicht überschätzt werden kann. Antiamerikanismus — kein Thema für die große Mehrheit der Deutschen. Durch Umfragen wird klar belegt: Die Deutschen haben ein positives Bild von den Amerikanern und ihrem Land. Wie Dieter Roth konstatierte, die “Elite-Diskussion“ war zunächst ein “Eliten-Konflikt“.

Die Deutsch-Amerikanische „Eiszeit“ des Jahres 2002 in der Folge der oben zitierten Äusserungen des Bundeskanzlers und führender sozialdemokratischer Repräsentanten blieb allerdings nicht auf die bilaterale Regierungsebene beschränkt.

Es habe — so der amerikanische Journalist Christopher Caldwell [1] — eine starke und vermutlich durchaus nachhaltige Resonanz in der amerikanischen Presse und auch dem für die amerikanische Meinungsbildung nicht zu vernachlässigenden “American barroom chat“ gegeben. Insbesondere die Bemerkungen des Bundeskanzlers und der Hitler-Bush-Vergleich, den deutsche Gewerkschaftler nach einem Gespräch mit der Bundesjustizministerin Däubler-Gmelin in die Öffentlichkeit brachten, habe erhebliche Aufmerksamkeit in den Vereinigten Staaten erregt. Der Bundeskanzler hatte brieflich gegenüber dem Präsidenten der USA sein Bedauern ausgesprochen. Es wurde aber in Amerika sehr wohl registriert, dass die Ministerin (bis zum Ende der Wahlperiode) ihr Regierungsamt behielt. Die Gratulation zum Wahlsieg durch den US-Präsidenten blieb aus.

Die FES in Washington hatte mit ihrer Konferenz über deutschen und europäischen Antiamerikanismus den richtigen Ansatz gewählt und das ihr mögliche getan, um einem schwerwiegenden Ansehensverlust der deutschen Sozialdemokratie in den Vereinigten Staaten entgegenzuwirken. Denn die Amerikaner und viele Meinungsmacher in Medien, Wirtschaft und Politik wären, wie der Journalist Craig Gilbert[2] hervorhob, weniger als man in Deutschland glaube, darauf fixiert, welche Rolle Deutschland z. B. bei von der Bush-Regierung geplanten militärischen Aktionen übernehmen wolle oder nicht. Zumal, wie gezeigt wurde, die Irakpolitik auch in den USA umstritten war. Es wäre zumindest 2002 kaum zu erwarten gewesen, dass sich der amerikani-

---

[1] Vgl.: *Christopher Caldwell*, in: *Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office,* Anti-Americanism in Germany and Europe: Perception, Projection, Reality. Washington, D.C., 2003., S. 40

[2] Vgl.: *Craig Gilbert*, a.a.O., S. 44 - 46

sche Bürger darüber aufregen könnte, weil Deutschland nicht bereit sei, irgendwo in den Krieg zu ziehen.

Viel stärker dagegen wäre jedoch die Haltung der Amerikaner gegenüber den europäischen Partnerländern und insbesondere Deutschland dadurch geprägt, ob diese Länder als "antiamerikanisch" wahrgenommen würden oder nicht. So gälte z.B. Frankreich als "unzuverlässiger europäischer Verbündeter", weil sich bei vielen Amerikanern die Meinung festgesetzt habe („kulturelles Stereotyp", Craig Gilbert), Frankreichs Einstellung gegenüber den Vereinigten Staaten sei durch "Verachtung und Feindseligkeit" gekennzeichnet.

Bei dieser offenbar spezifisch amerikanischen Bewertung anderer Länder und Kulturen sozusagen "auf Gegenseitigkeit" war es nach den Misstönen aus Deutschland im Wahlkampf 2002 eine projektpolitisch kluge Entscheidung, dem vielleicht von interessierter Seite geförderten Eindruck einer antiamerikanischen Wende der deutschen Sozialdemokratie unverzüglich entgegenzuarbeiten.

Diese Wertung findet eine weitere Begründung: Das Beispiel Frankreich legt nahe, dass das Europabild in den Vereinigten Staaten sehr viel stärker populären Klischees folgt als umgekehrt das USA-Bild in Europa. Craig Gilbert fasste seine dahingehenden Erfahrungen[1] in dem Urteil zusammen, europäische Meinungen über die USA würden wesentlich umfassender geformt als amerikanische Sichtweisen über Europa. Die amerikanische Öffentlichkeit sei daher weit entfernt von einem fundierten Urteil über Europa und Deutschland.

Bei solcher Asymmetrie in der verantwortlichen Sorgfalt und Genauigkeit öffentlicher Meinungsbildung über den jeweiligen transatlantischen Partner ist politische Manipulation im Gesamtrahmen einer fortgeschrittenen transatlantischen "Innenpolitik" und Kommunikationsgemeinschaft sorgfältig zu beobachten — gerade im Interesse der Deutsch-Amerikanischen Partnerschaft.

So wurde z.B. festgestellt und im Konferenzprogramm berücksichtigt[2], dass in den USA nicht selten die Debatten über Antiamerikanismus und Antisemitismus verknüpft wurden. Wie sind solche Vorgänge zu beurteilen? Der amerikanische Journalist Christopher Caldwell [3] stellte klar, dass amerikanischen Medien bewusst sei, Antisemitismus in Deutschland, wo immer er aufträ-

---

[1] *Craig Gilbert*, in: a.a.O., S. 45

[2] *Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office,* Anti-Americanism in Germany and Europe: Perception, Projection, Reality. Washington, D.C., 2003; siehe Abschnitt: "Real Concerns about Anti-Americanism and Anti-Semitism in Germany and Europe ..." S. 37

[3] Vgl.: *Christopher Caldwell*, in: aaO., S. 39 f.

te, würde von Bundesinnenminister Schily mit der gebotenen Härte und Konsequenz bekämpft. Problematischer sei die Situation in Frankreich durch das besonders hohe Gewicht muslimischer Einwanderer aus dem Maghreb zu beurteilen.

Nicht in jedem Fall aber stehe, so wurde auf der Konferenz argumentiert, reale Besorgnis hinter Berichten von USA-Medien über europäischen Antiamerikanismus; in der transatlantischen Debatte über Politikdifferenzen dürfte auch ein mehr oder weniger subtiles „Europe-bashing“ —- lanciert über das Thema Antiamerikanismus — zum Instrumentarium der Auseinandersetzung gehören.

In diesem Sinne nahm die transatlantische Irakdebatte schließlich durch Verteidigungsminister Donald H. Rumsfeld deutlich robustere Formen an:

Seine (Ein-)Teilung Europas in das „Alte“ und in das „Neue“, mit der Unterstellung des Antiamerikanismus beim erstgenannten, oder seine Gruppierung Deutschlands zu Libyen und Kuba, als den Ländern, von denen die USA bei der Auseinandersetzung mit Saddam Hussein nun gar keine Unterstützung erwarten könne, rief das von ihm sicher erwartete vielstimmige Echo hervor.

Hier sei mit Rupert Cornwell, The Independent, eine Stimme des Landes zitiert, das sich als Partner der USA für den Sturz Saddams zur Verfügung stellte und zugleich als Land des “fair play“ gilt:[1] “Der “old Europe“- Vergleich mag ein Körnchen Wahrheit enthalten haben. Aber der zweite Vergleich (Deutschland-Libyen-Kuba, RS) war eine blanke Lüge: Deutschland mag sich geweigert haben, Truppen an den Golf zu entsenden, aber es hatte versprochen, im Kriegsfalle den USA alle seine logistischen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Und er (Rumsfeld, RS) krönte dann die Unwahrheit, indem er Deutschland in einen Topf warf mit zwei Dauerfeinden Amerikas, Kuba und Libyen.“

Die Deutsch-Amerikanische “Eiszeit“ hatte mithin vielfältige Ursachen und Eskalationsgründe. Die notwendige Achtung des Partners in der Allianz mangelte gelegentlich auf beiden Seiten. Immer wieder aber arbeiteten engagierte Transatlantiker daran, die Partnerschaft zu festigen und das Gespräch über die gemeinsamen Aufgaben voranzubringen. Oder das jeweilige Partnerbild durch Qualitätsinformation zu pflegen um das gegenseitige Verständnis zu vertiefen. Dies waren insbesondere die Ansätze der FES in Washington. Darauf wird im folgenden einzugehen sein.

---

[1] *Rupert Cornwell,* The Independent, 8. Februar 2003, http://www.independent.co.uk/news/world/politics/rumsfeld-mends-....html, 3f.

Doch zuvor soll ein vorläufiges Resümee zu dem besonders bedauerlichen und lange nachwirkenden transatlantischen Spannungsfall “Irakpolitik“ gezogen werden — nicht als Schuldzuweisung, nicht als Antwort oder Rezept zur Überwindung der atlantischen Krise, sondern als Fragen, die aus der Sicht eines um Einheit ringenden Europa an die Supermacht gerichtet sind:[2] “Amerika hat seine Antieuropäer, Europa seine Antiamerikaner. Wer waren die nützlicheren Partner der USA: diejenigen, die in den Irak zogen, oder diejenigen, die davor warnten? Was ist aus Washingtoner Sicht eine vorteilhafte Europapolitik: diejenige, die teilt und herrscht, oder diejenige, die auf Europas Einigung baut, damit die “Atlantikbrücke“ zwei feste Pfeiler hat?“ Dank an Roger de Weck für diese Antworten!

7 Transatlantischer Brückenbau über Gegensätze

Olaf Scholz hatte in der Auseinandersetzung mit Hans-Ulrich Klose über dessen Kritik am Verhalten des Bundeskanzlers gegenüber den USA eine versöhnliche Perspektive eröffnet. Im Februar 2003 sagte er voraus, das Deutsch-Amerikanische Verhältnis werde “nach diesem Dissenz wieder normal sein.“[2]
Die weitere Entwicklung zeigte allerdings eher, dass Dissenz die Normalität zu werden drohte. Als Deutschland mit Frankreich und Russland in der Frage der UN-Waffeninspektionen im Irak kooperierte, sah die US-Regierung darin den Versuch, ein Mandat des UN-Sicherheitsrates für die Irakintervention zu verhindern. Erneut im Wahlkampf — Landtag Niedersachsen — schien Bundeskanzler Schröder diese Interpretation am 21. Januar 2003 in Goslar zu bestätigen: “Rechnet nicht damit, dass Deutschland einer den Krieg legitimierenden Resolution zustimmt.“[3] Wieder brach “Eiszeit“ aus, die Verteidigungsminister Peter Struck nach einem Gespräch mit seinem Kollegen Rumsfeld im November 2002 für beendet erklärt hatte.[4] Die Nationale Sicherheitsberaterin des US-Präsidenten, Condoleezza Rice, gab ihre in die transatlantische Geschichte eingegangene Empfehlung: “Bestraft Frankreich, ignoriert Deutschland, verzeiht Russland.“

---

[1] *Roger de Weck*, Die Dinge, wie sie sind, in: *Stephan Bierling*, Die Huckepack-Strategie, Europa muss die USA einspannen, in: Standpunkte, hg. v. *Roger de Weck*, Hamburg 2007 S. 5

[2] *Olaf Scholz*, Interview “Darum hält die SPD Kloses Position für falsch“, in: Hamburger Abendblatt, 15. Februar 2003; http://www.abendblatt.de

[3] *Frankfurter Allgemeine*, FAZ.NET, 24. September 2003, S. 2.

[4] Vgl. FAZ.NET, a.a.O., S. 2

Nun stand allerdings das FES-Büro Washington dafür ein, dass deutsche Sichtweisen in der amerikanischen Öffentlichkeit eben nicht ignoriert werden sollten.
Ganz im Geist der von Roger de Weck beschworenen “Atlantikbrücke“ hatte die FES schon seit Beginn der Spannungen im Frühjahr 2002 auf Meinungsführer in Politik, Medien, Wirtschaft und Wissenschaft zugeschnittene Programme angeboten. Diese Massnahmen wirkten dem nunmehr regierungsseitig empfohlenen Ignorieren Deutschlands eindrucksvoll entgegen. Gerade in der Zeit, nachdem die Würfel gefallen waren und die Invasion des Irak im März 2003 begonnen hatte, stießen diese Maßnahmen auf Interesse und Resonanz bei den amerikanischen Partnern der FES.
Drei Ansätze der in den Krisenjahren 2002 bis 2004 besonders intensiven “Partnerschaftspolitik“ der FES werden im Folgenden vorgestellt:

- Politische Dialoge im Spannungsfall — Ausrichtung von Gesprächskreisen und Vermittlung von Kontakten für deutsche Politiker und außenpolitische Experten in Washington;
- Elemente einer strategischen Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union (Internationale Fachkonferenz und Publikation);
- Zum Deutschlandbild: “The Spirit of the Berlin Republic“ — umfassende Buchpublikation, die der amerikanischen Öffentlichkeit eine neue Sicht auf die Bundesrepublik Deutschland bietet.

7.1 Politische Dialoge im Spannungsfall

Die Deutsch-Amerikanischen Gegensätze in der Irakfrage und in dem Vorgehen gegen den internationalen Terrorismus waren schon Anfang 2002 erkennbar und sollten sich verschärfen. Mit den Maßnahmen der FES zur Förderung politischen Dialogs sollten deshalb klare Signale für die Verbundenheit der deutschen Sozialdemokratie mit der transatlantischen Partnerschaft gesetzt werden.
Schweigen wäre Resignation gegenüber dem Dissenz gewesen, ein einmal abgerissenes Kommunikationsnetz nur unter großen Schwierigkeiten erneut zu knüpfen. Gerade in den Vereinigten Staaten mit ihren vielfältigen internationalen Optionen können sich die Partner leicht neu orientieren. Die Bindekräfte aus der Nachkriegszeit, die eine Generation von Transatlantikern geeint hatte, die sich dem Aufbau der Deutsch-Amerikanischen Partnerschaft gewidmet hatten, waren durch den Generationswechsel geschwächt. Angesichts der gemeinsamen globalen Herausforderungen und Interessen durften die Gesprächs- und Arbeitskontakte, die auch durch die FES seit Jahrzehnten entwickelt worden waren, nicht aufgegeben werden.

Die deutsche Sozialdemokratie ließ eine Erosion der atlantischen Partnerschaft nicht zu; in den Vereinigten Staaten hochangesehene Sozialdemokraten stellten sich dem Dialogprogramm der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Verfügung. Ohne ihre Mitwirkung an Gesprächskreisen oder hochrangigem, vertraulichem Austausch wäre die angestrebte Festigung und Erweiterung des Partnernetzwerks der FES in den USA nicht erreicht worden — ein Zeichen der Verbundenheit mit der transatlantischen Arbeit der FES in schwierigster Zeit.
Die Sichtweisen der deutschen Partner zur Gestaltung internationaler Politik fanden starkes Interesse und Resonanz in außenpolitischen Fachkreisen der US-Administration wie in Wissenschaft, Politikberatung und Medien in Washington und darüber hinaus.
Einige besonders relevante Beiträge und partnerschaftliche Dialogimpulse seien festgehalten:

Egon Bahr: Bunkermentalitäten aufbrechen (Mai 2002)

Egon Bahr stellte die folgende Frage: Könnte die Ostpolitik Willy Brandts in gegenwärtigen globalen Bedrohungslagen und Regionalkonflikten als Referenzrahmen für die Politikentwicklung gegenüber neuen Widersachern dienen? Auch wenn es sich dabei um “asymmetrische“ Konflikte und nicht immer um Konflikte zwischen Staaten handelt?
Dieser Verweis auf die erfolgreiche Entspannungs- und Kooperationspolitik Willy Brandts durch Egon Bahr, der die Konzeption des “Wandels durch Annäherung“ prägte, regte einen neuen Blick auf aktuelle Bedrohungslagen an:
Führen Drohung und Gegendrohung, Gewalt und Gegengewalt nicht in eine Bunkermentalität der Konflikteskalation? Die Millionen Menschen bitterste Not auferlegt und weiteren Hass und Gewalt nähren?
Mitten im Kalten Krieg hatte Willy Brandts neue Ostpolitik enge Zusammenarbeit und Abstimmung in der westlichen Allianz mit dem Angebot sachlichen Ausgleichs gegenüber dem gemeinsamen Gegner verbunden.
Illusionslose Friedenspolitik im eigenen Interesse! Durch wirtschaftliche, technische und kulturelle Zusammenarbeit in kleinen Schritten Vertrauen bilden und den Gegner einbinden. Einbinden in einen Prozess der De-Eskalation, der Entspannung, der Normalisierung, der Verständigung! Damit ein gesicherter Friedensrahmen geschaffen werden kann, der die Kräfte auf die Lösung dringendster und wichtigster Probleme von Millionen betroffener Menschen richtet.
Einem Kernsatz Willy Brandts folgend, der für Regionen, in denen gewaltsame Konfrontation droht, bleibende Wirkung hat: Eine noch so bedrückende Konfliktgeschichte mit “Bergen von

Misstrauen, Unkenntnis, Angst und Vorurteilen“ darf “nicht zu einem Mühlstein werden, der uns niemals aus der Vergangenheit entlässt.“[1]
Dieser transatlantischer Denkanstoß, den Egon Bahr im Gespräch mit politischen Partnern, deutschen Korrespondenten und ihren amerikanischen Kollegen entwickelte, hinterließ einen nachhaltigen und vielfach kommentierten Eindruck im politischen Washington.

Hans-Ulrich Klose, Volkmar Schultz: Rhetorische Abrüstung (Februar 2003)

Sprachliche Entgleisungen oder Übertreibungen in der Politik sind nicht eben selten, das gilt auch für zivilisierte Demokratien und besonders in Wahlkampfzeiten. In den USA geschieht dies vielleicht häufiger, um die Menschen in den unterschiedlichsten Regionen und Verhältnissen zu erreichen, wobei die Außenwirkung der meist nach innen gerichteten Botschaften in einem so großen Land gelegentlich vernachlässigt wird.
So hinderte die Ausdrucksweise Ronald Reagans (“Evil Empire“) letztlich nicht seine Einigung mit Michail Gorbatschow, mit der der Kalte Krieg beendet wurde. Wie die Neben- und Fernwirkungen der Gewaltsprache des “Kriegspräsidenten“ George W. Bush in der Rückschau beurteilt werden, muss noch offen bleiben. Jedenfalls führt das Bild von der “Axis of Evil“ und das Verdikt “either you are with us or you are with the terrorists“ zur Produktion von Feindbildern und eher zur Spaltung einer heterogenen Allianz, deren europäische Mitglieder im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten in geographischer Nachbarschaft mit der “Achse des Bösen“ leben müssen.
Vor diesem Hintergrund wollte der Aufruf von Hans-Ulrich Klose und Volkmar Schultz zu “rhetorischer Abrüstung und Mäßigung“, gerichtet an beide Seiten des Atlantik, die transatlantische Partnerschaft vor leicht eskalierenden Verbalexzessen schützen. Bevor sich die Deutsch-Amerikanischen Beziehungen irreversibel verschlechtern, sollte zum angemessenen Ton und Ausdruck zurückgekehrt und der Blick auf die gemeinsamen Interessen gerichtet werden.
Damit trug auch dieser Dialogbeitrag zur De-Eskalation des Konflikts bei, der die transatlantische Partnerschaft in schwieriger Zeit gefährdete.

---

[1] Bundeskanzler *Willy Brandt*, Die Neue Ostpolitik, Rede im Deutschen Bundestag vom 10. Mai 1972

Gernot Erler, Gert Weisskirchen, Uta Zapf: In schwieriger Zeit Dialognetze stärken (Mai 2002 und Juli 2003)

Die in der Analyse internationaler Konflikte erfahrenen, hochangesehenen Außenpolitiker der SPD-Bundestagsfraktion, G. Erler, G. Weisskirchen und U. Zapf, wurden bei ihrem Programm in den USA begleitet und beraten von Experten in Fragen internationaler Politik wie Martin Weiss (Deutscher Bundestag), Christoph Bertram und Volker Perthes (Stiftung Wissenschaft und Politik) sowie Udo Steinbach (Deutsches Orientinstitut).
Hier gelang eine zweistufige Dialog- und Beratungssequenz mit folgenden Resultaten:

- Aufbau eines informellen Netzwerks von Parlamentariern, Beratern, Wissenschaftlern und Journalisten für Deutsch-Amerikanische Konsultationen auf wechselnden Themenfeldern.
- Arbeit an gemeinsamer Analyse und Beurteilung der Probleme im Nahen und Mittleren Osten: die Frage der Stabilität im Nahen Osten vor dem Hintergrund des Irakkonflikts; Perspektiven gemeinsamen Handelns beim Wiederaufbau eines neuen Irak nach der Intervention; Analyse der Politik der PLO und Arafats und die Aussichten für den Nah-Ost-Friedensprozess; Voraussetzungen für eine gemeinsame Haltung gegenüber der Nuklearpolitik des Iran; Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens als Träger friedenspolitischer Initiativen.
- Werben für eine internationale Politik, die sich an multilateraler Verantwortung messen lässt: Konstruktive Gemeinsamkeit des Westens und multilaterale Abstimmung des Handelns mit den Vereinten Nationen, der NATO, der Europäischen Union.
- Information der amerikanischen Administration über die deutschen Interessen in den geographischen Nachbarschaftsräumen der Europäischen Union.
- Qualität und Tiefe des politischen Dialogs wurde durch die hochrangigen Gesprächspartner deutlich: Doug Bereuter, Vorsitzender, Kommittee des Repräsentantenhauses für Internationale Beziehungen/Europa; Senator John McCain; Austausch mit Vertretern renommierter Einrichtungen wie des Washington Institute for Near East Studies mit Dennis Ross und des Institute for National Strategic Studies der National Defense University.

Wesentliche Differenzen in der Lagebeurteilung und der Bewertung von Politikoptionen blieben bestehen. Sie änderten aber nichts an der Offenheit und dem Vertrauen, das die Gespräche kennzeichnete und nichts an der Verlässlichkeit, mit der vereinbart und eingehalten wurde, die

vertraulichen Analysen und Debatten über die Brennpunkte im Nahen und Mittleren Osten fortzusetzen.

Peter Struck[1]: **Offenheit für Gemeinsamkeiten und Dissenz** (November 2002)

Im Rahmen einer Konferenz über Fragen der internationalen Sicherheitspolitik mit dem Center for Transatlantic Relations/Paul H.Nitze School for Advanced International Studies/Johns Hopkins University diskutierte Verteidigungsminister Struck mit europäischen und amerikanischen Politikern und Sicherheitsexperten. Zuvor hatte er im Rahmen seines USA-Aufenthalts auch mit Verteidigungsminister Rumsfeld gesprochen. Wegen der Deutsch-Amerikanischen Spannungen waren folgende Punkte von besonderem Interesse:[2]

- Die amerikanische Administration schließe die militärische Option im Irakkonflikt nicht aus. Die deutsche Bundesregierung habe dazu eine andere Position, da eine militärische Auseinandersetzung mit schwerwiegenden Verlusten von Menschenleben und politischen Verwerfungen verbunden sei. Gemeinsames Ziel bleibe jedoch, durch die UN-Waffeninspekteure feststellen zu lassen, ob Saddam über A-, B- oder C-Waffen verfügt.
- Das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten sei durch enge Zusammenarbeit gekennzeichnet. Insbesondere habe Verteidigungsminister Donald Rumsfeld versichert, dass er dankbar sei für den deutschen Beitrag im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Deutschland sei nach den Vereinigten Staaten das Land mit dem größten Kontingent. Dies werde von der amerikanischen Regierung anerkannt. Die Zusammenarbeit mit Deutschland werde sich weiterhin gut entwickeln — das sei feste Überzeugung des Verteidigungsministers Rumsfeld.
  Der deutsche Beitrag an der Operation Enduring Freedom mit militärischen Kräften, um den die amerikanischen Freunde Deutschland gebeten hätten, stehe in der gemeinsamen Verantwortung für die globale Sicherheit und für den Schutz der Werte aller demokratischen Staaten.
- Gemeinsames Ziel sei, dem terroristischen Handeln auf allen Ebenen die Grundlagen zu entziehen: auf den Finanzmärkten, bei der Logistik, beim illegalen Handel mit Drogen und Waffen, durch Lösung der regionalen Konflikte im Nahen Osten, mit allen verfügbaren politischen, aber auch militärischen Mitteln. Die Bundeswehr habe sich im Kampf gegen den internationalen Terrorismus hohes Ansehen bei den Streitkräften der Partner erworben. Das Vertrauen in

[1] Bundesminister der Verteidigung

[2] Vgl. dazu: BMVg.de: 07.11.2003 Rede im Deutschen Bundestag: Verlängerung von Enduring Freedom

die Leistungsfähigkeit und Professionalität der deutschen Soldaten zeige sich darin, dass der deutschen Marine das Kommando über die internationale “Task Force 150“ am Horn von Afrika übergeben worden sei.

- Gegen den internationalen Terrorismus werde umfassend vorgegangen — auf nationaler und europäischer Ebene, auf der Ebene der Nato und der Vereinten Nationen. So habe der Sicherheitsrat der UN mit der grundlegenden Weiterentwicklung des Völkerrechts den Rahmen für den Kampf gegen Terrorismus auf allen Ebenen geschaffen. Das diene dem Ziel auch Deutschlands, den Frieden und die Freiheit zu verteidigen und eine internationale Ordnung zu schaffen, die auf der Herrschaft des Rechts, der Demokratie und den Menschenrechten gründet.

Zwar blieben die Einschätzungen zur notwendigen Politik gegenüber dem Irak auch am Ende der Debatte sehr unterschiedlich. Doch förderten das offene Gespräch und das Gewicht der vorgetragenen Gemeinsamkeiten im Kampf gegen den Terrorismus nicht nur stärkeres Verständnis für die jeweiligen Positionen, sondern auch die Bereitschaft, den Deutsch-Amerikanischen Dialog über die Themen der internationalen Sicherheitspolitik fortzusetzen.

Otto Schily[1]: Bekämpfung des Terrorismus — Effektive Gemeinsamkeit (Februar 2003)

Der Minister sprach auf einer Veranstaltung am 6. Februar, die in New York vom American Council on Germany (ACG) und von der FES für ihn ausgerichtet wurde. Vor rd. 120 hochrangigen Teilnehmern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft behandelte er das Thema “Terrorismus: Gemeinsame Transatlantische Beurteilungen und konkretes kooperatives Handeln“.[2]

- Die Vereinigten Staaten und Deutschland hätten eine eindrucksvoll effektive Zusammenarbeit mit beachtlichen Resultaten auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung vorzuweisen. Diese Bewertung stützte der Minister mit detaillierten Informationen zu Festnahmen, Strafverfahren, etc. und indem er die engen Verbindungen zwischen amerikanischem FBI und dessen deutschen Partnern BKA und BfV, sowie zwischen CIA und BND in der Wahrnehmung dieser Verantwortung darlegte. Die Zusammenarbeit umfasse alle Ebenen — von den “field agents“ bis zu den zuständigen Deutsch-Amerikanischen Ministeriumsleitungen.

---

[1] Bundesminister des Inneren

[2] Die folgenden Ausführungen beruhen auf einem Veranstaltungsbericht des ACG

- Als Antwort auf die Veränderung der internationalen Sicherheitslage seit dem 11. September 2001 leiste Deutschland außerordentliche Beiträge: Einrichtung einer neuen Koordinierungsabteilung für Anti-Terrorismus im Innenministerium, Maßnahme- und Notfallpläne für Terrorismusbekämpfung, Verbot islamischer Extremistengruppen und Beschlagnahme von Vermögen solcher Gruppierungen, die den internationalen Terrorismus unterstützen. Mittlerweile ständen 9500 deutsche Soldaten außerhalb des Landes im Einsatz. Deutschland entsende mehr Soldaten in friedenserhaltende Missionen als jedes andere Land mit Ausnahme der USA. Zudem übernehme Deutschland eine Führungsrolle beim Wiederaufbau der afghanischen Polizei sowie bei der Operation Enduring Freedom in Afghanistan.
- Dem US-Justizminister John Ashcroft sei zuzustimmen, dass Prävention entscheidend sei in der Terrorismusabwehr. Es sei jedoch streng zu unterscheiden zwischen Terrorismusprävention und einem möglichen Angriff auf den Irak. In Afghanistan sei die Intervention gerechtfertigt, da erwiesen sei, dass die Taliban Al Kaida unterstützten. Im Falle des Irak gebe es indes keine so eindeutige Verbindung zu Al Kaida. Daher sei es nicht ratsam, hier einen Krieg zu beginnen. Schließlich existierten Hinweise auf Beziehungen zwischen Saudi Arabien und Al Kaida, ohne dass es Pläne gebe, dort einzugreifen.

  Man müsse berücksichtigen, dass 80 v.H. der Deutschen einen Krieg gegen den Irak ablehnten.

  Auf eine Frage hin stellte Minister Schily klar, dass Deutschland Israel im Falle eines Angriffs Beistand leisten würde.

Diesem Vortrag Bundesminister Schilys kam für die Kooperationspartner ACG und FES herausragende projektpolitische Bedeutung zu, da er nur wenige Wochen vor Beginn der militärischen Intervention im Irak stattfand. Gerade in dieser Zeit wurde die transatlantische Debatte sehr emotional geführt. Um so stärker wirkte, dass der Bundesinnenminister Deutschland und die Vereinigten Staaten aufrief, den transatlantischen Dialog zu stärken und die Gemeinsamkeiten zwischen beiden Ländern nicht aus dem Blick zu verlieren. Dies war ein bedeutendes Signal Deutschlands für partnerschaftliche atlantische Solidarität.

Der Vortrag und die Diskussion zeigten überdies, dass die Deutsch-Amerikanische Zusammenarbeit auf konkreten Politikfeldern, wo die gemeinsamen Interessen klar definiert sind, sehr gut abgestimmt und erfolgreich sein kann. Das kooperative Handeln auf dem Gebiet der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, das Minister Schily darlegte, festigte bei den hochrangigen Teilnehmern offenkundig gegenseitiges Vertrauen. Dies bewirkte auch respektvolle Aufgeschlossenheit für die deutlichen Worte des Ministers zur amerikanischen Irakpolitik.

Professor Karl Kaiser: Kriterien für Interventionen entwickeln

Bei zwei Veranstaltungen zur atlantischen Außen- und Sicherheitspolitik im September 2003 konnte die FES auf Beiträge von Professor Dr. Karl Kaiser, Harvard University/Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, zählen:[1]

- Eine zentrale Streitfrage internationaler Politik sei das Gebot der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten. Es gehe auf den Westfälischen Frieden von 1648 zurück und bestimme auch die Ordnung der Vereinten Nationen seit dem Zweiten Weltkrieg. In der heutigen Zeit globalen Problembewusstseins könne Regierungsterror gegen die eigene Bevölkerung oder Bürgerkrieg mit millionenfachem Töten wie z.B. im Kongo oder in Ruanda nicht mehr unter Berufung auf diesen Grundsatz hingenommen werden. Auch der deutsche Kampfeinsatz im Kosovo, wo eine “ethnische Säuberung“ gestoppt wurde, bei der Völkermord zu befürchten war, habe gezeigt, dass der Grundsatz der Nichteinmischung von der deutschen Politik in diesem Fall nicht als der Situation angemessen bewertet wurde.
- Terror, Massenvernichtungswaffen und nukleare Proliferation verschärften die Bedrohungslage, sodass Kriterien für notwendige Interventionen entwickelt werden müssten. Dies könne natürlich nicht einfach durch eine hegemoniale Macht wie die USA geschehen. Solche Kriterien müssten gemeinsam durch die Völkergemeinschaft entwickelt und getragen werden. Unilateralismus in dieser Frage sei in einer Situation, in der der Islam weltweit von terroristischen Netzwerken missbraucht werde, nicht akzeptabel.

Fragen, wie ein Verteidigungsfall bei Bürgerkrieg oder Vorbereitung des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen durch Terroristen definiert sei oder wann humanitäre Intervention unabweisbar werde, bedürften eines strategischen Dialogs. Dieser müsse gerade auch von den Demokratien, die sich zur transatlantischen Gemeinschaft zählen, dringend begonnen werden. Bei den deutschen wie bei den amerikanischen Partnern wurde bei der Diskussion dieser Themen die starke Verbundenheit mit der transatlantischen Partnerschaft und die Bereitschaft deutlich, die Zusammenarbeit in dieser Gemeinschaft den neuen globalen Bedrohungen und Herausforderungen anzupassen.

---

[1] Vgl. dazu: ZEIT ONLINE Interview 28.7.2003, “Wir müssen es mit den Amerikanern gemeinsam versuchen“ verfügbar: http://www.zeit.de/politik/tacheles/interv_030725

Der Höhepunkt nicht nur dieser Debatte, sondern des gesamten dargestellten Dialogprogramms war die Teilnahme von Bundeskanzler Helmut Schmidt. Er mahnte an, aus Sorge um die transatlantische Freundschaft den Blick nicht nur auf deren aktuelle Belastungsproben zu konzentrieren. Solche Probleme seien auch in der Vergangenheit nicht selten gewesen.
Wichtig sei jetzt vor allem, sich gemeinsam mit globalen Herausforderungen wie z.B. der Bevölkerungsexplosion und daraus resultierenden Migrationsströmen zu befassen.
Solche Probleme erforderten einen stärker langfristig und strategisch ausgerichteten politischen Dialog.

7.2 Strategischer außen- und sicherheitspolitischer Dialog

Helmut Schmidts Rat, über gemeinsame globale Herausforderungen der transatlantischen Gemeinschaft einen strategischen politischen Dialog zu führen, griff die FES noch Ende 2003 auf. Mit Vertretern der amerikanischen außen- und sicherheitspolitisch interessierten Fachöffentlichkeit führte die FES einen Strategiedialog zu einer Zeit, in der sich die USA in einer scheinbar erfolgreich verlaufenden Intervention im Irak befanden.

7.2.1 Erwartungen an den Strategiedialog

Zwar hatte der zweite Irakkrieg zum “tiefsten Riss in den transatlantischen Beziehungen geführt, der von den Partnern je erlebt wurde“[1]. Jedoch stellte die FES diesem Befund die Überzeugung entgegen, dass die atlantische Allianz nach wie vor eine der stärksten und beständigsten zwischenstaatlichen Beziehungen in der Geschichte bleibe. Ihr Nutzen reiche eindeutig und langfristig über das Ende des Kalten Krieges und den derzeitigen Spannungsfall hinaus.
Die partnerschaftliche Bindungswirkung der Allianz müsse gerade in der Krise mobilisiert werden.
Natürlich sei der Westen in der Irakfrage und über die militärische Intervention anscheinend heillos zerstritten. Gleichwohl teilten viele Europäer und Amerikaner strategische Ziele — auch das eines stabilen und friedlichen Irak im Mittleren Osten. Für eine solche umfassendere und längerfristige Betrachtungsweise gemeinsamer Aufgaben zu werben, fand öffentliche Akzeptanz

[1] *Dieter Dettke* in: *Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office,* Toward a Common Grand Strategy for Europe: The Transatlantic Strategic Discourse, Washington D.C., 2004, S. 1.

sogar mitten in der krisenhaften Aktualität der Allianz. So gelang es der FES, in Washington noch Mitte Dezember 2003 eine analytisch und politisch herausragend anspruchsvolle transatlantische Strategiedebatte einzuleiten.
Dabei ging es nicht nur um die Analyse gemeinsamer strategischer Ziele. Auch die Strategiefähigkeit des Bündnisses war zu untersuchen. Daraus sollte sich eine erneuerte Sensibilität für partnerschaftliche Anforderungen an künftiges Handeln gegenüber gemeinsamen Herausforderungen entwickeln. Diese Erwartung leitete den transatlantischen Strategiedialog, der sich vor allem auf Beiträge zweier namhafter Experten stützte, die von der FES in dieser kritischen Phase der atlantischen Partnerschaft gewonnen werden konnten.[1]

7.2.2 Strategische Interessen und Ziele

Als auf das Engste verflochtene Marktwirtschaften und Demokratien teilen die Vereinigten Staaten und die Europäische Union Interessen und Ziele, die vor allem ihr außen- und wirtschaftspolitisches Handeln in der globalisierten Welt bestimmen. Ohne unterschiedliche Prioritäten zwischen den atlantischen Partnern zu thematisieren, lassen sich gemeinsame strategische Interessen benennen:[2]

- **Schutz des heimischen Territoriums**
  Von der unkontrollierten Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die in die Hände von Terroristen gelangen könnten, geht eine besonders ernstzunehmende Bedrohung aus. So habe das US-“Government Accountability-Office“ festgestellt, dass nur 42 v.H. des spaltbaren Nuklearmaterials Russlands gesichert sei. Eine Menge von der Größe eines Baseballs (etwas größer als ein Tennisball, RS) reiche aus, eine nukleare Bombe herzustellen. Dem Ziel, die Proliferation von Massenvernichtungswaffen zu verhindern, komme für die USA wie für Europa vitale Bedeutung zu.

---

[1] Jim Cloos, Direktor für transatlantische Beziehungen, Latein-Amerika, die Vereinten Nationen, Menschenrechte und Terrorismusabwehr im Generalsekretariat des EU-Ministerrats - enger Mitarbeiter Javier Solanas, des Hohen Repräsentanten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.
Robert J. Art, Professor für internationale Beziehungen und amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik — ausgewiesen in Forschung und Lehre an der Brandeis University, der Harvard University und dem Massachusetts Institute of Technology.

[2] Vgl.: *Robert Art*, in: *Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office,* Toward a Common Grand Strategy for Europe: The Transatlantic Strategic Discourse, Washington D.C., 2004, S. 14 f.

- **Dauerhafter Frieden zwischen den eurasischen Staaten**
  Frieden in dieser Grossregion liegt im Interesse der atlantischen Partner, um dort einem Wettrüsten vorzubeugen, das die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen begünstigen könnte. Mit den Staaten dieser Region muss daher intensive friedens- und entwicklungspolitische Kooperation gepflegt werden. Eine von diesem Grossraum ausgehende Proliferation erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Terroristen Zugriff auf Massenvernichtungswaffen erlangen.
- **Gesicherter Zugang zu Erdöl**
  Für die Vereinigten Staaten und auch die hochentwickelten Industrieländer Europas ist gesicherter Zugang zu Erdöl unverzichtbar. Einer monopolähnlichen Kontrolle über das Erdölangebot insbesondere aus der Region des Persischen Golfs durch Hegemonialbestrebungen einzelner Staaten sei daher vorzubeugen. Die Unabhängigkeit der Golfstaaten müsse geschützt werden. Dieses Ziel habe besondere Relevanz für die USA, denen Robert Art zu einer Politik des "teile, aber herrsche nicht"[1] gegenüber den Golfstaaten rät.
  Nach dem Überfall des Irak auf Kuwait im August 1990 und dem Ablauf des von der UNO verhängten Rückzugsultimatums sei Kuwait im Januar 1991 durch einen Militäreinsatz westlicher und arabischer Staaten unter Führung der USA wieder befreit worden. Schon dieser kurze Rückblick in die Geschichte des Irakkonflikts belegt den hohen Rang des Interesses, die internationale Erdölwirtschaft zu sichern.
- **Stabile internationale Wirtschaftsbeziehungen**
  Eine stabile Weltwirtschaft bei möglichst freiem Handel und Kapitalverkehr sei vor allem, aber nicht nur von den Vereinigten Staaten politisch, wirtschaftspolitisch und notfalls militärisch abzusichern. Die Europäische Union habe sich in ihrem Einflussgebiet solcher Verantwortung stellen. Die UN, die Weltbank, der Internationale Währungsfonds, die Welthandelsorganisation, die Europäische Union und die USA müßten zusammenwirken um stabile internationale Wirtschaftsbeziehungen zu gewährleisten, da die Weltwirtschaft geeignete und handlungsfähige Institutionen benötige. Aber — hier sei an die eindringlichen Warnungen Hans-Jochen Vogels von 1988 in Washington erinnert — nicht nur zum Schutz gegenüber militärischen Aggressionen! Es sollte sich in der von den USA ausgegangenen historischen Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 erweisen, wie berechtigt die frühen Warnungen Vogels vor den sich kumulierenden transatlantischen Ungleichgewichten im Welthandel und im unregulierten Kapitalverkehr waren.

---

[1] *Robert Ar*t, a.a.O., S. 16

- **Konfliktprävention und Entwicklungspolitik**
  Zur Verhinderung von Elend und dadurch ausgelöster Massenmigration, von Völkermord in ethnischen Konflikten bedarf es friedenspolitischer Prävention, der Förderung von Demokratie, von Menschenrechten und von wirtschaftlicher Entwicklung mit sozialem Ausgleich. Solche Maßnahmen internationaler Zusammenarbeit zielen auch darauf ab, dass Mittelschichten in Schwellen- und Entwicklungsländern nachhaltige Lebens- und Arbeitsperspektiven erreichen. So könnte die atlantische Partnerschaft ihr wirtschaftliches Potential nutzen, um weltweit "stakeholder" für demokratische und wirtschaftliche Teilhabe zu stärken.
- **Schutz des Erdklimas und der natürlichen Lebensgrundlagen**
  Diese ökologischen Ziele stellen für die USA und Europa nicht nur gemeinsame Interessen, sondern auch Verantwortung dar. Als herausragende weltwirtschaftliche Kerngebiete des Wohlstands haben die atlantischen Partner Vorbildfunktion wahrzunehmen. Es bleibt zu hoffen, dass der Konsens wachsen wird, hier ein gemeinsames Interesse von vitalem Rang als Vorgabe mit klaren Kriterien für gemeinsames Handeln zu definieren.

Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten stimmen in ihren strategischen Interessen weitgehend überein, "the overlap ... is quite high" konstatiert Robert Art[1] abschliessend.

7.2.3 Prioritäten, vitale Interessen und transatlantische Strategiefähigkeit

Um gemeinsame Interessen in strategische Ziele transatlantischer Kooperation umzusetzen, müssen sich die Partner über Prioritäten zu einigen. Bei vitalen Sicherheitsinteressen erscheint dies nicht problematisch. Sowohl die USA wie die Europäische Union sind

- Ziel des extrem gewaltbereiten Al Kaida-Terrorismus,
- durch Proliferation von Massenvernichtungswaffen und ihre potentielle Verfügbarkeit in terroristischen Netzwerken gefährdet
- und sehen ihre Sicherheitsinteressen durch Konflikte in Schlüsselregionen bedroht.

Diese Bedrohungen können zusätzlich durch Treibsätze wie die Organisierte Kriminalität, den Zerfall von Staaten und die "Privatisierung" von Gewalt eskalieren.

Beide transatlantischen Partner sehen sich durch diese asymmetrischen Sicherheitsbedrohungen verwundbar. Robert Art folgert aus dieser Gefährdungslage: Die vitalen strategischen Interessen und Politikziele "...sind auf keiner Seite des Atlantik kontrovers" [2]. Soweit politische Diffe-

---

[1] *Robert Art*, a.a.O., S. 19

[2] A.a.O., S.19

renzen bestehen, seien diese nicht strategischer, sondern taktischer Natur. Dies sollte die transatlantischen Beziehungen vereinfachen, da Meinungsverschiedenheiten in taktischen Fragen leichter zu überwinden seien als Unvereinbarkeiten der grundlegenden strategischen Ziele.
Dieses Zwischenergebnis der Analyse und Debatte zeigt, wie fruchtbar der Vorschlag Helmut Schmidts und seine Umsetzung durch die FES war, mitten in der bis dahin tiefsten transatlantischen Krise seit Bestehen der Allianz einen strategischen politischen Dialog einzuleiten.
Transatlantischer Konsens über gemeinsame Interessen, Ziele und prioritäre außenpolitische Handlungsfelder ist indes eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für Strategiefähigkeit, d.h. die Fähigkeit und Bereitschaft der Allianz, ihre gemeinsamen Sicherheitsinteressen durch koordinierte politische, wirtschaftspolitische und zivil-militärische Institutionen und Zusammenarbeit zu schützen.
Der von FES organisierte strategische Dialog führte zu der Einsicht, dass transatlantische Strategiefähigkeit über den Zielkonsens hinaus auch eine gemeinsame Akzeptanz von Prinzipien voraussetzt, die partnerschaftliche Verhaltensweisen und Verfahren festigt, wenn Kooperation zum Schutz vitaler Interessen notwendig ist. Schließlich könne in kritischen Situationen nicht erst ein Regierungswechsel in den USA oder in einem europäischen Land abgewartet werden, bis die Lage beurteilt, Entscheidungen gefällt, die Ressourcen gebündelt sind, bevor abgestimmt gehandelt werden kann.
Als Grundsätze für Strategiefähigkeit um die partnerschaftliche Bindung auch in Spannungsfällen zu gewährleisten, wurden benannt:

(1) Macht zu Konsens transformieren.

Macht stößt gerade bei asymmetrischen Bedrohungslagen, vor allem im typischen Fall, wenn Terroristen in Netzwerken organisiert sind, über unterschiedliche Aufstellungsräume verfügen und verschiedene Ziele angreifen wollen, schnell an Grenzen der Wirksamkeit. Diese Erfahrung musste auch die militärische und wirtschaftliche Supermacht Amerika machen. Henry Kissinger wird das Wort zugeschrieben: “Macht muss zu Konsens transformiert werden“. Dann erscheint Macht legitimiert, wirkt als Einfluss, festigt die Akzeptanz strategischer Vereinbarungen. Gelingt es nicht, Macht durch Konsens und Akzeptanz zu legitimieren, wachsen Ressentiment und Hass gegen den Mächtigen.

(2) Europa als Partner und nicht als Instrument der USA.

Europa und seine öffentliche Meinung akzeptieren überwiegend die globale Führungsrolle der Vereinigten Staaten. Erwarten die USA von Europa internationale Zusammenarbeit, gebietet die Idee der Partnerschaft aus europäischer Sicht:

- Probleme oder Bedrohungen werden gemeinsam analysiert; strategische Ziele und Aufgabenverteilung vereinbart, bevor über Aktionen, insbesondere militärische, gemeinsam entschieden wird.
- Die Europäische Integration und das Ziel der Politischen Europäischen Union werden durch die USA respektiert. Damit verbieten sich Spaltungsversuche und das Ausspielen von Mitgliedsländern gegeneinander. Von der Europäischen Union wird anerkannt, dass der Aufbau einer eigenständigen militärischen Kapazität der EU nicht die transatlantische Zusammenarbeit in der NATO beschädigen darf.

(3) Faire Lasten- und Risikoteilung in der Allianz.

Diese Forderung reicht aus Sicht der USA über finanzielle Verteilungsfragen und militärische Kapazitätsvergleiche hinaus. Es würde nicht akzeptiert, wenn überwiegend die Vereinigten Staaten militärische Operationen mit Verlusten an Menschenleben tragen, während Europa seine Aufgabe in Entwicklungspolitik und „Nation Building“ sieht. Eine solche Aufgabenverteilung in der transatlantischen Partnerschaft würde die amerikanische Öffentlichkeit nicht hinnehmen.

(4) Effektiver Multilateralismus.

Die Charta der Vereinten Nationen soll den grundlegenden Rahmen für die internationalen Beziehungen bilden, und der UN-Sicherheitsrat grundsätzlich verantwortlich sein, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren. Die transatlantischen Allianz ist aufgerufen, die internationale Gemeinschaft, die internationalen Institutionen und eine völkerrechtlich geregelte Weltordnung zu stärken.

Gegen diese partnerschaftlichen Grundsätze, Verfahren und Umgangsformen, wurde im Irakkonflikt auf beiden Seiten des Atlantik verstoßen: Vorschnelle öffentliche Festlegungen und Konfrontation statt Abstimmung, gemeinsame Analyse und Entscheidungsvorbereitung; kein Versuch, einvernehmlich Kriterien zu entwickeln, unter welchen Bedingungen gemeinsam militärisch zu handeln wäre ... Es blieb schließlich bei einer “Koalition der Willigen“, die schrittweise erodieren sollte.

Die Lehre aus diesem transatlantischen Desaster und das zentrale Ergebnis des von FES organisierten Strategiedialogs war der Aufruf zu strategisch ausgerichteter Partnerschaft.[1] Solche Allianzen seien stabiler, leistungsfähiger und krisenfester als ad hoc zusammengewürfelte “Koalitionen der Willigen“. Letztere mögen der Hegemonialmacht weniger Beschränkungen auferlegen, seien aber weniger verlässlich. Vertraglich fundierte Allianzen zwingen dagegen zu oft zeitraubender Kompromissbildung, bieten aber, nachdem sich die Partner geeinigt haben, mehr zuverlässige Unterstützung und größere Leistungsfähigkeit. Bündnispartner investieren auch mehr in den Erhalt solcher Allianzen als die Mitglieder fallweise betriebener Zusammenschlüsse mit relativ einfacher Austrittsoption.

Dieser Vergleich macht auf eine weitere Voraussetzung aufmerksam, durch die eine stabile strategische Kooperationskultur gefördert wird: Die Partner müssen sich gut kennen und einschätzen können.

Hier sah die FES im Deutschlandbild der amerikanischen Öffentlichkeit mehr als ein Jahrzehnt nach der Epochenwende der Jahre 1989-90 Defizite.

Der Partner Deutschland, inzwischen von der Bonner zur “Berliner Republik“ gewandelt, war nun Gegenstand eines weiteren Beitrags der FES, über die Deutsch-Amerikanischen Konflikte und Missverständnisse im aktuellen Spannungsfall des Irakkonflikts hinaus zu führen. Dies schien ebenso viel versprechend wie der Wechsel zur strategischen Betrachtungsweise internationaler Partnerschaft. Denn die “Berliner Republik“, das vereinte Deutschland, symbolisierte deutsch-amerikanisches Gelingen. So erschien das Thema “Berliner Republik“ für amerikanische Partner besonders erwünscht und geeignet, den Blick über die Streitfragen des Tages zu heben.

7.3 Die Berliner Republik als transatlantischer Partner.

Ein Portrait Deutschlands mehr als ein Jahrzehnt nach dem Ende des Kalten Krieges und der wiedergewonnen staatlichen Einheit — das war das Ziel der FES-Publikation “The Spirit of the Berlin Republic“[2].

---

[1] Vgl.: *Robert Art*, a.a.O., S. 19

[2] *Dieter Dettke*, Ed., The Spirit of the Berlin Republic; International Political Currents - Vol. 5 - A Friedrich-Ebert-Stiftung Series; New York, Oxford, 2003.

7.3.1 Bundeskanzler Gerhard Schröder: Berliner Republik — Kultur der Solidarität

Bundeskanzler Gerhard Schröder würdigte diese Leistung durch ein Vorwort, in dem er die "Berliner Republik" als einen Neubeginn definierte:
Ein Neubeginn als Abschluss eines historischen Prozesses fester Integration Deutschlands in die Europäische Union und die Atlantische Allianz mit enger kultureller Bindung an den "Westen" und eindeutiger Orientierung an den gemeinsamen Werten der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Demokratie und der Menschenrechte!
Der Neubeginn "Berliner Republik" — so der Kanzler — ziehe keinesfalls einen Schlussstrich unter die Vergangenheit, sondern erneuere die Verpflichtung des nun vereinten Landes, die historische Verantwortung Deutschlands und der Deutschen wahrzunehmen. Dieser Neubeginn markiere auch keinen Bruch mit der 40-jährigen Erfolgsgeschichte der "Bonner Republik", in der die Grundlagen der Demokratie und wesentliche Voraussetzungen für das Gelingen der deutschen Vereinigung geschaffen worden waren.
Für den Bundeskanzler bedeutet die Berliner Republik ein "politisches Versprechen". Ein Versprechen, die in manchmal schwierigen Zeiten über 50 Jahre hinweg bewährte demokratische Kultur des Westens zu verbinden mit der Zivilcourage und dem Wunsch nach Freiheit der Menschen aus der ehemaligen DDR, deren mutige Proteste die friedliche Revolution von 1989 brachte.
Seitdem sei ein Gefühl der Gemeinsamkeit und der Solidarität in einer wachen Bürgergesellschaft in Deutschland gewachsen. Wer die unermüdliche Hilfsbereitschaft und Solidarität der Deutschen aus Ost und West in der Flutkatastrophe des Sommers 2002 erlebt habe, könne nur Stolz empfinden über das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Verantwortungsbereitschaft der Menschen in der Berliner Republik.
Die Verantwortung zur Solidarität sieht Bundeskanzler Schröder auch auf dem Feld der Außenpolitik. Das vereinte und souveräne Deutschland verpflichte sich, auf internationaler Ebene beizutragen, den Frieden zu wahren und die Menschenrechte zu schützen — wenn es notwendig ist, auch mit militärischen Mitteln.
Die Verpflichtung zur Solidarität mit den Freunden und Partnern sei gerade nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 in den USA deutlich geworden: Kein Staat allein könne nach diesen Ereignissen die Freiheit und Sicherheit seiner Bürger gewährleisten. Gerade für Deutschland sei die selbstverständliche Solidarität mit den Freunden und Partnern in den Ver-

einigten Staaten und in Europa verpflichtend, denn ohne deren Unterstützung wären die Teilung und Unfreiheit in Deutschland nicht überwunden worden.

In der Freiheit und der Sicherheit sieht Bundeskanzler Schröder notwendige Bedingungen für friedliches Zusammenleben in einer Zivilgesellschaft. Dabei geht er von einem “Konzept der umfassenden Sicherheit“[1] aus: materielle und soziale Sicherheit, aber auch Rechtssicherheit und in diesem Zusammenhang auch Wehrhaftigkeit. Diese Konzeption, von der Bundesregierung bereits in den Balkankonflikten vorgeschlagen, habe “etwas genuin Europäisches“. Diese konzeptionellen Grundlagen leiten — so ist der Bundeskanzler zu verstehen — die internationale Politik seiner Regierung in Berlin: Verantwortung für Deutschland, weltweit freiheitliche und demokratische Gesellschaften zu unterstützen und zu fördern.

Bundeskanzler Schröders Sicht der Berliner Republik lässt sich wie folgt zusammenfassen:

- Profiliert durch eine herausragende Tradition künstlerischer Leistungen und eine Kultur, die gerade auch von den Entwicklungen in der jahrzehntelang gespaltenen Hauptstadt inspiriert wurde;
- politisch geprägt durch eine von der “Bonner Republik“ wesentlich geformte demokratische Streitkultur mit einer fest verwurzelten solidarischen Haltung — nach innen in der Gesellschaftspolitik und nach außen gegenüber den euroatlantischen Partnern und den Entwicklungsländern.

Gerade der letztgenannte prägende Aspekt, der im transatlantischen Kontext des beginnenden Jahrhunderts besonders relevant erscheint, soll aus der Fülle der Beiträge der FES-Publikation “The Spirit of the Berlin Republic“ ausgewählt und im Folgenden kurz dargestellt werden: die Außenpolitik der Berliner Republik.

Dieser Beitrag aus der Publikation der FES-Washinton zur Berliner Republik strebte an, der außenpolitischen Fachöffentlichkeit in den USA zu vermitteln, wie das vereinigte Deutschland sich in der internationalen Politik positioniert und damit als Partner für gemeinsame globale Aufgaben einzuschätzen ist.

---

[1] Vgl. Regierungserklärung des Bundeskanzlers Gerhard Schröder zur Aktuellen Lage nach Beginn der Operation gegen den internationalen Terrorismus in Afghanistan vom 11. Oktober 2001, S. 8.

7.3.2 Zur Außenpolitik der Berliner Republik

Die auswärtige Politik der Regierung, die Bundeskanzler Schröder führt, wird von Kontinuitäten, aber auch von der Suche nach Sicherheit gegenüber den neuen globalen Herausforderungen bestimmt.

Hans-Ulrich Klose stellt in seinem Beitrag zunächst die “tiefen Kontinuitäten“ (Daniel Hamilton) dar, die das außenpolitische Profil der Bonner und der Berliner Republik verbinden. Dies nicht aus nostalgischen Beweggründen, sondern aus aktueller politischer Notwendigkeit!

Klose sieht nämlich Deutschland nach dem Ende des Kalten Krieges und nach der wiedergewonnenen staatlichen Einheit mit außerordentlichen internationalen Erwartungen konfrontiert. Deutschland sei die Rolle eines wichtigen außenpolitischen Akteurs teils zugewachsen, teils zugefallen. Nun solle das Land auch größere Lasten und mehr politische, wirtschaftliche und militärische Verantwortung übernehmen, damit die globalen Probleme bewältigt werden können.

Zugleich wird das Deutschlandbild bei den europäischen Nachbarn nicht durchweg freundlicher: Die Bundesrepublik ist nicht mehr der unverzichtbare “Frontstaat“, sondern ein noch größer gewordener Konkurrent. Hegemoniebefürchtungen paaren sich mit “Erinnerungspolitik“, die geschichtliche Bürde werde neu thematisiert.

Diesen Erwartungen und Befürchtungen stellt Klose eine außenpolitische Standort- und Zielbestimmung entgegen, die vertrauensbildende Botschaften der Kontinuität an die Partner sendet und auch das Selbstbild Deutschlands verdeutlicht.

Auch dreizehn Jahre nach der deutschen Einheit — dies müsse die Welt anerkennen — halten die verantwortlichen Akteure in Deutschland an den fundamentalen Entscheidungen und Grundsätzen der deutschen Außenpolitik fest:[1]

- Stabiles, institutionell gesichertes deutsch-französisches Sonderverhältnis;
- Westbindung und Integration in Europäische Union und NATO mit der Anerkennung, dass für diese euro-atlantische Integration deutsche Souveränitätsrechte eingeschränkt sind;
- Multilateral ausgerichtete Außenpolitik durch Mitgliedschaft in den internationalen Organisationen, insbesondere den Vereinten Nationen und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE);

---

[1] Vgl.: *Hans-Ulrich Klose*, in: *Dieter Dettke*, Ed., The Spirit of the Berlin Republic; International Political Currents - Vol. 5 - A Friedrich-Ebert-Stiftung Series; New York, Oxford, 2003, S. 49ff.

- Im Rahmen der Vereinten Nationen und der westlichen Allianz sind Beiträge im zivilen und im militärischen Bereich zu leisten für Rettungsmaßnahmen und humanitäre Aufgaben, internationale Friedenseinsätze, Krisen- und Konfliktbewältigung ("Petersberg-Aufgaben");
- Historische Verpflichtung, die Spaltung Europas zu überwinden und den östlichen Nachbarn die Möglichkeit des Beitritts zu EU und NATO zu eröffnen;
- Verpflichtung gegenüber Israel und dem Nahost-Friedensprozess.

Für Klose steht Europa im Fokus deutscher Außenpolitik, dh. Ziel ist das Konzept einer Europäischen Union, die sich auf der Grundlage einer europäischen "Verfassung" schrittweise zu einem "unabhängigen Subjekt unter internationalem Recht" entwickle: In diese europäischen Strukturen sei "das deutsche Potential zu inkorporieren".

Deutschlands Rolle in der Welt sei die eines europäischen Akteurs. Gleichwohl sieht Klose deutsche Außenpolitik nicht auf die "multilaterale europäische und atlantische Dimension beschränkt"[1]. Zum "kooperativen Stil" deutscher Außen- und Sicherheitspolitik gehöre die Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Ländern und mit der Russischen Föderation, die unverzichtbar sei für die Entwicklung einer europäischen Sicherheitsarchitektur.

Im Rahmen der deutschen Interessen komme auch der Zusammenarbeit mit China, Indien, Japan und Brasilien hoher Rang zu.

Für die deutschen und europäischen Interessen an der Ausgestaltung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) sowie an der Zusammenarbeit mit den BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) sei gegenüber den USA durch Vertiefung des transatlantischen Dialogs zu werben. Der "politischen Gemeinschaft in Washington" müsse eingehender erläutert werden, warum für Europa und für Deutschland eine multilaterale Politik, mehr internationaler Dialog und eine Stärkung der Vereinten Nationen sowie der OSZE so hohen Rang besitzt.

Noch vor dem Ende des Kalten Krieges war Deutschland vom Präsidenten der Vereinigten Staaten, George H. W. Bush, eine "partnership in leadership" angeboten worden. Gerade weil sich Deutschland heute gegen die Neigung der USA zum Unilateralismus wende, müsse es den transatlantischen Dialog intensivieren und mehr Anstrengungen unternehmen, Chancen für offene Gespräche zu erarbeiten und zu nutzen.

Hans-Ulrich Klose hatte seine Sicht zur deutschen Außenpolitik offensichtlich vor dem 11. September 2001 entwickelt. Die Terroranschläge dieses Tages haben die internationale Politik des Westens, aber insbesondere die der Vereinigten Staaten grundlegend verändert.

---

[1] *Hans-Ulrich Klose*, in: a.a.O., S. 55.

Daniel Hamilton behandelt in seinem Beitrag[1] die Folgen dieses Ereignisses für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland.
Der 11. September 2001 leitet — so Hamilton — eine neue Epoche für die internationale Politik des Westens ein. Seit diesem Tag habe sich die Beurteilung geopolitischer Konflikte und Bedrohungen einschneidend verändert; für Deutschland sei er " weniger Ursache als Katalysator" für die Notwendigkeit, eine "neue Konzeption deutscher Außenpolitik"(Bundeskanzler Gerhard Schröder)[2] zu entwickeln.
In seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag vom 11. Oktober 2001[3] hatte der Bundeskanzler diesen Politikwechsel angekündigt und legitimiert, indem er auf den Beschluss des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen über das Recht auf Selbstverteidigung eines Landes (Resolutionen 1369 und 1373) verwies. Damit habe der Weltsicherheitsrat das Völkerrecht im Hinblick auf die neu entstandenen Bedrohungen weiterentwickelt.
Zugleich stellte der Bundeskanzler klar, dass dieses den neuen Bedrohungen durch den Sicherheitsrat der VN "in beeindruckender Weise" angepasste Völkerrecht Deutschland verpflichte, "es als Richtschnur für nationales und internationales Handeln zu begreifen."
Auf dieser völkerrechtlichen Grundlage ergebe sich für Deutschland eine Selbstverpflichtung zu "aktiver uneingeschränkter Solidarität mit unseren Freunden in den Vereinigten Staaten und in der internationalen Allianz gegen den Terrorismus". Der von Bundeskanzler Schröder im Oktober 2001 angekündigte außenpolitische Politikwechsel soll in seinen Kernaussagen gerade wegen der transatlantischen Spannungen der Jahre ab 2002 hier wörtlich wiedergegeben werden:[4]

" Nach dem Ende des Kalten Krieges, der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands und der Wiedererlangung unserer vollen Souveränität haben wir uns in einer neuen Weise der internationalen Verantwortung zu stellen, einer Verantwortung, die unserer Rolle als wichtiger europäischer und transatlantischer Partner, aber auch als starker Demokratie und starker Volkswirtschaft im Herzen Europas entspricht. Noch vor zehn Jahren hätte niemand von uns erwartet, dass Deutschland sich anders als durch "sekundäre Hilfsleistungen" — also

---

[1] Vgl.: *Daniel Hamilton* in: a.a.O., S. 56 ff.

[2] Vgl.: a.a.O., S. 58.

[3] Vgl.: Regierungserklärung des Bundeskanzlers Gerhard Schröder vom 11.Oktober 2001, S. 5.

[4] Regierungserklärung des Bundeskanzlers *Gerhard Schröder* ... 11. Oktober 2001, S. 5.

Zurverfügungstellung von Infrastruktur oder Gewährung von Finanzmitteln — an internationalen Bemühungen zur Sicherung von Freiheit, Gerechtigkeit und Stabilität beteiligt ... Diese Etappe deutscher Nachkriegspolitik ... ist unwiederbringlich vorbei.
Gerade wir Deutschen, die wir durch die Hilfe und Solidarität unserer amerikanischen Freunde und Partner die Folgen zweier Weltkriege überwinden konnten um zu Freiheit und Selbstbestimmung zu finden, haben nun auch eine Verpflichtung, unserer neuen Verantwortung umfassend gerecht zu werden. Das schließt — und das sage ich ganz unmissverständlich — auch die Beteiligung an militärischen Operationen zur Verteidigung von Freiheit und Menschenrechten, zur Herstellung von Stabilität und Sicherheit ausdrücklich ein.“

Eine Rückbesinnung auf diese klaren Worte und Taten des deutschen Bundeskanzlers —Teilnahme am Afghanistaneinsatz bei hohem Risiko für die Stabilität seiner Regierungskoalition — in Solidarität mit dem amerikanischen Partner sollte den vergangenen, beiderseitig verursachten Streit um den Irakkrieg überwinden.

7.4 Strategischer Multilateralismus: Chance für die transatlantische Partnerschaft

Daniel Hamilton bewertet die richtungweisende Regierungserklärung Bundeskanzler Schröders, indem er Professor Karl Kaiser, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, zitiert[1]: Der von Gerhard Schröder dargelegte Wandel in der deutschen Außenpolitik bedeute “die dritte große Neuorientierung der deutschen Außenpolitik der letzten fünfzig Jahre, beginnend mit Konrad Adenauers Westbindung, gefolgt von Willy Brandts Ostpolitik und nun der globalen Agenda“, die der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vom 11. Oktober 2001 dargelegt hatte.
Diese außenpolitische Neuorientierung gegen die globale Bedrohung vor allem durch Terrorismus in Verbindung mit hohem Risiko der Proliferation von Massenvernichtungswaffen mache europäische und transatlantische sicherheitspolitische Zusammenarbeit unverzichtbar.
Nach der transatlantischen Kontroverse um die Irakpolitik sei ein Neuansatz in der Kooperationskultur anzustreben.
In diesem Zusammenhang greift Hamilton das von deutschen Außenpolitikern entwickelte Konzept des “strategischen Multilateralismus“ auf [2]. Würde dieses Konzept die transatlantischen Beziehungen prägen, hieße dies:

---

[1] Hamilton, Daniel in; FES-WO (2003 c), S. 58.

[2] a.a.O., S. 68 f.

- Internationale Politik des Westens wird nicht durch unilaterale Machtanwendung, sondern durch Dialog und Einfluss geformt; die Arbeit des Überzeugens steht höher als die Drohung; integrieren und einbinden ist wichtiger als beherrschen und Partner zu gewinnen effektiver als Gegner zu konfrontieren.
- Durch strategischen Multilateralismus geprägte Außenpolitik bedeutet ferner: demokratische Friedensprozesse zu unterstützen; die jungen, demokratisch verfassten oder Demokratie anstrebenden Länder zu schützen und in die westliche demokratische Gemeinschaft zu integrieren; weltweit rechtstaatliche und transparente Regierungsführung zu fördern.
- Außerhalb der Zonen friedlicher, demokratischer Entwicklung erfordern die Prinzipien des strategischen Multilateralismus: stabile und sichere Entwicklungsbedingungen zu schaffen; Prozesse des “Nation Buildung“ einzuleiten und zu unterstützen, um damit insbesondere dem Zerfall von Ordnung und Staatlichkeit entgegenzuwirken; diktatorisch regierte Staaten, wenn es möglich ist, einbinden statt sie in Isolation zu treiben; vorbereitet sein, wenn es notwendig ist, militärische Mittel im Interesse der Sicherheit der internationalen Ordnung einzusetzen.

Die sich im demokratischen Westen durchsetzende Einsicht in die eng begrenzte Wirksamkeit militärischer Macht, globale Sicherheit zu fördern, eröffnet der außenpolitischen Konzeption des strategischen Multilateralismus wachsende transatlantische Konsens- und Kooperationschancen.

7.5 Kurze Bewertung: FES-Projektpolitik in der Deutsch-Amerikanischen Krise

Abschließend lässt sich der Beitrag der FES gegenüber der transatlantischen Krise vor allem der Jahre 2002 bis 2004 kurz bewerten:

Im Deutsch-Amerikanischen Streit um die Irakpolitik hat die Friedrich-Ebert-Stiftung in Washington mit beträchtlicher Zustimmung in der amerikanischen politischen Öffentlichkeit für eine höherrangige gemeinsame politische Agenda transatlantischen Dialogs und der Zusammenarbeit geworben.

Die Stiftung hat die transatlantische Perspektive dafür gestärkt, im Sinne eines “strategischen Multilateralismus“ gemeinsame Beiträge zu leisten für eine internationale Politik der Solidarität, die umfassende menschliche Sicherheit in einer kooperativen Weltordnung anstrebt.

Damit konnte sie maßgeblich beitragen, die amerikanische Sicht auf Deutschland und die Regierung des Bundeskanzlers Gerhard Schröder über den irakpolitischen Streit hinaus zu führen. Und statt dessen in das Deutschlandbild der USA die zentralen Überlegungen des Bundeskanz-

lers zu einer völkerrechtlich gebundenen, der euroatlantischen Partnerschaft verpflichteten internationalen Politik für Kooperation und Solidarität einzubringen.
Dies führte die außenpolitische Debatte nicht nur im amerikanischen Partnerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung und der deutschen Sozialdemokratie weit über die verengten Sichtweisen hinaus, die in der Irakkontroverse zeitweise vorherrschten.

8 Zukunft der transatlantischen Partnerschaft: Rückblicke — Ausblicke

In den Jahren nach dem Ende des Kalten Krieges schien die transatlantische Partnerschaft in der Gefahr zu zerfallen. Nicht so sehr wegen des teils heftig geführten Streits. Viel korrosiver war, dass Partner auf beiden Seiten sich über lange Jahre zum Blick nach innen gezwungen fühlten: Transformation in Deutschland und im östlichen Europa — innen- und sozialpolitischer Reformdruck auf die Regierung Clinton nach der marktradikalen Reagan/Bush -Ära.
Und dennoch dachten in den neunziger Jahren weitblickende “Atlantiker“ über die Zukunft nach. Es ehrt die deutschen Partner, die gerade in dieser Zeit inneren Wandels in Deutschland und Europa eine Bringschuld gegenüber Amerika empfunden haben mögen, dass sie das transatlantische Gespräch suchten.

8.1 Partnerschaft für Global Governance — bürgernah, lokal verankert (Kurt Beck)

Ministerpräsident Kurt Beck[1] entwickelte bereits Mitte der neunziger Jahre partnerschaftliche Initiativen um die Deutsch-Amerikanischen Beziehungen zukunftsweisend zu gestalten.
1995 wurde in Rheinland-Pfalz in 2000 Veranstaltungen unter dem Motto “Nachbar Amerika“ der 50-jährigen Präsenz amerikanischer Streitkräfte gedacht.

---

[1] Vgl.: “Maastricht II und das deutsche Interesse an einer Stärkung der Europäischen Union" Hintergrundfinformation zur Rede von Ministerpräsident *Kurt Beck* am 30. April 1997 in Washington, D.C. (Staatskanzlei Mainz Abt. 3); die Veranstaltung mit dem Vortrag des Ministerpräsidenten und anschliessender Diskussion wurde vom American Institute for Contemporary German Studies der Johns Hopkins University und der Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office organisiert. Gut 150 hochrangige Teilnehmer aus dem Kongress der USA, der Regierung, den Streitkräften, dem Diplomatischen Korps, der Wirtschaft, den Medien und aus führenden wissenschaftlichen Instituten zeigten hohes Interesse und lebhafte Zustimmung wie Debattenbeiträge zu den europapolitischen Ausführungen des Ministerpräsidenten und seinen Worten zur europäisch—amerikanischen Partnerschaft.

1996 gründete Kurt Beck die “Atlantische Akademie“ in Kaiserslautern, die als bedeutendes Lehr- und Forschungsinstitut mit zahlreichen Veranstaltungen und Publikationen transatlantisch relevante Themen aufgreift, die der Akademie hohes Ansehen sowohl bei Fachleuten als auch in der interessierten Öffentlichkeit sichern.

Mit diesen Initiativen bewies Ministerpräsident Kurt Beck in schwieriger Zeit für die Deutsch-Amerikanischen Beziehungen, “dass transatlantische Partnerschaft mit neuem Leben vor Ort erfüllt werden kann.“ Sein richtungweisendes Programm: “Begegnungen von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern aus Europa mit den USA zu ermöglichen ... Zusätzlich müssen die gemeinsamen Erfahrungen, Interessen, Ziele und Werte immer wieder in Erinnerung gerufen werden.“

Solch bürgernahe Partnerschaftskontakte stärken das öffentliche Interesse der Bürger, die gemeinsamen Herausforderungen und Aufgaben in transatlantischer Perspektive zu bearbeiten.

Kurt Beck wendet sich vor allem gegen Abschottung vor den Problemen der Dritten Welt. “Wir müssen uns auf beiden Seiten des Atlantik energisch gegen jede Art von isolationistischen Tendenzen wenden.“

Der Ministerpräsident fordert als Ziel europäisch-amerikanischer Zusammenarbeit die Handlungsfähigkeit internationaler Organisationen und insbesondere die der Vereinten Nationen zu stärken. Diese Forderung nach effektiver Global Governance gegenüber den neuen internationalen Herausforderungen wie “die Arbeitslosigkeit, die Umweltverschmutzung, Bürgerkriege und auch die Verelendung in manchen Teilen der Dritten Welt“ fand starkes Echo.

Gerade beim Punkt der Handlungsfähigkeit konstatiert Kurt Beck europäische Defizite gegenüber der Aufgabe, “die von den USA gewünschte ´partnership` auszufüllen.“ Diese Leistungsfähigkeit herzustellen, unterstreicht Kurt Beck als zentrales europapolitisches Ziel.

Daran knüpft er einen interessanten Gedanken. Die Vereinigten Staaten von Amerika stellten ein Beispiel für gelungene Integration dar. Deshalb sei es für die EU trotz ihrer besonderen Eigenart als freiwilliger Zusammenschluss von historisch gewachsenen, souveränen Staaten “bei der Fortentwicklung der europäischen Einigung ... hilfreich, einen Blick auf die Vereinigten Staaten von Amerika zu werfen.“

Als praxisnahe Anregung für solchen Austausch über Integrationserfahrungen nennt Kurt Beck “die Harmonisierung der Steuern, die Ausgestaltung der Umweltschutz- und Gesundheitsvorschriften oder die Zusammenarbeit der Polizeidienststellen.“

Ministerpräsident Beck gelang es überzeugend, anhand bereits bewährter transatlantisch orientierter Einrichtungen und Massnahmen eine Zukunftsform transatlantischer Beziehungen aufzu-

zeigen. Nicht nur in vielen geförderten Massnahmen und Initiativen, sondern auch schon im Partnerschaftsabkommen von 1997 zwischen Rheinland-Pfalz und South-Carolina oder auch in der Arbeit der Atlantischen Akademie sind die von Kurt Beck entwickelten Prinzipien europäisch-amerikanischer Kooperation verwirklicht: bürgernah, lokal verankert, regionalen Integrationsfragen und globalen Herausforderungen zugewandt.

8.2 Zukunftspartner Berliner Republik: Reformdefizite — Normalisierungsanspruch (Peter Glotz)

Ministerpräsident Beck hatte bezweifelt, dass die EU in der Lage sei, die von den USA erwartete Partnerschaft auszufüllen. Dieser Zweifel zielt auf ein “asymmetrisches Verhältnis“[1] zwischen den atlantischen Partnern.
Mit Blick auf Deutschland erörterte Peter Glotz, Präsident der Universität Erfurt, vor allem zwei Aspekte Deutsch-amerikanischer Asymmetrie[2]: erstens, Reformdefizite gegenüber dem von Amerika getriebenen wirtschaftlichen Modernisierungstempo und, zweitens, die Fragwürdigkeit des lauter werdenden deutschen Anspruchs, als “normaler“ Staat auftreten zu können.

8.2.1 Deutschlandbild: Bonner Republik — eine Erfolgsgeschichte

Mit analytischer Kompromisslosigkeit zeigt Peter Glotz den amerikanischen Partnern skizzenhaft ein schonungslos ehrliches Bild zum 50. Jahrestag der Bundesrepublik Deutschland. Zugleich stellen die von Glotz entwickelten Thesen in die Zukunft weisende Wegmarken für die Deutschen dar, soweit sie orientierenden Ideen aufgeschlossen sind. Peter Glotz selbst scheint

---

[1] Den Begriff prägte *Karsten Voigt*, vgl.: “USA — transatlantischer Partner — Grundlagen, aktuelle Tendenzen, Perspektiven", Vortrag am “Seminar Internationale Höhere Führung an der Führungsakademie der Bundeswehr“, Hamburg, 1. Oktober 2009, S. 4.

[2] *Vgl.: Peter Glotz*, The Federal Republic at 50: Reflections on Past Successes and Future Challenges, Rede zum 50. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, am 24. Mai 1999, Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office mit dem German Marshall Fund of the United States und der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Washington, D.C. (Wenn Peter Glotz zitiert wird, sind dies vom Verfasser übersetzte Passagen aus dem englischen Text der Rede)

dies eher skeptisch zu sehen: Ob die Berliner Republik ihre Bonner Vorgängerin übertreffen werde — “an Schönheit, Dummheit, Erfolg oder Fehlschlag“[3] — sei bisher unmöglich zu sagen. Die Bonner Republik jedenfalls ist für ihren grossen Kritiker Peter Glotz eine Erfolgsgeschichte, wenn die Ausgangslage von 1945 berücksichtigt wird. Deutschland sei die “Rückkehr in die ´Gemeinschaft der Völker` gelungen“; Glotz vermerkt eine gewisse Schwere dieser von Deutschen selbst bevorzugten Formulierung. Eine leistungsfähige, wenn auch inzwischen etwas “verkrustete“ Wirtschaft habe sich entwickelt. Bei aller hier und da geübten Kritik an Fehlentwicklungen — Peter Glotz sagt zum 50. Gedenktag: “Ich bin zufrieden mit der Bonner Republik, und ich bin stolz auf die Vernunft, die Tüchtigkeit und die Abwesenheit von Anmaßung“, die sie kennzeichnen.

Zwei der Konfliktfelder, die Peter Glotz kurz analysiert, sind hier aufzugreifen, da die orientierende Kraft seiner Thesen noch über ein Jahrzehnt danach fesselt:

- Neuer “digitaler Kapitalismus“ — historisch ausgeuferter Sozialstaat.
- Deutscher Anspruch auf “Normalisierung“ in den auswärtigen Beziehungen — die historische Hypothek der Naziverbrechen.

Die erstgenannte Punkt spricht wirtschaftliche Reformzwänge und Reformbarrieren in stark auf soziale Sicherung orientierte Mentalitäten an. Das dritte Konfliktfeld hat vor allem Relevanz im außenpolitischen Denken.

8.2.2 Neuer digitaler Kapitalismus — historisch ausgeuferter Sozialstaat

Im Urteil von Peter Glotz sind bei langfristiger Betrachtung — vor der Jahrhundertwende betrachtet er Trends bis 2020 — Risiken für die deutsche Wirtschaft nicht zu übersehen.

Weltweit werde sich ein digitaler Kapitalismus durchsetzen. Der damit verbundene technische und wirtschaftliche Wandel stelle so hohe Anforderungen an Qualifikation, Lern- und Arbeitstempo, Mobilität, Flexibilität und Belastbarkeit der Menschen, dass sich dem nur etwa zwei Drittel der Gesellschaft gewachsen zeigen. Etwa ein Drittel der Menschen werde entweder nicht in der Lage sein, einen sicheren, wettbewerbsfähigen Arbeitsplatz zu erhalten oder von vornherein eine “drop-out“-Option wählen.

Im relativ wohlhabenden, arbeitsrechtlich gesicherten Zwei-Drittel-Segment der Gesellschaft müssen die sozialpolitischen Fonds erwirtschaftet werden, mit denen für das wirtschaftlich ge-

[1] A.a.O.: S. 4.

fährdete Drittel der Menschen Beschäftigungschancen oder Hilfe zum Lebensunterhalt zu finanzieren sind. Auf diese Entwicklung sei Deutschland nicht hinreichend vorbereitet.
Noch stütze sich die Wirtschaft der Bundesrepublik auf die unbestreitbaren Erfolge der Chemie-, Kraftfahrzeug-, Elektro- und Maschinenbauindustrie. In Zukunftsbranchen mit besonders hoher Rate des technischen Fortschritts — Computerhardware und -software, Internet, Medien, Biotechnologie — sei Deutschland nicht so stark.
Diese neuen Wirtschaftszweige entfalten sich nur in “Wissensgesellschaften“ zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Wissen werde zum wichtigsten Produktivfaktor, lebenslange Lernbereitschaft zur Voraussetzung für Beschäftigung.
Der Bildungspolitik sei die dringendste und höchste Priorität zuzuweisen. Gegenüber dieser Notwendigkeit stelle die Bildungspolitik heute[1] ein Randgebiet dar, besetzt von “politisch Heranwachsenden und alternden Halb-Intellektuellen“.
Professor Dr. Peter Glotz, Präsident der Universität Erfurt, kommentiert seine Erfahrungen in Wissenschaft, Lehre und Forschung mit den Worten: “Die Deutschen müssen von allen guten Geistern verlassen sein, dass sie gegenwärtig so wenig Intelligenz, Reformdenken und Geld in ihre Universitäten investieren.“
Dringend müsse der im Urteil von Glotz aufgeblähte und in vielfältige Programme verzweigte Sozialstaat auf Grundsicherung und wichtigste Sozialleistungen konzentriert werden. Weiterhin fordert er mehr Flexibilität an den Arbeitsmärkten um die Beschäftigung auch weniger Qualifizierter zu fördern. Nur so könne eine Politikwechsel zugunsten der Bildungspolitik finanziert werden.
Der von Peter Glotz 1999 dargelegte Prioritäten-Konflikt zwischen Sozialpolitik und Bildungspolitik wird noch mehr als ein Jahrzehnt später von Bundespräsident Horst Köhler als unhaltbar thematisiert: Knapp 33 v.H. des Sozialprodukts, also der volkswirtschaftlichen Leistung eines Jahres, würden für Sozialleistungen ausgegeben, aber nur gut 6 v.H. für die Bildung und Forschung.[2] Bund und Länder haben sich nun darauf geeinigt, bis 2015 schrittweise (!) die Ausgabenquote für Bildung und Forschung auf 10 v.H. anzuheben.
Dies macht deutlich, wie stark die Barrieren sind, die dem bildungspolitischen Appell des Universitätspräsidenten Professor Dr. Peter Glotz entgegenstanden. Mit der Reformagenda 2010

---

[1] Zur Erinnerung: Im Mai 1999 hielt Peter Glotz diese Rede.

[2] Vgl.: *Horst Köhler*, “Ein neuer Aufbruch zu Reformpolitik" — Interview, gegeben dem Nachrichtenmagazin Focus, 22.03.2010, Berlin. Ferner: “Die Krise nicht verschwenden!" — Rede von Bundespräsident Horst Köhler beim IX. Munich Economic Summit, 29.04.2010.

leistete Bundeskanzler Gerhard Schröder 2003 einen hart umkämpften Beitrag, um die Zukunft des Sozialstaats gegen Überforderung und demografischen Wandel zu sichern. Diese Reform wurde deshalb auch von Bundespräsident Köhler ausdrücklich gewürdigt. Sie stellt einen bedeutenden Schritt in die Zukunft einer Gesellschaft dar, die der Bildung, der Qualifikation, der Arbeit hohen Rang zuerkennt.

Peter Glotz erinnert an die Maxime, die Willy Brandt 1972 prägte und die seine Politik leitete: "Wer morgen sicher leben will, muss heute für Reformen kämpfen!" Und er stellt fest, dass dieser Satz "heute noch richtiger ist als 1972".

Bundeskanzler Gerhard Schröder und die deutsche Sozialdemokratie haben die Herausforderung angenommen und diesen Kampf gekämpft.

Wie die spätere Entwicklung zeigte, hatte Willy Brandt mit Bedacht das Wort "kämpfen" verwendet. Einschnitte in den Sozialstaat betreffen Lebensentscheidungen von Menschen, die sozialstaatliche Rahmenbedingungen in ihren Lebensplan einbeziehen. So zahlte die Sozialdemokratie einen hohen politischen Preis für ihre Politik gegenüber dem geerbten Reformstau.

Dennoch sollte die sehr nachvollziehbare hohe Achtung der Deutschen in Ost und West, die sie dem Wert der Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit zollen, in angemessener Würdigung ihrer Lebenswege nicht gegenüber anderen Werten, insbesondere nicht dem Wert der Freiheit, ausgespielt werden. Soziale Sicherheit ist für die Mehrheit der arbeitenden Menschen Voraussetzung der Freiheit. Deshalb ist eine Politik sozialpolitischen Umbaus so konfliktträchtig. Und deshalb warnt Peter Glotz eindringlich, gerade mit Blick auf die Empfindungen der Menschen in den Neuen Bundesländern, diese Konflikte zu unterschätzen.

Gegenüber solchen Herausforderungen sollte Politik den Imperativ "Pragmatische Arbeit, Vernunft und Augenmaß"[1] beherzigen. Dieser Leitsatz wird Anke Fuchs zugeschrieben; eine selbst für die Sozialdemokratie ungewöhnlich reiche arbeitsmarkt- und sozialpolitische Erfahrung in gewerkschafts- und verbandspolitischer Praxis, in parlamentarischer Arbeit sowie als Staatssekretärin und Bundesministerin in der Regierung von Helmut Schmidt gibt dieser Maxime Gewicht.

---

[1] *Kurt Becker,* Mit Ehrgeiz und Augenmaß, Zeit online, DIE ZEIT, 13.03.1987, Nr. 12

8.2.3 Mahnung: Gegen das Vergessen!

Im Wechsel von der Bonner zur Berliner Republik beobachtet Peter Glotz ein Drängen auf "Normalisierung" der internationalen Stellung Deutschlands durch einen "small set of trendy people in Berlin", von denen die Gewohnheit gepflegt werde, herabsetzend über die Bonner Republik als "Puppenstube" zu reden.
Dieser Haltung stellt er sich entgegen. Nicht nur wegen der unsinnigen Verkennung des von ihm zu Recht geschätzten leistungsorientierten und unprätenziösen Charakters der Bonner Republik.
Das Auditorium, das seiner Rede gefolgt war, wird die Gründe für seine Ablehnung dieses Normalisierungsanspruchs gut verstanden haben.
Er hatte von Kindheitserlebnissen berichtet, als er Gesprächen über Konzentrationslager zuhörte, von vielen Nächten voller Todesangst in einem Luftschutz-Keller, von der Vertreibung aus seiner böhmischen Heimat, von der Not, nicht genug zu essen zu haben. Er wusste, wovon er sprach: "Unsere Nachbarn haben weder vergessen, wie arrogant die Eliten des Kaiserreichs im Ersten Weltkrieg um Vorherrschaft kämpften, noch haben sie die kriminelle Energie der Nazis und den Holocaust im Zweiten Weltkrieg vergessen."
Und in beklemmender Eindringlichkeit: "Nehmen wir des Themas wegen an, dass jemand, der seine halbe Familie umbrachte, nach 20 Jahren Gefängnis auf Bewährung entlassen wird. Wenn er in der Tür einer Bar erscheint, werden die Gäste in Schweigen fallen. Er wird ein gezeichneter Mann bleiben. Vielleicht nicht für immer, aber gewiss für eine lange Zeit." Besonders hart lehnt er jene ab, die glauben als "normal" angesehen werden, weil sie sich mit anderen Staaten an Kriegshandlungen im Kosovo beteiligen.
Für Peter Glotz birgt diese Einsicht, die dem Normalisierungsanspruch entgegen steht, eine zwingende Lehre für die Zukunft:
Wie immer sich die Europäische Union entwickle, für Deutschland verbieten sich Alleingänge oder die Rolle einer führenden Macht in Mittel- und Osteuropa auszuüben. Für die meisten europäischen Länder mag ihre Integration in europäische Strukturen einem Nutzenkalkül folgen, für Deutschland ist die europäische Integration eine Lebensfrage.

8.3 Multilateralismus und Euroatlantische Partnerschaft — Schlüsselkonzepte für die politische Gestaltung der Globalisierung und der Projektarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Führende sozialdemokratische Außenpolitiker wie Günter Verheugen[1] und Karsten Voigt[2] hatten sich in Washington ähnlich wie Peter Glotz über Deutschlands Platz und Rolle im demokratischen Mitteleuropa geäußert.
Beide hatten von verschiedenen Blickwinkeln aus Deutschlands außenpolitische Rolle für die Zukunft definiert:
“Keine Alleingänge. Die beste Garantie für unsere eigene Sicherheit und für die Sicherheit Europas ist, Deutschland in ein dichtes Netzwerk multilateraler Zusammenarbeit einzubinden.“ (Günter Verheugen).
Und: “Berücksichtigt man Deutschlands Größe im Verhältnis zu der seiner Nachbarn, ist sein Einfluss für diese nur tolerierbar, wenn er durch multilaterale Integration ausgeglichen wird.“ (Karsten Voigt).
Günter Verheugen konzediert dem amerikanischen Auditorium, dass sein “Thema ´Zukunft des Multilateralismus` ... im gegenwärtigen außenpolitischen Diskurs in Washington nicht die populärste Wahl ist. Jedoch aus deutscher Sicht ist Multilateralismus ein entscheidendes Konzept für die Zukunft.“

---

[1] *Günter Verheugen, “*The Future of Multilateralism: The Commitment to European Integration and the New International Challenges for German Foreign Policy", Vortrag, ausgerichtet von der Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office, am 6. Juni 1995, in Washington, D.C. (Günter Verheugen, MdB, sprach in seiner Eigenschaft als Generalsekretär der SPD und als Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion), S. 1

[2] *Karsten Voigt,* MdB*, “*German Foreign Policy beyond the East-West Conflict", Vortrag im Rahmen der Veranstaltung “Russia beyond the East-West-Conflict" der Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office mit dem American Institute for Contemporary German Studies (AICGS) und der School for Advanced International Studies (SAIS) der Johns Hopkins University, 2. Februar 1998, Washington, D.C.

Betonten sozialdemokratische Außenpolitiker bei ihren Überlegungen zur Zukunft internationaler Politik den Multilateralismus, sieht Rudolf Scharping[3], Bundesminister der Verteidigung, die euroatlantische Partnerschaft als unverzichtbare Garantie westlicher Sicherheit.
Beide Konzepte muss deutsche Aussen- und Sicherheitspolitik verbinden, um den globalen, "mächtigen Trends der Destabilisierung" (Günter Verheugen) entgegen zu wirken.
Rudolf Scharping benennt die Risiken an der Peripherie der westlichen Allianz:[2]

- Ein "Band der Instabilität" von Nordafrika, über den Nahen und Mittleren Osten, den Balkan, den Kaukasus bis nach Zentral- und Süd-Westasien;
- Die Ausbreitung von Massenvernichtungswaffen und des internationalen Terrorismus;
- Interne Instabilitäten, verursacht durch eine Mischung sozio-ökonomischer und politischer Ungleichgewichte; und
- politischer Fundamentalismus.

Es sei unwahrscheinlich, sagt Rudolf Scharping voraus, dass diese Risiken in den nächsten Jahren abnehmen. "Sicherheit ist unteilbar": Deshalb müssen diese Herausforderungen politisch, sozio-ökonomisch und militärisch bearbeitet werden. Das globale Ausmaß dieser Risiken erfordere eine umfassende und gemeinsame Strategie der Euro-Atlantischen Institutionen.
Rudolf Scharping bündelte seine Überzeugung als herausragend ausgewiesener Transatlantiker in einen langfristig orientierenden Leitsatz:
"Die einzigen stabilen demokratischen Systeme befinden sich beiderseits des Nordatlantik. Es ist deshalb unsere Verantwortung, eine gemeinsame Vision für das nächste Jahrhundert zu formulieren — eine umfassende Vision einer demokratischen, friedlichen und stabilen Weltordnung, auf dem Fundament der Werte westlicher demokratischer Gesellschaften."
So richtig dieser zukunftsweisende Satz ist, die transatlantische Partnerschaft muss sich unter das multilaterale Ordnungsprinzip der internationalen Beziehungen stellen. Insoweit hat Günter Verheugen mit seinem Appell für die "Zukunft des Multilateralismus" die Zeichen der Zeit richtig gedeutet.
In der Friedrich-Ebert-Stiftung ist dieses Denken gegenüber den unilateralistischen Tendenzen in den USA und der aus europäischer Sicht gebotenen multilateralen, kooperativen Weltordnung aufgegriffen worden.

---

[1] *Rudolf Scharping,* "Meeting the Challenges of the Future — Germany´s Contribution to Peace and Security in and for Europe", Rede vor dem ´Statesman Forum`des Center for Strategic and International Studies, am 23. November 1998, in Washington, D.C.

[2] A.a.O., S. 15

Ernst Kerbusch, Christiane Kesper, Jürgen Stetten, Uwe Optenhögel und Pia Bungarten gestalteten eine abteilungsübergreifende, innovative Projektlinie.[3]

Diese verbindet die langjährige Arbeit über Fragen der Globalisierung mit dem Transatlantischen Dialog. Forschung und Gesprächsforen wie der Deutsch-Amerikanische Kreis der "Globalen Atlantiker" streben an, die transatlantische Partnerschaft und ihr globales Einflusspotential für das Ziel einer multilateralen, kooperativen Welt und Friedensordnung durch Stärkung der "Global Governance"-Institutionen einzusetzen. Damit werden zugleich Beiträge geleistet, die Grundlagen deutscher Entwicklungspolitik für Demokratie, wirtschaftliche Entwicklung und sozialen Ausgleich abzusichern.

Das Projekt "Demokratische und soziale Gestaltung der Globalisierung/Transatlantischer Dialog" hat bereits eine Fülle von Resultaten erarbeitet, auch zu Fragen von "Global Governance" mit Vorschlägen zur Reform der Bretton Woods Institutionen.

Die Aktivitäten sind an folgenden Zielen orientiert:

- Die traditionell eher bilaterale operative — wenn auch nicht inhaltliche — Gestaltung der Deutsch-Amerikanischen Beziehungen durch die Friedrich-Ebert-Stiftung soll konsequent und nicht nur fallweise auf globale Probleme erweitert werden.
- Nur durch die Verpflichtung nicht nur Europas allein, sondern auch der Vereinigten Staaten auf das Ziel multilateraler, partizipativer und kooperativer "Global Governance" kann den Bedrohungen und Herausforderungen weltweiter Tendenzen zur Destabilisierung begegnet werden kann. Für diese Einsicht will das Projekt weltweit werben.
- Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik sind integral zu betrachten, um angemessene Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft zu erarbeiten. Nur ein solcher integraler politischer Ansatz entspricht in seinem operativen Design der Natur der weltweiten Probleme, auf die er ausgerichtet ist.

Bundespräsident Johannes Rau hat in seiner großen Berliner Rede 2002 weit tragende Gedanken zur politischen Gestaltung der Globalisierung entwickelt. Sie stellen eine Ermutigung und Leitideen für dieses neuartige Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung dar. Deshalb seien einige dieser gedanklichen Wegmarken der Berliner Rede 2002 des Bundespräsidenten Johannes Rau zitiert:[2]

---

[1] Die Namen sind hier genannt, da die folgenden kurzen Hinweise Gesprächen mit ihnen geschuldet sind.

[2] *Johannes Rau,* Berliner Rede 2002, "Chance, nicht Schicksal — die Globalisierung politisch gestalten", Bundespräsident Johannes Rau, 13. Mai 2002, Museum für Kommunikation, Berlin.

- “Wenn Probleme global werden oder sind, dann muss auch die Politik global handeln.“
- “´Global governance` heißt nicht Weltregierung ... Wir brauchen regionale und weltweite Kooperation, aber keinen Zentralismus, wir brauchen multilaterale Zusammenarbeit und nicht die Vorrangstellung einzelner.“
- “Am wichtigsten sind die Vereinten Nationen. Sie müssen gestärkt werden. Die Vereinten Nationen sind ja weit mehr als der Weltsicherheitsrat. Sie beschäftigen sich mit Fragen der Gesundheit und des Arbeitsschutzes, mit globalen Umweltfragen und mit dem Kampf gegen Hunger und Armut.“
- “´Global governance` — dazu gehört auch eine weltweit anerkannte Rechtsordnung. Wir brauchen zuverlässige und unabhängige Gerichte und Schiedsstellen, die Streitfälle schlichten, Verbrechen international ahnden und dafür sorgen, dass jeder die Hand des Rechts fürchten muss, der die internationale Ordnung verletzt.“
- “Drei Institutionen bestimmen heute in besonderer Weise ..., wie Globalisierung stattfindet: Der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die Welthandelsorganisation ... Die Entwicklungsländer müssen ein stärkeres Gewicht bekommen in den Entscheidungsgremien ... Diese Organisationen sind den Menschen auf dem Globus verpflichtet und nicht wirtschaftlichen oder anderen Einzelinteressen.“
- “Wir Europäer müssen unsere Vorstellungen einer sozial und ökologisch verpflichteten Marktwirtschaft noch stärker als bisher einbringen ... Regionale Kooperation stärkt internationale Zusammenarbeit. Sie gewinnt die Souveränität zurück, die demokratisch bestimmte Macht, die die einzelnen Nationalstaaten im Zuge der Globalisierung verloren haben. Die Europäische Union ist ein gelungenes Beispiel dafür ... Als Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit ist sie ein Vorbild für andere Regionen.“
- “Wichtige Impulse für die politische Gestaltung der Globalisierung gehen heute auch von Nichtregierungs-Organisationen aus. Sie helfen, Probleme zu erkennen und Lösungsstrategien zu entwickeln.“

Diese Maximen des Bundespräsidenten Johannes Rau für die politische Gestaltung der Globalisierung prägen den neuen, global orientierten Ansatz der transatlantischen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung: Globale Probleme erkennen, für die öffentliche Debatte benennen und in Forschung oder Dialogforen Lösungsstrategien entwickeln.

8.4 Umrisse einer neuen transatlantischen Agenda für das 21. Jahrhundert

Bill Clinton, ehemaliger Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, hat die Probleme der Globalisierung auf den Punkt gebracht: “Wir leben in einer interdependenten Welt. Sie hat drei gewaltige Probleme. Sie ist zu ungerecht. Sie ist zu instabil. Und wegen des Klimawandels ist sie nicht nachhaltig.“[1]

Auf der anderen Seite des Atlantik hatte sich Außenminister Frank-Walter Steinmeier den gleichen “drängenden Fragen unserer Zeit“ gestellt und für eine “neue transatlantische Agenda“ geworben.[2]

- Für eine offenere und gerechtere Welt.

  Deutschland ist auf weltweiten Außenhandel und stabile Beziehungen zu seinen Handelspartnern angewiesen. Deshalb liegt es in seinem vitalen Interesse, dass die Weltwirtschaft nicht durch Protektionismus zerstört wird, dessen Treibsätze vor allem weltweite Ungleichheit der Lebenschancen und empörende Ungerechtigkeit sind.

  Außenminister Steinmeier sieht daher als “zentrales transatlantisches Projekt“ die Zusammenarbeit für ein gerechtes, offenes “regelgestütztes Welthandelssystem“. Seine Warnung vor den “Sirenengesängen des Protektionismus“ gewinnt heute erneuerte Dringlichkeit durch die destabilisierenden Folgen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Dies gilt auch für die Orientierung an dem Kurs, den Außenminister Steinmeier gewiesen hat: Engagement, Dialog, schlagkräftige Institutionen, internationale Ordnungspolitik, “global governance“ ... Nur so verhindern wir, dass sich die Gräben zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung vertiefen.“

- Mehr Sicherheit und Stabilität.

  Für dieses Ziel brauchen die USA handlungsfähige europäische Partner. Schwächen Europas konzedierend, sieht der deutsche Außenminister die “europäische Methode, Stabilität zu verbreiten — eine Methode, die betont auf zivile Mittel setzt — schon heute weit über Europas Grenzen hinaus Wirkung“ entfalten.

  Zwei Jahrzehnte nach der großen sicherheits- und friedenspolitischen Rede des sozialdemo-

---

[1] *Bill Clinton*, in: *James Joyner,* Atlantic Council, Great Atlanticists on Atlanticism, April 30, 2010.

[2] Vgl. zum Folgenden: *Frank-Walter Steinmeier,* “Für eine neue transatlantische Agenda" — Europa und die Vereinigten Staaten müssen die drängenden Fragen unserer Zeit gemeinsam angehen; Namensbeitrag im “Tagesspiegel" vom 4. Juli 2008.

kratischen Oppositionsführers Hans-Jochen Vogel 1988 in Washington[3] tritt Außenminister Steinmeier mit sozialdemokratischer “Standfestigkeit“ (Hans-Jochen Vogel) für friedenspolitische Grundsätze ein: Bei allen wichtigen Fragen sei mit Russland Dialog statt Konfrontation zu suchen; die über Jahrzehnte aufgebaute “Abrüstungsarchitektur“ im konventionellen wie im nuklearen Bereich und bei der Nichtverbreitung von Waffen der Massenvernichtung müsse weiterentwickelt werden um Sicherheitslücken zu schließen; für Europa habe im Konflikt mit Iran die Suche nach einer diplomatischen Lösung Vorrang, um gemeinsam mit den USA, Russland und China zu verhindern, dass Iran Atomwaffen herstellt.

- Klimawandel und Energiesicherheit — mehr Nachhaltigkeit schaffen.

  Im Jahr 2007 hat Außenminister Steinmeier mit seiner amerikanischen Amtskollegin Initiativen für Innovation und Einsatz verfügbarer Spitzentechnologie zur Lösung dieser Probleme eingeleitet: die EU-USA-Technologieinitiative zur Forschungsförderung im Energiebereich und die Internationale Kohlenstoff-Partnerschaft ICAP zur Vernetzung und Harmonisierung regionaler Emissionshandelssysteme. Für solche transatlantische Zusammenarbeit prägte er den Begriff der “transatlantischen Klimabrücke“.

  Bundesumweltminister Sigmar Gabriel rief im gleichen Jahr nachdrücklich zu transatlantischer Kooperation in der Energie- und Klimapolitik auf.[2]

  Für Sigmar Gabriel stellen sich die folgenden energie- und klimapolitischen Herausforderungen der Zukunft: Die Energieversorgung einer wachsenden Weltbevölkerung sei zu sichern, ohne das Klima der Erde zu gefährden. Dazu fordert er aus europäischer Sicht eine multilaterale Langfrist-Strategie und eine Übereinkunft der Staatengemeinschaft, in der verbindliche Ziele und terminierte Zwischenziele festgelegt werden.

  Ein integriertes Programm für Klimaschutz und gesteigerte Energieeffizienz — Handel mit Emissionszertifikaten, Standards für Energieeffizienz von Gebäuden, Kraft-Wärmekopplung bei der Energiegewinnung, Förderung erneuerbarer Energien — zielen darauf, die Emission von Treibhausgasen zu reduzieren, ohne das wirtschaftliche Wachstum zu gefährden. Für Deutschland eröffne sich sogar die Chance einer “dritten industriellen Revolution“ durch den Ausbau erneuerbarer Energien.

---

[1] Vgl. Abschnitt 2.3.

[2] *Sigmar Gabriel,* Vortrag “Die Europäische Klima- und Energiepolitik: Innovative Konzepte für das 21. Jahrhundert", Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office mit dem BMW Center for German and European Studies in der Georgetown University, am 25. September 2007.

Diese Projektgeschichte des Büros Washington der Friedrich-Ebert-Stiftung und seiner Arbeit für den Transatlantischen Dialog hat aufgezeigt, dass das Projekt von den Zielen deutscher Außen- und Entwicklungspolitik geleitet wurde.
In den USA unterstützte die Friedrich-Ebert-Stiftung nachhaltig das Engagement amerikanischer gewerkschaftlicher und politischer Partner für eine Perspektive sozialer Demokratie. Diese Aktivitäten fanden starkes Interesse des "politischen Washington". Ein landesweites Netzwerk wissenschaftlicher und gesellschaftspolitischer Partner verbreitete die Information und die Dokumentation der von der Stiftung organisierten transatlantischen Dialoge. Damit hat diese Arbeit zum besseren Verständnis Deutschlands und der Europäischen Union in den Vereinigten Staaten von Amerika beigetragen.
Heute wird die Tätigkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in den Vereinigten Staaten von Amerika ermutigt durch bedeutende transatlantische Kooperationsimpulse, die von den führenden Persönlichkeiten der deutschen Sozialdemokratie ausgingen. Am Beispiel der Klimapolitik lässt sich dies nachempfinden.
Frank-Walter Steinmeier hat die vielfältigen Ideen und Massnahmen für Nachhaltigkeit in das orientierende Zukunftsbild einer "transatlantischen Klimabrücke" gestellt. Mit dieser Initiative regt er an, "gleichgesinnte Menschen und Institutionen in Europa und in Amerika" für das Ziel nachhaltiger Politik des Klimaschutzes zu gewinnen und miteinander zu verbinden.
Sigmar Gabriel [1] verknüpfte dies von Frank-Walter Steinmeier entwickelte Ziel mit dem sozialdemokratischen Grundwert der Gerechtigkeit. In seinem Vortrag und den Gesprächen mit amerikanischen Partnern betonte er, das in der Klimapolitik eine fundamentale Frage der Gerechtigkeit auf dem Spiel steht: Jeder müsse heute wissen, dass der Klimawandel in ganz schwerwiegender Weise künftige Generationen belasten wird. Die Option, heute nichts oder zu wenig zu tun, verbiete sich daher aus ethischer Verantwortung für die kommenden Generationen.
Hier lebt erneut Willy Brandts Maxime "Wer morgen sicher leben will, muss heute für Reformen kämpfen!" in zeitloser Gültigkeit.

---

[1] Sigmar Gabriel, Vortrag ..., a.a.O.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Ahner, Dirk, What do you really know about European Cohesion Policy, verfügbar unter: http://www.notre-europe.eu/

Asmus, Ronald. D., Is a Comeback Possible? Why We Can and Must Reinvent the Transatlantic Relationship for the 21st Century.
Speech at the Atlantik-Brücke-Day, July 2, 2007, Atlantik-Brücke E.V., Berlin.

Beck, Kurt, "Maastricht II und das deutsche Interesse an einer Stärkung der Europäischen Union" Hintergrundfinformation zur Rede von Ministerpräsident Kurt Beck am 30. April 1997 in Washington, D.C. (Staatskanzlei Mainz Abt. 3)

Becker, Kurt, Mit Ehrgeiz und Augenmaß, Zeit online, DIE ZEIT, 13.03.1987, Nr. 12

Bierling, Stephan, Interview Wirtschaftswoche, 8. November 2008, http: // www.wiwo.de/politik/die-uhr-läuft-gegen-uns-377224/

Bierling, Stephan, Die Huckepack-Strategie, Europa muss die USA einspannen, in: Standpunkte, hg. v. *de Weck, Roger*, Hamburg 2007

Böckenförde, Stephan, Transatlantic Trade Union Dialogue. The German and U.S. Economic Models: A Comparison. Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung am 23./24.2.1998 in Washington, D.C. — Zusammenfassung und Kurzprotokoll —

Börner, Holger, Willy Brandt: Rede anlässlich des 10. Todestages am 8. Oktober 2002. FES-Digitale Bibliothek.

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Ottawa, Bericht zur Konferenz zum Thema "Challenging Free Trade in the Americas: Building Common Responses", organisiert vom Canadian Labour Congress in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung (Büro Washington) am 6. und 7. März 1996 in Ottawa, AZ.: Wi 323.31 Ber.Nr.: 237/96 Verfasser: Rechtsreferendarin A. Villinger/BR von Polenz, Ottawa, 20.3.1996.

Brandt, Willy, Die Neue Ostpolitik, Rede im Deutschen Bundestag vom 10. Mai 1972.

Brandt, Willy, » ... was zusammengehört« Reden zu Deutschland, Bonn 1990.

Brandt, Willy, Die Spiegelgespräche, herausgegeben von Erich Böhme und Klaus Wirtgen, Vorwort von Rudolf Augstein, Stuttgart 1993.

Bush, George, The President´s News Conference in Brussels, December 4, 1989; in: Woolley, John T. and Peters, Gerhard, The American Presidency Project (online), Santa Barbara, C.A. verfügbar unter: http: // www.presidency. ucsb.edu/ws/?pid=17907

Clinton, Bill, in: *Joyner, James,* Atlantic Council, Great Atlanticists on Atlanticism, April 30, 2010.

Cornwell, Rupert, The Independent, 8. Februar 2003,
http://www.independent.co.uk/news/world/politics/rumsfeld-mends-....html, S. 3f.

Crawford, Beverly, Peter W. Schulze (Hg.), The New Europe asserts itself; International and Area Studies, University of California at Berkeley; Research Series/Number 77, 1990.

Crawford, Beverly; Peter W. Schulze (Hg.), European Dilemmas after Maastricht; Research Series, University of California, Berkeley, International and Area Studies, No. 89, 1993.

Deggerich, Markus, Wähler hört die Signale, Spiegel online, 5. 8. 2002, verfügbar bei :
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ S. 5

Deutschlandfunk, Interview mit Karl Kaiser, 4. Juli 2010, podcast@dradio.de, www.dradio.de

Dettke, Dieter, Bericht über die Ergebnisse des Beratungs -programms “Wahlen in der DDR — Perspektiven für Deutschland" am 7. und 8. März 1990 in Washington, D.C. vom 20. April 1990.

Dettke, Dieter, Bericht über die Gesprächskreisveranstaltung mit Karsten Voigt, MdB, über “Security Arrangements for a United Germany in Europe" am 2. Mai 1990 in Washington, D.C.

Dettke, Dieter, Bericht über das Seminar “After the Wall: The New Politics of Democracy and Party Pluralism in Eastern Europe" der Friedrich-Ebert-Stiftung in zusammenarbeit mit Democrats 2000 vom 26. bis 28. Juni in Washington, D.C. vom 2. Juli 1990.

Dettke, Dieter, Bericht über das Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem National Democratic Institute for International Affairs und mit Peter Glotz, MdB, am 1. November in Washington, D.C.

Dettke, Dieter, Editor, The Challenge of Globalization for Germany´s Social Democracy, A Policy Agenda for the 21st Century, International Political Currents — Volume 4, A Friedrich-Ebert-Stiftung Series, New York, Oxford, 1998.

Dettke, Dieter, Editor, The Spirit of the Berlin Republic; International Political Currents - Vol. 5 - A Friedrich-Ebert-Stiftung Series; New York, Oxford, 2003.

Deudney, Daniel; Ikenberry, G. John, The Myth of the Autocratic Revival, in: Foreign Affairs, Vol. 88, No. 1

Dowe, Dieter, Heinz-Gerhard Haupt, Dieter Langewiesche, (Hg.)Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998

Economic Policy Institute, Creating Competitive Capacity: Reassessing the Role of U.S. and German Labor Market Institutions in the New Economy, Washington, D.C., October 23 - 25, 1998, (Mitschrift der Konferenz mit der FES).

Friedrich-Ebert-Stiftung: Archiv der Sozialen Demokratie. Das Historische Stichwort. Vor 90 Jahren ... 11.02.1919 Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten gewählt.

Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office, Jahresbericht 1989.

Friedrich-Ebert-Stiftung, Leben in der Einen Welt: Dokumentation einer Tagung der FES in Potsdam/Brandenburg, 26. Oktober 1991, FES-Digitale Bibliothek.

Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office, Cultural Cleavages, Political Conflicts, and Diverging Demographic Futures: Is the Transatlantic Rift Inevitable? Washington, D.C., 2003.

Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office, Anti-Americanism in Germany and Europe: Perception, Projection, Reality. Washington, D.C., 2003.

Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office, Toward a Common Grand Strategy for Europe: The Transatlantic Strategic Discourse, Washington D.C., 2004.

Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office, The Spirit of the Berlin Republic, With a Foreword by Chancellor *Gerhard Schröder*; Editor: *Dieter Dettke,* International Political Currents - Vol. 5, A *Friedrich-Ebert-Stiftung* Series; New York, Oxford 2003.

Fuchs, Anke, Jahresbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung 2007, Vorwort der Vorsitzenden, www.fes.de.

Gabriel, Sigmar, Vortrag “Die Europäische Klima- und Energiepolitik: Innovative Konzepte für das 21. Jahrhundert", Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office mit dem BMW Center for German and European Studies in der Georgetown University, am 25. September 2007. (Veranstaltungsbericht).

Garton Ash, Timothy, “Es liegen vier harte Jahre vor uns", Interview in: Cicero Magazin für politische Kultur, Februar 2005; http://www.cicero.de/839.php?ausgabe=02/2005

Gessler, Philipp, taz, 2.10.2004, zu finden in : http://www.taz.de

Glotz, Peter, The Federal Republic at 50: Reflections on Past Successes and Future Challenges, Rede zum 50. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, am 24. Mai 1999, Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office mit The German Marshall Fund of the United States und der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Washington, D.C.

Goshko, John M., Social Democrats Offer Reassurance on Role for NATO, in: Washington Post, March 9, 1990, A 30.

Herzog, Roman, Ansprache von Bundespräsident Roman Herzog anlässlich der ersten Konferenz "Deutsch-Russisches Kulturforum Potsdamer Begegnungen“, 27. April 1999.

Industriegewerkschaft Metall Wirtschaft-Technologie-Umwelt, Herausgeber, Redaktionsteam: Dr. Rudolf Welzmüller (Text), Inge Fenchel (Layout), Vergleich USA—Bundesrepublik Deutschland - Zusammenfassende Auswertung - Tagung vom 23./24. Februar 1998 in Washington, D.C.

Kaiser, Karl, ZEIT ONLINE Interview 28.7.2003, “Wir müssen es mit den Amerikanern gemeinsam versuchen“ verfügbar: http://www.zeit.de/politik/tacheles/interv_030725

Klose, Hans-Ulrich, Interview “Ich will die SPD nicht im Stich lassen“ in: DIE WELT, 3. Januar 2009; http://www.welt.de

Kocka, Jürgen, Consequences Of Unification: German Society And Politics In A Changing International Framework with comments by Robert Gerald Livingstone and Roger Chickering; edited by Dieter Dettke and Heidi Whitesell, Friedrich-Ebert-Stiftung, Washington, D.C. 1995.

Köhler, Horst, “Die Krise nicht verschwenden!" — Rede von Bundespräsident Horst Köhler beim IX. Munich Economic Summit, 29.04.2010.

Köhler, Horst, “Ein neuer Aufbruch zu Reformpolitik" — Interview, gegeben dem Nachrichtenmagazin Focus, 22.03.2010, Berlin.

Miller, Susanne, Die Deutschen und ihre Geschichte heute. Vortrag im Rahmen der Jahrestagung der German Studies Association (GSA) am 7. Oktober 1988 in Philadelphia.

Miller, Susanne, Wegmarken ideologischen Wandels — Sozialdemokratie in Europa. Vortrag vom 14. Oktober 1988 in Washington - ausgerichtet für Frau Professor Dr. Miller von der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Deutschen Historischen Institut.

Mühlen, Patrik von zur, Die internationale Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Von den Anfängen bis zum Ende des Ost-West-Konflikts, Bonn 2009.

Potthoff, Heinrich; Susanne Miller, The Social Democratic Party of Germany 1848 - 2005, Bonn 2006.

Quack, Sibylle, Zuflucht Amerika. Zur Sozialgeschichte der Emigration deutsch-jüdischer Frauen in die USA 1933 - 1945.

Rau, Johannes, Berliner Rede 2002, “Chance, nicht Schicksal — die Globalisierung politisch gestalten", Bundespräsident Johannes Rau, 13. Mai 2002, Museum für Kommunikation, Berlin.

Reich, Robert B., The Inequality Paradox, National Policy Association, Washington, D.C., April 10, 1997.

Reiff, Klaus, USA — Bundesrepublik Deutschland. Der Beitrag der Friedrich-Ebert-Stiftung zum gesellschaftlichen Dialog über den Atlantik, 2. veränderte Auflage. Hg.: Presse- und Informationsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn, Braunschweig 1986.

Scharping, Rudolf, “Meeting the Challenges of the Future — Germany´s Contribution to Peace and Security in and for Europe", Rede vor dem ´Statesman Forum`des Center for Strategic and International Studies, am 23. November 1998, in Washington, D.C.

Scheerer, Georg, Zehn Jahre NAFTA Bilanz und Perspektiven, Diskussionspapier, Forschungsgruppe Amerika, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, Oktober 2004; http://www.swp-berlin.org/common...

Schmidt, Roland, Jahresbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung 2005, Bericht des Geschäftsführers, www.fes.de.

Scholz, Olaf, Interview “Darum hält die SPD Kloses Position für falsch“, in: Hamburger Abendblatt, 15. Februar 2003; http://www.abendblatt.de

Schröder, Gerhard, Vortrag “Deutsch-Deutsche Wirtschaftsbeziehungen: Wie weit geht die Zusammenarbeit?“ in New York am 30. Juni 1988, ausgerichtet von der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem American Council on Germany; .

Schröder, Gerhard, Amerika und Europa — eine unentbehrliche Partnerschaft für das 21. Jahrhundert. Rede in der Georgetown University vom 5. August 1998; Redemanuskript, von Ministerpräsident Schröder autorisierte Fassung.

Schröder, Gerhard , Regierungserklärung des Bundeskanzlers zur Aktuellen Lage nach Beginn der Operation gegen den internationalen Terrorismus in Afghanistan vom 11. Oktober 2001.

Schröder, Gerhard, Rede zum Wahlkampfauftakt, 5. August 2002, in Hannover; verfügbar bei http://www.spd-tawern.de/news/schroeder _rede_wahlkampfauftakt_hannover.pdf

Schulze, Peter W., Richtungen, Ziele und Interessen der amerikanischen Außenpolitik, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Bd. 33, 1986.

Steinmeier, Frank-Walter, “Für eine neue transatlantische Agenda" — Europa und die Vereinigten Staaten müssen die drängenden Fragen unserer Zeit gemeinsam angehen; Namensbeitrag im “Tagesspiegel" vom 4. Juli 2008.

Struck, Peter, 07.11. 2003 Rede im Deutschen Bundestag: Verlängerung von Enduring Freedom, BMVg.de.

Transatlantic Trends, http://www.transatlantictrends.org, The German Marshall Fund of the United States. Jahrgänge 2003, 2007, 2008.

*Verheugen, Günter, “*The Future of Multilateralism: The Commitment to European Integration and the New International Challenges for German Foreign Policy", Vortrag, ausgerichtet von der Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office, am 6. Juni 1995, in Washington, D.C.

Vogel, Hans-Jochen, Vortrag zu wirtschafts-, außen- und sicherheitspolitischen Fragen (ohne Titel), vom 23. März 1988, ausgerichtet von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Washington D.C.

*Voigt, Karsten, “*German Foreign Policy beyond the East-West Conflict", Vortrag im Rahmen der Veranstaltung “Russia beyond the East-West-Conflict" der Friedrich-Ebert-Stiftung/Washington Office mit dem American Institute for Contemporary German Studies (AICGS) und der School for Advanced International Studies (SAIS) der Johns Hopkins University, 2. Februar 1998, Washington, D.C.

Voigt, Karsten, “USA — transatlantischer Partner — Grundlagen, aktuelle Tendenzen, Perspektiven", Vortrag am “Seminar Internationale Höhere Führung an der Führungsakademie der Bundeswehr“, Hamburg, 1. Oktober 2009.

Walsum, *Peter van,* America and Europe divided over Saddam, http://www.project-syndicate.org/print_commentary/vanwalsum1/

Walzer, Michael, Editor, Toward A Global Civil Society; Vol.1, International Political Currents, A Friedrich-Ebert-Stiftung Series, General Editor: Dieter Dettke; Providence, USA, Oxford, UK, 1995.

Weck, Roger de, Die Dinge, wie sie sind, in: *Bierling, Stephan*, Die Huckepack-Strategie ... (s.o.)

Woolley, John T. and Gerhard Peters, The American Presidency Project (online), Santa Barbara, C.A. verfügbar unter: http: // www.presidency. ucsb.edu/ws/?pid=17907

Personenregister

Adenauer, Konrad 167

Adomeit, Hannes 74

Albright, Madeleine 72,77f.,118

Anders, Jaruslaw 72

Art, Robert 156f.,158

Ashcroft, John 153

Attlee, Clement 22

Bahr, Egon 35f., 45, 54, 121,148f.

Baker, James 53,134

Beck, Kurt 169f.

Bereuter, Doug 150

Bertram, Christoph 150

Biden, Joe 67

Bierling, Stephan 128

Bismarck, Otto von 15f.

Blair, Tony 22, 24

Blum, Léon 24

Bobbio, Norberto 76

Börner, Holger 10

Bosch, Gerhard 101

Brandt, Willy 10, 16, 35f., 38, 42, 44f., 47f., 48ff., 52, 54f., 59-66,121,148,167,174,182

Brown, Gordon 24

Bungarten, Pia 178

Burckhardt, Jürgen 10

Bush, George H.W. 43, 62-66, 80,100,165,169

Bush, George W. 125,135f.,137,142,149

Caldwell, Christopher 143f.

Clinton, Bill 70, 72, 100, 103, 118, 120, 137, 169, 180

Cloos, Jim 156

Cohen, William 67

Cornwell, Rupert 145

Crawford, Beverly 43-51

Däubler-Gmelin, Hertha 135,143

Dahrendorf, Ralph 18f., 26

Deggerich, Markus 140

Dettke, Dieter 8-10, 53, 65f., 68, 70, 75, 168

Deudney, Daniel 35f.

Dubiel, Helmut 131

Duve, Freimut 54

Dworkin, Ronald 76

Eagleburger, Lawrence S. 67, 134

Ebert, Friedrich 87

Ehmke, Horst 54, 66f., 69

Engels, Friedrich 20

Erler, Fritz 36

Erler, Gernot 150

Esters, Günther 8

Faux, Jeff 115f.

Flassbeck, Heiner 116

Frank, Anne 16

Fuchs, Anke 11, 174

Gabriel, Sigmar, 182

Gaitskell, Hugh 22

Garton Ash, Timothy, 70, 81,119

Genscher, Hans-Dietrich 27

Gessler, Philipp 133

Gilbert, Craig 134f.,143f.

Glassmann, Jim 115f.

Glotz, Peter 75f., 81,173-176

Gorbatschow, Michail 14f., 32, 39, 42, 46, 50, 64f., 75, 149

Gore, Al 118,137

Greenspan, Alan 118

Habermas, Jürgen 76

Hamilton, Daniel 166f., 177

Hanrieder, Wolfram F. 53

Hattersley 23f.

Hauch, Gabriella 13

Havel, Vaclav 72

Heffer, Eric 22

Heidermann, Horst 8

Herzog, Roman 13

Holzer, Jerzy 73

Ikenberry, G. John 35f.

Inglehardt, Ronald 128f.

Jaurès, Jean 24

Jenkins, Roy 23

Kaiser, Karl 13,154,167

Kennedy, Edward 54, 63

Kennedy, John F. 55, 63

Kerbusch, Ernst 8, 178

Kesper, Christiane 178

Kissinger, Henry 134, 159

Kiessler, Richard 132,137

Klose, Hans-Ulrich 135, 138, 146, 149, 164 ff.

Kinnock, Neil 23f.

Kocka, Jürgen 78-815

Kohl, Helmut 27, 37, 53, 57, 64, 80

Köhler, Horst 173

Kramer, Stephen 77

Krickus, Richard 74

Kux, Stephan 74

Lafontaine, Oskar, 66

Lassalle, Ferdinand 18, 20

Lieber, Robert 13

Lübbe Hermann 17

Lugar, Richard 40

Luther, Martin 17

Magyar, Balint 73

Marx, Karl 20, 77

McCain, John 150

Meckel, Markus 54, 66f., 69

Miller, Susanne 14-27, 44

Mishel, Lawrence 115

Mitchell, George J. 67

Mittelwitz, Hans 66

Mitterand, François 25

Optenhögel, Uwe 178

Owen, David 23

Palme, Olof 47

Parker, John 128,130

Perthes, Volker 150

Pertini, Alessandro 19

Rau, Johannes 54, 178f.

Renger, Annemarie 54

Reagan, Ronald 14, 27, 32, 42f., 46, 100, 149

Reich, Robert B. 102-106

Reiff, Klaus 6f.

Rice, Condoleezza 135, 146

Rimscha, Robert von 136f., 142

Robb, Charles S. 67

Rocard, Michel 24-26

Rodgers, Will 23

Ross, Dennis 150

Roth, Dieter 139f., 143

Rubin, Robert 118

Rumsfeld, Donald H. 146f., 151

Ryslinkova, Jana 73

Saddam, Hussein 134, 146, 152

Sarbanes, Paul 67

Scharping, Rudolf 135, 177

Schily, Otto 145, 152f.

Schmid, Carlo 36

Schmidt, Helmut 36, 42, 45f., 121, 155f., 159, 174

Schmidt, Hermann 112f.

Schmidt, Roland 10

Schmidt, Ulla 92-100

Schmude, Jürgen 54

Schneider, Erich 86

Scholz, Olaf 136f., 146

Schröder, Gerhard 11, 14, 35-40, 44, 88-93, 99, 114, 119ff., 121-125, 134-139, 142-144, 146,166-168, 174

Schultz, Volkmar 149

Schulze, Peter W. 8, 43f.

Schumacher, Kurt 20f.

Seifert, Hartmut 112, 116

Shaw, Katharina 55

Shultz, George 134

Simes, Dimitri 74

Simonis, Heide 135

Solana, Javier 156

Steinbach, Udo 149

Steinmeier, Frank-Walter 181f.

Stetten, Jürgen 178

Stobbe, Dietrich 54, 66f., 69f.

Struck, Peter 146, 151f.

Taylor, Charles 76

Thatcher, Margaret 23, 76

Timmermann, Heinz 73

Tökés, Rudolf 73f.

Turner, Lowell 111, 113

Überbach, Walter 110f.

Verheugen, Günter 176ff.

Vobruba, Georg 114f.

Vogel, Hans-Jochen 14, 27-36, 44f., 46, 121,157, 181

Voigt, Karsten 68f., 171, 176f.

Wagner, Gerd 67

Walsum, Peter van 138

Walzer, Michael 76, 82-87

Weck, Roger de 146f.

Weder di Mauro, Beatrice 30

Wehler, Hans-Ulrich 17

Weidenfeld, Werner 55f., 58f., 70, 119

Weiss, Martin 150

Weisskirchen, Gert 150

Weizsäcker, Richard von 16f.

Williams, Shirley 23

Zapf, Uta 150

Zwickel, Klaus 115, 118

Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
AFL/CIO	American Federation of Labor and Congress of Industrial Organisations
AICGS	American Institute for Contemporary German Studies
APEC	Asian Pacific Economic Cooperation
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
BIOST	Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien
BKA	Bundeskriminalamt
BMZ	Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BND	Bundesnachrichtendienst
BRIC	Brasilien, Russland, Indien, China
CDU	Christlich-Demokratische Union
CIA	Central Intelligence Agency
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
EG/EU	Europäische Gemeinschaft/Europäische Union
EMU/EWU	European Monetary Union/Europäische Währungsunion
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
ESVI	Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität
EZB	Europäische Zentralbank
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FES-WO	Friedrich-Ebert-Stiftung-Washington Office
FU	Freie Universität Berlin
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union
GSA	German Studies Association
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
HSFK	Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung
IBFG/ICFTU	Internationaler Bund Freier Gewerkschaften/International Confederation of FreeTrade Unions
ICAP	Internationale Kohlenstoffpartnerschaft
IIS/IAS	Institute for InternationalStudies/International and Area Studies der University of California/Berkeley
IISS	International Institute for Strategic Studies
ILO	International Labour Organization
IMF/IWF	International Monetary Fund/Internationaler Währungsfonds
INF	Intermediate Range Nuclear Forces, Nukleare Mittelstrecken System (Abkomen)
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
KMU	Klein- und Mittelunternehmen
KSE	Konventionelle Streitkräfte in Europa
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
MdL	Mitglied des Landtages
Mio.	Million

Mrd.	Milliarde
MBFR	Mutual and Balanced Force Reduction
NAKR	Nordatlantischer Kooperationsrat
NATO	North Atlantic Treaty Organization/ Nordatlantik-Pakt-Organisation
NGO/NRO	Non-Governmental Organization/Nicht-Regierungs-Organisation
NPT	Non-Proliferation-Treaty/Nicht-Verbreitungs-Vertrag
NS	Nationalsozialismus
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PfP	Partnership for Peace/Nato
PS	Parti Socialiste
SAIS	School for Advanced International Studies/Johns Hopkins University
SALT	Strategic Arms Limitation
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFIO	Section Française de L´Internationale Ouvrière
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
START	Strategic Arms Reduction Talks
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
UAW	United Auto Workers
UNO/UN/VN	United Nations Organization/Vereinte Nationen
USA	United States of America
USSR/UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
WEU	Westeuropäische Union
WTO	World Trade Organization
WVS	World Values Survey

Über den Autor

Reinhold Sohns, geb. 1942, Diplom-Volkswirt, Dr. rer. pol..

1959 Mittlere Reife Freiherr-vom-Stein-Realschule Hildesheim, 1962 Abitur Wirtschaftsgymnasium Hildesheim.

1962 - 1964 freiwilliger Dienst bei der Bundeswehr (Leutnant am 01.01.1964).

SS 1964 - WS 1968/69 Studium der Volkswirtschaftslehre und der Statistik an der Universität Hamburg. Regelmäßige Tätigkeit als Hilfsarbeiter: u.a. im Hamburger Hafen, in der Elbschlossbrauerei und als Möbelpacker. Von 1965 bis 1968 Deutschlehrer für Ausländer im Sprachinstitut Colón.

01.04.1969 - 30.09.1969 Ausbildungskurs für empirische Wirtschaftsforschung am HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung; ab 01.10.1969 Verwalter der Stelle eines Wissenschaftlichen Assistenten und nach der Promotion bei Herrn Professor Dr. Jens Lübbert mit der Arbeit “Theorie der internationalen Arbeitsteilung“ im Februar 1975 Hochschulassistent am Sozialökonomischen Seminar der Universität Hamburg bis 30.04.1979;

1969 bis April 1979: “Outreach“-Lehrtätigkeit auf den Gebieten Marketing, Volkswirt-

schaftslehre, Wirtschaftspolitik u.a. am LFK-Lehr- und Forschungsinstitut für industrielle Koordinierung der Kurt A. Körber Stiftung, für Philips in Hamburg, die Verkaufsabteilung der Nienburger Glashütte, die Hermann-Ehlers-Akademie in Kiel und Hannover, die Staatliche Abendwirtschaftsschule Hamburg, die Hochschule der Bundeswehr (Geldtheorie und -politik), das Senatsamt für den Verwaltungsdienst Hamburg und für Volkshochschulen im norddeutschen Raum.
Vom 01.05.1979 - 1986 Einsatz für die Friedrich-Ebert-Stiftung in Ecuador und Perú; 1986 - 2007 Mitarbeiter der Stiftung im Inland. 1989 beurlaubt: Bei Fichtner Engineering Consult, Stuttgart, Leiter der Fachberatung für Auslandsprojekte der Friedrich-Ebert-Stiftung. Seit dem 01.01.1990 Referatsleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung für “Politikanalyse“ (v.a. zu den östlichen Transformationsländern), ab 1994 Leiter des Referats “Westliche Industrieländer“, 1999 bis 2007 Referatsleiter für Ostmitteleuropa, Südosteuropa, Osteuropa und Russland, Südkaukasus und Zentralasien.
Ruhestand seit dem 1. Juli 2007.

Nachwort statt Vorwort

Der vorgelegte Beitrag “Transatlantischer Dialog für soziale Demokratie“ berichtet über das vom Büro Washington der Friedrich-Ebert-Stiftung Geleistete. Im Zentrum stehen die gut zwei Jahrzehnte seit Mitte der 1980er Jahre, in denen Dr. Dieter Dettke das Büro leitete.
Nach Abschluss der Arbeit darf ich bekennen: Zu diesem Projekt musste ich überredet und gedrängt werden. Warum? Ich wusste: Verantwortliche Mitarbeiter können das Vorhaben nicht begleiten, auch wenn ich detailliert schriftlich über Konzept, Gliederung und Umfang der Studie informierte; die Arbeitsbelastung ist zu hoch. Ein Ruheständler muss das Budget an Zeit und Anstrengung mitbringen; das konnte jedoch vorausgesetzt werden.
Zwei Verantwortlichkeiten sah ich deutlich, und vor allem diese ließen mich zögern:
Erstens, der von mir tief respektierten Leistung Dr. Dettkes gerecht zu werden, ohne dass der Bericht den Charakter einer “Festschrift“ annehmen würde.
Zweitens, die von bedeutenden Sozialdemokraten, Gewerkschaftlern, Wissenschaftlern und Journalisten in den USA vorgetragenen Positionen angemessen in Erinnerung zu rufen.
Durch eingehende Analyse der v. a. in den USA öffentlich verteilten Materialien oder Publikationen habe ich versucht, dieser Verantwortung zu entsprechen. Außerdem prüfte ich anhand von weit mehr als eintausend Veranstaltungsberichten, ob die getroffene Auswahl die wichtigen

Maßnahmen in den USA ausgewogen wiedergibt. Dabei schulde ich besonderen Dank Frau Ruth Graskamp, Leiterin der Arbeitsgruppe Finanzen der Abteilung Internationaler Dialog, für die Gelegenheit, mich an ihrer Kenntnis und ihrem Sachverstand zum Projektverlauf zu orientieren. Selbstverständlich liegt die Verantwortung für Irrtümer allein bei mir!

Im Nachhinein möchte ich nicht ohne Zweifel hoffen: gelesen, gelernt, geschrieben, gelungen? Dabei hilft mir ein Wort aus unvergessener Heimat: “Wenn einer deiht wat hei kann, denn kann hei nich mir dauhn as hei deiht.“

Abschliessend: Diese Arbeit wurde unentgeltlich und ohne jede inhaltliche Vorgabe oder Verpflichtung verfasst. Sie ist in Dankbarkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung als Institution gewidmet.

Reinhold Sohns, 31.08.2010